Montag, 19. März 1984 - D ✱✱ ●●

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 67 - 12.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 130,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,60 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

US-Vorwahlen: Nach mehreren Niederlagen konnte der frühere Vizepräsident Mondale im Rennen um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten seinen Vorsprung vor dem schärfsten Widersacher, Senator Gary Hart, ausbauen. Er siegte in Michigan, Mississippi und Arkansas. (S. 5)

Terrorismus: Der meistgesuchte irische Terrorist, Dominic McGlinchey, der sich zu 30 Morden und 200 Bombenanschlägen bekannt hat, ist nach seiner Festnahme in Irland an die britische Justiz in Nordirland ausgeliefert worden. (S. 6)

Absage: Die SPD Nordrhein-Westfalen hat klargestellt, daß sie, wie immer die Landtagswahl 1985 ausgeht, nicht mit den Grünen zusammenarbeiten wird. (S. 4)

Libanon: Der Chef der christlichen Widerstandsbewegung, Fady Frem, schlägt vor, daß sich Christen, Drusen und Schiiten in den nicht besetzten Gebieten einigen und das Bündnis mit Israel suchen sollten. (WELT-Gespräch S. 5)

PLO droht: Der Vertreter der palästinensischen Befreiungsorganisation in Bonn, Franghi, droht mit einem Olympia-Boykott befreundeter Staaten, wenn seine Organisation nicht zu den Sommerspielen in Los Angeles zugelassen werde.

Umbesetzung: Die „DDR" will die Kontrolle über das literarische und künstlerische Leben offenbar noch verschärfen. Nach Informationen aus SED-Kreisen soll Kulturminister Hoffmann vom obersten Buchzensor Klaus Höpcke abgelöst werden. (S. 6)

Ecuador: Nach Unruhen in den Ölprovinzen Napo und Esmeraldas hat die Regierung über das ganze Land den Ausnahmezustand verhängt.

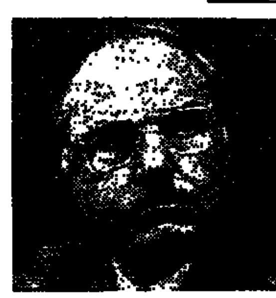
Polen: Der frühere Ministerpräsident Jaroszewicz wirft Partei- und Regierungschef Jaruzelski vor, für die schwerste politische Krise seit den 70er Jahren mitverantwortlich zu sein. Er habe schon damals der Regierung angehört und alle Regierungsentscheidungen mitgetragen. (S. 8)

Sudan: Nach dem angeblich libyschen Bombenangriff auf die Stadt Omdurman hat der Verbündete Ägypten Truppen nach Sudan entsandt.

Riesenhuber: Das Innovationstempo in der Bundesrepublik sei häufig unbefriedigend, erklärte der Forschungsminister in einem WELT-Gespräch. Ergebnisse der Forschung würden nicht rasch genug umgesetzt. (S. 4)

Heute: EG-Gipfel in Brüssel. – CSU-Vorstand erörtert Resultate der Kommunalwahlen.

ZITAT DES TAGES



„Unsere Völker erwarten von uns, daß nun endlich Ernst gemacht wird mit dem Bemühen, Europa für unsere Bürger spürbar und für die ganze Welt sichtbar zur Realität werden zu lassen"

Bundeskanzler Helmut Kohl in der WELT am SONNTAG zum morgen beginnenden EG-Gipfel

FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

WIRTSCHAFT

Stoltenberg: In einem Gespräch mit den Finanzministern und -senatoren der SPD-regierten Länder hat der Bundesfinanzminister erneut für eine Steuerreform zum 1. Januar 1988 geworben. Stoltenberg liegt daran, das Gesetzgebungswerk geschlossen zu verabschieden, auch wenn die Änderung des Familienlastenausgleichs zu einem früheren Zeitpunkt in Kraft treten sollte. (S. 8)

Ölimporte: Die Ölrechnung der OECD-Staaten wird nach Schätzung des Ifo-Instituts in München 1984 wieder leicht auf 182 Milliarden Dollar steigen, nachdem sie 1983 auf 178 Milliarden gesunken war. (S. 9)

Retorsionsmaßnahmen: Die EG-Partner haben sich auf die Grundzüge eines Instrumentariums geeinigt, mit dem wirksamer gegen unlautere Handelspraktiken von Drittländern eingeschritten werden kann. (S. 9)

KULTUR

Großer Kunstpreis: Die in Erinnerung an die Märzrevolution 1848 von der Stadt Berlin verliehene Auszeichnung geht in diesem Jahr an den französischen Komponisten Olivier Messiaen (75). Wohl kein lebender Komponist habe einen solchen Einfluß auf die jüngere und mittlere Komponistengeneration ausgeübt, wie Messiaen, erklärte die Jury.

Warschauer Staatsoper: Als eine Bühne, an der die Stilmetamorphosen der letzten Jahrzehnte spurlos vorübergegangen sind, präsentierte sich Polens Renommieroper in Ludwigshafen. (S. 19)

SPORT

Skifliegen: Der Finne Matti Nykaenen gewann überlegen die Oberstdorfer Skiflug-Woche. Mit 185 Meter sprang er einen neuen Weltrekord. (S. 17)

Radsport: Francesco Moser feierte mit 33 Jahren seinen ersten Sieg bei der Fernfahrt Mailand-San Remo, dem Auftakt der klassischen Saison. (S. 18)

Fußball: Trauriger Rekord in der Zweiten Liga. Beim Spiel Darmstadt gegen Alemannia Aachen (3:1) wurden drei Aachener des Feldes verwiesen. (S. 17)

Rudern: Zum neunten Mal hintereinander gewann die Universität Oxford das Achterrennen auf der Themse gegen die Crew von Cambridge. (S. 18)

AUS ALLER WELT

Novität in Moskau: Einer bislang als kapitalistisch verpönten Verkaufsmethode bedienen sich jetzt auch die Sowjets, um Überschußware doch noch an den Mann zu bringen. Kaufhäuser in Moskau und anderen großen Städten veranstalten erstmals Winterschlußverkäufe. (S. 20)

Drogen-Transporter: Vermutlich wegen Treibstoffmangels stürzte im US-Bundesstaat New York ein altes Frachtflugzeug ab. In den Trümmern fand die Polizei zwei Tote und 1,6 Tonnen Marihuana.

Wetter: Meist heiter und niederschlagsfrei. 5 bis 9 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Vor dem Gipfel: EG hat jetzt bessere Chance zum Neuanfang

Einigung im Agrarbereich, aber Finanzprobleme bleiben

WILHELM HADLER, Brüssel

Besser als vor zwei Wochen stehen die Chancen für einen Neuanfang in der EG, nachdem sich die Landwirtschaftsminister der Gemeinschaft am Wochenende auf die Grundzüge einer Reform der europäischen Agrarpolitik verständigt haben. Trotzdem geben Brüsseler Diplomaten dem heute beginnenden EG-Gipfel nur eine Erfolgschance von 60 Prozent. Der Grund: Trotz ungewöhnlich intensiver Vorgespräche erscheint eine Einigung über eine gerechtere Verteilung der Finanzlasten noch immer in weiter Ferne.

Die Finanzprobleme der Gemeinschaft stehen auch deshalb im Mittelpunkt der zweitägigen Beratungen der Staats- und Regierungschefs, weil die Brüsseler Kassen leer sind und weil die EG trotz der beschlossenen Einsparungen im Agrarbereich im Vorgriff auf die geplante Erhöhung ihrer Eigeneinnahmen einer zusätzlichen Finanzspritze bedarf.

Das Agrarpreispaket, auf das sich die Landwirtschaftsminister geeinigt haben, bringt den europäischen Bauern erstmals eine Senkung der wichtigsten Garantiepreise um ein Prozent. Außerdem beschlossen die Minister künftig „Garantieschwellen" nicht nur für Milch und Getreide, sondern auch für andere Überschußerzeugnisse einzuführen. Diese Beschlüsse sind jedoch von der Verabschiedung des gesamten Gipfelpakets abhängig.

Neben einer Weichenstellung für neue EG-Politiken, einem besseren Einsatz der bestehenden Strukturfonds, einer größeren Haushalts- und

SEITE 2:
Sparschwein in Buttersoße
SEITEN 8 und 9:
Weitere Beiträge

Finanzdisziplin und der Beseitigung der bestehenden Haushaltsungleichgewichte (vor allem des britischen Problems) gehörte dazu auch die Festlegung eines Datums für den Abschluß der Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal.

Auch im Agrarbereich müssen die Regierungschefs noch eine Reihe von offengebliebenen Entscheidungen treffen. Noch unklar ist beispielsweise, ob die EG eine Abgabe auf pflanzliche Fette einführen soll (was zu erheblichen Schwierigkeiten mit den USA führen würde) und ob sich die Gemeinschaft an dem Einkommensausgleich beteiligen wird, der den deutschen Landwirten 1985 im Gegenzug zum geplanten Abbau des Währungsausgleichs gewährt werden soll.

Am schwierigsten dürfte jedoch die Diskussion über die Forderung Londons nach einer dauerhaften Begrenzung des britischen Beitrags zur Gemeinschaft sein. Auch die Bundesregierung bemüht sich, nicht länger unbegrenzter Nettozahler zu bleiben.

Die französische Präsidentschaft hat den Gipfelteilnehmern am Wochenende ein umfangreiches Papier zugeleitet. Es soll die Grundlage der Brüsseler Beratungen bilden und zugleich einen Entwurf von „Schlußfolgerungen des Vorsitzes". Darin werden die Eindämmung der Ausgaben sowie die Wiederherstellung des Budgetgleichgewichts als „die wesentlichen Mittel zur Lösung des Problems der Unausgewogenheiten im Haushaltsplan" bezeichnet. Gleichzeitig werden den Mitgliedsländern jedoch vorübergehende Korrekturmaßnahmen in Aussicht gestellt. Über Umfang und Dauer dieser Korrekturen gibt die Denkschrift nur eine Reihe von Kriterien an. Im einzelnen wird es darüber voraussichtlich noch zu langwierigen Auseinandersetzungen kommen.

Elbgrenze: Vereinbarung noch 1984?

Andeutungen Jenningers / Bessere Reisemöglichkeiten von der „DDR" verlangt

DW. Bonn

Die deutschlandpolitische Diskussion der Bundestagsparteien am vergangenen Wochenende mündete in die Fragestellung, inwieweit ein Entgegenkommen Bonns bei ausgesprochen politischen Wünschen der „DDR" hilfreich sein könne.

Zumindest von Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel wurde dies bejaht. Als solche Wünsche nannte Vogel: Bundestagskontakte zur „Volkskammer", die Regelung der Elbgrenz-Frage und ein Nachgeben Bonns bei der „DDR"-Forderung nach Auflösung der Erfassungsstelle für Menschenrechtsverletzungen, die in Mitteldeutschland begangen werden. Von Möglichkeiten, bestimmte Tabus zu überwinden, sprach auch Staatsminister Philipp Jenninger vom Bundeskanzleramt.

Jenninger zeigte sich im „Spiegel" optimistisch darüber, daß der Streit um die Frage des Grenzverlaufs auf der Elbe noch in diesem Jahr durch einen Modus vivendi abgeschlossen werden könne. „Das Thema Elbgrenze", so der CDU-Politiker, „ist noch in der Prüfung. Die Bundesregierung ist noch dabei, und zwar mit dem Land Niedersachsen, diese Grundfrage zu klären, ob es Anhaltspunkte gibt, wie der Grenzverlauf ursprünglich festgelegt worden ist. Im Augenblick können wir nur sagen: Das ist noch nicht hinreichend geklärt. Wenn sich daraus eindeutige Erkenntnisse ergeben, wird man natürlich auch zu einem Arrangement kommen können."

Möglicherweise müsse man mit den Briten noch einmal darüber sprechen, ob sie nicht vielleicht noch weitere Hinweise hätten, um den Grenzverlauf etwas eindeutiger feststellen zu können. Jenninger: „Das, was wir jetzt haben, deutet eigentlich dahin, daß die Grenze am Nordostufer verläuft; aber bevor man sich in diesen Fragen festlegt, muß man meiner Meinung nach alles haben und alles abschließend geprüft haben, um dann auch eine handfeste Entscheidung treffen zu können." Die „DDR" ist der Ansicht, daß die Grenze in der Mitte des Stromes verläuft.

Auf den Hinweis, daß Jenninger eine neue Position für die Union beschrieben habe, entgegnete der Staatsminister: „Wir haben sicherlich als Opposition unsere Meinung gehabt auf Grundlage der Unterlagen, die uns zur Verfügung standen. Jetzt sind wir in der Regierung, jetzt befassen wir uns mit dem Sachstand, wie wir ihn vom damaligen Bundeskanzler Schmidt übernommen haben."

● Fortsetzung Seite 8

SPD wirbt gezielt um die Arbeitnehmer

Brandt fordert Politisierung der Betriebsratswahlen / Glotz gegen NATO-Strategie

DW./p. p. Bonn

Im Vorfeld der Landtagswahlen von Nordrhein-Westfalen und Berlin hat die SPD die politischen Schwerpunkte skizziert, über die sie „politisch dauerhaft in die Vorhand kommen" (Willy Brandt) will. Die Partei bemüht sich, wieder verstärkt Arbeitnehmer anzusprechen und mit der Forderung nach neuen Strategieansätzen in der Verteidigungspolitik Wähler zurückzugewinnen, die zu alternativen Gruppierungen abgewandert sind.

Der SPD-Vorsitzende Brandt fordert auf der Bundesbetriebsrätekonferenz seiner Partei die Entwicklung eines eigenen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen „Reformprojekts", das „als Ganzes überzeugt und eine Mehrheit der Bürger bewegt, auf die SPD zu setzen". Es gehe um die „Umstrukturierung in der Bundesrepublik und eine für Deutschland in Europa möglichst gesicherte Zukunft". Dabei suchte er Einschätzungen zu widerlegen, die SPD habe einen „Ausstieg aus der Industriegesellschaft" im Sinn. Technischer Fortschritt, präzisierte Brandt, heiße für die SPD „nicht Computer-, Roboter- und Elitenfetischismus, sondern qualifizierte Technik in der Hand qualifizierter Arbeitskräfte". Sein Bekenntnis zur gewerkschaftlichen Forderung nach der 35-Stunden-Woche

SEITE 2:
Stratege Glotz
SEITE 4:
Bündnis mit den Grünen umstritten

verband er mit Kritik an mangelhafter „sachlicher und zeitlicher Abstimmung" in diesem Bereich innerhalb des DGB.

Der SPD-Vorsitzende kündigte an, die sozialdemokratische Bundestagsfraktion werde „ein Sicherungsgesetz zur Montanmitbestimmung" einbringen. Außerdem werde eine Novelle zum Betriebsverfassungsgesetz vorgelegt, durch die „die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Betriebsräte bei der Einführung neuer Technologien deutlich verbessert" werden sollen. Die SPD sei auf die feste Verankerung in den Betrieben angewiesen. Daraus folgte als Konsequenz die Aufforderung, die Betriebsratswahlen zu politisieren, durch sie „Signale gegen die unsoziale und vielfach arbeitnehmerfeindliche Politik der Bonner Wende-Koalition" zu setzen.

SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz rief seine Partei auf, „gemeinsam mit den Gewerkschaften das organisierende Zentrum einer mehrheitsfähigen deutschen Linken zu werden". Parole der SPD, sagte Glotz auf dem Berliner Landesparteitag, müsse sein: „Substanz ansammeln, stärker werden, die Partei öffnen zur Gesellschaft hin." Glotz: „Wir wollen Kulturschranken einreißen zwischen dem Kern unserer Anhängerschaft und möglichen Bündnispartnern." Er sprach sich gegen die Fortführung einer auf Nuklearwaffen gestützten NATO-Strategie aus und empfahl „Abrüstung durch Umrüstung". Aus der derzeitigen „Mehrzweckarmee, die verteidigen und angreifen kann", müsse eine „reine Verteidigungsarmee" werden. Die politische Linke müsse ihre ganze Kraft darauf verwenden, eine solche Strategie im Nordatlantischen Bündnis mehrheitsfähig zu machen.

Der Kanzler macht Mut im Revier

WILM HERLYN, Duisburg

In demonstrativer Weise hat Bundeskanzler Helmut Kohl das Motto der katholischen Verbände des Bistums Essen aufgegriffen. „Das Revier braucht Zuversicht." In der Duisburger Mercatorhalle bilanzierte Kohl gestern vor rund 400 Delegierten, die etwa 200 000 Mitglieder repräsentierten: Das Bundeskabinett habe die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" erhöht, was besonders dem Ruhrgebiet zugute komme.

Die im Oktober 1982 abgelöste SPD-FDP-Regierung in Bonn habe eine Kürzung von zehn Prozent im Auge gehabt, seine Bundesregierung aber habe die Mittel erheblich ausgeweitet – von 1982 bis 1984 rund 1,6 Milliarden Mark. Außerdem stelle der Bund für die Stahlindustrie von 1983 bis 1985 etwa drei Milliarden Mark zur Verfügung. Er selber, sagte der Kanzler, habe sich sofort nach seinem Amtsantritt „für die Probleme unserer Krisenbranchen engagiert". Dies betreffe den Stahlbereich und „unsere heimische Steinkohle". Der Bund werde an dem „Jahrhundertvertrag", der den Absatz der Kohle an die Stromerzeuger sichert, „Trotz des Drucks von einzelnen Ländern" nicht rütteln lassen. Zur Gesundung des Reviers gehörten aber auch neue innovative Betriebe, vor allem aus dem Mittelstand. Dafür werde sich die Bundesregierung besonders einsetzen. Das Revier habe deshalb Zukunft und Grund zur Zuversicht.

Durch die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche, gab der Kanzler und CDU-Vorsitzende zu bedenken, könne die Wirtschaft jedoch wieder zurückgeworfen werden. Diese Forderung einiger Gewerkschaften „widerspricht allem, was ich wirtschaftlich für notwendig halte".

Große Zustimmung fand Kohl, als er den rheinischen CDU-Vorsitzenden Worms zitierte: „daß Leistung immer auch eine sozial-ethische Funktion hat, daß die Wahrnehmung beruflicher Tätigkeiten ein Beitrag des Stärkeren ist, um den Schwächeren überhaupt helfen zu können."

Der Bundestagsabgeordnete Paul Hoffacker, Vorsitzender des Diözesanrates, faßte die Ergebnisse der Arbeitskreise in zehn Punkte zusammen. Darin sprechen sich die Delegierten unmißverständlich für Kernkraftstrom und „für einen neuen Verbund von Kohle, Stahl und Chemie mit Kernwärme" aus. Das Revier dürfe als nationale Schlüsselregion nicht zerredet werden, sondern müsse Zentrum werden für Energie- und Umwelttechnik. Die Tarifparteien werden aufgefordert, „keine Vereinbarungen zu treffen, die zu Lasten der Arbeitslosen gehen oder in ihrer Konsequenz Arbeitsplätze wegtarifieren".

Der Bund der katholischen Unternehmer (BKU) geht noch weiter, er fordert Tarifabschlüsse für das Revier regional abzustufen, da sich im Ruhrgebiet die überdurchschnittlich hohen Löhne und Lohnzusatzkosten nachteilig im Wettbewerb auswirken.

DER KOMMENTAR

Aufmarsch für 1985

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Die SPD setzt bereits zum Anlauf an, um 1985 ihren innenpolitischen Durchbruch zu erzwingen. Sie rechnet sich Chancen bei den Regionalwahlen des nächsten Jahres in Berlin, in Nordrhein-Westfalen und im Saarland aus. Während Börner in Hessen noch in den Verstrickungen der rot-grünen Probiernacht steckt, verkündet Glotz kennzeichnenderweise in Berlin, daß die SPD im traditionellen Kampfbündnis der Arbeiterbewegung, also Arm in Arm mit den DGB-Gewerkschaften, die Bonner Regierungsmacht zurückerobern will.

Trotz anderer Zwischentöne des Bundesgeschäftsführers ist dieses Projekt eines gemeinsam mit den Gewerkschaften zu organisierenden „Zentrums einer mehrheitsfähigen deutschen Linken" Hans Apel auf den Leib geschrieben, und er ist es, der jetzt als Spitzenkandidat in Berlin zum Hoffnungsträger sozialdemokratischer Siegeszuversicht stilisiert wird. Doch das von Glotz proklamierte probate Konzept paßt fugenlos auf Nordrhein-Westfalen, wo die SPD die strategische Entscheidung bei den regionalen Zwischenwahlen suchen muß.

Nicht aus purem Zufall hat Willy Brandt just in Köln den Gewerkschaften zum Zwecke festen Schulterschlusses sozialdemokratische Gesetzesinitiativen zur Absicherung der Montan-Mitbestimmung und zur Stärkung der Betriebsräte offeriert. Und wo immer führende Sozialdemokraten den Mund aufmachen, beschwören sie die Gemeinsamkeit zwischen SPD und Gewerkschaften im Kampf um die Arbeitszeitverkürzung. Allerdings scheren sie nicht blindlings in die Front derer ein, die zur Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich blasen. Warum das so ist, ahnt man, wenn man den Oberposaunisten dieser radikalen Forderung in der IG Metall, Franz Steinkühler, zum zweiten Male merkwürdig zögerliche Töne anschlagen hört.

Ebenfalls nicht aus Zufall meldet sich an Rhein und Ruhr auch Bundeskanzler Kohl zu Wort. Mit seinem hellwachen Gespür für strategische Zuspitzungen hat er registriert, daß die SPD ihm in Nordrhein-Westfalen mit einem Großangriff auf seine Wirtschafts- und Sozialpolitik einen K.-o.-Schlag versetzen will. Er überläßt den Sozialdemokraten weder das Feld noch das Thema. Seine Warnung vor einem Klassenkampf „im Augenblick des Aufschwungs" trifft ins Schwarze. Es sieht so aus, als ob die SPD in Nordrhein-Westfalen nicht Worms, sondern Kanzler Kohl bezwingen muß, wenn sie dort im Mai 1985 wieder siegen will.

Kronawitter schlägt Kiesl in München

PETER SCHMALZ, München

Die bayerische Kommunalwahl brachte gestern in München eine politische Sensation: CSU-Oberbürgermeister Erich Kiesl, vor sechs Jahren mit 51,4 Prozent gewählt, konnte nur noch 44,3 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Sein SPD-Gegenkandidat Georg Kronawitter verfehlt mit 48,3 Prozent nur knapp die absolute Mehrheit und hat damit die größten Aussichten, bei der Stichwahl in zwei Wochen wieder Münchens Oberbürgermeister zu werden.

Kronawitter hatte dieses Amt bereits von 1972 bis 78 als Nachfolger von Hans-Jochen Vogel inne, verzichtete dann aber wegen des Linkskurses der Münchner SPD auf eine erneute Kandidatur. Den eigenen Genossen hatte er damals als „nicht mehr vermittelbar" gegolten. Kiesl war vor sechs Jahren der erste Münchner CSU-Oberbürgermeister seit drei Jahrzehnten geworden.

In einer ersten Stellungnahme konnte Kiesls Pressesprecher, der Bundestagsabgeordnete Hans Klein, seine Enttäuschung nicht verberegen und meinte angesichts der Fotografen: „Jetzt wird es schwierig, daß richtige Gesicht zu machen." Als Grund für die Niederlage sieht Klein die noch immer große Beliebtheit Kronawitters bei den Münchenern: „Sie haben in ihrer Mehrheit Kronawitter nicht identifiziert als das Aushängeschild einer Partei, die genau das tut, was er vor sechs Jahren verhindern wollte."

In Augsburg wurde Oberbürgermeister Breuer (SPD) wiedergewählt.

Reagan will Differenzen mit Paris ausräumen

AFP, Washington

US-Präsident Reagan hat Frankreich zur Unterstützung seiner Mittelamerika-Politik aufgerufen. Im Gespräch mit der französischen Nachrichtenagentur AFP drückte Reagan die Hoffnung aus, während des am Mittwoch beginnenden Staatsbesuchs von Präsident Mitterrand die „kleinen Differenzen" in der Beurteilung der Lage in Zentralamerika ausräumen zu können. Mittelamerika und der Karibik-Raum seien, so Reagan, für die USA von „höchster strategischer Bedeutung". Er bekräftigte, daß ein einseitiger Abzug von US-Truppen aus Westeuropa für ihn nicht in Frage komme. Dadurch würde die Bedrohung der von den US-Truppen in Europa geschützten „vitalen nationalen Interessen" nicht verringert, sondern vergrößert.

Der „Washington Post" erklärte Präsident Mitterrand, die Beziehungen zwischen Frankreich und den USA beruhten „auf mehr oder weniger Verständnis", seien jedoch insgesamt „gut". Dabei hob Mitterrand die „besondere Position" Frankreichs gegenüber der Sowjetunion hervor, die auf der Stellung Frankreichs in der NATO und auf der Autonomie seiner politischen und strategischen Entscheidungen beruhe. Mitterrand verteidigte die französische Entscheidung, dem US-Embargo gegen Moskau nicht zu folgen und am Bau der Erdgasleitung von Sibirien nach Westeuropa mitzuarbeiten. Den „Feldzug" der USA gegen diese Entscheidung nannte Mitterrand „dumm", zumal Frankreich 1990 nur fünf Prozent seines Energiebedarfs mit Erdgas decken werde.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Stratege Glotz

Von Enno v. Loewenstern

Hans Apels Kandidatur hat viele gemäßigte Berliner Sozialdemokraten erfreut und manche gar Heu in der Krippe wittern lassen. Dafür versuchen die Jungsozialisten, den Kandidaten ihrer Partei den Berliner Wählern als „Aufrüstungspolitiker" madig zu machen. Militärpolitische Schützenhilfe vom eigenen Bundesgeschäftsführer haben die Nachwuchs-Heckenschützen allerdings wohl kaum zu erhoffen gewagt.

Daß Glotz die nukleare Abschreckung für unglaubwürdig erklärte und den „erbitterten Widerstand von Millionen Menschen" beschwor, ist allein schon schwer zu erklären; die meisten anderen SPD-Parteistrategen haben das Ende der sogenannten Friedensmärsche durchaus mitbekommen und wissen, daß damit kaum noch ein Wähler hinter dem Ofen hervorzulocken ist. Daß er aber ausgerechnet dem Berliner Parteitag erzählte, daß die Bundeswehr eine Mehrzweckarmee mit offensiven Aufträgen geworden sei und daß die NATO auf eine „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit" hin umgebaut werden müsse, das ist nicht nur schierer Unfug – sogar der ehemalige General Bastian hat der NATO bescheinigt, daß sie eine rein defensive Strategie hat, während der Osten in Europa ein offensives Konzept habe –, sondern auch Material für die Jusos und anderen Intimfeinde des Berliner Bürgermeisterkandidaten Apel. Denn wenn die Bundeswehr tatsächlich offensiv wäre; wenn es tatsächlich so wäre, daß, wie Glotz behauptet, die Bürger im Falle eines Kriegsfalles zweifeln könnten, wer den Krieg angefangen habe: wer war denn der Verteidigungsminister, unter dessen Verantwortung diese Struktur und Strategie der Bundeswehr entwickelt wurde?

Gerade in diesen Tagen bemüht die SPD sich, wieder den Anschluß zur Bundeswehr zu finden. Ihre Auftritte im Kießling-Ausschuß dienen dem Ziel. Ehmke und Bahr wollen dem Partei-Image des Antiamerikanismus entgegentreten; Bahr hat es „satt, jede Woche zu betonen, daß ich für Sicherheit mit Amerika bin", und nennt Kritik an den Amerikanern „Ausdruck der europäischen Inkompetenz". Es sieht so aus, als werde das Kompetenz-Problem ihn und seine Partei noch einige Zeit verfolgen.

Bewegung in Angola

Von Monika Germani

José Eduardo dos Santos, Präsident von Angola, ist zu Gesprächen nach Kuba abgeflogen. Ein Transport von fünfhunderttausend Tonnen Mais wurde fast gleichzeitig von Amerika in Richtung Südafrika in Gang gesetzt; die Ladung soll von dort aus nach Moçambique gehen. Alles in Mais also?

Durch die Unterzeichnung des Abkommens mit Südafrika am Ufer des Nkomati trug Moçambiques Präsident Samora Machel nicht etwa einer Sinnesänderung, sondern der Hungerkatastrophe in seinem Land Rechnung. Dos Santos sieht sich zunehmend durch die antikommunistische Widerstandsbewegung Unita bedrängt. Der portugiesische Ministerpräsident Mario Soares, der enge Verbindungen zu beiden ehemaligen Kolonien unterhält, kommentiert die Niederlagen der Regierungstruppen in Angola mit der Analyse, Sowjets und Kubaner hätten nur noch die Option, sich entweder stärker zu engagieren oder sich allmählich zurückzuziehen.

Westliche Quellen schätzen den gegenwärtigen Mannschaftsstand der Kubaner in Angola auf mindestens fünfundzwanzigtausend. Im Januar fand eine Konferenz zwischen Angolanern, Kubanern und Sowjets in Moskau statt. Mit welchem Ziel? Soares ist der Meinung, daß die Sowjets für den allmählichen Rückzug optiert hätten.

Es kann wohl sein, daß ihnen ihr weltweites Engagement zu teuer wird und sie einige Investitionen abzuschreiben bereit sind. Es kann auch sein, daß sie es sich überlegen, falls der Westen (und Südafrika) aus Übereifer Fehler machen. „Neues Deutschland" meldet, daß Angola in Moskau die Solidarität mit dem Kampf zur Verteidigung seiner revolutionären Errungenschaften bekundet und Hilfe zur Verteidigung seiner territorialen Integrität versprochen worden sei. Alle männlichen Angolaner der Jahrgänge 1959-65 seien zur Armee einberufen worden. Derzeit werden, wie die Geheimdienste melden, sowjetische Waffen in großen Mengen in Angola ausgeladen.

Übrigens sieht ein angolanisches Gesetz vor, daß Fremde nach zehnjährigem Aufenthalt in Angola eingebürgert werden können. Im Jahre 1985 also könnte Angola plötzlich melden, daß kein Kubaner sich mehr im Land befinde. Die Aussichten sind weiterhin nicht schlecht. Aber Wachsamkeit tut not.

Verdeckt und unnütz

Von Carl Gustaf Ströhm

Es ist nur ein Beispiel von vielen für das, was schlichte Mitbürger an der Politikersprache irritiert. Da beschreibt der Bonner Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel seine Begegnung mit Tschernenko als „offen, nützlich und konstruktiv". Nun möchte man sich ungern vorstellen, daß die Begegnung eines SPD-Fraktionschefs mit einem sowjetischen Generalsekretär „verdeckt, unnütz und destruktiv" verlaufen (oder so beschrieben werden) könnte.

Die Alltagssprache bezeichnet solche Floskeln als nichtssagend. Um das so richtig nachzufühlen, müßte man solche Redewendungen etwa in den Bereich der Wirtschaft transponieren. Nehmen wir an, eine große Firma entsendet einen ihrer Direktoren zu Verkaufsgesprächen ins Ausland. Der betreffende Manager kommt von der Reise zurück und berichtet seinem Vorstand, seine Kontakte seien „nützlich und konstruktiv" gewesen. Vermutlich würde die Generaldirektion ihn bitten, doch überdies mitzuteilen, was bei den Gesprächen an Aufträgen (oder nicht) herausgekommen ist.

Noch seltsamer mutet es an, wenn Vogel den neuen sowjetischen Parteichef als „Mann, der in sich ruht und über dessen Willensstärke man durchaus einen realistischen Eindruck gewinnen kann" bezeichnet. Man lese dieses Satzungetüm noch einmal. Dann wird die verwirrende, wenn nicht verwirrte Art des Formulierens erkennbar. Welcher Mann in den Siebzigern ruht nicht in sich selbst? Man fragt sich auch, was für „realistische Eindrücke" Vogel eigentlich gewinnen konnte und was schließlich unter „Willensstärke" versteht.

Ehrlicher wäre es gewesen, Vogel hätte zugegeben, daß Tschernenko ihm bisher kein Begriff war und daß ein einziges kurzes Gespräch – per Dolmetscher – nicht genügt, um einen solchen Mann kennenzulernen. Würde, fragt man sich, ein deutscher Politiker es wagen, über Reagan, Mitterrand, Mrs. Thatcher solch verblasenes Zeug von sich zu geben? Warum dann, sobald die Sowjetunion im Spiel ist?



Das ist der Gipfel ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Sparschwein in Buttersoße

Von Peter Gillies

Sparen bedeutet im Sprachgebrauch des Bürgers, weniger auszugeben und etwas auf die hohe Kante zu legen. Anders in der Politik: Nicht selten beginnt Sparen dort erst einmal mit Geldausgeben. Der sich abzeichnende Kompromiß in der Europäischen Gemeinschaft belegt, wie teuer Sparen vor allem für jene sein und werden kann, die ständig mehr in die Vereinskasse einzahlen, als sie aus ihr erhalten.

Sind die Bauern, die jetzt mit dem Traktor eine „Demo" fahren, Opfer oder Täter einer falschen Politik? Wer hat die Fehleinschätzung zu verantworten, daß eine protektionistische Politik der Wohlfahrt eines Bündnisses dienen könne, das doch auf das Gegenteil – den Freihandel – ausgerichtet ist? Die Antwort hat und ist Geschichte. Vor gut hundert Jahren führte der Deutsche Reichstag den ersten Schutzzoll für Getreide ein, damals zehn Mark pro Tonne. Acht Jahre später, man schrieb 1887, hatte sich die Abgabe verfünffacht.

Durch all die Jahre, Krisen und Kriege gab es immer Agrarproduzenten, die des Schutzes bedurften. Mal gegen Konkurrenz aus dem Osten, mal gegen solche aus dem Westen. Hie galt es die deutsche Zuckerrübe zu schützen, da die Kartoffel; heute ist speziell die europäische Milch dran. Die wirtschaftliche Begründung dieses Schutzbedürfnisses stand nie allein. Vielerlei außerökonomische Motive der Protektion spielten hinein, vom Volkstumsschutz bis zur Bodenideologie. Dabei war die Agrarpolitik keine Ausnahme. Auch heute noch werden Güter wie die Wohnung, die Ausbildung, der Bergbau, das Gesundheits- oder das Transportwesen mit vielerlei (außerökonomischen) Motiven bewertet und mit Sprüchen verqualmt, die nur einem Zweck dienen: Vernebelung der wahren Kosten.

Die europäische Integration ist nicht wegen, sondern trotz der Agrarpolitik langsam gewachsen. Sie begann mit dem Sündenfall, bestimmte Produkte zu garantiertem Preis in unbegrenzter Menge aufzukaufen, eine Tatsache, die Europäer bei Milch, Fleisch oder Butter klaglos hinnehmen, bei Kühlschränken, Fernsehern oder Autos hingegen mit Empörung ablehnen würden. Die Politiker wandeln in dieser Frage offenbar in einem Urstromtal der Zustimmung, obgleich die riesigen Subventionen bei den Landwirten, denen sie eigentlich zugedacht sind, nur zu einem Bruchteil ankommen.

Vor allem eine Regierung, die sich wie die deutsche auf die Marktwirtschaft verpflichtet hat, steht unter Handlungszwang. Dabei ist es selbstverständlich, daß der bedeutendste Zahler auch zu berücksichtigen hat, daß er der bedeutendste Exporteur ist, oder, salopp: Es ist vielleicht immer noch billiger, die französischen Landwirte zu subventionieren, als Frankreich als Käufer deutscher Industrieprodukte zu verlieren. Andererseits kann sich auch der rentabelste Keller auf Dauer kein Faß ohne Boden leisten.

So ist die Antwort an die Landwirte so schmerzlich wie unvermeidlich: Mit dieser Agrarpolitik wird ihnen auf Dauer geschadet und nicht genützt. Also nicht wer eine Änderung des Agrarsystems fordert, zerstört die EG, sondern wer seine Beibehaltung erzwingt. Führen nun die absehbaren Änderungen in die richtige Richtung? Sind sie von wirtschaftlicher Vernunft und von Sparsamkeit getragen? Fördern sie den europäischen Zusammenhalt, ohne die Landwirte zu überfordern?



Gegengeschäft zwischen Industrie und Landwirtschaft: Frankreichs Agrarminister Rocard FOTO: UPI

Machtvoll ist der Zweifel in den Antworten. Aber vorweg die gute Nachricht: Erstmals in der Geschichte des europäischen Agrarmarktes könnten die beiden ehernen Gesetze (automatische Preiserhöhung und unbegrenzte Ankaufspflicht) durchbrochen werden. Jedoch ist die Einführung von Höchstmengen nicht weniger dirigistisch als die bisherige Preisgarantie. Die Quoten bei der Milch sind so abgesteckt, daß die Ankaufspflicht noch immer weit über dem Absatz liegt. Das wären überschlägig mehr als zehn Millionen Tonnen von jährlich rund hundert Millionen Tonnen, die aufgekauft, verwertet, verpulvert, verbuttert, gekühlt, gelagert und schließlich unter nochmals hohen Kosten verschleudert werden. Die Unwirtschaftlichkeit bleibt, ihr Ausmaß wird um ein Quentchen verringert. Jede Begeisterung ist deshalb zu zügeln.

Wie wird sich ein Bauer nun verhalten, der etwas mehr produziert, als seine ihm zugeteilte Quote hergibt? Da er die überschüssige Milch kaum weggießen wird, ist sicherlich mit höherer Direktvermarktung zu rechnen, zumal da jener Landwirt gerade erst EG-Mittel dafür erhalten hat, daß er seinen Stall vergrößere. Wird er massenweise Rindvieh schlachten und damit den Fleischberg aufstocken helfen? Können Quoten auf Dauer überhaupt einem Markt mehr Flexibilität geben oder ist eher zu befürchten, daß die ganze „Reform" noch mehr Geld kostet und den wirklich Hilfsbedürftigen noch weniger als bisher nützt?

So zeugt es von Verwegenheit, den absehbaren Agrarkompromiß mit „Sparen" gleichzusetzen. Die Agrarpolitik, einst als grüne Klammer Europas gedacht, entwickelte sich zu seinem Sprengsatz. Nein, entschärft wird er noch nicht, vielleicht aber werden sich die Umstehenden langsam seiner Gefährlichkeit bewußt. Und das ist in der Politik, der europäischen zumal, nicht wenig. So übt der Geldmangel national wie supranational einen wohltuenden Einfluß auf die Politik aus. Für Europa verbleibt die doppeldeutige Devise „Alles in Butter".

IM GESPRÄCH Khaddam

Assads Ideologe

Von Volker S. Stahr

Seit 1976 stehen syrische Truppen in Libanon. Laut offizieller Begründung aus Damaskus sieht man sich „als Speerspitze der arabischen Nation gegen Imperialismus und Zionismus". Dahinter verbirgt sich jedoch die Vision einer Arabisierung des christlich regierten Vielvölkerstaates und zugleich der alte Traum von einem Großsyrien, das heißt einer Vereinigung beider Länder unter der Führung in Damaskus.

Einer der Väter dieser Politik ist Abdel Halim Khaddam, geboren 1932 in der nordsyrischen Hafenstadt Banias, Führungsmitglied der in Damaskus alleinregierenden Baath-Partei und soeben von Präsident Assad zu seinem Stellvertreter ernannt.



Keine Afghanistan-Kritik: Khaddam FOTO: CAMERA PRESS

Für die Führungselite in diesem Land ist Khaddam bemerkenswert. Erstens ist er sunnitischer Muslim, während das Gros der Baath-Spitze der schiitisch beeinflußten Alawiten-Sekte, einer Minderheit in Syrien, angehört. Zweitens ist er einer der wenigen Zivilisten in diesem Regime. Khaddam studierte Jura und praktizierte als Rechtsanwalt, bevor er 1963 in die Baath-Partei eintrat, 1964 Gouverneur von Kuneitra und bereits 1965 von Damaskus wurde. Ende der sechziger Jahre war er Minister für Wirtschaft und Außenhandel.

Als Assad im November 1970 die Macht übernahm, ernannte er Khaddam zum Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Außenminister und holte ihn in die Baath-Führung. Khaddam überlebte alle Ministerpräsidenten und vollzog jeden außenpolitischen Schwenk Assads mit.

Ihn deswegen als Erfüllungsgehilfen des Präsidenten abzustempeln, wäre jedoch voreilig. Im Gegensatz zu dem Macht- und Realpolitiker Assad ist Khaddam mehr Ideologe. Khaddam war es, der 1979 als einer von wenigen aus der Front der Araber- und Dritte-Welt-Staaten den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan nicht verurteilte. Er sprach 1980 gar einmal von der Möglichkeit eines Beitritts zum Warschauer Pakt, „wenn es nationale Interessen gebieten". Er hat 1980 den Freundschaftsvertrag mit der UdSSR vorbereitet. Wenn Assads Syrien isoliert scheint, wie jüngst geschehen, kabelt er nach Moskau und ordert neue Waffen. Kurz danach geht im Nahen Osten nichts mehr ohne Damaskus, das nun plötzlich wieder die Bedingungen diktieren kann. Offen bleibt, ob Khaddam nun das „trojanische Pferd" des Kreml in Damaskus ist – oder Assads Trumpfkarte in Moskau.

Neuerdings ist Khaddam nun formal (Erster) Stellvertreter Assads, allerdings mit dem gleichen Zuständigkeitsbereich wie bisher. Diese Beförderung ist vor dem Hintergrund eines innersyrischen Machtkampfes um die Nachfolge des kränkelnden Präsidenten zu sehen. Mit der erstmaligen Ernennung von insgesamt drei Vizepräsidenten (neben Khaddam und Rifaat al-Assad auch den stellvertretenden Baath-Generalsekretär Musharka) stärkt Assad eine Koalition aus eigenen Vertrauten gegenüber seinem Bruder Rifaat, der in jüngster Zeit immer mehr an die Macht drängte. Ob die ständige Nennung Khaddams an erster Stelle ein Fingerzeig auf eine Kronprinzenrolle sein soll, ist ungewiß. Zu notieren bleibt, daß Assad seinen Protegé, der bisher keine eigene Hausmacht besaß, jetzt deutlich zur Nummer zwei machte.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Die Zeitung kommentiert den Vertrag Pretoria–Maputo:

Die im weißen Südafrika empfundene Genugtuung über die Unterzeichnung des Sicherheitsabkommens mit dem Nachbarn Moçambique ist verständlich. Dies ist ein Erfolg der südafrikanischen Diplomatie der letzten Monate, die Härte mit Geschmeidigkeit geschickt zu verbinden wußte. Ob es ein „Durchbruch" zur Hoffähigkeit der Republik Südafrika im übrigen Afrika war, wie man in Pretoria anzunehmen scheint, muß sich jedoch erst erweisen. Der Wert des Abkommens wird dadurch gemindert, daß der Frelimo-Regierung in Maputo kaum eine andere Wahl blieb, als auf die südafrikanischen Bedingugnen einzugehen, weil ihr das Wasser bis zum Halse steht. Der Hunger seiner Landsleute hat Samora Machel die Kröte schlukken lassen.

KURIER

Zur KP-Konferenz in Polen meint das österreichische Massenblatt:

Jaruzelskis Führungsrolle in der Partei ist nicht unumstritten. Sein Meinungsforscher, Oberst Kwijatowski, polemisierte unlängst gegen jene „konservativen Sektierer" in der Partei, die „für den Sozialismus bis zum letzten Arbeiter kämpfen und dabei alles vernichten, was ihnen in den Weg kommt". Der General selbst hat wenig anzubieten, um die Massen bei dieser Landeskonferenz von der Richtigkeit seines politischen Kurses zu überzeugen: Die Lebensmittelrationierung kann nach offiziellen Angaben bestenfalls 1985 aufgehoben werden, die Benzinrationen von 40 Liter pro Monat wurden jetzt wieder um 20 Prozent gekürzt. Nur von Ideologie haben die Polen genug.

THE TIMES

Zur Entscheidung Reagans, das Defizit im US-Haushalt abzubauen, meint die britische Tageszeitung:

Reagan dachte, er könne seine Aktion bis nach der Wahl verschieben. Er wollte ungenaue Zusicherungen abgeben, während er gleichzeitig kurzfristig durch wirtschaftliche Erholung und niedrige Inflationsrate unterstützt würde. Doch die Meinungsumfragen haben gezeigt, daß eine Mehrheit der Wähler das Defizit als ein Hauptproblem ansieht... Und da sich die Republikaner im Kongreß in die Ecke gedrängt und verletzlich fühlten, haben sie Reagan schließlich unter Druck gesetzt, etwas zu unternehmen.

RHEINISCHE POST

Das Düsseldorfer Blatt kommentiert die Wiener Truppenverhandlungen:

Die westlichen Staaten sehen in der Fortführung der eingefahrenen (oder sollte man besser sagen: festgefahrenen?) Wiener Konferenz ein Zeichen dafür, daß die Sowjets eben trotz westlicher Nachrüstung weiterhin an Kontrollgesprächen und auch Abrüstung interessiert sind... Allerdings ist allzuviel Optimismus kaum angebracht.

Ergebnis einer Ermittlung: Ironie ist Glückssache

Im Kießling-Ausschuß wird es Zeit für den Schlußbericht / Von Manfred Schell

Der Verteidigungsausschuß könnte jetzt seine Untersuchungen zur Kießling-Affäre beenden und sich wieder wichtigeren Aufgaben zuwenden. Denn nach Lage der Dinge sind keine neuen Tatsachen zu erwarten, die irgendein Blatt noch wenden könnten.

Es gibt nichts daran zu deuteln, daß die politische Verantwortung für diesen so peinlichen wie unappetitlichen „Fall" bei Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner liegt. Um dies festzustellen, hätte es freilich nicht des Untersuchungsausschusses bedurft. Wörner und auch Bundeskanzler Helmut Kohl hatten schon vorher öffentlich erklärt, daß hier durch den Minister Fehler begangen worden sind. Ebenso zweifelsfrei ist, daß der Militärische Abschirmdienst (MAD) weder sauber noch professionell gearbeitet hat. Nicht einmal die schärfsten Kritiker bestreiten die Notwendigkeit des Abschirmdienstes. Aber er braucht besonders gut qualifizierte Offiziere und Beamte.

Die SPD-Opposition hoffte, mit Hilfe des Untersuchungsausschusses Politiker-Karrieren vorzeitig beenden zu können, zumindest die von Wörner, der – Affäre hin oder her – nach wie vor hohes Ansehen bei den Soldaten genießt. Aber die SPD hätte aus ihrer Regierungszeit wissen müssen, daß man keinen Minister auf Druck der Opposition fallen läßt. Entweder geht er vorher, also aus freien Stücken (oder auf Druck des Bundeskanzlers), oder er bleibt. Wörner hatte frühzeitig seinen Rücktritt angeboten. Der Kanzler hat entschieden, daß der Verteidigungsminister nicht gehen müsse. Dies kann man kritisieren, und die SPD steht dabei nicht allein, aber es ist dabei geblieben.

Die CDU/CSU tat sich naturgemäß schwer in diesem Ausschuß. Sie wußte nicht so recht, wo und wie sie Verteidigungslinien aufbauen könnte. Und so konzentrierte sie sich schließlich darauf, den Schaden für Wörner und die eigene Regierung zu „begrenzen". Wie es aussieht, werden am Ende zwei Berichte vorgelegt werden, über die dann im Parlament der Streit weitergehen dürfte. Aus dieser festgefahrenen Situation heraus wird jetzt im Ausschuß grimmig nach Daten und Fakten geforscht, die letztlich für die Gesamtbewertung unerheblich sind.

Der Chef des Bundeskanzleramtes, Staatssekretär Waldemar Schreckenberger, hat diese Verbissenheit zu spüren bekommen. Schreckenberger, ein gebildeter Verwaltungsfachmann, wollte die Atmosphäre mit einem launigen Ton auflockern. Er scheiterte an dem bierernsten Vorsitzenden Alfred Biehle (CSU). Einen Mitspieler fand Schreckenberger allenfalls in dem SPD-Abgeordneten Jahn, der ihn freilich aufs Glatteis führen wollte. Jahn fragte, ob Schreckenberger lieber „rechtsstaatliche" oder „bürokratische" Verfahren wünsche – als ob das eine das andere ausschließe. Der Kanzleramtschef begann seine Antwort mit einer ironischen Bemerkung: „Herr Abgeordneter, da bringen Sie mich aber in Verlegenheit..." Später, als er die Agenturmeldungen über seine Zeugenanhörung las, meinte Schreckenberger, es sei eben Glückssache, Ironie zu spüren.

Eine gewisse Aufregung gab es, weil sich Schreckenberger nicht ad hoc daran erinnern konnte, wann Kohl nach Israel gefahren ist. Jedenfalls wußte er sehr präzise, wann sein Chef zurückgekommen ist, und das war für ihn wichtiger. Oder: Biehle wurde ungeduldig, weil Schreckenberger nicht sofort die Namen der „Zeugen" aus der Homo-Szene nennen konnte. Der Kanzleramtschef, dem jeden Tag viele Namen und Akten über den Tisch gehen, hatte sich die Homo-Informanten auf einem Zettel notiert und diesen nicht gleich parat.

Das war alles. Erwin Horn, der SPD-Abgeordnete, ließ sich in der Mittagspause gegenüber einem Journalisten zu einer abfälligen Bemerkung hinreißen und hat sich dann später dafür entschuldigt. Helmut Kohl hat seinen Kanzleramtschef und Freund in Schutz genommen.

Kohl hat vor dem Ausschuß freimütig die „Sünden" Wörners aufgezählt. Dieser habe dem Apparat zu sehr vertraut; die Ehre Kießlings sei zu wenig beachtet worden. Als „Torheit" mißbilligte Kohl die Einladung des Schweizers Ziegler auf die Hardthöhe. Er ist sicher, daß Wörner solche Fehler nie mehr wiederholen wird. Der Bundesverteidigungsminister, das spürt man an seinen Auftritten, hat sein inneres Gleichgewicht wiedergefunden. Auch in Bonn wird schnell vergessen, vielleicht sogar vergeben.

Aber von Wörner werden jetzt Entscheidungen erwartet. Die erste ist in die Wege geleitet. Staatssekretär Hiehle, der vor dem Untersuchungsausschuß als ein korrekter Mensch Eindruck gemacht hat, wird durch Günter Ermisch ersetzt. Wörner muß den MAD in Ordnung bringen, durch Entlassungen und Umbesetzungen in der Führung und weit darunter. Versäumt er dies, wird es nur eine Frage der Zeit sein, bis er wieder vor einer Affäre steht.

WIE WAR DAS?

Als die Volkskammer in Bonn anklopfte

Von MANFRED SCHELL

Die Versuche der „DDR", ihre Volkskammer auf eine Ebene mit dem in geheimer und freier Wahl bestimmten Deutschen Bundestag zu stellen, reichen bis Anfang der 50er Jahre zurück. Angesichts der Forderung der SPD-Bundestagsfraktion jetzt, „offizielle Beziehungen" zur Volkskammer aufzunehmen, sind diese Reminiszenzen nicht nur von historischem Interesse.

Am 30. Dezember 1950 richtete der damalige Volkskammerpräsident Johannes Dieckmann ein Schreiben an Bundestagspräsident Hermann Ehlers (CDU), in dem er anregte, Volkskammer und Bundestag sollten sich über den Grotewohl-Vorschlag vom 30. November 1950 – „Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates" – verständigen.

Dieckmann schrieb damals: „Die unselige Trennung unseres nach göttlichem Willen und nach allem menschlichen Recht eine natürliche Einheit bildenden und darum zusammengehörigen Volkes hat uns in die das Leben unserer Nation bedrohende Gefahr einer tiefen Entfremdung geführt ..." 1951 solle zum „Jahr des Sieges des deutschen Friedens- und Einheitswillens" werden.

Hermann Ehlers reagierte kühl. Er antwortete am 24. Januar 1951: „Sie schreiben mir, daß das deutsche Volk nach göttlichem Willen und nach menschlichem Recht eine natürliche Einheit bilde. Ich wage nicht, den Willen Gottes so selbstverständlich zu interpretieren, weil ich weiß, daß Gott sein eigenes Volk Israel fast die ganze Zeit seiner Geschichte in zwei Staaten hat leben lassen. Selbst wenn das, was ich nicht hoffe, der Wille Gottes auch für das deutsche Volk wäre, weiß ich aber, daß etwas anderes selbstverständlich sein müßte; in jedem Staat, in dem Deutsche leben, sollte, wie in jedem anderen freien Staat der Welt, die Garantie gegeben sein, daß die Staatsbürger unter Achtung der ihnen von Gott gegebenen Würde und der ihnen daraus zuwachsenden Freiheit, Gerechtigkeit und Furchtlosigkeit leben können."

Und Ehlers fuhr fort: „Sie haben mich an meine Aufgabe, dazu mitzuhelfen, daß dem deutschen Volk Frieden und Einheit geschenkt werden, gemahnt. Ich darf mir darum gestatten, Sie zu bitten, jenseits des Bereichs der Propaganda durch ganz korrekte Maßnahmen dazu zu helfen, daß in Ihrem Bereich die oben gekennzeichneten Lebensumstände deutscher Menschen gesichert werden und der Staat auf dieser Grundlage erbaut wird. Ich vermag nicht zu verschweigen, daß der von seiten Ihrer Freunde erörterte Plan gesamtdeutscher Wahlen durch die Methode der Durchführung der Wahlen zu der von Ihnen präsidierten Volkskammer am 15. Oktober 1950 unheilvoll diskreditiert ist."

Am 19. September 1952 erschien dann eine fünfköpfige Volkskammer-Delegation unter der Leitung von Matern (SED) in Bonn. Ehlers empfing sie; die Fraktionsvorsitzenden von Brentano (CDU/CSU) und Ollenhauer (SPD) hatten Bedenken. Der ehemalige Vizepräsident des Parlaments, Carlo Schmid (SPD), blieb dem 20 Minuten dauernden Empfang fern, ebenso sein Kollege Hermann Schäfer von der FDP.

Ehlers betonte in seiner Ansprache: „Ich meine, daß jeder berufen wäre, in dem Bereich, der seinem unmittelbaren Einfluß unterliegt, dafür zu sorgen, daß im eigenen Machtbereich diese Begriffe mehr Wirklichkeit werden." Das Ansinnen von Matern, Verhandlungen aufzunehmen, lehnte Ehlers ab.

Die „Kassandra von Nürnberg" tritt aus dem Rampenlicht

Wenn jemand seinen Job verliert, sagt er oft mit bitterem Humor: „Ich hab' bei Stingl angeheuert." Der Name wurde zum Begriff. Sechzehn Jahre lang leitete Josef Stingl die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg. Heute wird er 65, Ende des Monats übergibt er den Chefsessel an Heinrich Franke.

Von GISELA REINERS

Er wäre so gern noch geblieben ... Aber das Beamtenrecht ist streng, und man hat ihn nicht gebeten, noch zu verweilen. Josef Stingl, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, wird heute 65 Jahre alt und ist somit gehalten, am Monatsende in Pension zu gehen. Sein Nachfolger, der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Heinrich Franke (56), steht schon bereit, am Montag, den 2. April, auf dem Chefsessel im Hochhaus an Nürnbergs Regensburger Straße Platz und die Geschäfte in die Hand zu nehmen.

Mit Stingl tritt ein Mann aus dem Rampenlicht einer Bühne, die er zur Selbstdarstellung meisterlich genutzt hat. Spätestens seit Mitte der siebziger Jahre, als die Arbeitslosenzahl die Millionengrenze überstieg, ist er einer der bekanntesten Männer der Republik. In jeder ersten Woche eines Monats erschien er auf deutschen Bildschirmen, Wellen und Zeitungsseiten, um die Hintergründe der Kurve zu interpretieren, zu erläutern und mit Urteilen zu versehen, die die Zahl der Erwerbslosen auf das Papier der Statistiker zeichnete. Weil Stingl zeitweise das Gesicht über dem Zwei-Zentner-Körper in traurige Falten legte und wenig ermunternde Prognosen zu verkünden hatte, handelte er sich die Spitznamen „Bundesunke" und „Kassandra von Nürnberg" ein. Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) zieh ihn einmal der Schwarzmalerei. Und böse Zungen behaupteten, Stingl gehe nie mehr als drei Wochen in Urlaub, um nur ja nicht den allmonatlichen Auftritt vor der Presse einmal seinem Vizepräsidenten, dem im vergangenen Februar verstorbenen Helmut Minta, überlassen zu müssen.

Das Fehlen eines gestandenen, erfahrenen Vize wird den Neuling in der Arbeitsverwaltung besonders schmerzen. Wenn der Mammutapparat mit seinen rund 55 000 Mitarbeitern auch, wie ein Riesentanker nach einem Wechsel auf der Kommandobrücke, erst einmal wie von allein weiterläuft, so dürfte es für den Bonner Berufspolitiker Franke, seit 1965 für die CDU im Bundestag, noch schwierig werden, sich in die neue Materie hineinzufinden. Über Mintas Nachfolge ist noch nicht entschieden. Gute Chancen hat Ursula Engelen-Kefer, Leiterin der Abteilung Arbeitsmarkt beim DGB-Bundesvorstand. Sie sitzt für die Arbeitnehmerorganisation schon seit Jahren im Verwaltungsrat der Bundesanstalt und könnte mit dieser Erfahrung dem neuen Präsidenten eine Stütze sein.

Stingls Abgang aus Nürnberg bezeichnet vermutlich das Ende einer „Ära". Sechzehn Jahre stand er an der Spitze eines Apparates, dessen Mitarbeiterzahl sich während seiner Präsidentschaft fast verdoppelte, so wie in Stingls Amtszeit fast die niedrigste (knapp 100 000), auf jeden Fall aber die höchste Arbeitslosenzahl (2,5 Millionen) seit Kriegsende fiel. „Ich hab' bei Stingel angeheuert", lautet ein geflügeltes Wort, wenn jemand seinen Job verloren hat und Arbeitslosenunterstützung bezieht.

Es dürfte ein besonderes Verdienst des aus dem Egerland stammenden Bäckersohnes sein, der in der Nachkriegszeit die Arbeitslosigkeit selber schmerzhaft erfahren mußte, daß er den Arbeitsämtern den Arme-Leute-Geruch genommen und die Arbeitsverwaltung zum Dienstleistungsbetrieb für eine breite Öffentlichkeit umgebaut hat. Die Umstellung von der baren Zahlung der „Stütze" am Schalter des Arbeitsamtes zur Überweisung aufs Konto vermied in den Zeiten der sprunghaft steigenden Zahl der Erwerbslosen die langen Schlangen vor den Behörden, die das Bild der Wirtschaftskrise geprägt haben.

Stingl betrieb eine „aktive Arbeitsmarktpolitik". Er ging davon aus, daß gute Ausbildung am sichersten vor Jobverlust schützt. Auf die Frage, was er anders machen würde, wenn er noch einmal Gelegenheit dazu hätte, antwortete er kürzlich: „Vielleicht hätte ich mich noch energischer gegen die Streichungen im Bereich der Berufsbildung wenden und die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen noch früher erweitern sollen."

Vielleicht hätte er noch dies und das tun sollen. Seine Kritiker werden nicht ohne Einwand sein. So hätte er vielleicht auch früher schon dafür sorgen sollen, daß gerade bei dieser Behörde, die Massen von Daten und Zahlen täglich zu statistischen Zwekken verarbeitet, der Computer sinnvoll eingesetzt wird. Er kann den Berater von stumpfsinnigem Zählen, Addieren und statistischem Kleinkram entlasten, um ihm die nötige Zeit für den Hilfe und Rat suchenden Menschen zu geben. Noch Ende der siebziger Jahre wurden die Listen der Abeitslosen, des Zugangs und Abgangs von offenen Stellen, von Leistungsempfängern und Kurzarbeitern mit Bleistift in papierene Strichlisten eingetragen. Heute wird noch jedes Lesegerät für Mikrofilme, das in den Schalterhallen der Arbeitsämter neu aufgestellt wird, damit sich die Jobsucher vorab über das regionale Stellenangebot informieren können, als Errungenschaft vermerkt.

Doch kann das alles nicht darüber hinwegtäuschen, daß Stingl ein erfahrener Sozialpolitiker war, der sich in den langen Jahren seiner Abgeordnetenzeit für die Berliner CDU im Bundestag eine politische Schlitzohrigkeit aneignete, die sich später im Umgang mit Arbeitgebern und Gewerkschaften sowie den vielen öffentlichen Händen, die die Selbstverwaltung der Nürnberger Anstalt bilden, als nützlich erwies. So konnte er sich erlauben, für die Arbeitszeitverkürzung einzutreten – wenn auch nicht gerade für den vollen Lohnausgleich bei der 35-Stunden-Woche – und gleichzeitig eine Begrenzung des Nachzugsalters für Ausländerkinder fordern. (Vor zu hoher Ausländerbeschäftigung hatte er immer gewarnt.) Er konnte 1978 helfen, den Drucker-Streik zu schlichten und an der von der Bundesregierung geplanten Vorruhestandsregelung erst für 59jährige herummäkeln. (Sie soll inzwischen auch für 58jährige gelten.)

Als sein Traum von einem Ministeramt in der großen Koalition 1966 nicht in Erfüllung ging, schied Stingl ohne Groll aus der aktiven Politik aus und ging gern 1968 nach Nürnberg. Als die CDU ihn 1973 aus ihrem Bundesvorstand abwählte, trat er kurzerhand zur CSU über, konnte es sich aber leisten, hin und wieder Distanz zu Franz Josef Strauß zu zeigen. Regierung und Opposition (welche auch immer), Arbeitgeber und Gewerkschaften – niemand sagt wirklich Böses über Stingl. Er gilt als fair, fleißig, einfallsreich und unabhängig. Er hat es verstanden, es so einzurichten, daß Kritik an ihm wie Kritik an der Selbstverwaltung wirkt. Landsmann und Parteifreund Erich Riedl formuliert das so: „Wir Egerländer haben seit Jahrhunderten davon und damit gelebt, es allen rechtzumachen und gleichzeitig darauf zu achten, daß wir selbst nicht zu kurz kommen."

Dieses Talent zur Gratwanderung muß der Arbeitersohn und Schwachstrom-Ingenieur Franke erst unter Beweis stellen, aber es wird ihm in Bonn die Fähigkeit zu vermitteln nachgesagt. Die Konturen des Duz-Freunds von Helmut Kohl und Mitglieds der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft sind dennoch nicht scharf. Zwar reklamiert er die Sozialausschüsse Niedersachsens als seine politische Heimat, doch hat er sich von jeher vehement gegen die Mitbestimmung gewandt. Die von der Arbeitnehmerseite als zu mager kritisierte Vorruhestandsregelung fand seine Zustimmung. Zum Staatssekretär bei Blüm soll der Vater von sechs Söhnen, von denen drei noch bei den Eltern leben, nur ernannt worden sein, weil die Niedersachsen sich bei der Verteilung der Ministerien 1982 im Herbst schlecht behandelt fühlten. Daß er das Präsidentenamt in Nürnberg der Tatsache verdanke, daß sein Minister ihn wegloben wollte, stimmt nicht. Schon bei Amtsübernahme 1982 stand Franke für die Stingl-Nachfolge fest.

Franke wird vermutlich von Monat zu Monat sinkende Arbeitslosenziffern verkünden können. Dazu verhilft ihm der einsetzende Frühling sowie der wirtschaftliche Aufschwung, der nach dem Willen der Regierung verfestigt werden soll. Stingl wurde erst richtig bekannt, als die Arbeitslosen-Zahlen in die Höhe gingen. Und so könnte es sein, daß sein Nachfolger bei sinkenden Zahlen erst gar nicht so recht ins Rampenlicht gerät.



Der Interpret des Arbeitsmarkts: Josef Stingl
FOTO: JUPP DARCHINGER

„... Angst, daß sie mich noch aus dem Zug holen"

Was empfinden Aussiedler aus der „DDR", wenn sie gerade die Grenze von Deutschland nach Deutschland passiert haben? Szenen aus Bebra.

Von BERND HUMMEL

Zum Zug aus Leipzig? Der Aufsichtsbeamte im Bahnhof Bebra vergewissert sich: „Den Interzonenzug meinen Sie?" Ihm geht vier Jahrzehnte nach Kriegsende die noch immer gültige amtliche Bezeichnung für Züge aus der „DDR" ohne Zögern über die Lippen. Dann die Frage, die ihm in den vergangenen Wochen schon Routine geworden ist: „Verwandte abholen, die umsiedeln dürfen?" Leider – nein.

Auf dem Bahnsteig am Gleis 4 herrscht Beklemmung. Beamte vom Grenzschutz-Einzeldienst und Zoll beruhigen den einen oder anderen Abholer: Es wird schon alles glattgegangen sein, drüben am „DDR"-Kontrollpunkt Gerstungen. Derweil läßt sich ein älterer Mann bereits zum dritten Mal erklären, daß sein Bruder aus Weimar – „der hat drüben genug durchgemacht" – diesseits des „DDR"-Grenzzauns nicht „ins Lager" muß. Erneut bestätigt ein Zollbeamter, daß in diesem Fall das Bundesnotaufnahmeverfahren schriftlich erledigt werden kann, zumal der neue Wohnsitz bei Verwandten schon feststeht.

Dann hat der D 456 von Leipzig nach Frankfurt/Main Einfahrt. Kurz darauf Szenen, die an das Eintreffen der Spätheimkehrertransporte in den fünfziger Jahren erinnern. Da schämt sich keiner seiner Tränen.

Im Zug erkennt man die Umsiedler aus der „DDR" bei der Paßkontrolle an ihren Papieren. Ihnen hat man drüben den blauen Reisepaß mit dem goldenen „DDR"-Emblem abgenommen, hat statt dessen eine sogenannte Identitätsbescheinigung beim Volkspolizei-Kreisamt ausgestellt. Und jedesmal, wenn den Grenzbeamten unaufgefordert derlei Bescheinigungen gezeigt werden, winken sie ab. Sie wollen die Papiere nicht sehen, wünschen statt dessen „viel Glück" oder „einen guten Start bei uns". Eine junge Frau aus Leipzig fragt geradezu erschrocken: „Das war doch nicht schon alles?"

Doch das war es. Der letzte Schritt in den freien Teil Deutschlands hatte genau 24 Minuten gedauert. So lange braucht der Zug vom „DDR"-Grenzbahnhof Gerstungen in Thüringen bis nach Bebra. Was empfindet man während der ersten Minuten in Freiheit? Die Frau aus Leipzig, die zu ihrer Familie nach Hamburg möchte, sagt: „Ich bin einfch glücklich." Sie sagt es noch dreimal, wenn ihr, obwohl sie lacht, Tränen über das Gesicht laufen. Drei Jahre hat sie auf diesen Augenblick gewartet.

Wie ist das, wenn man im Zug durch diese schmale Öffnung im mit Selbstschußanlagen gespickten „DDR"-Grenzzaun in ein völlig anderes Leben rollt? „Ich habe nicht mehr zurückgeschaut", sagt die junge Frau, „es ging alles so schnell, auf einmal war alles so einfach." Für ds letzte „DDR"-Geld hat sie sich drüben eine Cola gekauft. Eine richtige, sagt sie, während sie die Dose hochhält, als habe sie damit das Symbol der Freiheit in den Händen.

Ein Facharbeiter aus Jena reagiert einsilbig: „Das ist wie ein Schock", wohl deshalb, weil er zwar gehofft, aber mit seiner Ausreise nicht gerechnet hatte. Und seine Erwartungen hier angesichts hoher Arbeitslosenquoten: „Wer arbeiten will, der kann trotzdem etwas finden." Er weiß, daß es trotz Arbeitslosigkeit im Westen gleichzeitig Tausende von unbesetzten Stellen gibt.

Im Nachbarabteil wird gefeiert: Da sitzen Schwiegermutter, Tochter und Schwiegersohn über einem Karton „Radeberger Pils" und prosten sich zu. Der Werkzeugmacher: „Als wir am Grenzpfahl vorbeigefahren sind, haben wir uns erst umarmt und dann auf ein neues Leben angestoßen." Die drei sind erleichtert, nur die junge Frau wird mit der Situation noch nicht ganz fertig: „Das ist alles noch gar nicht wahr, sechs Jahre mußten wir warten. Dann bekamen wir gestern um 10 Uhr Nachricht, daß wir bis 16 Uhr die Formalitäten erledigt haben müssen. Da zittert man, friert und schwitzt. Das glaubt man einfach nicht, und das wird erst wahr, wenn wir in Frankfurt sind." Frankfurt, weil die Verwandten dort wohnen.

Eine Krankenschwester aus Jena, die sichtlich benommen ist, möchte Fragen nicht beantworten, sagt aber: „Ich habe bei der Grenzkontrolle in Gerstungen Angst gehabt, daß sie mich doch noch aus dem Zug holen." Doch als der Zug dann anfuhr, „war dieser Druck, mit dem man jahrelang leben mußte, ganz plötzlich weg".

Als der D 456 wieder anfährt, stehen auf dem Bahnsteig zwei Familien aus der „DDR", die die kurze Abfertigung in der Grenzkontrollstelle bereits hinter sich haben. Sie winken einem Zug hinterher, in welchem sie Schicksalsgefährten wissen. Dann nehmen sie ihre vier Koffer, die sie für ihre Reise von Deutschland nach Deutschland mitgenommen haben, und gehen zum Bahnhofskiosk, um Zeitungen zu kaufen. Einen ganzen Arm voll. Als einer von ihnen das aus der „DDR" mitgebrachte „Thüringer Tageblatt" vom Tage wegwerfen will, sagt der andere: „Heb' es auf, damit Du immer an diesen Tag erinnert wirst!"



Gleise in die Freiheit: Aussiedler bei der Ankunft im Westen
FOTO: RUDOLF DIETRICH

Dioxin – dem schlimmsten aller Gifte auf der Spur

Von JOCHEN AUMILLER

Das Büblein fein an der Mutterbrust trinkt Gift, so jedenfalls hallte es dieser Tage durch die Medien. Das Seveso-Gift Dioxin ist in einigen Muttermilch-Proben nachgewiesen worden, zwar in außerordentlich geringen Dosen. Zweifellos handelt es sich bei Dioxin und seinen zahlreichen chemischen Verwandten um „höchst gefährliche Gifte", wie auch das Bundesgesundheitsministerium versichert. Einige wenige Laboratorien in Europa sind überhaupt in der Lage, so geringe Spuren von Dioxin noch zu erfassen. Es handelt sich um die Größenordnung von einem Nanogramm, also einem Miliardstel Gramm.

Laut Ministerium „kann nach bisherigen Ergebnissen auch bei vorsichtiger Wertung der Literatur zur Toxizität von TCDD (eine Abküzrung für Dioxin) eine gesundheitliche Schädigung nicht begründet werden". Aber so recht wohl war dem Ministerium bei seiner Aussage wohl doch nicht. Denn es fügte hinzu: „Andererseits ergibt sich die Gefährlichkeit dieses Stoffes besonders dadurch, daß schädigende Wirkungen im Tierversuch schon bei sehr geringen Substanzmengen zu beobachten sind, nämlich unterhalb des millionstel Gramms pro Kilogramm Tiergewicht."

Bisher war man auf ausländische Labors angewiesen, hierzulande ist man für Dioxin-Spuren so minimalen Ausmaßes nicht gerüstet. Das soll schon bald anders werden. Zunächst möchte das Bundesgesundheitsamt im Auftrag der Regierung herausfinden, ob die Alarmmeldungen aus einem schwedischen Labor tatsächlich hieb- und stichfest sind. Außerdem wurde das Wasser-Boden-Luft-Institut des Bundesgesundheitsamtes in Hamburg-Langen um ein „Hochsicherheitslabor" bereichert, in dem künftig die Analyse möglich wird. Unter dem Sammelbegriff Dioxine fassen Chemiker 210 verschiedene Substanzen zusammen, darunter das grauenhafte TCDD, das sogenannte „Seveso-Gift". Es gilt als die giftigste synthetische Substanz, die bisher auf der Welt bekannt geworden ist.

Noch in diesem Jahr soll die Analytik anlaufen. Man will sogar Konzentrationen bis zu einem Piko-Gramm erfassen, also 0,000 000 000 001 g. Und wahrscheinlich werden die Wissenschaftler unter der Leitung von Professor Rolf Grüttner vom Universitäts-Krankenhaus Hamburg-Eppendorf fündig. Denn in so minimalen Mengen ist Dioxin auch bereits im menschlichen Fettgewebe gefunden worden.

Die Kernfrage wird durch diese unvorstellbar sensible Nachweisakrobatik noch nicht beantwortet. Was bedeutet es praktisch, wenn in der Muttermilch ein Gehalt von einem Nano- oder Pikogramm Dioxin gefunden wird? Welche biologischen Konsequenzen ergeben sich daraus?

Unklar ist auch, woher diese Supergifte stammen. „Dieses höchst gefährliche Gift findet nach seiner Bildung bei industriellen chemischen Prozessen den Weg über die Umwelt zum Menschen", erklärt das Bundesgesundheitsministerium. Ein Problemkreis also, dem nur mit einem konsequenten umweltpolitischen Konzept begegnet werden kann.

Die Kinderärzte raten den jungen Müttern, sich durch die Dioxin-Diskussion nicht davon abhalten zu lassen, den Kindern das beste Nahrungsmittel zukommen zu lassen, das es für sie gibt: die Muttermilch mit ihren wichtigen Schutzfaktoren gegen Infektionskrankheiten. Ganz abgesehen davon ist dieser innige Mutter-Kind-Kontakt für die psychische Entwicklung der Kleinen ganz wesentlich. Eine Risiko-Nutzen-Abwägung dürfte heute eindeutig zugunsten des Stillens ausfallen.

Carstens: Sieben Jahre Amtszeit wären besser

hey. **Bonn**

Der scheidende Bundespräsident Karl Carstens hat angeregt, die Amtszeit des Staatsoberhaupts von fünf auf sieben Jahre zu verlängern. Denn, so sagte er gestern im Zweiten Deutschen Fernsehen, fünf Jahre seien „möglicherweise ein wenig zu kurz". Andererseits habe er „das deutliche Gefühl, daß zehn Jahre für mich eine zu lange Amtszeit sein würden". Gleichzeitig warnte Carstens davor, das Grundgesetz ohne zwingend notwendigen Grund zu ändern. Die Rechte des Bundespräsidenten sind nach seiner Überzeugung nicht zu schwach. So habe er in einigen Fällen – wie bei der Auflösung des Bundestages – „eine bedeutende Entscheidungsgewalt". Dies sei auch die schwerste Entscheidung seiner Amtszeit gewesen.

Überschritt Würzbach seine Kompetenzen?

AP, **Bonn**

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesverteidigungsminister, Peter-Kurt Würzbach (CDU), soll mit einem Auftrag an den Militärischen Abschirmdienst (MAD) zu einer Lauschabwehroperation seine Kompetenzen überschritten haben. In einem gestern in Bonn vorab veröffentlichten Bericht meldete die „Süddeutsche Zeitung", Würzbach habe im August vergangenen Jahres den MAD ersucht, in der Wohnung des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann (FDP), nach möglicherweise von Agenten gelegten Abhöranlagen zu suchen. Für das Aufspüren solcher Anlagen sei jedoch das Bundesinnenministerium zuständig.

Anlaß für den Auftrag von Würzbach war nach Darstellung der Zeitung ein Gespräch mit Möllemann, in dem dieser den Verdacht geäußert hatte, er werde abgehört. Der Staatsminister, so diese Version, habe dabei erfahren, daß der MAD für einen solchen Auftrag „am besten ausgerüstet" sei. Das Bundesamt für Verfassungsschutz habe zu dieser Zeit einen „merkwürdigen Anruf" aus der Kölner MAD-Zentrale erhalten, mit dem sich der MAD offenbar im nachhinein eine Bestätigung der „Amtshilfe" habe holen wollen. Der Verfassungsschutz habe dem MAD mitgeteilt, daß er nicht zuständig sei.

Senat kritisiert Flugpreiserhöhung

AP, **Berlin**

Als „unangemessen, unangebracht und unnötig" hat der Berliner Senat die von den alliierten Fluggesellschaften beschlossene Erhöhung der Flugpreise nach Berlin um 2,9 Prozent vom 25. März ab kritisiert. Senatssprecher Winfried Fest forderte in der „Berliner Morgenpost", die preiswerten Flüge nach Berlin müßten unbedingt erhalten bleiben.

Erleichterung nach Apels Ja

Siegeszuversicht der Berliner SPD steigt / Nominierung des ehemaligen Ministers ist sicher

HANS-R. KARUTZ, **Berlin**

Die Bereitschaft von Hans Apel, als SPD-Herausforderer des Weizsäcker-Nachfolgers Eberhard Diepgen nach Berlin zu gehen, läßt die Zuversicht der Sozialdemokraten beträchtlich steigen. Am Rande des Sachparteitages am Wochenende rechneten Insider eine sichere 60:40- oder gar 70:30-Mehrheit für Apel auf dem Nominierungskongreß am 31. März aus. Acht der zwölf Berliner SPD-Kreise stehen sicher hinter Apel.

Ein „Adrenalin-Stoß"

Heute abend stellt sich der Spitzenkandidat in spe zum ersten – und aus Wahlkampftermin-Gründen im Südwesten – zum letzten Mal vor der geplanten Berufung den Berliner Genossen auf zwei Kreisdelegiertenversammlungen vor. Apel trifft in Spandau und Neukölln auf seinen innerparteilichen Gegenkandidaten, Parlaments-Vizepräsident Alexander Longolius. Der ehemalige Wahlkampf-Manager des aus beruflichen Gründen zurückgetretenen bisherigen Bewerbers Harry Ristock hatte sich in raschem Zugriff selbst als Nachfolger ins Gespräch gebracht. Während Apel von den traditionell rechten oder gemäßigten SPD-Kreisen gestützt wird, kann Longolius auf linke Delegiertenstimmen in den Kreisen Kreuzberg, Schöneberg, Zehlendorf und seinem Heimatbezirk Charlottenburg rechnen.

Nach Überschlags-Rechnungen in den Kreisen dürften 150 bis 180 der 256 Landesdelegierten am 31. März den Namen „Apel" auf dem Ticket ankreuzen. „Seine bevorstehende Berufung nach Berlin hat wie ein Adrenalin-Stoß auf die Partei gewirkt", sagte ein Ex-Senator über die Stimmungslage in der SPD zur WELT. Vor allem in den Mitte-Rechts-Kreisen der Sozialdemokraten laufen seit der Nennung Apels wieder Mitgliedsanträge ein. Allein im Kreis Reinickendorf meldeten sich innerhalb von Tagen 30 Berliner an.

Die politische „Dampfwalze" aus Hamburg aufzuhalten, bemühten sich die Jungsozialisten auf dem Parteitag vom Wochenende zumindest auf Flugblättern. Sie bezeichneten ihn als „aufgepfropften Kandidaten", der „sozialpartnerschaftliche Wirtschaftskonzepte und eine militärische Aufrüstungspolitik" vertrete. Seine Nominierung bedeute einen „innerparteilichen Rechtsruck".

Die Berliner CDU-Spitze verfolgt unterdessen mit wachsendem Unbehagen das schnelle „Überspielen" des Ristock-Verzichts, die zügige Abordnung von Hans Apel in die alte Hauptstadt und die Sympathie, mit der dieser Schritt in der Öffentlichkeit aufgenommen wird. Auf Apels Wunsch, sich in den Berliner Senats-Verwaltungen sachkundig machen zu können, reagierte der Regierende Bürgermeister Diepgen nicht selbst, sondern ließ seinen Sprecher brieflich mitteilen, daß Gespräche mit Senatoren und ihren Stellvertretern möglich seien. Diepgen selbst hatte in seiner ersten Reaktion auf Apel erklärt, der Name des SPD-Konkurrenten sei ihm „gleichgültig".

Wesentlich souveräner verhielt sich seinerzeit Dietrich Stobbe (SPD), als er im September 1978 nach der von Diepgen mitbeförderten Auswechslung des CDU-Kandidaten Peter Lorenz gegen von Weizsäcker den Bonner Politiker unverzüglich zu einem Gespräch empfing. Stobbe sprach damals von einem „Gewinn für Berlin". Stobbe kommentierte den Ristock-Apel-Wechsel am Rande des Parteitages im Gespräch mit der WELT: „Die CDU hat sich in der Kandidatenfrage festgezurrt, die SPD hat sich im richtigen Moment geöffnet."

Die Rolle Riebschlägers

Die bevorstehende Bestellung von Hans Apel beeinflußt auch die innerparteiliche Lage der Berliner SPD erheblich. Zum ersten Mal seit Jahren bereitete sich die Partei-Rechte auf das Treffen am Sonnabend vor und vereinbarte feste Wahlabsprachen. So brachte die Rechte schon im ersten Wahlgang fünf von 13 Bundesparteitags-Delegierte für den Essener Parteikonvent im Mai durch. Darunter befanden sich der Landesvorsitzende Peter Ulrich und Ex-Finanzsenator Klaus Riebschläger als „Kopf" der Mitte-Rechts-Gruppierung.

USA und Kairo wollen Sudan Hilfe leisten

DW. **Kairo/New York**

Ägypten und die Vereinigten Staaten sind entschlossen, Sudan gegen eine militärische Bedrohung durch Libyen zu schützen. Einen Tag nach einem Luftangriff auf den Rundfunksender der zweitgrößten sudanesischen Stadt Omdurman, bei dem fünf Menschen ums Leben kamen, hat Ägypten seine Streitkräfte in Alarmbereitschaft versetzt. Die USA erwägen nach einem Bericht der „New York Times" gemeinsam mit Ägypten die Errichtung einer Luftbrücke zum Transport von Waffen nach Sudan. Sudanesischem Ersuchen um Waffenhilfe würde nach dem Luftangriff in Washington vorrangig Beachtung geschenkt, schreibt das Blatt.

Der Luftangriff war am Freitag von einem Flugzeug des sowjetischen Typs T-22 geflogen worden. Allein Libyen besitzt in der Region derartige Maschinen. Sudan beschuldigte unmittelbar nach dem Angriff Libyen. Tripoli dementierte.

Einen Tag nach dem Bombardement reiste der ägyptische Verteidigungsminister General Ghasala nach Sudan. Ägypten sei bereit, Sudan unbegrenzte Militärhilfe zu leisten, und werde „Aggressionen mit Aggressivität beantworten", sagte der General. Beide Staaten sind seit 1976 durch ein Verteidigungsabkommen verbunden. In Kairo empfing Staatspräsident Mubarak den amerikanischen Botschafter zu einem Gespräch über die Lage in Sudan.

Bündnis mit den Grünen umstritten

Absage auf SPD-Bezirksparteitag Westliches Westfalen / Hessen-Süd auf Börner-Kurs

hy./AP, **Bottrop/Alsfeld**

Der Vorsitzende des mit 132 000 Mitgliedernstärksten SPD-Bezirks Westliches Westfalen, Hermann Heinemann, hat sich deutlich und kämpferisch von Kräften in seiner Partei distanziert, die ein Zusammengehen mit den Grünen befürworten oder auch nur für möglich halten. Er sagte am Wochenende vor den knapp 300 Delegierten seines Parteitages in Bottrop mit Blick auf die Kommunalwahlen im September und die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai 1985: „Laßt mich dies hier einmal ganz ungeschützt sagen: Es wird keine Liaison zwischen uns und den Grünen geben. Weder sind die Grünen unser Schicksal noch unsere Partner."

Mit dieser Wortwahl unterscheidet sich Heinemann auch deutlich von dem Landesvorsitzenden der SPD, Ministerpräsident Johannes Rau, der bislang lediglich eine „Koalition" mit den Grünen ausgeschlossen hat. Er setzte sich mit dieser Äußerung auch in Gegensatz zu Rau's Stellvertreter, Landesentwicklungsminister Christoph Zöpel. Jener hatte erst kürzlich Bündnisse der SPD mit den Grünen in Kommunen für denkbar erklärt.

Der eher konservativ-sozialdemokratisch gestimmte Bezirk stellt etwa die Hälfte der Landesdelegierten auf dem Parteitag am 31. März in Aachen. Er gibt seit jeher den maßgeblichen Ton in der nordrhein-westfälischen SPD an. Nicht zuletzt verdankt er diese starke Rolle dem Vorsitzenden Heinemann selbst, der mit seinem bisher besten Ergebnis von 298 von 316 Delegierten in seinem Amt bestätigt wurde.

Die Nachricht aus dem fast benachbarten Marl, wo die Grünen tagten und erklärten, sie wollten unter bestimmten Bedingungen eine SPD-Minderheitsregierung dulden, wenn es nach der Landtagswahl 1985 zu einer entsprechenden Konstellation komme, wurde in Bottrop mit Hohnlachen quittiert. Als wichtigsten programmatischen Punkt forderten die Delegierten in Bottrop die Schaffung einer nationalen, paritätisch mitbestimmten Stahl-AG mit staatlicher Beteiligung als „Grundlage einer öffentlichen Einflußnahme zugunsten der Arbeitnehmer".

Im Gegensatz zu den Genossen in Westfalen hat der SPD-Bezirk Hessen-Süd am Samstag mit einer einstimmig angenommenen Resolution den Kurs von Ministerpräsident Holger Börner unterstützt, eine längerfristige Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Grünen im hessischen Landtag zu erreichen. Auf einem Bezirksparteitag in Alsfeld erklärten die 300 Delegierten, allein eine Zusammenarbeit von SPD und Grünen böte „die Gewähr für eine ökologisch und sozial orientierte Politik und somit eine positive Alternative zur arbeitnehmerfeindlichen Politik der Bundesregierung".

Mit dem Votum des SPD-Bezirks Hessen-Süd haben jetzt beide Bezirksverbände der hesssischen Sozialdemokraten die bisherige Verhandlungsführung von Börner mit den Grünen unterstützt. Bereits am vergangenen Wochenende hatte der SPD-Bezirk Hessen-Süd die „Chance zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen unter umweltverträglichen Bedingungen". Im Gegensatz zum Bundesparteivorstand lehnen die Genossen von Hessen-Süd weiterhin private Rundfunk-und Fernsehprogramme ab. Die 300 Delegierten verabschiedeneten in Alsfeld einen Antrag, in dem sie deutlich machten, daß sie am öffentlich-rechtlichen System festhalten wollen.

Will Steinkühler einlenken?

rtr/AP/DW. **Frankfurt/Bonn**

Die IG Metall wolle die 35-Stunden-Woche keineswegs „auf Biegen und Brechen" durchsetzen, hat der Zweite Vorsitzende der Gewerkschaft, Franz Steinkühler, gestern im Hessischen Rundfunk gesagt. Steinkühler sprach von der Bereitschaft seiner Gewerkschaft sowohl zum Kompromiß als auch zur Auseinandersetzung: Die IG Metall sei durchaus zu einem Stufenplan oder anderen Lösungen bereit. Auch über Samstagarbeit werde man mit sich reden lassen, wenn auch eine Wiedereinführung der Sechs-Tage-Woche nicht in Frage komme. Falls die Arbeitgeber sich jedoch weiterhin nicht kompromißbereit zeigten, um einen Arbeitskampf zu provozieren, werde dies Auseinandersetzungen „von einer Härte zur Folge haben, wie wir sie bislang noch nicht gekannt haben".

Steinkühler hatte bereits Anfang diesen Monats im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" für die IG Metall Kompromißbereitschaft signalisiert: Zwar müsse die 40-Stunden-Woche „auf jeden Fall weg", doch bedeute dies nicht, daß man sich nicht auch auf eine 35,5-Stunden-Woche einigen könne. Er gestand dennoch ein, daß seine Gewerkschaft beträchtliche Schwierigkeiten habe, ihre Mitglieder für den Kampf um die 35-Stunden-Woche zu aktivieren (WELT vom 5. März).

„Die Bürokratie in der Forschung abbauen"

WELT-Gespräch mit Forschungsminister Riesenhuber

HEINZ HECK, **Bonn**

Unser Problem ist nicht so sehr eine Steigerung der Forschungsausgaben. Die Bundesrepublik liege mit einem Anteil von über 2,8 Prozent des Bruttosozialprodukts (46,8 Milliarden Mark) in der Weltspitze, erklärte Forschungsminister Heinz Riesenhuber in einem WELT-Gespräch. Wichtiger sei, daß die Ergebnisse der Forschung bis hin zur Grundlagenforschung rascher umgesetzt würden. Dieses Innovationstempo sei in der Bundesrepublik häufig unbefriedigend.

Durch Abbau der Forschungsbürokratie lasse sich die Umsetzung beschleunigen, auch durch verstärkte Kontakte zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. In den letzten zehn Jahren sind diese Kontakte in der Bundesrepublik nach Meinung des Ministers „loser" geworden. Durch eine Vielzahl von Maßnahmen will er zur Intensivierung beitragen.

„Das ziemlich zwanglose Zusammenspiel" von Wirtschaft, Wissenschaft und Regierung - Bereichen also, die bei uns getrennt arbeiten - ist für Riesenhuber das wohl wichtigste Erfolgsgeheimnis der japanischen Wirtschaft. Dabei falle dem japanischen Wirtschaftsministerium (MITI) die Aufgabe zu, die Konsensbildung zwischen den Beteiligten herbeizuführen. Auf diese Weise sei es dem Inselreich bemerkenswert gut gelungen, nicht nur neuen Techniken zum Durchbruch zu verhelfen sondern zugleich alte Strukturen zwar nicht konfliktfrei, aber zügig herunterzufahren.

„Japan wird überschätzt"

Einschränkend fügt er allerdings hinzu, daß im Falle Japans meist überschätzt werde, „was auf schmaler Basis gut läuft". In der Mikroelektronik hätten sich die Erfolge rasch eingestellt, in der Biotechnologie hätten sie noch nicht zu großen Umsätzen geführt.

In Modellversuchen will Riesenhuber Wissenschaftlern Anreize geben, entweder in die Industrie überzuwechseln oder sich selbständig zu machen. Wer sein Glück auf diese Weise versuchen will, kann nach drei Jahren an seinen alten Platz, zum Beispiel in einer Großforschungseinrichtung, zurückkehren oder definitiv rausgehen.

Der Abbau der Forschungsbürokratie ist ein weiterer Ansatzpunkt, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gerade bei Erzeugnissen der Spitzentechnologie zu stärken. Zur Zeit des Forschungsministers Volker Hauff (SPD) habe die direkte Forschungsförderung mehr als 90 Prozent betragen. Inzwischen sei sie auf zwei Drittel der Aktivitäten seines Hauses heruntergefahren worden.

Dabei verfälsche die aufwendige Finanzierung der beiden Demonstrationskraftwerke (Brüter und Hochtemperaturreaktor) die Statistik. Gerade bei der direkten Projektförderung verzögere sich die Umsetzung in marktfähige Produkte und Verfahren. Denn die Antragstellung dauere oft schon knapp ein halbes Jahr.

„Indirekt fördern"

Riesenhuber will daher, wie erst letzte Woche am Beispiel der Informationstechnik verdeutlicht, die indirekte Förderung weiter konsequent ausbauen. Das gilt für die Mikroelektronik, aber zum Beispiel auch für die Fertigungstechnik. Für die in erster Linie der Klein- und Mittelindustrie zugute kommende Vertragsforschung sei der Etatansatz jetzt auf 40 Millionen Mark verdreifacht worden.

Andererseits verteidigt der Minister die unter seinen Vorgängern vorübergehend fraglich gewordene Fertigstellung des Brüters und des Hochtemperaturreaktors. Es wäre ein „schlimmes Signal" gewesen, wenn in der Bundesrepublik diese komplexe Großtechnik gescheitert wäre. An direkt zu fördernden Milliardenprojekten sieht der Minister derzeit lediglich die Kohleverflüssigung und den Bau einer Weltraumstation.

Große Hoffnungen setzt er auf die verstärkte Gründung von Venture Capital-Gesellschaften, die ihren Siegeszug in den USA bereits vor rund 25 Jahren angetreten hätten. Er würde es begrüßen, wenn solche amerikanischen Unternehmen sich auf dem deutschen Markt engagierten.

Von der in Mode gekommenen skeptischen bis pessimistischen Einschätzung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt scheint Riesenhuber nicht angesteckt worden zu sein. „Wir haben rund 10000 forschende Betriebe in der Bundesrepublik." Dies sei eine gute Basis. Ebenso sei die Grundlagenforschung in der Bundesrepublik viel breiter angelegt als zum Beispiel in Japan. Wenn es gelinge, alle Beteiligten zu verstärkten Anstrengungen in Forschung und Innovation zu motivieren, sei ihm um die Wettbewerbsfähigkeit nicht bange.

„Vorruhestand ist ein sozialer Friedensdienst"

WELT-Interview mit Arbeitsminister Norbert Blüm

DW, **Bonn**

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat die Arbeitgeber aufgefordert, jetzt ein „großzügiges" Angebot zur Einführung des Vorruhestands zu unterbreiten. Mit Blüm sprach Stefan Heydeck.

WELT: Herr Minister Blüm, die Gewerkschaften gehen in die Tarifverhandlungen offensiv mit ihrer Forderung nach der 35-Stunden-Woche. Was sollen die Arbeitgeber machen?

Blüm: Sie sollten ein Angebot zur Einführung des Vorruhestands machen. Und zwar ein großzügiges. Denn der Vorruhestand ist ein sozialer Friedensdienst. Er nimmt auf die kleinen Betriebe Rücksicht und leistet einen Beitrag zur Arbeitszeitverkürzung. Jetzt ist nicht die Zeit der kleinlichen Buchhalter, sondern die der Anhänger des sozialen Friedens.

WELT: Sie warnen vor harten Fronten?

Blüm: Das ist nicht die Minute für Rechthaber, sondern die Stunde für Mutige, die über den Tellerrand von

INTERVIEW

Interessenpolitik hinausdenken können. Mit den Scheuklappen von kleinlichen Verbandstaktikern wird die Arbeitszeitfrage in die Sackgasse geraten. Den Arbeitgebern muß ich schon sagen, daß ein Nein keine Alternative ist und leere Hände kein Angebot sind. Deshalb appelliere ich: Springt über Euren Schatten, macht jetzt ein eindrucksvolles Angebot.

Arbeitgeber und Gewerkschaften müssen aufeinander zugehen. Wenn jeder in seinem Schützengraben sitzenbleibt, können wir die Hoffnung aufgeben, daß es zu einer friedlichen Vereinbarung kommt. Die Bundesregierung bietet dazu ihre Hilfe an, auch wenn sie natürlich nicht der verlängerte Arm einer Seite ist.

WELT: Also eine Offensiv-Strategie der Arbeitgeber?

Blüm: Ja. Denn wir stehen vor einer historischen Stunde. Jetzt entscheidet sich, ob unsere Gesellschaft friedensfähig bleibt. Im übrigen: Die Gewerkschaften haben es bei über zwei Millionen Arbeitslosen nicht gerade leicht. Deshalb brauchen sie auch Hilfe, damit sie sich nicht den Klassenkämpfern an den Hals werfen. Wir wollen keinen Krach. Streik ist ein Notventil. Doch der Dampf muß vorher aus dem Kessel. Durch einen Kompromiß.

WELT: Wo sind die besonderen Vorteile der Vorruhestandsregelung?

Blüm: Sie ist einmal der einzige Beitrag zur Arbeitszeitverkürzung, zu dem der Staat Geld gibt. Zum anderen ist es die einzige Arbeitszeitverkürzung, die mit einem Einstellungsmechanismus verbunden ist. Denn Geld gibt es nur, wenn für einen Ausscheidenden ein neuer Arbeitnehmer eingestellt wird. Das ist die Garantie dafür, daß mit der Vorruhestandsregelung den Arbeitslosen geholfen wird. Sie hilft darüber hinaus den Alten, die ausscheiden wollen und den Jungen, die einen Arbeitsplatz suchen. Denn der Vorruhestand wird in den kleinen Betrieben auch auf die Einstellung von Lehrlingen angerechnet. Er fädelt außerdem besser in die konjunkturpolitische Entwicklung ein als jede andere Arbeitszeitverkürzung.

WELT: Nein zur 35-Stunden-Woche?

Blüm: Ich will dieses Thema nicht tabuisieren. Denn irgendwann wird es wie in der Vergangenheit mit kürzeren Wochenarbeitszeiten weitergehen. Aber jetzt und überall paßt sie nicht.

WELT: Sie sehen also zur Zeit hier wirtschftliche Probleme?

Blüm: Eine Stunde Wochenarbeitszeitverkürzung kostet mehr Lohnpunkte und verzehrt mehr an Zuwachs als der ganze Vorruhestand. Denn wenn die vereinbart wird, bleibt für die Lohntüten kaum noch etwas übrig. Man muß schließlich die Arbeitnehmer verstehen, die wieder auf Einkommensverbesserungen warten. Im übrigen gibt es hier ja auch ein Dilemma. Eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich würde zu Lasten der Arbeitslosen gehen, weil sie mehr auffrißt, als Zuwachs da ist. Ohne Lohnausgleich wären dagegen die Rentner die Leidtragenden. Denn wenn das, was zur Verfügung steht, nur in Freizeit umgesetzt würde, gingen sie leer aus. Die Rentenentwicklung hängt ja von den Lohnerhöhungen ab.

WELT: Sind Sie denn auch gegen einen Einstieg in die 35-Stunden-Woche?

Blüm: Eine 35-Stunden-Woche auf einen Schlag hilft nicht. Wenn aber nur ein kleiner Schritt gemacht würde, wäre die Gefahr groß, daß die Fließbänder ein bißchen schneller liefen und der Streß weiter zunähme.

Mondale baut Vorsprung aus

Nach Niederlagen gegen Hart / Als dritter nur noch Jackson im Vorwahlkampf

TH. KIELINGER, Washington

Walter Mondale hat sich von seinen Anfangsniederlagen im amerikanischen Vorwahlkampf erholen können. Er gewann die Bürgerschaftsversammlungen (Caucuses) in Michigan und Arkansas klar vor seinem Hauptkonkurrenten Gary Hart. Dieser konnte in keinem der sechs Territorien, die am Samstag ähnliche Wahlen veranstalteten, gewinnen.

In South Carolina und Mississippi dagegen entfiel der größte Stimmenanteil auf die Kategorie „unentschieden" – das sind Delegierte, die auf keinen der angebotenen Kandidaten festgelegt sind. Auch die in der Panamakanal-Zone lebenden Amerikaner stimmten dafür, ihre drei Vertreter für den Parteitag der Demokraten im Juli unter der Fahne „nicht festgelegt" auftreten zu lassen. Ein ähnliches Bild zeichnet sich in Kentucky ab, wo am Samstag ein sich über die ganze Woche erstreckender Auswahlprozeß begann.



Walter Mondale hat bisher 443 Delegierte hinter sich. FOTO: AP

Seinen großen Einfluß unter den farbigen Wählern machte der Baptistenprediger Jesse Jackson erneut geltend. Dieser Trend verstärkt sich um so mehr, als nach dem Ausscheiden John Glenns jetzt nur noch drei Kandidaten – statt der ursprünglichen acht – im Rennen sind. Jackson schneidet tief in das Wählerreservoir für Walter Mondale hinein, indem er den farbigen Stimmenanteil, der zu neunzig Prozent den Demokraten zur Verfügung steht, aufspaltet und den größten Anteil davon auf sich vereint.

Das war auch am Wochenende wieder der Fall, wie zuvor schon am vergangenen Dienstag in den Südstaaten Alabama und Georgia. Diesmal kam Jackson in seinem Heimatstaat South Carolina sogar vor Hart und Mondale durchs Ziel, obwohl hier die „Nichtfestgelegten" (uncommitted) weit an der Spitze lagen. In Mississippi erzielte er den zweiten Platz.

Das Phänomen Jackson liegt weniger in den eigenen Wahlchancen des Kandidaten als in dem wichtigen Umstand, daß dieser Mann neue farbige Wähler zu Tausenden an die Wahlurnen bringt; damit bekommt er nicht nur ein ernstzunehmendes Faustpfand für das Aushandeln der Wahlplattform im Juli in die Hand, sondern vielleicht auch ein gewichtiges Wort bei dem Entscheid über den endgültigen Präsidentschaftskandidaten der Partei. Er macht die schwarzen Wähler in den USA auch zu einem möglichen wahlentscheidenden Faktor in der Präsidentschaftswahl am 6. November.

Die Ergebnisse der vier schon ausgezählten Caucus-Staaten vom Samstag lauten (Zahlen in Prozenten des Stimmenanteils): Michigan – Mondale 49,1; Hart 31,3; Jackson 16,3. Arkansas – Mondale 49,9; Hart 30,4; Jackson 20. South Carolina – „Nichtfestgelegte" 53; Jackson 25; Hart 12; Mondale 10. Mississippi – „Nichtfestgelegte" und Mondale etwa 30; Jackson 27,5; Hart 12,4.

Entscheidend für das gute Abschneiden Walter Mondales war die diesmal durchschlagende Unterstützung seitens der Gewerkschaften. Michigan zum Beispiel steht und fällt mit der Auto-Stadt Detroit. Die Gewerkschaften machten zum einen ihr Organisationstalent geltend (der größte Teil der Wahlversammlungen fand in gewerkschaftseigenen Räumlichkeiten statt); zum anderen genießt Hart unter den Automobilarbeitern, die heute von einem starken Auto-Boom in den USA profitieren, wenig Rückhalt, weil er vor drei Jahren gegen den Regierungsplan zur Rettung der Chrysler-Werke gestimmt hatte. Diese eine Abstimmung konnte Mondale geschickt gegen seinen Gegner ins Spiel bringen.

Dennoch gehen weder Mondale noch Hart in die morgige Vorwahl in Illinois (sie ist im Gegensatz zu den caucuses geheim) als Favorit hinein. Zwei Drittel aller Stimmen dieses Bundesstaates ballen sich in Chicago, und dort wiederum entfällt etwa die Hälfte der Wähler auf die Farbigen. In Chicago sind die Farbigen Mondale gegenüber jedoch eher kühl, wenn nicht sogar feindselig eingestellt. In dem emotionellen Rennen um die Bürgermeisterwahl vor zwei Jahren hatte sich Mondale nicht hinter den späteren Gewinner, den Schwarzen Harold Washington, gestellt, sondern war für einen von Washingtons Kontrahenten – dazu einen Weißen – eingetreten. Der stark rassistisch geprägte Wahlkampf vom Herbst 1982 ist in Chicago noch nicht verheilt, und so lastet auf Mondale das Erbe dieser Spannungen.

Um so stärker sucht sich Jimmy Carters ehemaliger Vizepräsident unter den in Chicago stark vertretenen ethnischen Minderheiten – balkanische und polnische Gruppen – zu profilieren. Überhaupt steht mit Illinois für Mondale so gut wie alles auf dem Spiel. Er muß diese Wahl gewinnen, um seinen Anspruch für den Parteitag im Juli – und damit seine Präsidentschaftskandidatur – aufrechtzuerhalten. Die großen „Primaries" (Vorwahlen) hat bisher Hart gewonnen – in Massachusetts und Florida. Mondales Vorwahl-Siege in Alabama und Georgia gelten als „zu regional".

In der Delegierten-Zuweisung hat Mondale bisher einen starken Vorsprung, der – bei dem guten Abschneiden Gary Harts – einigermaßen überrascht. Aber hier ist ein merkwürdiges System vorweggenommener Parteinahmen im Spiel. So entschieden sich beispielsweise schon vor der Eröffnung der Vorwahlsaison 99 Kongreß-Delegierte (von 100) für Mondale als Präsidentschaftskandidaten. Dies gehörte damals zu den Signalen der Stärke eines angeblich schon gekrönten Kandidaten.

Die bisherigen Zählungen bedeuten aber noch wenig. In Illinois stehen morgen allein 171 Parteitagsdelegierte zur Wahl; aber schon jetzt gehören über ein Viertel aller Gewählten zum Lager der „Nichtfestgelegten". Je länger das Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Hart und Mondale andauert, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, daß keiner dieser beiden Kandidaten die für die Nominierung notwendigen 1967 Delegierten auf seine Seite ziehen kann. Damit dürfte der Parteitag selber das eigentliche Forum im Ringen um den Präsidentschaftskandidaten der Demokraten werden.

Polens KP zieht eine düstere Bilanz

AFP/dpa, Warschau

Die Delegiertenkonferenz der polnischen KP in Warschau hat eine düstere Bilanz der Bemühungen um Normalisierung und Wirtschaftsreform gezogen und die Isolierung der Partei vom Volk wieder deutlich sichtbar gemacht. Die Konferenz endete mit einer Resolution über die Aufgaben der Partei bei den Kommunalwahlen am 17. Juni.

Vize-Premier Zbigniew Messner kündigte eine weitere „unbedingt notwendige" Erhöhung der Lebensmittelpreise an und nannte der Konferenz als Fehlleistungen der Wirtschaft die anhaltende Inflation (25 Prozent), den Mangel an Gebrauchsgütern, die schlechte Qualität der Produkte und den drastischen Rückgang der Fleischproduktion. Doch das schlimmste sei, so Messner, daß diese Schwierigkeiten von „politischen Feinden" zur Aufwiegelung der Arbeiter mißbraucht würden, die mit völlig irrealen Forderungen aufträten. Dies führe in bestimmten Betrieben zu Spannungen.

Zu Beginn der Konferenz hatte Partei- und Regierungschef General Jaruzelski den geringen Anteil der Arbeiter an der Parteimitgliedschaft (nur 39 Prozent von rund zwei Millionen Mitgliedern) und der Intellektuellen bedauert. Seit Sommer 1980 sind ungefähr eine Million Mitglieder aus der Partei ausgetreten.

Jaruzelski verurteilte die Mängel in der „ideologischen Arbeit" und erklärte, ein Drittel der rund 1800 Delegierten habe in einer Umfrage kritisiert, daß die Linie des IX. Parteitages vom Juli 1981 nicht konsequent fortgeführt worden sei. Große Teile des Referates des Parteichefs waren eine offene Kriegserklärung an oppositionelle Intellektuelle, denen er vorwarf, als „geistige Rüstkammern" für „Extremisten" und „Konterrevolutionäre" zu dienen.

Der ehemalige polnische Ministerpräsident Jaroszewicz hat schwere Vorwürfe gegen Jaruzelski erhoben. In einer Verteidigungsschrift versichert der wegen angeblicher Fehler angeklagte Politiker, Jaruzelski trage Mitschuld an der schweren politischen Krise der 70er Jahre. Der General habe schon damals dem Politbüro sowie der Regierung angehört.

„Nicht unter syrischem Diktat"

WELT-Gespräch mit Fady Frem, Chef des christlichen Widerstands in Libanon

Von JÜRGEN LIMINSKI

Für die libanesischen Christen gibt es eine Alternative zu möglichen Beschlüssen von Lausanne. Die diversen Konfessionen und Gemeinschaften aller Christen des Landes haben sich vorige Woche auf Anregung des Generalstabs der vereinigten christlichen Milizen (Forces Libanaises) in einem Nationalen Rat zusammengeschlossen, dessen politische Zielsetzung sich deutlich von der prosyrischen Politik des Präsidenten Amin Gemayel unterscheidet. Auf nationaler Ebene strebt der Rat, der zweifellos die große Mehrheit der Christen repräsentiert, „bilaterale Vereinbarungen" mit Drusen und Schiiten an, um die nicht besetzten Gebiete zu einer Art Bundesrepublik Libanon mit drei Ländern als Kernstück eines neuen Libanons zu gestalten. Dem könnten sich die anderen Gebiete anschließen, wenn sie einmal befreit sein werden. Auf regionaler Ebene sucht die prowestlich orientierte Gruppierung die Allianz mit Israel. Das mit Moskau verbündete Syrien wird als „Feind" betrachtet.

In einem Gespräch mit der WELT erklärt der Oberkommandierende der Forces Libanaises, Fady Frem, im Namen dieses Rats: „Der alte Libanon ist tot. Ein neuer Libanon muß geboren werden. Der Nationalpakt von 1943 ist nicht mehr zu beleben."

„Realistisch sein"

Dieser Pakt sieht die Machtaufteilung nach einem konfessionellen Schlüssel in einem Zentralstaat vor. „Wir haben nicht das Recht, die besetzten Gebiete aufzugeben", sagt Frem, „aber wir müssen realistisch sein". Allein könne man die Syrer nicht vertreiben, und „so wie die Dinge liegen wird das auch keine ausländische Macht tun. Der Libanon muß alsovorrangig aus den Gebieten wieder erstehen, die nicht besetzt sind." Diese sind das christliche Hauptsiedlungsgebiet nordöstlich von Beirut (etwa 1800 der insgesamt 10 452 Quadratkilometer des Staatsterritoriums), die von Schiiten bewohnten südlichen Vororte von Beirut und das mittellibanesische Bergland der Regionen Schuf und Aley, die nach der Vertreibung und blutigen Verfolgung der Christen im Herbst vergangenen Jahres jetzt überwiegend von Drusen kontrolliert werden. Frem: „Man kann nicht einfach so tun, als sei nichts geschehen und wieder neu anfangen. Dennoch glaube ich, daß wir vor allem mit den Drusen zu einer Übereinkunft kommen sollten, um auf dieser neuen Plattform den neuen Libanon aufzubauen." Geographisch würden diese Vereinbarungen ein Gebiet umfassen, das in etwa dem historischen Konzept des „Mont Liban" gleichkäme.

Von Drusenführer Dschumblatt redet Frem nicht, dagegen sieht er im Schiitenführer Berri einen „westlich orientierten, libanesischen Politiker, der Schwierigkeiten mit fanatischen Khomeini-Anhängern hat." Nach Frems Angaben schleusen die Syrer derzeit verstärkt größere Gruppen von radikalen Schiiten aus der Bekaa-Ebene in die libanesische Hauptstadt ein mit dem Ziel, Berri die Führung über die Schiiten zu erschweren und ihn so Damaskus gefügiger zu machen.

Die Sunniten bezeichnet Frem in diesem ersten Gespräch mit einer deutschsprachigen Zeitung als „die Verlierer der jüngsten Entwicklungen. Sie haben nicht gekämpft. Sie haben sich immer auf die PLO und dann auf die Saudis und die syrische Armee verlassen. Jetzt sind sie in Beirut von den Schiiten zurückgedrängt. Nach Frems Meinung müssen die Sunniten auch künftig eine Rolle im politischen Meinungsbildungsprozeß spielen. „Jetzt aber geht es darum, zu einem Frieden zu gelangen und das kann nur mit den Gruppen ausgehandelt werden, die auf dem Gefechtsfeld präsent sind." Frem: „Wir sind bereit, über alles zu verhandeln, einschließlich einer neuen Machtstruktur des Landes, sofern das Prinzip der Bundesländer oder allgemein der Dezentralisierung akzeptiert wird. Aber wir werden nur mit Libanesen verhandeln, frei und nach demokratischen Regeln, nicht unter dem Druck einer ausländischen Macht wie das in Lausanne unter syrischem Diktat geschieht."

Von der Konferenz in Lausanne erwartet Frem keine positiven Auswirkungen. „Lausanne ist nur eine Station im syrischen Hegemonialplan. Schon die Konferenz von Genf und ihre Ergebnisse waren syrisch geprägt." Das Ergebnis von Lausanne wird, so Frem, „eine neue Regierung sein, die von den Syrern zusammengestellt ist und unter dem Deckmantel libanesischer Legalität syrische Politik in Libanon durchsetzen soll. Dem werden wir uns widersetzen. Zum Beispiel: Wenn diese neue Regierung beschließen sollte, arabische oder syrische Truppen in christliche Gebiete zu entsenden, dann werden wir mit militärischen Mitteln gegen die Ausführung solcher Beschlüsse Widerstand leisten. Wenn die Regierung politische Entscheidungen fällt, die den Interessen der christlichen Gemeinschaft in Libanon entgegengesetzt sind, dann werden wir diese mit politischen Mitteln bekämpfen."

Frem definiert den neu gegründeten Rat, der alle zivilen und religiösen Institutionen und Gruppen der libanesischen Christen umfaßt, als „eine Bewegung, die keine Parteipolitik macht und deren Ziele die Existenzsicherung der Christen in Freiheit und der libanesischen Nation sind." Im Unterschied zu der Kataeb-Partei, den Phalangen, fühle sich der Rat nicht an politische Entscheidungen der Regierung gebunden.

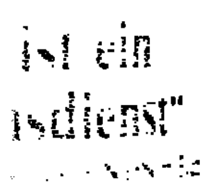
Ideal-Lösung mit Israel

Er, Frem, sei zwar seit 12 Jahren Mitglied der Kataeb, „aber meine Führungsaufgabe in den Forces Libanaises legt mich auf andere Prioritäten fest. Die Politik des Präsidenten ist gescheitert." 18 Monate lang hätten die Forces Libanaises sich zurückgehalten, um dem Präsidenten eine Erfolgschance für seine Politik zu geben. „Nach dem Zusammenbruch der Armee und der Aufkündigung des Abkommens mit Israel aber nehmen die Forces Libanaises nun gemeinsam mit den anderen christlichen Gruppierungen die Rolle wieder ein, die sie sieben Jahre lang bis zur Wahl Amin Gemayels im September 1982 inne hatten.

Die Aufkündigung des Abkommens mit Israel wird nach Ansicht Frems „sehr positive Auswirkungen auf die Beziehungen der libanesischen Christen zu Israel haben". Das werde auch nicht durch die Beziehungen gestört, die Israel zu Drusen und Schiiten unterhalte. Im Gegenteil. „Anfangs sahen wir das mit Mißtrauen. Jetzt aber glauben wir, daß man diese Beziehungen nutzen kann, um zu Vereinbarungen mit Drusen und Schiiten zu gelangen."

Die Unterstützung der USA für Libanon hält Frem nach wie vor für „wesentlich. Allerdings reicht es nicht aus, sich allein auf die USA zu stützen, um sich in dieser Region zu verteidigen". Frem: „Die ideale Lösung für Libanon ist ein regionales Bündnis mit Israel mit politischer Rückendeckung durch die USA."

Seite 2: Assads Ideologe



Dublin liefert Terroristen aus

Übergabe an London ein bisher einmaliger Vorgang / McGlinchey gab 30 Morde zu

FRITZ WIRTH, London

Dominic McGlinchey ist 29 Jahre alt. Vier Jahre hat er im Gefängnis verbracht. Seine Freunde nennen ihn „den verrückten Hund". Seit zwei Jahren ist er der meistgesuchte Terrorist in Irland. Er selbst hatte sich vor vier Monaten in einem Zeitungsinterview zum Mord an 30 Bürgern, Polizisten und Soldaten bekannt. Am Samstagmorgen um 6.45 Uhr wurde er in Crussa, in der Nähe des irischen Flughafens Shannon, nach einer Schießerei verhaftet. 18 Stunden später schon war er in einer Nacht- und Nebelaktion der nordirischen Polizei ausgeliefert worden.

Seine Verhaftung ist der größte Erfolg der irischen Polizei seit dem Beginn der nordirischen Unruhen vor 15 Jahren. Zugleich ist es ein historisches Ereignis. McGlinchey ist der erste Terrorist, der von Irland an Großbritannien ausgeliefert worden ist. Bisher stand die irische Regierung auf dem Standpunkt, daß die Terroraktionen irischer Republikaner in Ulster politisch motiviert seien und daß eine Auslieferung von Terroristen, die in die irische Republik geflüchtet waren, an die britischen Behörden illegal sei.

Der britische Nordirlandminister James Prior nannte seine Auslieferung die beste Nachricht seit Monaten. Seit der Massenflucht von 33 IRA-Terroristen aus dem Maze-Gefängnis von Belfast im letzten Herbst, von denen sich noch 17 auf freiem Fuß befinden, ist die Verhaftung von McGlinchey die bisher größte Genugtuung für die nordirische Polizei.

Dominic McGlinchey ist der Chef der gefährlichsten und skrupellosesten Terrororganisation, die je in Nordirland operierte, der „Irish National Liberation Army" (INLA). Ihr wird der Mord an Airey Neave, dem engsten Berater Margaret Thatchers, auf dem Gelände des britischen Unterhauses und die Ermordung des britischen Botschafters in Den Haag angelastet. Die INLA hat sich selbst zum Anschlag auf eine Diskothek in Ballykilly im Dezember 1982 bekannt, bei dem elf Soldaten und sechs Zivilisten ermordet wurden. Sie verübte nach eigenen Angaben auch das Attentat auf eine Kirche in Armagh, bei dem Ende 1983 drei Gläubige beim Gebet erschossen wurden.

McGlinchey sagte später, er selbst habe an dem Attentat nicht teilgenommen, habe aber die Waffen dazu geliefert. Obwohl er selbst öffentlich 30 Morde zugegeben hat, lastet die nordirische Polizei ihm 46 Morde an. McGlinchey gibt außerdem zu, mindestens an 200 Bombenanschlägen beteiligt gewesen zu sein.

Die INLA ist das Produkt einer Spaltung der „Irish Republican Army" (IRA). Sie wurde am 8. Dezember 1974 gegründet. Ihre Mitglieder glaubten, daß die IRA zu zahm geworden sei. Außerdem mißfiel ihnen der politische Kurs der IRA, der ihnen zu konservativ erschien. Sie wollten nicht nur die irische Wiedervereinigung, sie wollten aus Irland eine sozialistische Volksrepublik nach dem Muster Kubas machen. Sie gründeten zu diesem Zweck die „Irische Republikanische Sozialistische Partei" (IRSP) und zugleich eine geheime, dazu gehörende Terrororganisation, die INLA. Beide Organisationen blühten bis zum Jahre 1977, bis der IRSP-Chef Seamus Costello von seinen ehemaligen Freunden in der IRA erschossen wurde. Die INLA wurde bis vor drei Jahren von Francis Hughes geleitet, der sich 1981 im Maze-Gefängnis zu Tode hungerte.

Dominic McGlinchey ernannte sich zu seinem Nachfolger und verbreitete selbst unter den eigenen INLA-Mitgliedern Furcht und Schrecken. Wer sich seinem strengen Regime widersetzte, wurde rücksichtslos erschossen.

Der harte Kern der INLA-Mitglieder sank innerhalb eines Jahres von 100 auf 20 Mitglieder. Der Grund: Einige Mitglieder, wie beispielsweise der Terrorist Harry Kirkpatrik, liefen zur Polizei über und nannten Namen. Die Polizei verhaftete serienweise INLA-Terroristen. Der Rest setzte sich in die Republik Irland ab.

Am Samstagmorgen umstellte die Polizei ein Haus in Crussa. Die Aufforderung, sich zu ergeben, beantwortete McGlinchey mit Schüssen, die einen Polizisten leicht verletzten. Er bat dann um einen Priester, der ihn überredete, sich zu ergeben. Ende einer irischen Terroristen-Karriere am „St. Patricks Day" 1984.

Hinweise für Ablösung Hoffmanns

Der „oberste Buchzensor" Klaus Höpcke soll neuer Kultusminister der „DDR" werden

DW. Berlin

In Ost-Berlin stehen offenbar umfangreiche Umbesetzungen an den Schaltstellen der Kulturpolitik bevor, die eine umfassendere Kontrolle des literarischen und künstlerischen Lebens signalisieren. Nach Informationen aus SED-Kreisen soll Kulturminister Hans-Joachim Hoffmann nach elfjähriger Tätigkeit abgelöst und durch seinen bisherigen Stellvertreter Klaus Höpcke ersetzt werden. Höpcke kontrolliert als Oberzensor die gesamte „DDR"-Buchproduktion und gilt als Zögling des SED-Chefideologen Kurt Hager. Er zählt innerhalb des SED-Spektrums zu den „Falken" und legte sich in der Vergangenheit häufig mit regimekritischen Schriftstellern an.

Neben dem Revirement an der Spitze des Kulturministeriums soll es diesen Informationen nach auch Änderungen in der zuständigen Abteilung „Kultur" im Zentralkomitee geben. Die bisherige Leiterin, die 54jährige Diplom-Musikwissenschaftlerin Ursula Ragwitz, soll demzufolge abgelöst werden. Wie üblich, gibt es für derartige Hinweise und Gerüchte aus dem SED-Apparat keine offiziellen Bestätigungen.

Die Gerüchte aus Ostberliner Künstler- und Partei-Kreisen spiegeln anscheinend auch Meinungsverschiedenheiten über den ideologischen Kurs im gesamten Kunst- und Literaturbetrieb der „DDR" wider. Hoffmann – von Honecker kurz nach dessen Amtsantritt 1973 – installiert und durch eine FDJ- und SED-Karriere in Leipzig empfohlen – vermochte in den vergangenen Jahren die Abwanderung einiger der talentiertesten „DDR"-Schriftsteller in die Bundesrepublik nicht zu verhindern.

In den vergangenen Wochen schwächte Hoffmann seine Position durch die Führungskrise am soeben erst nach kostspieliger Renovierung von Honecker selbst wiedereröffneten „Deutschen Theater" in Ost-Berlin. Hoffmann hielt zu lange an dem gescheiterten Intendanten Rolf Rohmer, seinem Protegé, fest. Der Rücktritt Rohmers nach dem Eklat um eine angekündigte, dann aber verworfene Faust-II-Inszenierung wurde in Ost-Berlin als persönliche Niederlage des Ministers gewertet.

Mit dem 51jährigen Höpcke, einst erster Sekretär des FDJ-Bezirks Leipzig und somit aus der Honecker-Nachwuchsschule, käme ein „Hardliner" der SED-Kulturpolitik auf den Ministersessel. Er gilt als wendiger, mit scharfem Intellekt und großer Rabulistik agierender Funktionär. Sein Hauptaugenmerk gilt allen angeblich „sozialismusfeindlichen" Positionen in der „DDR"-Literatur. Er polemisierte früh gegen Wolf Biermann und Stefan Heym, „in seiner Gegenwart wurden neun Ost-Berliner Schriftsteller aus dem Verband ausgeschlossen. Zur Ausreise gezwungene Schriftsteller bezeichnete Höpcke als „Nicht-Anpasser" und „Blindgänger".

Die im Gespräch befindlichen Umbesetzungen müssen auch im Zusammenhang mit der zunehmenden Bedeutung der Kulturpolitik für die SED und mit dem nächsten Parteitag im Jahre 1986 betrachtet werden: Die Einheits-Sozialisten wollen die These von der „sozialistischen deutschen Nation", die die „DDR" repräsentiere, durch weitere historische Rückbesinnungen (Bismarck, Walther Rathenau, 200. Todestag Friedrich II. 1986) weiter ausformen und als ideologische Waffe schärfen.

Durch die 750-Jahr-Feier Berlins im Jahre 1987 kommen weitere Herausforderungen auf die SED-Kulturchefs zu. In Ost-Berlin heißt es, Honecker selbst werde sich alsbald „wegweisend" zu diesem Thema öffentlich äußern und die Einsetzung eines Organisationskomitees nach dem Muster der Feiern zum Luther-Jahr 1983 bekannt geben.

Auch der angestrebte Abschluß eines Kulturabkommens zwischen Ost-Berlin und Bonn setzt aus der Sicht der „DDR" eine intakte und effiziente Kulturbürokratie auf Staats- und Parteiebene voraus. Die Vereinbarung einer neuen Verhandlungsrunde für den kommenden Mai läßt es wahrscheinlich erscheinen, daß dieses Abkommen bei Honeckers West-Besuch im Herbst unterschrieben werden soll. Auf seiten Ost-Berlins führt bezeichnenderweise nicht das Kultur-, sondern das Außenministerium die Gespräche. Der Leiter der Ständigen Vertretung, Staatssekretär Hans Otto Bräutigam, sitzt dabei dem als „unbeweglich" geltenden Vize-Außenminister Kurt Nier gegenüber.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Der Zug der Ostpilger

„Begünstigung": WELT vom 12. März

Sehr geehrte Herren,

in die Würdelosigkeit ihres Auftritts in der „DDR", insbesondere aus Anlaß der Leipziger Frühjahrsmesse, sollten nicht nur die von Ihnen erwähnten Volksvertreter der SPD eingeschlossen werden, sondern ebenso die der anderen etablierten Parteien des frei gewählten Deutschen Bundestages. Ich finde es geradezu skandalös und charakterlos, mit welcher Unterwürfigkeit den dortigen Machthabern gegenübergetreten wird, sind sie es doch, die das Unmenschliche dieses dort herrschenden Systems mitverschulden und zu verantworten haben.

Für mich besteht überhaupt keinerlei Veranlassung, diese Ostpilger mit guten Wünschen und Hoffnungserwartungen auf etwaige Besserungen hin zu begleiten. Denen, die sich dieser Illusion hingeben, sei gesagt, daß sich das dort herrschende System dadurch nicht verändern lassen wird. Dazu ist die Abhängigkeit vom großen Bruder, der immer noch bestimmt, was zu tun und zu lassen ist, zu groß. Wenn schon, wäre eine stille Diplomatie in jedem Falle besser angebracht und sicherlich erfolgversprechender.

Diese ganz auf Publicity und Selbstdarstellung ausgerichteten Reisen dienen dem kleinen Manne in Rostock, Greifswald, Leipzig überhaupt nicht. Solange noch ein einziger Bürger wegen „politischen Abweichlertums" in den Zuchthäusern der „DDR" sitzt, solange auch nur ein Meter Stacheldraht oder Mauer diese unmenschlichste Grenze der Welt ziert, solange auch nur ein einziger Bürger mit einer Rückweisung an den Grenzen zu rechnen hat, solange die massive Hetze in den Schulen gegen unser Land und wider den Friedenswillen fortgesetzt wird, sollten solche Reisen möglichst unterbleiben.

Das Eintreten für Menschenrechte, insbesondere der SPD, würde an Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn sie sich nicht nur auf die Türkei, Südafrika und Mittelamerika beschränken, sondern die eklatanten Menschenrechtsverletzungen in der „DDR" mit einschließen würden. Und das bitte öffentlich.

Mit freundlichen Grüßen
Helmuth Schulz,
Sankt Augustin

Er wird's machen

„Mit Winter soll der Frühling kommen": WELT vom 3. März

Mit ungeteilter Zustimmung habe ich in der WELT gelesen, daß auch Sie mit Rolf Winter wieder den Frühling beim „Stern" einziehen sehen. Aber was soll die Formulierung „Unter Henri Nannen war er stellvertretender Chefredakteur und wechselte zu „Geo", nachdem sich sein Verhältnis zu 'Sir Henri' distanzierter gestaltet hatte?!"

Ich habe den excellenten Rolf Winter zum „Stern" geholt. Er erwies sich als ein ebenso guter „Blattmacher". Als „Geo" unter Klaus Harpprecht ins Literarische abzudriften drohte, war dort Not am Mann. Niemand konnte – und das hat sich ja inzwischen erwiesen – diese Not besser beheben als Rolf Winter, den ich – als Chefredakteur des „Stern" schweren Herzens, als Vorstandsmitglied von Gruner + Jahr der Verpflichtung gegenüber dem Hause gehorchend – zu „Geo" habe gehen lassen. Aus beiden Verpflichtungen inzwischen befreit, meinem Kinde „Stern" aber unverändert verbunden, kann ich Rolf Winters Ernennung zum „Stern"-Chef nur begrüßen. Er wird's schon machen.

Henri Nannen

Bis nach China

„Beschränkter Horizont": WELT vom 5. März

Peter Dittmar hat ein interessantes Thema angeschnitten, denn nur wenige Menschen – sogar gebildete – in der westlichen Welt wissen, daß die türkische Sprache nicht nur in der Türkei, sondern auch im persischen Aserbeidschan, auf dem Balkan und insbesondere in der Sowjetunion von ungefähr 90 bis 110 Millionen Menschen als Muttersprache gesprochen wird.

Es ist richtig, daß die Moskauer Kommunisten das Alphabet der Turkvölker in der Sowjetunion zweimal geändert haben, um die Einheit der türkischen Sprache und damit die Verbundenheit der türkischen Völker – die sie als „bürgerlichen Nationalismus" und reaktionären „Pan-Turkismus" verdammten – zu zerstören.

Es ist aber eine Tatsache, daß eine in der Türkei seit 25 Jahren forcierte und kulturpolitisch falsch konzipierte, dilettantische Sprachreform ebenfalls dazu beigetragen hat, die Kluft innerhalb der gemeinsamen Sprache der Turkvölker noch mehr zu vertiefen, was sicherlich nicht die Absicht des großen Reformators Atatürk war, als er das von den sowjetischen Turkvölkern eingeführte lateinische Alphabet 1928 unverändert übernahm.

So wurde ein Sprache – von der einen Seite bewußt und von der anderen unbewußt – zerstückelt; eine Sprache, von welcher der große russische Dichter Lermontow noch im Jahre 1840 sagte: „Mit dieser – türkischen – Sprache kann man sich vom Balkan bis nach China überall verständigen."

Ferhat Eminğlu,
Niederbachem

Ein Begriff

„Leserbriefe: Eiserner Vorhang": WELT vom März

Sehr geehrte Damen und Herren,

den Begriff „Eiserner Vorgang" haben weder Goebbels noch Churchill geprägt, sondern schon 1926 der ehemalige deutsche Generalkonsul Wilhelm Ohnesseit in seinem Buch „Unter der Fahne schwarz-weiß-rot", erschienen im Paetel-Verlag. Auf Seite 146 heißt es da nämlich über die Reise des Verfassers ins Reich des Zaren 1908: „Die russische Grenze wirkte ... Rumänien gegenüber abschließend wie ein eiserner Vorhang."

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Werner Strumann,
Münster

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Redaktion

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Wahrheitsliebe ohne Nächstenliebe kann zu Unduldsamkeit entarten und dann wirkt sie abstoßend. Liebe ohne Wahrheit aber ermangelt der rechten Einsicht und hat keinen Bestand ... In seinen Geboten zu seinem Schöpfer sollte der Mensch die schwer zu erlangende Harmonie suchen – die Harmonie von Wahrheit und Liebe."

Augustinus Bea, kath. Theologe (1881–1968)

Personalien

GEBURTSTAG

Bayerns Landtagspräsident, Dr. **Franz Heubl**, feiert heute seinen 60. Geburtstag. In der Gratulation von Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** heißt es: Heubl könne mit Genugtuung auf seine Laufbahn als Politiker zurückblicken. In über 30jähriger Zugehörigkeit zum Landtag und in 18 Jahre langer Mitarbeit in der Staatsregierung habe er das politische Leben mitgeprägt. In seiner Bonner Amtszeit sei die bayerische Vertretung zu einer Stätte der Begegnung über Parteigrenzen hinweg geworden. Heubl hat einmal seine Bonner Zeit als Bayerischer Staatsminister für Bundesangelegenheiten und die ihm dort entgegengebrachte Einstellung so beschrieben: „Du bist zwar aus Bayern, du bist zwar katholisch, du bist zwar in der CSU und zu allem Überfluß auch noch der Stellvertreter von Franz Josef Strauß, aber trotzdem bitten wir dich zu Tisch." Seit 1978 ist Heubl Hausherr im Maximilianeum. Sein Verdienst ist es, daß seit dieser Zeit die Arbeitsbedingungen deutlich verbessert worden sind. Der protokollarisch erste Mann des Freistaats sieht in diesem Amt nichts Monumentales. Es ist für ihn Bestandteil eines reichen Lebens: „Ich bin ein Altbayer vom Wesen, daher barock und lebensfroh. Im Leben geht es nicht nur rauh, sondern Gott sei Dank auch noch herzlich zu."



Franz Heubl FOTO: HERMANN ROTH

EHRUNGEN

Zur Erinnerung an eigene sprachliche Glanzleistungen wurde Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident **Johannes Rau** von einer Bonner Rhetorik-Schule mit dem „Goldenen Mikrophon" ausgezeichnet. In der Bonner Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen erhielt er das glitzernde Gerät mit dem Hinweis, seine Sprache zeichne sich vor allem aus durch „Glaubwürdigkeit und Verständlichkeit". Rau erhielt diese Auszeichnung als vierter Politiker nach **Kurt Biedenkopf, Otto Graf Lambsdorff** und Bundestagspräsident **Rainer Barzel**.

*

Ein Mann, der es sich trotz mehrerer schwerer Verwundungen gleich nach seiner Heimkehr aus über vierjähriger sowjetischer Kriegsgefangenschaft zur selbstverständlichen Pflicht gemacht hatte, den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen weiterzuhelfen, wurde in Düsseldorf geehrt. Der Vorsitzende des Verbandes der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands im Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V., **Paul Eschkotte**, erhielt das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse. Der nordrhein-westfälische Staatssekretär **P. A. Nelles** würdigte während einer Feierstunde im Arbeits- und Sozialministerium die herausragenden sozialen und menschlichen Verdienste von Eschkotte.

*

Mit dem Komturkreuz des Verdienstordens der Republik Italien wurde der Hauptgeschäftsführer der Messe- und Ausstellungs-GmbH in Köln, **Dieter Ebert**, ausgezeichnet. Der Orden wurde durch den italienischen Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, **Luigi Vittorio Ferraris**, überreicht. Ebert erhielt diese hohe Auszeichnung aufgrund der Verdienste, die er sich in seiner mehr als 20jährigen Messetätigkeit und als Repräsentant des deutschen Messewesens in zahlreichen Gremien um die italienische Wirtschaft erworben hat.

*

Professor Dr. **Eberhard Dülfer**, geschäftsführender Direktor des Instituts für Kooperation in Entwicklungsländern an der Universität Marburg, erhielt zu seinem 60. Geburtstag die Goldene Ehrennadel des Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbandes. Das von Professor Dülfer geleitete Institut bildet Studenten aus der Dritten Welt zu Genossenschaftsökonomen aus. Es ist die einzige Wissenschaftsstätte dieser Art in der Bundesrepublik Deutschland.

ERNENNUNG

Kanada schickt einen neuen Generalkonsul nach Düsseldorf. **James Angus Elliott** wurde inzwischen von der Bundesregierung das Exequatur erteilt. Der Konsularbezirk umfaßt das Land Nordrhein-Westfalen mit Ausnahme des Regierungsbezirks Köln.

Aus Geldgier werden sie ausgerottet: Elefanten

Schmutziges Handwerk

Lautlos kommt der Tod in den afrikanischen Naturparks zu den Dickhäutern: Sie werden mit Giftpfeilen erlegt. So haben die illegalen Elfenbeinjäger die größte Chance, von den Wächtern in den Nationalparks nicht ertappt zu werden. Ein widerliches und schmutziges Handwerk, dieser Mord an den Elefanten, wobei oft ganze Herden abgeschlachtet werden, um an das wertvolle Elfenbein zu gelangen. Die verwesenden, stinkenden Kadaver der Elefanten bleiben zurück als Fraß für Geier, Schakale und Hyänen.

David Sheldrick, der oberste Parkranger des Tsavo-Nationalparks in Kenia, ist einer von denen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, den Elfenbeinjägern und Schmugglern das Handwerk zu legen. Vom Flugzeug aus überwacht er das riesige Gebiet und dirigiert seine Leute zu den verschiedenen Punkten des Territoriums. Immer dann, wenn die Geier kreisen, weiß er, daß dort unten ein totes Tier liegt. Sheldrick und seine Helfer kommen jedoch oft genug zu spät, die Wilderer sind im Dschungel untergetaucht.

Blutiges Elfenbein (Bloody Ivory) – Englischer Dokumentar-Spielfilm – ZDF, 20.15 Uhr

Simon Trevor, der Regisseur des bemerkenswerten Tierschutz-Dokumentarfilms „Blutiges Elfenbein", weiß wovon er spricht. Erst kürzlich konnten wir seine einfühlsame Tierbeobachtung in dem Film „Seine Majestät, der Elefant" im Fernsehen verfolgen: Bis zu 16 000 km legen diese Riesen jährlich auf Nahrungssuche zurück. Dabei sehen sie schlecht, aber ihr Gehör ist ausgezeichnet und der Rüssel ein vorzügliches Tast- und zugleich Riechorgan. Immer sind sie auf der Suche nach Wasser. In Zeiten der Trockenheit graben sie in ausgedörrten Flußbetten nach dem lebensnotwendigen Naß und schaffen auf diese Art nebenbei auch Feuchtstellen für andere Tierarten.

Elefanten können bis zu 70 Jahre alt werden. Aber da sind die Giftpfeile der Wilderer, die dem Leben der Dickhäuter oft genug ein jähes Ende setzen. Jungtiere, deren Mütter gekillt wurden, irren umher, kommen ebenfalls elendiglich um, wenn sie nicht von Wildhütern eingefangen und auf Farmen großgezogen werden.

Simon Trevor zeichnet das Schicksal der Elefanten realistisch und mitfühlend. Mit bitteren Worten klagt er an, seine Fotografie ist von bestürzender Eindringlichkeit. Er konnte sich keinen besseren Hauptdarsteller als David Sheldrick für diesen Dokumentarfilm suchen. Sheldrick war 20 Jahre lang Wildhüter im Tsavo-Nationalpark. Am 1. November 1976 aber wurde der engagierte Engländer gegen seinen Willen von der Regierung Kenias in Pension geschickt. Der Druck der mächtigen Elfenbeinhändler im Land war offensichtlich zu groß. David Sheldrick, der sein Lebenswerk zerstört sah, starb am 13. Juni 1977.

Spannender Höhepunkt des Films: Als es dem Wildhüter eines Tages gelingt, den Anführer der Elfenbeinjäger zu fangen. Doch mögen es nun Giftpfeile oder automatische Waffen sein – in den schier unendlichen Weiten der Savannen und Dschungel Afrikas führen die Wildhüter fast einen vergeblichen Kampf gegen diese Banden, solange es nicht gelingt, den Handel mit gewildertem Elfenbein zu unterbinden. Versuche hierzu sind im Gange. So wird im Rahmen des Washingtoner Artenschutzabkommens der Technische Ausschuß Ende Juni in Brüssel eine Tagung einberufen, die sich vor allem auch mit dem illegalen Elfenbeinhandel befassen will.

Es gilt, das Interesse der afrikanischen Ursprungsländer an der Vermarktung von Elfenbein mit der Notwendigkeit des Tierschutzes in Einklang zu bringen. Der erste Schritt dazu wäre ein Stopp des illegalen Handels. Damit dürfte den Wilderern die geschäftliche Basis entzogen werden.

Wie die Statistik des Washingtoner Artenschutz-Übereinkommens für 1982 im übrigen ausweist, ging die Einfuhr von Elfenbeinerzeugnissen auf ca. 522 000 Stück und damit um 40 Prozent zurück. Die Bundesrepublik führte im selben Jahr von den circa 700 Tonnen des aus Afrika importierten Rohelfenbeins nur vier Prozent ein.

„Blutiges Elfenbein" ist ein Film, der aufrüttelt, der uns das qualvolle Sterben einer Tierart vor Augen führt, die der Geldgier, Mordlust und Skrupellosigkeit zum Opfer fallen. Es wird höchste Zeit, daß diesen Wilderern und ihren Hintermännern das Handwerk gelegt wird.

SIEGFRIED IHLE

KRITIK

Das „andere" Amerika

Die deutsche Erstaufführung des amerikanischen Spielfilms „**Feuer aus dem All**" (ARD) von 1978 war eine positive Überraschung. Wir erlebten etwas, was einem hie und da mit US-Filmen des zweiten Ranges, d.h. ohne Weltstarbesetzung, widerfährt: „A Fire in the Sky" (so der nüchternere Originaltitel) war besser als Hollywood. Gutes Handwerk, das Spiel menschlich überzeugend, die üblichen kitschigen Geigensoli auf den seelischen Höhepunkten fehlten glücklicherweise.

Ein Science-Fiction-Film war der Streifen übrigens nur zum kleineren Teil – und die Trickaufnahmen längst nicht so großartig, wie angekündigt. Darüber war man jedoch froh, denn es ging in der Hauptsache um staatsbürgerliche Erziehung. Fern den Zentren der permissiven Gesellschaft gibt es in den USA durchaus noch Gegenden, wo so etwas nicht im Spott der Zyniker untergeht. Der Film war eine Botschaft aus jenem „anderen Amerika".

Wie verhält man sich in einer Millionenstadt angesichts einer tödlichen Bedrohung, die so lange verharmlost wird, bis eine Katastrophe nicht mehr zu vermeiden ist? Nicht aus überirdischen Wesen besteht in diesem Fall die Bedrohung, sondern aus einem riesigen Kometen, der nach Berechnung der Astronomen direkt auf die Stadt Phönix in Arizona stürzen wird.

Erfreulicherweise ist der Film ohne Schönfärberei. Er wagt, das Plündern von Geschäften zu zeigen, schildert das jähe Aufschießen von Selbstsucht und Hysterie bei einzelnen Menschen. Daß sich aber zuletzt doch Verantwortungsgefühl und gegenseitige Hilfe durchsetzen, wirkt glaubhaft, weil dem Regisseur Jerry Jameson kein falscher Ton unterläuft. Es werden keine Superhelden und keine Heiligen gezeigt, sondern ein Widerstand aus der vielgeschmähten „Normalität" heraus.

Kein Film also für „Cinéasten" und keiner für unsere hämische Intelligentsia – vielmehr ein guter, spannender Film für die schweigende Mehrheit. Schön, daß unseren Gouvernanten auch einmal so eine Fehlleistung unterläuft...

ANTON MADLER

STUDIO

Die Geschichte von Ruth Ellis, der letzten in England durch den Strang hingerichteten Mörderin, wird jetzt nach einem Drehbuch der Dramatikerin Shelagh Delaney („Bitterer Honig") von einer britischen Produktionsgesellschaft in Zusammenarbeit mit der kommerziellen TV-Gesellschaft Channel 4 mit dem Titel „Dance with a stranger" (Tanz mit einem Fremden) verfilmt. Für die Rolle der Ruth Ellis, die ihren ungetreuen Geliebten erschoß und dafür im Juli 1955 im Londoner Holloway-Gefängnis gehenkt wurde, ist die noch weitgehend unbekannte Nachwuchsschauspielerin Miranda Richardson (24) vorgesehen.

Die platinblonde Ruth Ellis war 28 Jahre alt, als sie ihren vier Jahre jüngeren Geliebten Rupert Everett, einen Playboy und Rennfahrer, vor einer Gastwirtschaft in Hampstead niederschoß. Ihre Hinrichtung löste damals Empörung aus und soll ein Faktor bei der Abschaffung der Todesstrafe ein Jahrzehnt später gewesen sein.

Der für fünf Millionen Mark produzierte Film wird die Hinrichtungsszene nicht zeigen. Ruth Ellis' Tochter versicherte, sie habe keine Einwände gegen das Projekt, solange das Thema korrekt behandelt werde. (he)

*

Der im Rahmen des 20. Adolf-Grimme-Fernsehwettbewerbs erstmals ausgeschriebene **Sonderpreis „Livesendungen"** geht an Brigitte Kramer (Redaktion) für die im ZDF ausgestrahlte „Spielraum"-Sendung „Gefährlich nah – Mütter und Töchter". Diese Entscheidung wurde vom Adolf-Grimme Institut, der für Medien zuständigen Einrichtung des Deutschen Volkshochschulverbandes, jetzt in Marl mitgeteilt. In der preisgekrönten Sendung ist es nach Auffassung der Jury gelungen, „Mütter und Töchter dreier Generationen in ein Gespräch zu bringen, das diesen Namen verdient". Die Produktion sei ein Exempel für Fernsehen live, „das mehr ist als Show, nämlich Erkundigung". (dpa)



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau
10.03 So lebten sie alle Tage
3. Die Schlacht von Leuthen
11.40 Umschau
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Jeder hat sein Nest im Kopf
Wiederbegegnung mit Norden / Ostfriesland
Filmische Rückreise von Vido Voigt
17.20 Die Besucher
12. Millionen aus der Zukunft
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Der Glücksritter
4. Curwich verläßt London
Anschließend: Ein Platz an der Sonne
21.15 Kontraste
Das Magazin beschäftigt sich diesmal mit nur einem Thema, der Ausreisewelle aus der „DDR". Die einzelnen Beiträge heißen: Die Jugend will das Recht auf Zorn – Motive der Ausreise / Man muß wieder neu laufen lernen – „DDR"-Bürger über Probleme der Integration im Westen / Viele wollen noch weg – Wie belastbar ist die „DDR"?
Moderator: Joachim Braun
21.45 Bitte umblättern
Unterhaltungsmagazin
22.30 Tagesthemen
23.00 Ich wurde geboren, aber . . .
Das Nacht-Studio
Japanischer Stummfilm, 1932
Regie: Yasujiro Ozu
Dem zehnjährigen Ryoichi und seinem jüngeren Bruder fällt es nicht leicht, in der neuen Umgebung Fuß zu fassen, in die ihre Familie umgezogen ist. Als sie sich einzuleben beginnen, machen sie die schmerzliche Erfahrung, wie devot sich ihr Vater gegenüber seinem Chef verhält, und rebellieren.
0.30 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Einführung in das Erbrecht
12. Hätten Sie's gewußt? – Sparbuch, Lebensversicherung usw.
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Der Vagabund
Sportsfreunde
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Stefan Sulke und Loredana Berte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Computermanipulationen
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Tarzan und die Donnergötter
Reportage am Montag
Fans und Fußball – beobachtet von Olaf Buhl und Achim Gerloff
20.15 Blutiges Elfenbein
Englischer Dokumentar-Spielfilm, 1978
Mit David Sheldrick, Daphne Sheldrick u. a.
Regie: Simon Trevor
Anfang 1980 entdeckten Polizisten bei einer Großrazzia in Tansania 1313 Elefantenstoßzähne. Nur vier Wilddiebe konnten verhaftet werden. Der Film zeigt das rücksichtslose Vorgehen der Wilderer.
21.45 heute-journal
22.05 betrifft: Fernsehen
Märchen aus Rio. Erfolgsprogramme des brasilianischen Fernsehens
Film von Klaus Eckstein
22.55 Der Zubringer
Auslese – Beispielhafte Fernsehspiele im ZDF
Satirischer Fernsehfilm über einen Autobahnbau
Mit Hans-Peter Korff, Gerd Baltus, Witta Pohl u. a.
0.25 heute



Drei Kinder rebellieren, als sie merken, daß es keine Gleichheit gibt – „Ich wurde geboren, aber . . .", um 23.00 Uhr in der ARD FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Deutsch (52)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ich stelle mich
Alf Hammelrath, Vorsitzender der GEW in Nordrhein-Westfalen
Moderation: Claus-Hinrich Casdorff
21.45 Ein Licht leuchtet im Westen
80 Jahre Folkwang-Museum
22.15 Viele Wege führen nach Rom
Film von Uwe Timm
23.25 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Sehen statt Hören
19.00 Mikroelektronik
19.15 Schrebers Erben (2)
20.00 Tagesschau
20.15 Die eigene Geschichte: Das halbe Leben in der „DDR"
21.00 Das Montagsthema
Mehr Gerechtigkeit nach der Scheidung?
22.00 The Fog – Nebel des Grauens
Das Gruselkabinett
23.25 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Die kleine Fußball-Elf und ihre Nöte (5)
18.55 Sandmännchen international
19.00 Musik, Gespräch, Information
20.00 Trends
20.45 Die Sprechstunde
Hörstörungen im Kindesalter
21.30 Drei aktuell
21.45 Task Force Police
22.35 Focus on Jazz

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg 1
Deutsch (52)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.15 Näher betrachtet:
Immer wieder freitags
Beobachtungen bei der Wohnungssuche
21.00 Mad Movies – oder: Als die Bilder laufen lernten
21.30 Ein Weltbild wird renoviert
22.15 Jazz am Montagabend
23.00 As others see it
Europäische Journalisten im US-Fernsehen

BAYERN

18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 live aus dem Alabama
20.40 Z. E. N.
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rundschau
22.00 Das Wagnis mit der Phantasie (2)
22.45 Mit Schirm, Charme und Melone
Das Ungeheuer
23.30 Rundschau

Novum in Brüssel: Minister senken Preise für Agrarprodukte

Voraussetzung für Reform der EG-Landwirtschaftspolitik geschaffen / Milch kontingentiert

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Agrarpolitik läuft nicht länger Gefahr, zum Sprengsatz der europäischen Einigung zu werden. Gerade noch rechtzeitig vor Beginn des EG-Gipfels haben sich die Landwirtschaftsminister auf Ansätze für eine Reform der Brüsseler Marktordnungen verständigt und damit einen der wichtigsten Streitpunkte entschärft, die seit Jahren die Zusammenarbeit in der Gemeinschaft belasten.

Nachdem es zu Beginn der Woche bereits zu einer Verständigung über die Begrenzung der Milchproduktion und den stufenweisen Abbau des Währungsausgleichs im Agrarhandel gekommen war, nutzten die Minister den für viele Beobachter überraschenden „politischen Aufwind" zu einer zusätzlichen Kraftanstrengung: In 26stündigen Nonstop-Beratungen gelang es ihnen, auch für andere landwirtschaftliche Erzeugnisse Grundsätze für eine Wiedergewinnung des Marktgleichgewichts auszuarbeiten. Außerdem einigten sie sich auf die wesentlichen Elemente des diesjährigen „Agrarpreispakets". Den europäischen Bauern werden darin zum Teil erhebliche Einkommensopfer zugemutet.

Finanzieller Kollaps?

Zum ersten Mal in der Geschichte der europäischen Agrarpolitik beschlossen die Minister nicht eine Preisanhebung, sondern eine nominelle Preissenkung (von 1,0 Prozent) für die wichtigsten Erzeugnisse wie Weizen, Gerste, Mais, Schweinefleisch, Rindfleisch, Wein und Olivenöl. Die EG-Preise für Milch, Zukker und Roggen bleiben im Wirtschaftsjahr 1984/85 „eingefroren". Daraus ergibt sich, daß vor allem die Landwirte in den Mitgliedstaaten mit hoher Inflationsrate mit real niedrigeren Garantiepreisen auskommen müssen. Für Milch wird der Mindestpreis künftig auf feste Höchstmengen begrenzt.

Erzwungen wurde dieser „Einstieg" in die Agrarreform vor allem durch die Gefahr eines finanziellen Kollapses der Gemeinschaft. Ohne einschneidende Sparmaßnahmen ist das gegenwärtige Marktordnungssystem nicht zu retten. Aller Voraussicht nach werden der EG in diesem Herbst die Mittel zur Finanzierung der Agrarpolitik teilweise ausgehen. Mit rund 37 Milliarden Mark verschlingt das „grüne Europa" zwei Drittel des ständig steigenden EG-Budgets.

Während sich im vergangenen Dezember in Athen die Staats- und Regierungschefs noch persönlich mit den verschiedenen Modellen für eine Kontingentierung der Milchproduktion herumschlagen mußten, haben ihnen die „Agrarier" diesmal diesen dicken Brocken aus dem Wege geräumt: Nur noch für 98,8 Millionen Tonnen will die EG 1984 und für 97,8 Millionen Tonnen in den darauf folgenden Jahren den Bauern den vollen Preis garantieren. Ohne diese Mengenbeschränkungen würden im bevorstehenden Wirtschaftsjahr voraussichtlich 106 Millionen Tonnen produziert werden. Auch künftig wird zwar die Erzeugung noch immer erheblich über dem Verbrauch liegen. Doch können für jede weniger angelieferte Million immerhin 600 Millionen Mark eingespart werden.

Um den nördlichen und südlichen EG-Staaten gleichartige Opfer aufzuerlegen, hat vor allem die Bundesregierung darauf gedrängt, „Garantieschwellen" nicht nur für Milch und Getreide, sondern auch für andere Überschußerzeugnisse festzulegen. So sollen für Tomaten, Hartweizen, Baumwolle, Korinthen und Sultaninen im kommenden Jahr die Preise oder bestimmte Beihilfen automatisch gesenkt werden, wenn die Erzeugung 1984 eine bestimmte Menge überschreiten sollte.

Der Spareffekt, der sich aus der Auflockerung der Preisgarantien ergibt, wird nach den bisher vorliegenden Schätzungen trotz allem weit geringer sein als bei einer Befolgung der von der EG-Kommission vorgelegten Vorschläge. Vor allem 1985 und 1986 werden die Sparbeschlüsse teilweise durch zusätzliche Ausgaben wieder verwässert werden. So führt die zum 1. April geplante Umwandlung des deutschen und niederländischen Währungsausgleichs zu erheblichen Mehrkosten. Mit der Zeit jedoch – so hoffen die Brüsseler Technokraten – werden sich die vereinbarten Garantieschwellen wenigstens in geringer steigenden Agrarausgaben niederschlagen.

Endlose Beratungen

Der Abbau des Währungsausgleichs war ein Problem, das über viele Jahre besonders Bonn und Paris entzweit hat. Endlose Beratungen waren nötig, um die jetzige Formel zu finden. Die Franzosen betrachten den bisherigen Grenzausgleich in Form von Einfuhrbelastungen und Ausfuhrerstattungen, ohne den die deutschen Bauern währungsbedingte Preissenkungen hinnehmen müßten, als eine Verzerrung des Wettbewerbs. Ein Teil der Ausgleichsbeträge (3 von 9,8 Prozentpunkten) soll zum 1. April dadurch verschwinden, daß anstelle des „positiven" Ausgleichs ein „negativer" in den Schwachwährungsländern eingeführt wird. Die durch die Umwandlung entstehenden Einfuhrsubventionen und Ausfuhrsteuern sollen weitgehend durch eine Anhebung der Agrarpreise in diesen Ländern überflüssig werden.

Die zweite Phase des Abbaus soll im Wirtschaftsjahr 1985/86 durch eine Aufwertung der „grünen" deutschen Leitkurse um 5,0 Prozent geschehen, was eine entsprechende Preissenkung für die deutschen Landwirte bedeutet. Sie muß durch direkte Einkommensbeihilfen aus der Bonner und – in geringerem Maße – aus der Brüsseler Kasse ausgeglichen werden.

Wenn auch der deutsche Finanzminister beim Grenzausgleich fürs erste ungeschoren bleibt, muß er sich trotzdem auf finanzielle Mehrleistungen einstellen. Wegen geringerer Einnahmen und immer stärker ausufernder Agrarausgaben ist bis zum Jahresende mit einem Loch im EG-Haushalt von rund 4,5 Milliarden Mark zu rechnen. Die in der vergangenen Woche beschlossenen Einsparungen bringen per Saldo nur ewa 730 Millionen Mark.

„MAD verstieß gegen bestehende Vorschriften"

dpa, Bonn

Schwere Vorwürfe gegen den Militärischen Abschirmdienst (MAD) im Zusammenhang mit dem Fall des Bundeswehrgenerals Günter Kießling hat der CDU-Abgeordnete Klaus Francke erhoben. Bei den Ermittlungen und auch bei der internen Behandlung der Affäre sei eine „Fülle von Unregelmäßigkeiten und Unkorrektheiten geschehen, das heißt, es wurde zum Teil gegen bestehende Vorschriften verstoßen", sagte Francke in seinem Interview mit der Deutschen Presseagentur (dpa).

Der Abgeordnete, der Berichterstatter der Unionsfraktion im Untersuchungsausschuß des Bundestages zum Fall Kießling ist, warf den Angehörigen des MAD vor, letztlich „nur noch belastend" gegen Kießling ermittelt zu haben. Es sei ein Fehler gewesen, daß die unmittelbar mit dem Fall beschäftigten Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums „den formalen Aspekten mehr Gewicht beigemessen haben, als sich inhaltlich, unter Beachtung der Kameradschaftspflicht, mit der Angelegenheit auseinanderzusetzen", meinte der CDU-Parlamentarier. Verteidigungsminister Manfred Wörner hätte daher keine andere Möglichkeit gehabt, als General Kießling zu entlassen.

Rüstungsressort wird neu besetzt

dpa, Bonn

Der Wirtschaftswissenschaftler Manfred Timmermann (47) von der Hamburger Bundeswehrhochschule soll neuer Rüstungsstaatssekretär im Bundesverteidigungsministerium werden. Diese Information der „Bild am Sonntag" wurde in Bonn bestätigt.

Das Amt wurde seit einem Jahr vom Parlamentarischen Staatssekretär Peter Kurt Würzbach (CDU) wahrgenommen. Timmermanns Berufung soll morgen offiziell bekanntgegeben werden. Er gilt als Fachmann für Verwaltung und Betriebswirtschaft. Morgen soll auch über den Wunsch des Staatssekretärs Joachim Hiehle entschieden werden, in den Ruhestand zu treten.

Steuerreform: Stoltenberg hält am Termin Januar 1988 fest

Lambsdorff bleibt bei 1986 / Länder stützen Haltung des Bundesfinanzministers

HEINZ HECK, Bonn

Minister Stoltenbergs Wunschtermin für das Inkrafttreten der Steuerreform ist trotz anderer Vorstellungen in der Unionsfraktion unverändert der 1. Januar 1988. Das hat er bei einem vertraulichen Gespräch mit den Finanzministern und -senatoren der SPD-regierten Bundesländer und Stadtstaaten am vergangenen Freitag in Bonn deutlich gemacht. Die Kollegen aus den unionsregierten Ländern hatte der Bundesfinanzminister bereits im Februar (WELT vom 11. 2.) über seine bisherigen Vorstellungen unterrichtet. Dagegen hält Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff nicht nur unter finanz-, sondern vor allem unter konjunkturpolitischen Erwägungen an 1986 fest.

Die Finanzminister der Länder sind zumindest in ihrer Mehrheit wie Stoltenberg für eine Reform 1988. Das in Aussicht genommene Entlastungsvolumen für Tarifreform und Familienlastenausgleich von insgesamt etwa 25 Milliarden Mark, das Stoltenberg auch in dem Gespräch am Freitag bestätigte, muß zu etwa der Hälfte von Ländern und Gemeinden getragen werden. Allein die Mindereinnahmen aus der Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs treffen Länder und Gemeinden aufgrund des geltenden Verteilungsschlüssels mit 57,5 Prozent, wenn nicht eine anderweitige Kompensation gefunden wird.

Stoltenberg hat bei früherer Gelegenheit betont, daß die 25 Milliarden Mark Ausfälle zu 40 bis 50 Prozent gegenfinanziert werden müßten und in diesem Zusammenhang auch von der Möglichkeit einer Mehrwertsteuererhöhung um einen Prozentpunkt (jährliche Einnahmen für Bund und Länder etwa acht Milliarden Mark) gesprochen. Bei dem jüngsten Gespräch hat der Finanzminister seine Vorstellungen zur Kompensation jedoch nicht detailliert.

Der Bundesfinanzminister will etwa bis Mai einen Überblick über die voraussichtlichen Haushaltsrisiken gewinnen, bevor er sich konkreter zu diesem auch in Fraktion und Koalition umstrittenen Thema äußert. Vor allem eine Mehrwertsteuererhöhung wird von weiten Teilen der Union, von der FDP ganz überwiegend, abgelehnt. Doch wurde vor dem Brüsseler EG-Gipfel immer deutlicher, daß sich Bonn auf zusätzliche Belastungen einstellen muß.

Auch Lambsdorff will an der Konsolidierung festhalten, er setzt aber die Gewichte anders als Stoltenberg. Unter der Voraussetzung, daß in den nächsten Jahren ein Wirtschaftswachstum von real etwa 2,5 und nominal etwa 5,5 Prozent erreicht und die geplante Begrenzung des Ausgabenwachstums bei Bund, Ländern und Gemeinden auf drei Prozent jährlich auch unter Berücksichtigung zusätzlicher Ausgabenrisiken durchgehalten werden können, sei beim Bund eine Verminderung der Nettokreditaufnahme bis 1988 auf „deutlich" unter 20 Milliarden Mark durchaus möglich. Für Länder und Gemeinden erscheinen ihm sogar ausgeglichene Haushalte erreichbar.

Ansatzpunkt für die Sanierungsanstrengungen ist für Lambsdorff das sogenannte strukturelle Haushaltsdefizit (nach der Definition des Sachverständigenrats der Teil des Defizits, der nicht konjunkturbedingt ist und über das hinausgeht, was mittelfristig als „normal" angesehen wird). Ungeachtet der Problematik solcher Berechnungsmethoden wird darauf hingewiesen, daß dieses Defizit bei Bund, Ländern und Gemeinden von 38 Milliarden 1981 auf etwa 17 Milliarden Mark 1983 vermindert wurde. Für 1984 wird es auf etwa acht Milliarden geschätzt.

Da die Durchschnitts-, mehr noch die Grenzbelastung (sie sagt aus, was von der zusätzlich verdienten Mark in der Lohntüte bleibt) der Arbeitnehmereinkommen in den vergangenen zwölf Jahren drastisch gestiegen sei, werde dies mehr und mehr zur Wachstumsbremse (die Grenzbelastung durch Lohnsteuer und Sozialversicherung nahm von 1970 bis 1982 von 33 auf 52 Prozent zu). Ohne Entlastung würde das Lohnsteueraufkommen von 1982 bis 1987 weiter um etwa 50 Prozent steigen. Lambsdorff hält daher eine spürbare und möglichst frühzeitige Entlastung auch wirtschaftspolitisch für dringend geboten.

Halstenberg war gegen Flick-Ausschuß

Schatzmeister fürchtete politische Gefahren bei Enthüllung der SPD-Finanzierungspraxis

STEFAN HEYDECK, Bonn

SPD-Schatzmeister Friedrich Halstenberg hat bereits vor über einem Jahr seine Partei davor gewarnt, genauso wie die Grünen auf der Einsetzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Flick-Affäre zu bestehen. Das berichtet „Welt am Sonntag" unter Berufung auf einen vertraulichen Vermerk von Halstenberg für Gespräche mit Führungsgremien der Sozialdemokraten vom 14. März 1983. Danach hatte der Schatzmeister erklärt, es bestehe zwar nicht die Befürchtung, daß sich aus der Arbeit des Ausschusses strafrechtliche Folgen für die SPD ergeben könnten. Es könnten sich jedoch erhebliche politische Gefahren wegen der möglicherweise offenbar werdenden Finanzierungspraxis ergeben.

Halstenberg spielte damit auf den Sprecher der Grünen, Rechtsanwalt Otto Schily, an. Dessen Fraktion hatte, so zitiert „WamS" den Schatzmeister, den Ausschuß „zweifellos nicht wegen der Flick-Affäre, sondern wegen der Spenden-Akquisition der konventionellen Parteien" gefordert. Das könnte nach der damaligen Halstenberg-Warnung dazu führen, daß der erfahrene Strafverteidiger Schily durch Fragen über das eigentliche Untersuchungsthema hinaus die Zeugen zu bisher geheimgehaltenen Informationen über Zahlungen an die SPD zwingen könnte.

Dabei könnte nach dem Vermerk vom letzten März bekannt werden, daß 1980 mit bedeutenden Spenden ein „besonderer Wahlkampf" für den damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt gefördert worden war. Sie seien dem Schatzmeister „unter absolutem Diskretionsvorbehalt anvertraut" worden. Weiter heißt es laut „WamS" in dem Papier: „Die Höhe der Spenden, die Namen der Initiatoren und Spendensammler, Zahlungswege und Zeitpunkte könnten dem Versuch Vorschub leisten, einen politisch zu mißbilligenden Zusammenhang mit der Flick-Affäre zu suggerieren."

Halstenberg zieht den Schluß, daß der „Vertrauensverlust auf der Seite der Spender nicht wiedergutzumachen" sei, wenn aufgrund der Untersuchungen des Parlamentsgremiums die zugesagte Diskretion nicht mehr eingehalten werden könnte. Dann würden „sich unsere Finanzierungsmöglichkeiten weiter verschlechtern". Der Schatzmeister betonte, daß während seiner Amtszeit – auch nicht über Dritte – Zahlungen von Flick an den Parteivorstand erfolgt seien.

Bisher war im Untersuchungsausschuß tatsächlich versucht worden, von den ehemaligen Finanzministern Hans Apel und Hans Matthöfer sowie vom früheren Kanzler Helmut Schmidt Auskunft über die Finanzierung der SPD zu erhalten. Die drei, die als Zeugen zur Wahrheit verpflichtet sind, hatten dazu erklärt, über Art und Weise von Spendenzahlungen keine Kenntnis zu haben.

Bekannt wurde in dem Gremium inzwischen jedoch, daß der ehemalige SPD-Schatzmeister Alfred Nau im Bundestagswahlkampf 1980 rund sieben Millionen Mark in bar gesammelt haben soll. Dazu hatte der ehemalige Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch als Zeuge erklärt, die Barzahlungen des Konzerns an die SPD seien „ein winziger Bruchteil" dieser Summe gewesen. Unter Hinweis auf die Anklage der Staatsanwaltschaft wegen Bestechung hatte er keine Stellungnahme zu dem Vorhalt geben wollen, die SPD habe 1980 rund 285 000 Mark erhalten. Allerdings räumte er ein, daß der inzwischen Verstorbene Nau Gelder erhalten hätte, um ihn „heiter zu stimmen".

Konzept für einen „neuen Libanon"

Aufhebung des Religionsproporzes, weniger Vollmachten für den Präsidenten

PAUL CHARDON, Lausanne

Die Teilnehmer der libanesischen „Versöhnungskonferenz" in Lausanne erarbeiteten am Wochenende die Grundzüge einer Einigung, die als Basis für eine Verständigung der verfeindeten Parteien dienen soll. Politische Beobachter hoffen, daß es schon heute zu einer Einigung kommen wird.

Das Arbeitsdokument enthält unter anderem die vier folgenden Punkte:

1. Die Dekonfessionalisierung in Regierung, Verwaltung und Armee. Das würde praktisch die Aufhebung des religiösen Proporz-Systems bedeuten, nach dem Libanon seit 1943 regiert wird. Damit wäre eine Hauptforderung der Schiiten, Drusen und Linkskräfte erfüllt.

2. Die parlamentarische Repräsentation. Bisher herrschte im Parlament von 99 Abgeordneten das Verhältnis von 6:5 zwischen Christen und Moslems. Die Vertreter der christlichen Parteien wie Pierre Gemayel und Chamille Chamoun sind zu einem Verhältnis 5:5 bereit, also zur Gleichstellung von Christen und Moslems in der Zahl der Abgeordneten. Die Schiiten, Sunniten und Drusen allerdings fordern zu ihren Gunsten ein 6:5-Verhältnis.

3. Die Rolle des Präsidenten. Seine Vollmachten sollen zugunsten eines Stellvertreters und des Ministerpräsidenten beschränkt werden. Die christlichen Parteien waren in Lausanne bisher nicht bereit, den Präsidenten vom Volk wählen zu lassen, so daß auch ein Druse oder Schiit Staatsoberhaupt werden könnte.

4. Der Regierungschef soll nicht, wie bisher, unbedingt ein sunnitischer Moslem sein und künftig nicht mehr vom Präsidenten ernannt werden. Statt dessen ist eine Bestätigung durch das Parlament geplant, das einen Senat als zweite Kammer erhalten könnte.

Bei den Verhandlungen hat sich herausgestellt, daß vor allem der schiitische Amal-Chef Nabih Berri auf volle Dekonfessionalisierung zugunsten der Schiiten drängt.

Konferenz-Teilnehmer haben aus Gesprächen mit Vizepräsident Khaddam den Eindruck gewonnen, daß Damaskus vor allem Ruhe in Libanon wünscht. Daher sei Khaddam durchaus aufgeschlossen gegenüber dem Wunsch Gemayels, Israel ein neues Sicherheitsabkommen anzubieten und die UNO-Truppe in Südlibanon von jetzt 7000 auf 15 000 bis 20 000 Mann zu verstärken und sie auch in Beirut einzusetzen.

Elbgrenze: Vereinbarung noch 1984?

● Fortsetzung von Seite 1

Angesichts der Welle genehmigter Ausreisen von „DDR"-Bewohnern warnte Jenninger vor einer „Entvölkerung" der „DDR". Er vertrat die Auffassung, daß weniger Menschen Übersiedlungsanträge stellen würden, wenn die „DDR"-Behörden mehr Reisemöglichkeiten einräumten. „Es gibt ja Fälle, wo die Leute eigentlich nicht unbedingt aus der DDR ausreisen, sondern nur hier ihre Angehörigen besuchen wollen. Aber die hatten ja praktisch nur die Möglichkeit, einen Übersiedlungsantrag zu stellen." CDU/CSU-Fraktionschef Dregger äußerte sich ähnlich. Er verwies auf das Beispiel Ungarn.

Jenninger kündigte an, die Regierung plane ein Gesetz, wonach „für Gäste der Bundesrepublik eine Ausnahme von der Strafverfolgung" festgelegt werden solle. Das Gesetz werde noch vor der Sommerpause vorgelegt, sei aber keine „Lex Honecker". Es gebe ein „allgemeines Bedürfnis". Der „DDR"-Staatsratsvorsitzende hatte mehrfach gesagt, er werde nicht „unter Sonderrecht" in die Bundesrepublik Deutschland kommen.

Abgelehnt wurden von Jenninger und anderen CDU-Politikern SPD-Forderungen nach Auflösung der zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter. Jenninger brachte seinen Standpunkt auf die Formel: „Wenn die Voraussetzungen für Salzgitter entfallen, bin ich der erste, der sagt, weg damit."

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel meinte, der erwartete Honecker-Besuch könne erfolgreich verlaufen, wenn Bonn auf die „DDR"-Forderungen zumindest teilweise einginge. Sein Stellvertreter Jürgen Schmude warnte davor, den Honecker-Besuch mit „Vorbedingungen" zu belasten.

Mehr Flexibilität bei der Behandlung der „Eigenstaatlichkeit" der „DDR" wurde vom stellvertretenden FDP-Fraktionschef Hans-Günter Hoppe empfohlen. In der Staatsbürgerschaftsfrage, so Hoppe, habe Bonn keinerlei Spielraum. Es wäre im praktischen Umgang der beiden deutschen Staaten miteinander jedoch „langsam nicht mehr begreifbar", wenn die Bundesrepublik Deutschland nicht berücksichtige, daß der andere Staat „eine eigene Staatsbürgerschaft für seine Bewohner geben kann und gegeben hat".

FDP-Fraktionschef Mischnick ging auf die Motive ein, die Ost-Berlin zu der großzügigeren Ausreisepraxis veranlaßt haben könnte. Er nannte in erster Linie den Willen, eine Politik der Schadensbegrenzung nach der Stationierung von Mittelstreckenraketen zu betreiben. Außerdem solle Vorwürfen internationaler Gremien vorgebeugt werden. Und zum dritten: Die „DDR" wolle ein „Unruhepotential" aus dem eigenen Machtbereich entfernen.

Bei der Diskussion am Wochenende spielte auch die Frage eine Rolle, ob der Spielraum der „DDR" gegenüber Moskau gewachsen sei. Staatsminister Jenninger meinte in dem „Spiegel"-Interview: „Wir haben den Eindruck, daß er seit geraumer Zeit größer geworden ist". Honecker habe „souverän die Dinge drüben in der Hand".

Entwarnung beim Stahl

J. G. – Um ein Siebtel höher als vor Jahresfrist ist in den ersten beiden Monaten dieses Jahres die deutsche Rohstahlproduktion ausgefallen. Der Gipfel der Kurzarbeit, die Anfang letzten Jahres fast die Hälfte aller Stahlbeschäftigten heimsuchte, ist um vier Fünftel abgeschmolzen. Im Produzentenkreis wagen sich auch schon die ersten Prognose-Optimisten hervor. Während ihr Verband noch vorsichtig mit einer bescheidenen diesjährigen Produktionserholung von vier Prozent gegenüber dem Hungerniveau der beiden letzten Jahre rechnet, halten sie eine mindestens doppelt so große Plusrate für wahrscheinlicher.

Nimmt man die bereits deutliche Erholungstendenz der Stahlpreise und die nahen Zuwendungsbescheide aus dem Bonner Dreimilliarden-Stahlhilfeprogramm hinzu, so ist getrost Entwarnung an der Stahlkrisenfront zu konstatieren. Doch was wird ab 1986, wenn Europas Stahlwerke „subventionsfrei" und ohne behördliche Produktionsquoten endlich wieder Marktwirtschaft praktizieren sollen? Die Deutschen stehen da dem Übergewicht verstaatlichter Unternehmen in den anderen EG-Ländern gegenüber. Deren Investitionskraft kann bei Bedarf und trotz Subventionsverbot weiterhin aus den Staatskassen alimentiert werden.

Für Privatunternehmen gibt es da nur den Ausweg der Finanzkraft-Bündelung durch Kooperationen und Fusionen. An dieser noch ungelösten Aufgabe ändern auch die aktuellen Entwarnungssignale beim Stahl nichts.

Tiefpunkt

Mk. – Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hegt die Hoffnung, daß die Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik zu den kleineren Staaten des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe RGW (ohne „DDR" und Sowjetunion) den Tiefpunkt erreicht haben. Immerhin lagen die Exporte in diese Länder 1983 mit 8,48 um eine halbe Milliarde Mark unter dem Niveau von 1975. Die Einfuhren waren gegenüber diesem Vergleichsjahr zwar mit 7,98 um 3,25 Milliarden höher, sie stagnierten jedoch in den achtziger Jahren. Die Erwartung, daß es jetzt wieder bergauf gehen wird, begründet das DIW mit der Bilanzkonsolidierung - seit 1975 sank der deutsche Überschuß von 4,2 auf 0,5 Milliarden -, mit Zinssenkungen und mit der Wirtschaftsbelebung. Da ist sicher einiges dran. Nur: Die Verschuldung drückt in diesen Ländern zum Teil immer noch und zwingt zur Kaufzurückhaltung. Überdies ist das Warenangebot nicht sehr viel attraktiver geworden. Und der neue Fünf-Jahres-Plan von 1986 an wirft seine Schatten. Die Hoffnungen sollten daher nicht zu hoch geschraubt werden.

VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT / WELT-Gespräch mit Präsident Büchner

Preis- und Produktwettbewerb sind noch längst nicht am Ende angelangt

HARALD POSNY, **Stuttgart**

In der Versicherungswirtschaft wird die Zukunft mehr als bisher dem Preis- und Produktwettbewerb gleichermaßen gehören. Das erklärte der Präsident des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), Georg Büchner, in einem Gespräch mit der WELT. Er erinnerte an die Entwicklung der Prämien und an die Veränderung der Marktanteile in einzelnen Sparten während der letzten Jahre: „Da war bereits viel Bewegung, und das gilt auch für Innovationen in der Branche."

Büchner, zugleich Vorstandsvorsitzender der Württembergischen Feuerversicherung AG, betonte am Beispiel der Lebensversicherung den Einfallsreichtum einzelner Anbieter, denen das Bundesaufsichtsamt immer wieder einmal Bedingungswerke genehmigt, die es bisher auf dem Markt nicht gegeben hat. Büchner: „Es gibt also nicht nur den Fortschritt im Gleichschritt, sondern auch den vorstoßenden Wettbewerb." Da neue Ideen nicht patentfähig seien, würden gute Ideen sofort nachgeahmt; was im Markt nicht ankomme, bleibe auch eine Spezialität einzelner.

Freilich sieht der GDV-Präsident für den Preiswettbewerb Grenzen. So kann er sich in der Industrie-Feuerversicherung „keine weitere Verschärfung des Preiswettbewerbs vorstellen und schon gar nicht wünschen". Dies nicht zuletzt im Interesse der Versicherten, die sich auch leistungsfähige Versicherer wünschen müßten und nicht nur billige.

Auch im Breitengeschäft wird nach den Worten Büchners der Preiswettbewerb zunehmen, so im Hausrat-, Privathaftpflicht- und Rechtsschutzbereich. In der Autoversicherung sei er bereits seit langer Zeit sehr lebhaft, nicht zuletzt ein Erfolg zunehmender Transparenz der Angebote.

Büchner bestreitet nachdrücklich, daß das Aufsichtsamt in Berlin im Streben nach einheitlichen Bedingungswerken den Wettbewerb der Unternehmen hemmt. Das Amt habe schon immer – und mit Recht – sehr stark auf eine gewisse Markttransparenz gesehen. „Intransparente, also von Unternehmen zu Unternehmen abweichende Bedingungswerke wirken wie Mogelpackungen, weil der Kunde von sich aus die Unterschiede oft gar nicht bemerkt und dann gar nicht werten kann", sagt Büchner. Der Wettbewerb setze eine gewisse Einheitlichkeit voraus. Durchaus sieht Büchner Gefahren darin, daß das BAV schließlich „bestimmt", was der Kunde benötigt. Aber notwendige und fällige Verbesserungen habe das Amt nicht behindert, sondern eher begünstigt.

Auch Angebote von ausländischen Versicherern in der Bundesrepublik sieht Büchner nicht anders behandelt: „Ich halte diesen Vorwurf für übertrieben. Ich kenne eine ganze Reihe von ausländischen Märkten, in denen sich die Aufsicht um die Bedingungen nicht so intensiv kümmert. Die sind ganz sicher nicht innovativer als unser Markt, auch nicht kundenfreundlicher."

Für 1984 erwartet die Versicherungswirtschaft ein „befriedigendes, aber kein großes Prämienwachstum von sechs bis sieben Prozent auf insgesamt mehr als 100 Mrd. Mark". In der Schadenversicherung werde das Plus sicher niedriger ausfallen, während sich andere Sparten größere Zuwachsraten versprechen dürften. Dazu gehöre die seit Jahren unter dem lahmenden Export leidende Transportversicherung, sicher auch die Kreditversicherung, bestimmt aber – wie schon 1983 – die Lebensversicherung. Angesichts der relativen Konjunkturunanfälligkeit der Assekuranz und verhaltenen Wachstums aus konjunkturellen Wellentälern heraus hat Büchner „für eine überschaubare Zukunft mit dem Wachstum die geringsten Sorgen".

Die hat er aber in der Entwicklung der versicherungstechnischen Ergebnisse: „Wir kommen mit diesem Wachstum sicher nicht in die Gewinnzone. Das muß mit Modernisierung und Sanierung der Vertragsbestände hart erarbeitet werden." Im privaten Breitengeschäft sei das eine Aufgabe für den Rest dieses Jahrzehnts. Etwas schneller dürfte man dagegen die Sanierung im Bereich der Industrie-Feuerversicherung erreichen, auch wenn sie bislang noch nicht gelungen sei.

US-AKTIENMÄRKTE

Broker warnen vor einer Euphorie über Defizitabbau

H.-A. SIEBERT, **Washington**

„Gemach, gemach." So reagierten nüchterne Wall-Street-Broker auf die Ankündigung Präsident Reagans, er habe sich mit den Republikanern im Kongreß auf eine Kürzung des US-Haushaltsdefizits in den nächsten drei Finanzjahren um insgesamt 150 Mrd. Dollar geeinigt. Zustande kommen soll der sogenannte Abschlag durch höhere Steuereinnahmen (48), Einsparungen im Verteidigungsetat (40,2), Einfrierung von Transferzahlungen (43,2) und einen reduzierten Schuldendienst des Bundes (18,1 Mrd. Dollar).

Dies wäre zwar ein Anfang. Er reicht aber bei weitem nicht aus. Denn im Haushaltsjahr 1985, das am 1. Oktober beginnt, würde das Defizit nur um rund elf auf 169 Mrd. Dollar ermäßigt, wobei die roten Zahlen der staatlichen Kreditagenturen (12 bis 15 Mrd. Dollar) noch hinzu addiert werden müßten. 1986 und 1987 beträgt der „ordentliche" Fehlbetrag immer noch 150 und 143 Mrd. Dollar, bei einem Vor-Reagan-Rekord 1976 von 66 Mrd. Dollar. Ohne Korrekturen würde das in den drei Jahren kumulierte Defizit mit sage und schreibe 600 Mrd. Dollar zu Buch schlagen.

Auf den Barrikaden stehen bereits die Demokraten, die im Repräsentantenhaus über eine solide Mehrheit verfügen. Sie sprechen von „Manipulation", da die Hälfte der Streichungen nicht neu, sondern schon in den Voranschlägen vom Januar enthalten ist. Zu vermuten ist, daß sich Senatoren und Abgeordnete am Verteidigungshaushalt festbeißen – die Demokraten wollen das jährliche Plus nun von real 7,5 auf etwa vier Prozent drücken – und der Berg im Wahljahr letztlich nur eine Maus kreißt.

Natürlich wertet die Börse die größere Flexibilität in Washington positiv. Ausschlaggebend für die Kursgewinne in der vergangenen Woche waren jedoch in der Hauptsache diese günstigen Konjunkturindikatoren: Industrieproduktion und Wohnungsbau im Februar plus 1,2 und 11,2 Prozent, die Herstellerpreise erhöhten sich nur um 0,4 (Janaur: 0,6) Prozent, und die industrielle Kapazitätsauslastung stieg um 0,9 auf 80,7 Prozent. Das garantiert einen weiterhin kräftigen Aufschwung. Überdies operiert die US-Notenbank innerhalb der Geldmengenziele.

Vor zuviel Überschwang wird an der Wall Street gewarnt; immerhin sind Überhitzungen nicht auszuschließen. So rechnen die Renten- und Devisenmärkte mit steigenden US-Zinsen. Außerdem sind die Aktienrenditen auf unter fünf Prozent gesunken, während Treasury Bonds 12 Prozent bringen. Knapp bei Kasse sind die institutionellen Anleger.

Vor diesem Hintergrund sagen Broker wilde Kursausschläge mit einer Konsolidierung auf einem niedrigen Niveau voraus. Der Dow Jones-Industrie-Index erhöhte sich im Wochenverlauf um 44,60 (Freitag: plus 16,96) auf 91,73 Punkte. Das letzte Hoch ist noch weit entfernt.

Die Sorgen der Bundesbahn

Von GERD BRÜGGEMANN

Die schier unaufhaltsame Talfahrt der Deutschen Bundesbahn in die Unbezahlbarkeit konnte im vergangenen Jahr offenbar vorübergehend gebremst werden. Es gelang, den Verlust des Schienenunternehmens auf 3,75 Milliarden Mark zu drücken. Er liegt damit um 400 Millionen Mark unter dem Ergebnis des Vorjahres und ist gar eine Milliarde Mark geringer, als zunächst befürchtet worden war. Die Verschuldung der Bahn, die seit 1971 um knapp 20 Milliarden Mark auf mehr als 35 Milliarden Mark gestiegen ist, erhöhte sich vorerst nicht weiter.

Die Vorhersage des Vorstandes, auch in diesem Jahr ein ähnliches Ergebnis erzielen zu können, wenn die Personalkosten sich nicht veränderten, könnte selbst dann eintreffen, wenn die wenig realistische Voraussetzung unerfüllt bliebe. Im Gegensatz zum Vorjahr nämlich darf die Bahn damit rechnen, daß die Erholung der Wirtschaft ihr höhere Erträge bescheren wird, was 1983 noch nicht der Fall war. Die Ergebnisverbesserung resultierte ausschließlich aus Kostenreduzierungen. Selbst wenn man davon ausgeht, daß es bei der Bahn noch erhebliche Rationalisierungsreserven gibt, darf ein solcher Kraftakt nicht jedes Jahr erwartet werden. Die Verschuldung dürfte sich 1984 aber wohl der 37 Milliarden-Mark-Grenze nähern.

Alles in allem läßt sich feststellen, daß das Bahnergebnis eine angenehme Überraschung darstellt. Sie darf jedoch nicht zu dem voreiligen Schluß führen, die Bundesbahn sei nun schon auf der Fahrt in eine bessere Zukunft. Davon kann leider keine Rede sein. Der verringerte Verlust bleibt vorerst nur ein Signal dafür, daß der Vorstand, der unter Vorsitz von Reiner Gohlke bald zwei Jahre im Amte ist, sehr gute Arbeit geleistet und den wahrlich knappen unternehmerischen Spielraum, den ihm Gesetz und Politik lassen, optimal genutzt hat.

Tatsächlich hat sich an den Strukturproblemen der Bahn in den vergangenen Jahren so gut wie nichts geändert. Da ist einmal die Unternehmensgröße, die, regionale Strukturpolitik hin oder her, in dieser Form durch die Nachfrage nicht mehr legitimiert ist. Und zum anderen fehlt seit langem die dringend nötige Abgrenzung zwischen den unternehmerischen Aufgaben der Bahn, für die der Vorstand verantwortlich ist, und ihren politisch-gemeinwirtschaftlichen Pflichten, die künftig nicht mehr in die Gewinn- und Verlustrechnung der Bahn eingehen sollten.

Man kann es gar nicht oft genug wiederholen, daß die Bahn weit mehr als 80 Prozent ihres Umsatzes auf weniger als 40 Prozent ihres Netzes erzielt. Wann immer die Bahn Überlegungen über Anpassungen anstellt, melden sich lautstark Kirchturmspolitiker und andere Verkehrsexperten, die der Bahn Kahlschlagmentalität vorwerfen und unterstellen, sie mäße die Belange von regionaler Wirtschaftspolitik und Raumordnung nur noch an betriebswirtschaftlichen Erfordernissen.

Die Kritiker könnten es besser wissen. Die verkehrspolitischen Entscheidungen der fünfziger und sechziger Jahre, die eindeutig dem Straßenverkehr den Vorrang einräumten, lassen sich kaum noch revidieren. Heute geht es nur noch darum, die Rolle der Bahn in der vorhandenen Verkehrsstruktur zu definieren. Man mag diese Entwicklung bedauern, zu ändern ist sie nicht mehr und schon gar nicht im Sinne jener Nebenstrecken-Romantiker, die sich immer wieder lautstark zu Worte melden.

Wer die Bahn zu Leistungen zwingt, die sie auf Dauer wirtschaftlich nicht erbringen kann, schädigt die Volkswirtschaft und tut auch sich keinen Gefallen. Über die Wirtschaftlichkeit einer Strecke entscheiden weder die Bahn noch Landräte oder Bürgermeister, sondern die Verkehrsteilnehmer und die haben sich zumeist eben anders entschieden.

Die Bundesbahn hat sich in Übereinstimmung mit der Bundesregierung das Ziel gesetzt, bis 1990 die Produktivität um 40 Prozent zu steigern und die Kosten um 25 Prozent zu senken. Daß dies auf dem vorhandenen Netz von 29 000 Kilometern nicht möglich ist, liegt auf der Hand, auch wenn die Bahn davon nicht laut spricht. Aber die Politik darf die Bahn nicht im Stich lassen, wie es in der Vergangenheit nur allzu häufig geschah. Sonst wird die Fahrt in die Unbezahlbarkeit dann wirklich unaufhaltsam.

AUF EIN WORT



» Venture Capital ist Wagniskapital; es bietet große Chancen, hat aber auch beträchtliche Risiken. Es entspricht nicht den Anlagevorschriften der Versicherungsaufsicht und ist daher als Kapitalanlage für die Assekuranz nicht geeignet. Es wäre schon eine wichtige Aufgabe der Banken, technischen Piniergeist, unternehmerische Erfahrung und privates Wagniskapital - im Rahmen eines Venture Capital-Fonds - zusammenzuführen. Dies gilt auch für Investmentgesellschaften. Für die Assekuranz bleibt zunächst die Aktienanlage die einzige Möglichkeit, sich in moderner Technologie zu engagieren. Hier gibt es noch erheblichen Nachholbedarf. «

Herbert Singer, Vorstandsvorsitzender der Albingia-Versicherungsgruppe, Hamburg. FOTO: DIE WELT

WIRTSCHAFTSKRIMINALITÄT

Zweites Gesetz soll noch 1984 rechtskräftig werden

VWD, **Bonn**

Die öffentliche Anhörung zum Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität (WIKG) ist beschlossene Sache. Der Rechtsausschuß des Bundestages will am 6. Juni Sachverständige zu diesem seit Jahren in den parlamentarischen Gremien diskutierten Gesetzeswerk hören. Bundesjustizminister Hans A. Engelhard rechnet damit, daß der Regierungsentwurf noch im Laufe dieses Jahres Gesetzeskraft erlangt.

Das zweite WIKG ist längst überfällig. Sein Vorgänger, seit dem 1. September 1976 rechtskräftig, hat beachtliche Erfolge verbuchen können im Kampf gegen die Täter mit dem weißen Kragen, die nach staatsanwaltschaftlichen Erkenntnissen allein 1982 Schäden von insgesamt 4,9 Milliarden Markanrichteten. Die Vorschriften des zweiten Gesetzes befassen sich mit den „modernen" Straftaten der vergangenen Jahre.

Der Regierungsentwurf enthält als besonderen Schwerpunkt einen neuen Tatbestand zum Kapital-Anlagebetrug. Dazu gehört auch die geplante Neufassung der Straftatbestände des Börsengesetzes. Nicht eingeplant ist dagegen ein besonderer Straftatbestand für den Ausschreibungsbetrug.

Dafür sollen Tatbestände über Computerbetrug und Fälschung gespeicherter Daten, aber auch weitere Ergänzungen des Urkundenstrafrechts Lücken im geltenden Recht schließen. Die rasante Entwicklung im Computerbereich zumindest ist nach Auffassung von Experten längst über die geplante Strafrechtsnovelle hinweggegangen.

IFO–STUDIE

Ölpreis wird trotz höherer Nachfrage nicht steigen

DANKWARD SEITZ, **München**

Im Zuge der konjunkturellen Erholung wird die Ölnachfrage der Industrieländer 1984 nach Einschätzung des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, erstmals seit 1980 wieder leicht steigen, und zwar um eine Million auf 33,3 Mill. Barrel pro Tag. Dabei wird davon ausgegangen, daß diese Nachfragesteigerung im wesentlichen nur aus höheren Ölimporten gedeckt werden wird, was zu einem Anstieg der Netto-Ölimporte auf 17,6 Mill. Barrel pro Tag gegenüber 16,7 Mill. im vergangenen Jahr führen dürfte.

Angesichts der noch immer reichlichen Versorgungslage und des anhaltenden Angebotsdrucks aus den Opec-Ländern werde der Ölpreis jedoch nicht steigen, so das Ifo, sondern auf dem gegenwärtigen Niveau schwanken. Unterstellt wird, daß die Krise in der Golf-Region nicht zu einer zeitweisen Unterbrechung der Lieferung führt. Die höhere Nachfrage wird sich allerdings in einem Anstieg der Netto-Ölrechnung der OECD-Länder von 178,2 auf 182,4 Mrd. Dollar niederschlagen. 1980 war hier mit 264 Mrd. Dollar ein Höhepunkt erreicht worden.

Die Belastung der OECD-Länder – bezogen auf die Exporterlöse – wird dabei nach Ansicht des Ifo jedoch nicht zunehmen, sondern weiter auf 14,9 (15,7) Prozent zurückgehen (1980: 21,2 Prozent) und damit wieder auf den Stand vor dem zweiten Ölpreisschub fallen. Unter Berücksichtigung der Dienstleistungs-Transaktionen und statistischer Ermittlungsfehler dürfte sich die Leistungsbilanz der Industrieländer gegenüber der Opec dann nicht mit wie erwartet 32 Mrd. Dollar im Minus bewegen, sondern eher wieder ein leichtes Plus aufweisen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Stoltenberg kritisiert Sanierungspläne für HDW

Kiel (dpa/VWD) – Bei dem Vorstand der bundeseigenen Salzgitter AG, Mutterkonzern der Howaldtswerke – Deutsche Werft AG (HDW), gibt es vertrauliche Unterlagen für eine weitere Sanierung der HDW. Das bestätigte der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel. Die Pläne seien jedoch „vom Aufsichtsrat noch keineswegs gebilligt". Das Konzept, das für Kiel 2100 und für Hamburg 200 Entlassungen vorsehe, sei entscheidungsreif, aber der Landesregierung nicht mitgeteilt worden. Schleswig-Holstein hält 25,1 Prozent der HDW-Anteile. 1983 wurde die Belegschaft in Kiel schon um rund 1700 Mitarbeiter reduziert. Gerhard Stoltenberg erklärte in Kiel, das Vorstandskonzept für HDW sei „in einem wesentlichen Punkt nicht in Übereinstimmung mit der Auffassung des Bundesfinanzministers". Nach seiner Meinung sollten die Bemühungen um neue Aufträge für den Handelsschiffbau weitergeführt werden. Deswegen halte er „vorsorgliche Überlegungen für einen weiteren Personalabbau nicht für angebracht".

Rekord in München

München (dpa/VWD) – Mit Rekorden ist am Sonntag die 36. Internationale Handwerksmese in München nach neuntägiger Dauer zu Ende gegangen. Nach Angaben der Messeleitung kamen mehr als 435 000 Besucher zu dieser als größte Leistungsschau des Handwerks in der Welt geltenden Veranstaltung. Damit wurde die höchste Besucherzahl seit Bestehen der Handwerksmesse registriert. Im Vorjahr waren es 402 000 Interessenten gewesen. Von den knapp 2500 Ausstellern zeigten sich 91 Prozent mit ihrer Messebeteiligung zufrieden. Jeder zweite berichtete von einem sehr guten oder guten Gesamterfolg.

Kredit für Tunesien

Tunis (dpa/VWD) – Die Bundesrepublik gewährt Tunesien neue Kredite in Höhe von 94 Mill. Mark, wurde am Wochenende zum Abschluß einer Sitzung einer tunesisch-deutschen Wirtschaftskommission in Tunis bekannt. Die Mittel sollen vor allem für Entwicklungsprojekte in der Landwirtschaft, für die Wasserversorgung, das Verkehrssystem und den Umweltschutz verwendet werden.

Larosière warnt

Washington (Sbt.) – Der geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Franzose Jaques de Larosière, hat die USA aufgerufen, beim Abbau der Haushaltsdefizite und der Liberalisierung des Welthandels Führerschaft zu demonstrieren. Wenn nichts geschehe, seien globale Konjunkturrückschläge und eine Verschärfung der internationalen Schuldenkrise nicht auszuschließen. Larosière kritisierte auch die Budgetdefizite in Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, Kanada und Japan. Sie hätten dazu geführt, daß in den sieben größten Industriestaaten die langfristigen Zinsen im Durchschnitt um fünf Prozent über der Inflationsrate lägen.

Saudi-Arabien wertet ab

Manama (VWD) – Saudi-Arabien hat seine Landeswährung gegenüber dem Dollar am Sonntag um 0,3 Prozent abgewertet. Der offizielle Dollar-Verkaufssatz der Zentralbank beläuft sich nun auf 3,52 nach 3,51 Riyal, teilte ein Sprecher der Währungsbehörde Sama mit.

Gemeinsame Standards

Bonn (rtr) – Die Computer und Bürosysteme europäischer Hersteller sollen in Zukunft besser zueinander passen und miteinander in Verbindung treten können. Anfang März haben sich nach Angaben der Siemens AG zwölf europäische Elektronikfirmen darauf geeinigt, zu diesem Zweck für ihre Computer gemeinsame Standards und Regeln zu entwikkeln. Die Firmen haben der EG-Kommission ein entsprechendes Vorschlagspapier übergeben und sie aufgefordert, sich für die europaweite Einführung dieser Standards einzusetzen.

Neue Honorarordnung

Bonn (DW.) – Der Bundesrat hat eine neue Honorarordnung für Ingenieurleistungen verabschiedet und einer Neuregelung der Stundensätze für Ingenieur- und Architektenleistungen zugestimmt. Mit dieser Entscheidung werden erstmals wichtige ingenieurtechnische Leistungen gesetzlich festgelegt und die Honorare dafür geregelt. Nutznießer der neuen Honorarordnung sind, wie der Verband Beratender Ingenieure (VBI) dazu mitteilt, sowohl die öffentlichen und privaten Bauherrn als auch die beratenden Ingenieure. Spürbare Auswirkungen auf die Baukosten werden die neuen Ingenieurhonare nach Angaben des VBI nicht haben.

Weg der Kurse

	16.3.84	9.3.84
Boeing	39,125	39,375
Chrysler	28,25	26
Citicorp	34,50	35,875
Coca-Cola	54,75	52
Exxon	39	38,75
Ford Motors	39,625	37,375
IBM	113,75	108,125
PanAm	6,875	6,753
US Steel	30	28,875
Woolworth	33,875	31,125

INTERNATIONALE VERSCHULDUNG

Die US-Regierung deckt staatliche Kreditgarantien

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Die internationale Schuldenkrise trifft auch die US-Regierung direkt. Wie das Landwirtschaftsministerium in Washington mitteilte, sind seit Mai 431 Mill. Dollar (1,13 Mrd. Mark) an amerikanische Banken ausgezahlt worden, um staatliche Kreditgarantien im Agrarexport abzudekken. Mit ihren Zahlungen in Verzug geraten sind Brasilien, Peru, Rumänien und Marokko. Bisher mußte das Ministerium hauptsächlich im Falle Polens einspringen, das den Vereinigten Staaten 1,4 Mrd. Dollar schuldet.

Mit den vier Ländern wurde eine Umschuldung vereinbart, wobei die Rückzahlungen auf fünf und mehr Jahre gestreckt wurden. Eine solche Regelung besteht nicht mit Warschau; nach Einführung des Kriegsrechts sind alle Verhandlungen eingefroren worden. Ein Sprecher des Ministeriums kündigte ähnliche Umschuldungen mit mindestens sechs anderen Ländern an, die schon um längere Laufzeiten nachgesucht haben. Demnach können sich Washingtons Auszahlungen an die Banken leicht verdoppeln.

Darlehensgeber ist die Commodity Credit Corp. (CCC), die 98 Prozent der Bankkredite zu einem Zinssatz von acht Prozent garantiert. Im Finanzjahr 1984 wurde das Programm auf vier Mrd. Dollar erhöht. Zusammen mit früheren Verbindlichkeiten schuldet Brasilien der CCC nun 430, Marokko 197,5 und Peru 171,5 Mill. Dollar, und zwar nur für amerikanische Agrarlieferungen. Rumäniens Außenstände machen 37 Mill. Dollar aus. Nach der erfolgten Umschuldung räumte die CCC allen betroffenen Regierungen neue Kreditgarantien ein.

EG / Mitgliedsstaaten wollen Abwehr unlauterer Handelspraktiken verbessern

Auf schnellere Abstimmung geeinigt

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Die EG will sich die Möglichkeit verschaffen wirksamer als bisher gegen unlautere Handelspraktiken von Drittländern vorzugehen. Eine Verordnung, über deren Grundzüge sich die Regierungen jetzt im Vorfeld des Gipfels geeinigt haben, soll ihr ein ähnliches Retorsionsinstrument an die Hand geben, wie es zum Beispiel die amerikanische Administration besitzt.

Zwar verfügt die Gemeinschaft bereits seit langem über geeignete Verfahren zur Abwehr von Dumping- und Subventionspraktiken bei der Einfuhr. Dieses Instrumentarium reicht jedoch nach vorherrschender Ansicht nicht aus, um sich gegen Schädigungen auf Drittlandsmärkten, Diskriminierungen beim Bezug von Rohstoffen so wie andere Verletzungen der Bestimmungen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) oder des Völkerrechts zu wehren. In der Diskussion über den Brüsseler Verordnungsentwurf haben die traditionell freihändlerischen Mitgliedsländer bis zuletzt die Notwendigkeiten einer derartigen Ergänzung des handelspolitischen Instrumentariums bezweifelt. Sie bestanden darauf, daß zumindest das letzte Wort über etwaige Retorsionsmaßnahmen beim Ministerrat und bei der EG-Kommission liegen müsse.

Besonderes Gewicht erhielt die Debatte durch die Verknüpfung, die Frankreich zwischen den Problemen des Außenschutzes und dem weiteren Ausbau des Binnenmarktes hergestellt hat. So blockiert Paris seit vielen Monaten die Verabschiedung eines Bündels von entscheidungsreifen Richtlinien zur Harmonisierung technischer Bestimmungen, die den Binnenhandel beeinträchtigen. Jetzt ist die Voraussetzung für Fortschritte in diesem Bereich gegeben.

Die Regierungssachverständigen einigten sich für das „neue handelspolitische Instrument" auf ein Entscheidungsverfahren in zwei Phasen: Es stellt sicher, daß „operative" Beschlüsse vom Rat mit qualifizierter Mehrheit gefaßt werden müssen. In einem ersten Stadium darf die Kommission allerdings in eigener Initiative eine Untersuchung einleiten und Konsultationen mit den Handelspartnern aufnehmen. Die ursprüngliche Bestimmung, nach der sie zum Handeln ermächtigt sein sollte wenn der Rat nicht innerhalb von drei Monaten eine Entscheidung trifft, wurde hingegen fallengelassen.

Fest steht, daß Retorsionsmaßnahmen nur für den Fall in Frage kommen, in denen es sich um eindeutige Verletzungen des internationalen Rechtes handelt. In der Praxis bedeutet dies, daß ein Schiedsspruch des GATT vorliegen muß, der der EG Recht gibt.

SCHWEDEN / Nach langer Talfahrt des Metalls

Neuer Glanz auf dem Erz

R. GATERMANN, Stockholm

Schwedenerz, einst ein Weltbegriff, hat in den vergangenen Jahren erheblich an Glanz verloren. Im Zuge der technologischen Umstrukturierung der Stahlindustrie war das phosphorreiche Lappländerz nicht mehr gefragt. Hinzu kamen betriebliche Fehlentscheidungen, und die Luossavaara-Kiirunavaara AB (LKAB) war auf dem direkten Weg in den Ruin, wo sie letztlich auch gelandet wäre, wenn ihr Besitzer, der Staat, nicht mit insgesamt 4,5 Mrd. Schwedenkronen (rund 1,45 Mrd.DM) eingesprungen wäre.

1983 wandelte sich das Bild, die LKAB wies erstmals seit sieben Jahren wieder einen Überschuß aus, erstmals seit 20 Jahren wurden wachsende Marktanteile verbucht und in Kiruna herrscht wieder ein ganz vorsichtiger Optimismus.

Die LKAB war über viele Jahre einer der ergiebigsten Dukatenspender der Nation, die Spitzenstellung wurde 1957 erreicht: Bei einem Umsatz von einer Milliarde Schwedenkronen wurde ein Gewinn von 500 Millionen erwirtschaftet. Bis 1975 war die wirtschaftliche Lage noch zufriedenstellend, dann kam der große Einbruch. Von 1977 bis 1982 mußten jährliche Verluste von rund 500 Mill. Schwedenkronen (nach heutigen Wechselkursen rund 160 Mill. Mark) verkraftet werden, aber die Einsicht in der Unternehmensführung bei der Muttergesellschaft, der staatlichen Industrieholding Statsföretag AB und beim Eigentümer, dem Industrieministerium, daß die goldenen Zeiten endgültig vorbei sind, kam sehr spät. Zu lange hielt man an 25 Mill. Tonnen als optimales jährliches Produktionsvolumen fest, 1974 waren es noch 31 Mill. gewesen.

„Lieber klein und gesund"

Als 1983 die LKAB direkt dem Industrieministerium unterstellt wurde, lag endlich ein Sanierungsplan vor, der einigermaßen den Realitäten entsprach. Vorstandsvorsitzender Wiking Sjöstrand war mit der Parole ans Werk gegangen, lieber klein und gesund als groß und bankrott. Einerseits brachte er Nachfrage und Produktion in Einklang, andererseits mobilisierte er die Absatzorganisation, hinzu kamen eine leichte Verbesserung der Stahlkonjunktur und ein hoher Dollarkurs. Inzwischen ist die Belegschaft auf rund 4500 Mann fast halbiert worden, die Produktivität war auf 1000 Tonnen pro Mann gesunken, sie steigt wieder, und als Ziel sind 4000 Tonnen gesetzt. Die Svappavaara wurde eingemottet. 1983 wurden 14,7 Mill. Tonnen Erz geliefert (plus 12 Prozent), die Produktion fiel auf elf Mill. In diesem Jahr sollen es 13 Mill. Tonnen sein.

Wurde 1982 noch ein Fehlbetrag vor Rückstellungen und Steuern von rund 208 Mill. Mark ausgewiesen, steht jetzt für 1983 ein Plus von 15,7 Mill. zu Buche, in diesem Jahr sollen es ungefähr 74 Mill. werden. Lag der Marktanteil der LKAB-Erze in der EG vor zehn Jahren noch bei 22 Prozent, waren es 1982 nur noch elf, 1983 kletterte er auf 13 Prozent, für 1984 werden 14 bis 15 erwartet.

EG größter Abnehmer

„Wir sind von der EG abhängig", betont Wiking Sjöstrand, auf sie entfallen etwa 70 Prozent des Exports, und er würde es gern sehen, wenn die osteuropäische Stahlindustrie die nordschwedischen Eisenerzfelder als ihre Heimatvorkommen betrachten und sich dementsprechend in erster Linie über langfristige Abnahmeverträge an sie binden würde. Andererseits versucht Sjöstrand, außerhalb der Gemeinschaft ein zweites Absatzbein aufzubauen. Nachdem man den Verkauf völlig in eigene Regie übernommen hat, öffnete man schnell ein Büro in Singapur.

Kürzlich wurde der nordschwedische Erzproduzent von einer beträchtlichen Kostenlast befreit. Jahrelang mußte er für seine Erztransporte mit der staatlichen Eisenbahngesellschaft SJ Preise zahlen, die in Branchenkreisen als Wucher bezeichnet wurden, per Tonnenkilometer lagen sie sechs- bis achtmal höher als im Ausland. Durch Vermittlung des früheren Finanzministers Gunnar Sträng wurde nun ein Kompromiß beschlossen. Für 16 Mill. Tonnen Erz zahlt die LKAB nunmehr rund 82,5 Mill. Mark (3,9 Pfennig pro Tonnenkilometer), womit das internationale Preisniveau immer noch um das Doppelte übertroffen wird.

Im übrigen arbeitet manan einer revolutionären Änderung der Erzfracht auf See. In eigener Regie will die LKAB zwei neuartige Schiffe bauen lassen, die automatisch be- und entladen werden und für eine Tour Narvik–Dünkirchen–Narvik statt bisher 315 Stunden nur noch 238 Stunden benötigen. Mit diesen Maßnahmen und einem klaren Zukunftskonzept glaubt Wiking Sjöstrand der europäischen Stahlindustrie ein attraktiver Partner sein und damit Westeuropa seinen einzigen bedeutenden Erzproduzenten erhalten zu können.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG / Nordrhein-Westfalen will Mittel konzentrieren

Zukunftstechnologien bevorzugt

HARALD POSNY, Düsseldorf

Für eine Konzentration der knapper gewordenen Mittel auf wenige aber stragegische Handlungsfelder – Technologien, die in breiter Palette zum Einsatz kommen werden (Elektronik); Information und Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Forschung bei der Entwicklung innovativer Produkte und Verfahren – hat sich der Wirtschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Prof. Reimut Jochimsen (SPD) ausgesprochen. Der Staat müsse den Mut haben, gemeinsam mit der Wirtschaft Schwerpunkte, gemeinsame Projekte auf Zeit und den Einsatz staatlicher Mittel für konkrete Projekte auf Zeit zu verabreden.

Dies alles wolle man im Sinne einer „richtig verstandenen Industriepolitik" unterstützen und, soweit es durch staatliche Angebote geht, begleiten und intensivieren. Das bedeute nicht, daß eine landesweite generelle Wagnisfinanzierung etwa die Arbeit der Kreditwirtschaft den Unternehmen abnehmen solle. Jochimsen: „Es steht kein neues Förderprogramm vor der Tür, wohl aber Hilfen zu neuen Initiativen, die die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Forschung bei der Modernisierung der Produktionsstruktur erleichtern." Nach den Worten von Jochimsen haben sich Innovations- und Investitionsklima in Nordrhein-Westfalen spürbar verbessert.

Die landeseigene Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH (GfW) wird unter Einbeziehung der öffentlichen Fördermittel, vor allem des Technologieprogramms Wirtschaft in NRW, künftig ihre Arbeit auf solche Investitionsvorhaben konzentrieren, die zu einer Modernisierung der Industriestruktur in Nordrhein-Westfalen beitragen werden.

Dabei sollen mit anderen Bundesfördermitteln, ergänzt durch Venture Capital-Finanzierungen sowie Finanzierungen über Anlegerfonds und bankenübliche Kredite ein Finanzierungspaket angeboten werden, das für ausländische Investoren mit hochentwickelten Technologien vor allem aus den USA besondere Attraktivität besitzen.

GfW-Geschäftsführer Peter Gonschior denkt dabei vor allem an eine „Neuheiten-Förderung" von Unternehmen, die mit 20 bis 100 Mill. Dollar-Umsatz vielleicht schon an der Börse notiert werden. Nordrhein-Westfalen stehe bei „High Tech"-Projekten aus dem Ausland vor allen Dingen mit Großbritannien sowie Baden-Württemberg und Bayern durchweg gleichwertig in Konkurrenz.

In den letzten drei Jahren hat die GfW an 99 Investitionsvorhaben mitgewirkt, bei denen Unternehmen rund 700 Mill. DM investiert hatten und 4200 Arbeitsplätze betroffen waren. Darunter waren allein 38 Neuerrichtungen von Betrieben aus dem Bundesland mit einem Investitionsvolumen von 400 Mill. DM und 2300 Arbeitsplätzen. Das Gros waren jedoch Neuansiedlungen von außen. Nach wie vor ist das Interesse ausländischer Unternehmen (57) am Standort NRW groß, Amerikaner (25), führen vor Niederländern (9) und Japanern (8). Realisiert haben sich in diesem Zeitraum 24 Projekte, darunter waren je sieben amerikanische und japanische Unternehmen.

RENTENMARKT / Experten rätseln noch

Freundlich, aber labil

Der Rentenmarkt macht einen freundlichen, dabei aber doch labilen Eindruck. Die Akteure scheinen etwas orientierungslos zu sein. Bedeutet der kräftige Wiederanstieg des Dollars ein Ende des von Auslandskäufen getragenen Zinsrückgangs? Lockt die Vorentscheidung über eine Reduzierung des US-Budgetdefizits möglicherweise internationales Kapital an den amerikanischen Anleihemarkt, weil dort größere Kursgewinne winken, wenn eine geringere Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch das US-Schatzamt einen Zinsrückgang möglich macht? Die Experten rätseln noch und sind sich uneins in der Beurteilung der Situation. Optimisten gehen davon aus, daß ein Rückgang der amerikanischen Zinsen in der Bundesrepublik die herrschende Zinssenkungstendenz verstärken wird, sobald an den Märkten der Eindruck entsteht, in den Vereinigten Staaten sei vorerst der Rahm abgeschöpft. (cd.)

Emissionen	16.3. 84	9.3. 84	29.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,34	7,37	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,41	7,44	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,44	7,46	7,83	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	7,89	7,93	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,43	7,42	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,11	7,12	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,99	7,97	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,43	7,43	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	7,65	7,62	8,08	8,45	10,32

Neuer Sparhaushalt in Indonesien

dpa/VWD, Jakarta

Der Sparhaushalt Indonesiens für das Fiskaljahr 1984/85 (31. März) läßt die vorsichtige, dabei aber auch zuversichtliche Haltung der Regierung erkennen, daß sich das Land von der Rezession erholen wird. Der kürzlich verabschiedete Haushaltsplan sieht Ausgaben von rund 16,57 Billionen Rupien (etwa 44,7 Mrd. DM) vor, real etwa sechs Prozent mehr.

Das indonesische Budget ist wie schon in den Jahren zuvor ausgeglichen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß für einen wesentlichen Teil der geplanten Ausgaben für Entwicklung ausländische Projekthilfe und andere Anleihen zur Verfügung stehen. Diese Mittel steigen nach dem Haushaltsansatz sogar um 61 Prozent an. Auch die Einnahmen aus Steuern, Gebühren und anderen staatlichen Einkünften fallen um rund 17 Prozent höher aus als ein Jahr zuvor. Eine wichtige Rolle spielen Erdöl und Erdgas, die einen Anteil von zusammen 64 Prozent an den Inlandseinnahmen des Haushalts haben. Für 1984/85 sowie die darauf folgenden vier Jahre soll es ein Wirtschaftswachstum von jeweils real fünf Prozent geben.

SCHWEIZ / Strukturelle Anpassung belastet weiterhin

Stetiger Aufschwung erwartet

rtr, Bern

Dank der Wirtschaftsbelebung in den wichtigen Industrieländern wird sich die konjunkturelle Erholung in der Schweiz in den kommenden Monaten nach Angaben der Kommission für Konjunkturfragen (KfK) insgesamt etwas beschleunigen. Wie die KfK in ihrem vierteljährlichen Wirtschaftsbericht weiter ausführte, wird sich die Arbeitsmarktlage aus saisonalen und konjunkturellen Gründen weiter bessern. Strukturelle Anpassungen im industriellen Bereich würden hingegen weiterhin belastend wirken. Die Beschäftigung dürfte insgesamt lediglich stagnieren oder leicht zunehmen. Die Teuerung schließlich wird laut KfK annähernd das Tempo der vorangegangenen Monate beibehalten.

Die schweizerische Exportwirtschaft werde von der sich erholenden Wirtschaftstätigkeit bei wichtigen Handelspartnern etwas kräftigere Impulse empfangen als in den vergangenen Quartalen. Auch die Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen werde allmählich von der sich verstärkenden Investitionsnachfrage profitieren. Sofern der reale Außenwert des Schweizer Frankens, insbesondere gegenüber der Mark, sich ungefähr auf dem Niveau von Ende Februar halten wird, dürfte laut KfK die Auslandsnachfrage auch vom Wechselkurs her eine gewisse Stütze erhalten.

Die Inlandsnachfrage werde langsam anziehen. Die private Konsumnachfrage sollte namentlich von der sich bessernden Konsumentenstimmung und der nicht mehr abnehmenden Beschäftigung stimuliert werden. Bei der Nachfrage nach Bauleistungen könnte mit der sich belebenden Konjunktur allmählich auch der industriell-gewerbliche Bau zunehmen. Die Industrie beabsichtigt laut KfK, die Produktion etwa gleich auszuweiten wie in den vergangenen Monaten. Beim erwarteten Bestellungseingang würden die Firmen allerdings weniger Optimismus zeigen.

Trotzdem würden erneut weniger Firmen, aber immer noch deutlich mehr als die Hälfte, die Belegschaften mit Blick auf die erwartete Geschäftstätigkeit als zu groß beurteilen. Angesichts der Verbesserungen bei der Auftragslage und den Aussichten werde sich die Beschäftigung in der Industrie zumindest stabilisieren.

FRANKREICH / Echte Zahl bei 2,5 Millionen

Arbeitslosenrate steigt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der französische Arbeitsmarkt hat sich weiter verschlechtert. Die Zahl der behördlich registrierten Arbeitslosen stieg im Februar saisonbereinigt um 2,7 Prozent auf 2,19 Millionen. Das waren 8,6 Prozent mehr als vor einem Jahr gegenüber 5,8 Prozent im Januar, 4,5 Prozent im Dezember und 2,9 Prozent im November. Gleichzeitig schrumpfte das Stellenangebot um 12 Prozent und im Jahresvergleich um 50 Prozent.

Nachdem die sozialistische Regierung zunächst durch beschäftigungspolitische Maßnahmen und dann durch die Verschönerung der Arbeitsmarktstatistik bis Mitte letzten Jahres die Arbeitslosigkeit auf der „kritischen Schwelle" von zwei Millionen stabilisiert hatte, führte ihre neue Restrukturierungspolitik unter anderem in der Automobilindustrie zu größeren Entlassungen.

Die echte Arbeitslosenziffer wird von den Gewerkschaften auf mindestens 2,5 Millionen veranschlagt. Demgegenüber weist die Regierung darauf hin, daß „nur" 1,87 Millionen Arbeitslosenentschädigung beziehen. Einschließlich der Antragssteller für Entschädigungen waren es allerdings 1,93 Millionen (plus 2 Prozent).

Noch bedenklicher ist die spektakuläre Schrumpfung des Stellenangebots. Sie übertrifft die konjunkturelle Schwäche. Nach der jüngsten Erhebung der Banque de France war die französische Industrieproduktion im Februar stabil geblieben, nachdem sie sich im Januar etwas belebt hatte. Zwar litt die Inlandsnachfrage unter dem rückläufigen privaten Verbrauch. Jedoch blieb der Export positiv orientiert.

Demzufolge kam es zu einer erneute Verbesserung der Handelsbilanz, deren Defizit von 5,5 Milliarden Franc im Januar auf 4,6 Milliarden Franc im Februar saisonbereinigt zurückging. Es lag damit aber immer noch über dem Monatsdurchschnitt des zweiten Halbjahrs 1983. Bei 62,8 Milliarden Franc Exporten und 67,4 Milliarden Franc Importen (jeweils FOB-Werte) wurde bei den Industriegütern ein Ausfuhrüberschuß von neun Milliarden Franc erzielt, während im Energiebereich ein Passivsaldo von 17 Milliarden Franc entstanden war.



UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Maxhütte bei Klöckner

Düsseldorf (dpa/VWD) – Die Klöckner-Werke AG sind nach wie vor größter Einzelgesellschafter der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte mbH in Bayern. Das bestätigte Klöckner-Vorstandschef Herbert Gienow in Düsseldorf. Gienow wollte jedoch keine Angaben über die neuen Beteiligungsverhältnisse bei der Maxhütte machen, nachdem kürzlich bekanntgeworden war, daß Klöckner nicht mehr über die Mehrheit an der Gesellschaft verfüge. In informierten Kreisen war angedeutet worden, daß der australische Rohstoffkonzern CRA, der mit Klöckner verschiedene Kooperationsabkommen geschlossen hat, neuer Partner bei der Maxhütte sei. Eine Bestätigung war dazu bisher nicht zu erhalten. Dementiert worden war jedoch, daß der Schweizerische Bankverein eine Beteiligung erworben habe. Nach Aussage Gienows bleibt die Maxhütte auch nach der Veränderung im Beteiligungskreis, mit der das Unternehmen selbständig geworden sei, für Klöckner konsolidierungspflichtig.

Arbed baut Verlust ab

Luxemburg (dpa/VWD) – Kräftig auf 2,42 (4,28) Mrd. Luxemburgische Franc (121 Mill. DM) hat der luxemburgische Stahlkonzern Arbed S. A. 1983 den Verlust abgebaut. Wie das Unternehmen mitteilte, schrumpfte der Umsatz leicht auf 48,02 (49,05) Mrd. Franc. Die deutliche Verbesserung des Ergebnisses unter Berücksichtigung höherer Abschreibungen von 4,63 (1982: 3,63) Mrd. Franc sowie eines sinkenden Nettozinsaufwands von 4,01 (4,28) Mrd. Franc ist ferner auf einen erheblich verminderten Währungsverlust zurückzuführen. Zur Ertragslage erklärte Arbed, das vor allem mit den Verlusten seiner deutschen Tochtergesellschaft Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, belastet ist, das Bruttoergebnis zähle – einschließlich der staatlichen Beihilfen – mit 8,43 Mrd. Franc zu den besten, die je erzielt worden sein.

Frankfurter Hypo: 12 DM

Frankfurt (VWD) – Eine Aufstockung der Dividende für 1983 auf 12 (11) DM pro 50-DM-Aktie wird der Hauptversammlung der Frankfurter Hypothekenbank AG am 9. Mai vorgeschlagen. Außerdem sollen aus dem mit 24,9 (23,5) Mill. DM ausgewiesenen Bilanzgewinn wiederum 8 Mill. DM den Rücklagen zugeführt werden. Bei einem Wachstum der Bilanzsumme auf 25,07 (23,98) Mrd. DM stiegen 1983 die neuen Darlehenszusagen des Instituts auf 3,98 (3,89) Mrd. DM, während sich der Erstabsatz von Schuldverschreibungen auf 4,77 (5,28) Mrd. DM zurückbildete.

STROMVERSORGUNG / Kraftwerkbau im Gleichschritt mit dem Sozialprodukt

Preise haben sich deutlich beruhigt

HANS BAUMANN, Essen

Der vorhandene Park an Kraftwerken und die in Bau befindlichen neuen Blöcke werden künftig den Strombedarf decken können, der sich im Rahmen des gesamtwirtschaftlichen Wachstums bewegen wird. Zu diesem Ergebnis kommt H.-W. Schiffer, Referent für Elektrizitätswirtschaft und Fernwärme im Bundeswirtschaftsministerium, in einer Untersuchung, die in der „Elektrizitätswirtschaft" veröffentlicht wurde.

In den letzten zehn Jahren hat der Stromverbrauch trotz geringerer Zuwachsraten weiter deutlich schneller als das allgemeine Wirtschaftswachstum zugenommen. So stand einem realen Anstieg des Bruttosozialprodukts von 1973 bis 1983 von durchschnittlich 1,61 Prozent jährlich eine Zunahme des Bruttostromverbrauchs von 2,18 Prozent gegenüber. Da aber weiterhin Strom gespart wird und die Haushalte weitgehend mit elektrischen Geräten ausgerüstet sind, rechnet das Bundeswirtschaftsministerium für die Zukunft mit einem parallelen Verlauf von realem Bruttosozialprodukt und Brutto-Stromverbrauch.

Zur Deckung des künftigen Bedarfs an elektrischer Energie werden Steinkohle und Kernkraft eine weiter steigende Rolle spielen. Gegenwärtig sind 9 Leistungsreaktoren und 2 Prototypen (Kalkar und Schmehausen) auf Kernenergiebasis in Bau. Gesamtleistung: rd. 12 600 Megawatt. Hinzu kommen 20 Steinkohlekraftwerke mit rd. 6500 MW und ein Braunkohlekraftwerk mit 350 MW, die zur Zeit errichtet werden. Von dieser neuen Kraftwerksleistung von insgesamt rd. 20 000 MW werden 1984 rund 4000 MW in Betrieb gehen. Dabei handelt es sich um die Kernkraftwerke Grohnde und Gundremmingen B mit zusammen 2761 MW, das Steinkohlenkraftwerk Gersteinwerk K mit 765 MW und das Braunkohlekraftwerk Buschhaus mit 350 MW. Nach Schiffer wird der Brutto-Stromverbrauch 1984 im Rahmen des Bruttosozialproduktes wachsen, um 2,5 Prozent.

Eine Beruhigung zeigt auch die Kurve des Strompreisverlaufs. 1980 noch stiegen die Durchschnittserlöse um 6,7 Prozent, 1981 war es ein Plus von 11,8 Prozent und 1982 kamen weitere 9,1 Prozent hinzu. 1983 dagegen ist die Kurve deutlich abgeflacht. Es wird damit gerechnet (endgültige Zahlen liegen noch nicht vor), daß der Strompreis über alle Verbrauchergruppen gerechnet 1983 um 3 Prozent auf 17,3 gestiegen sein wird. Die Bewegung des Strompreises hielt sich damit im Rahmen der allgemeinen Verbraucherpreise.

Nach vorläufigen Berechnungen hat die Kapazität der Kraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland von Ende 1982 bis Ende 1983 um 1600 MW (1,8 Prozent) auf 92 100 MW zugenommen. Unter den neu in Betrieb gekommenen Kraftwerken mit insgesamt 2200 MW sind insbesondere das Kernkraftwerk Krümmel mit 1316 MW, das Steinkohlekraftwerk Boxbach mit 772 MW und das Windkraftwerk Growian mit 3 MW. Diesen Neuzugängen standen Stillegungen von 600 MW gegenüber.

Daß der Strom ein Konjunkturindikator ist, beweist die Arbeit von H.-W. Schiffer erneut. Während der Stromverbrauch im ersten Quartal 1983 um 1,3 Prozent gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres zurückging, nahm er im zweiten Quartal um 1,9 Prozent, im dritten um 3,5 Prozent und im vierten Quartal sogar um 6,8 Prozent zu. Er eilte damit noch dem Bruttosozialprodukt voraus, das von minus 0,3 Prozent über plus eins, 1,6 und 2,5 Prozent vorankam.

Noch deutlicher zeigt sich die konjunkturelle Belebung in der Entwicklung des industriellen Stromverbrauchs. Im ersten Quartal ging er noch um 2,7 Prozent zurück, dann erholte er sich auf 1 Prozent plus, kam im dritten Quartal schon auf 3,4 Prozent Wachstum und erreichte im vierten Quartal unerwartete 9,5 Prozent. Der Anstieg im vierten Quartal muß relativiert werden, weil er mit dem vierten von 1982 verglichen wird, dem tiefsten Punkt der konjunkturellen Entwicklung.

An der Stromerzeugung 1983 waren die einzelnen Energieträger wie folgt beteiligt; Steinkohle (in Prozent) 35,2, Braunkohle 25,2, Kernenergie 17,7, Erdgas 9,6, Heizöl 3,5, Wasser 5,1, sonstige 3,7.

DEUTSCH-SÜDAMERIKANISCHE BANK

Weitere Polster gesammelt

J. BRECH, Hamburg

Die Deutsch-Südamerikanische Bank AG, Hamburg, die zu 100 Prozent zur Dresdner Bank gehört,hat das Rekordergebnis des Vorjahres nochmals um gut 15 Prozent übertroffen. Die Prognose, daß die Bank mit dem Ergebnis von 1982 den Ertragsgipfel wohl erreicht habe, sei falsch gewesen, räumt Vorstandsmitglied Albrecht C. Rädecke ein. Das Betriebsergebnis verbesserte sich auf fast 90 (78) Mill. DM und der Zinsüberschuß um 10 Prozent auf rund 133 Mill. DM. Der Provisionsüberschuß blieb mit 19 Mill. DM nahezu unverändert.

Trotz des Glanzergebnisses erhält die Muttergesellschaft zum zweiten Mal in Folge keine Dividende. Die Deutsch-Südbank habe wieder erhebliche Risikovorsorge betrieben, betont Rädecke, wobei die Problematik der Länderrisiken im besonderen Maße beachtet worden sei. In der Ergebnisrechnung weist die Bank rund 102 (83) Mill. DM an Abschreibungen und Wertberichtigungen sowie Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft aus. Die Vorsorgepolitik soll angesichts der schwierigen Lage in Lateinamerika auch in diesem Jahr absoluten Vorrang haben.

Die Ertragsverbesserungen hat die Bank bei rückläufigem Geschäftsvolumen erzielt. Die Bilanzsumme verringerte sich um 4 Prozent auf 5,1 Mrd. DM und das Geschäftsvolumen um 4,5 Prozent auf 6 Mrd. DM. Das Kreditvolumen blieb mit 5 Mrd. DM fast unverändert. Vor allem im Neugeschäft hat sich die Bank deutlich zurückgehalten. Real dürfte das Geschäft sogar noch stärker gesunken sein. Rückführungen sind im Betrag durch den steigenden Dollarkurs kompensiert worden.

Ein Geschäftsvolumen von rund 6 Mrd. DM entspricht nach den Worten von Rädecke der gewünschten Größenordnung. Die Bank sei auch künftig nicht auf Wachstum aus. Ziel bleibe es vielmehr, die Struktur der Passivseite ohne Volumenerhöhung noch weiter zu verbessern. Die Kundeneinlagen sind 1983 wiederum um 19 Prozent auf 2,1 Mrd. DM gestiegen und erreichen nunmehr 46 Prozent der Fremdgelder. Die Bankengelder gingen um 20,5 Prozent auf 2,4 Mrd. DM zurück.

LATEINAMERIKA / Verschuldung dürfte 330 Milliarden Dollar erreichen

Aussichten auf Sanierung verbessert

J. BRECH, Hamburg

Die Umschuldungserfordernisse in Lateinamerika haen 1983 nach Anzahl und Umfang ein bisher nicht gekanntes Ausmaß erreicht. Nach Angaben der Deutsch-Südamerikanischen Bank in Hamburg betreffen die zurzeit geführten Umschuldungsverhandlungen für die gesamte Region rund 100 Mrd. Dollar. Bis auf wenige Ausnahmen seien alle lateinamerikanischen Länder gezwungen gewesen, eine Neustrukturierung eines Teils ihrer Auslandsschulden zu beantragen. Die Gesamtverschuldung dürfte in diesem Jahr etwa 330 Mrd. Dollar erreichen.

Das pragmatische Zusammenwirken der internationalen Finanzorganisationen, der Regierungen sowie privater Banken habe, so schreibt die Bank in ihrem Geschäftsbericht, zu einer gewissen Entspannung in der Verschuldungslage geführt, so daß sich die Aussichten für eine erfolgreiche Sanierungsarbeit der einzelnen Länder verbessert hätten. Die Bewältigung der Probleme setze allerdings neben internen wirtschafts- und finanzpolitischen Anpassungsmaßnahmen eine spürbare und dauerhafte Belebung der Weltkonjunktur sowie den Zufluß weiterer ausländischer Finanzmittel voraus. Die für die Finanzierung des Schuldendienstes notwendigen Mittel sollten dabei langfristig aus Exporterlösen stammen. Es sei daher Aufgabe der Industrieländer, jeder Versuchung zu neuen Importhemmnissen zu widerstehen und den bereits vorhandenen Protektionismus abzubauen.

In den südamerikanischen Ländern werde allgemein anerkannt, betont die Bank, daß die Umwandlung kurzfristiger Fälligkeiten in längerfristige Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland kein Allheilmittel sei, sondern nur Zeitgewinn bringe. Er müßte für selbst zu erbringende Leistungen genutzt werden. Vor allem gelte es, die Wachstums- und Konsumziele mit den immer dringender werdenden Erfordernissen eines wachsenden Sparaufkommens abzustimmen und Verhältnisse zu schaffen, die der Kapitalflucht entgegenwirken.

Die Bank räumt ein, daß die abverlangten Opfer bei weiten Kreisen der Bevölkerung zu Protest und erheblicher Unruhe geführt haben. Damit werde deutlich, daß einer Durchsetzung der mit dem IWF abgestimmten Sanierungsmaßnahmen politische und soziale Toleranzgrenzen gezogen seien.

Die wirtschaftliche Lage in Lateinamerika im Jahr 1983 bezeichnet die Bank als außerordentlich schwierig. Produktion, Beschäftigung und Einkommen seien nochmals stark zurückgegangen und die Bemühungen, die Inflationsrate einzudämmen, weitgehend erfolglos gewesen. Die durchschnittliche Geldentwertungsrate für die Region gibt die Bank mit 130 Prozent an, wobei Argentinien mit 433 Prozent mit Abstand Spitzenreiter war.

Die tiefgreifende Rezession hat nach Angaben der Bank auch den deutschen Außenhandel beeinflußt. Die Exporte nach Lateinamerika nahmen um 9 Prozent auf 10 Mrd. DM ab, die Importe stiegen demgegenüber um 15 Prozent auf 14,8 Mrd. DM. Das Defizit im Warenaustausch erhöhte sich auf 4,8 Mrd. DM. Der Anteil Lateinamerikas an den deutschen Gesamtexporten sank auf 2,3 Prozent, am Gesamtimport stieg er auf 3,8 Prozent.

AUTO / 150. Geburtstag von Gottlieb Daimler

„Fortschritt geht weiter"

WERNER NEITZEL, Schorndorf

Mit dem Automobil wurde, wie wohl mit kaum einem anderen Produkt, die Voraussetzung für unseren heutigen Wohlstand geschaffen. Daran erinnerte Werner Breitschwerdt, Vorstandsvorsitzender der Daimer-Benz AG, anläßlich eines Festaktes der Stadt Schorndorf zum 150. Geburtstag von Gottlieb Diamler. Die hoch entwickelten Länder wären – so Breitschwerdt – größtenteils noch auf dem Stande eines Agrarlandes und weit von einer breiten Industrialisierung entfernt, wenn nicht das Nutzfahrzeug als unentbehrliches Transportmittel für die industrielle Arbeitsteilung auch über Grenzen hinweg zur Verfügung stünde.

Der Pkw gebe jedem einzelnen eine individuelle Mobilität, die ihm nicht nur in Freizeit und Urlaub zugute komme, sondern sei vielfach auch ausschlaggebend für Erhalt und Sicherung des Arbeitsplatzes, wenn man sich vor Augen führe, daß täglich viele Millionen Arbeitnehmer mit dem Pkw zwischen Wohnort und Arbeitsplatz pendeln müßten und könnten. Für die meisten stelle sich überhaupt keine andere Alternative.

Gottlieb Daimler, Mitbegründer des Unternehmens Daimler-Benz, habe mit der Verwirklichung des leichten, schnellaufenden Motors die elementare Grundlage für das Automobil geschaffen. Die Schlüsselposition, die das Automobil in der Bundesrepublik inzwischen innehat, komme darin zum Ausdruck, daß jeder neunte in der Industrie Beschäftigte im Straßenfahrzeugbau tätig ist, jeder siebte Arbeitsplatz ist direkt oder indirekt mit dem Auto verbunden.

Die Autoindustrie war mit einem Exportwert von über 75 Milliarden DM in 1983 die größte Exportbranche der gesamten deutschen Wirtschaft. Der dabei erzielt Überschuß von 52 Milliarden DM war um rund 10 Milliarden DM höher als der gesamte Aktivsaldo der deutschen Handelsbilanz,.

Der allmählich kräftiger werdende konjunkturelle Aufschwung wäre nach Ansicht des Daimler-Benz-Chefs ohne steigende Nachfrage nach Automobilen auch wohl kaum in Gang gekommen. Breitschwerdt: „Es kann überhaupt keinen Zweifel geben, daß der automobile Fortschritt weitergehen muß und wird."

INNOVATION / Wagniskapitalbörse in Aachen

Hilfen für Jungunternehmer

HEINZ STÜWE, Bonn

Ein selbst für die Initiatoren überraschend lebhaftes Echo hat die Einrichtung einer „Wagniskapitalbörse" an der Industrie- und Handelskammer in Aachen gefunden. Kapitalsuchende Nachwuchsunternehmer sollen dort mit solchen Firmen zusammengeführt werden, die bereit sind, eine Kapitalbeteiligung zu übernehmen und damit innovative Investitionen und Unternehmensgründungen zu unterstützen. „Ganz spontan" hätten bereits gut ein Dutzend Unternehmen entsprechende Offerten in der Größenordnung von einer Mill. DM und höher gemacht, erklärte der stellvertretende Hauptgeschäftsführer der Kammer, Jürgen Drewes, gegenüber der WELT. Großes Interesse sieht Drewes vor allem in Branchen, die in Zukunft mit wachsendem Importdruck aus den Schwellenländern rechnen müßten und die sich schon deshalb gegenüber Produktinnovationen sehr aufgeschlossen zeigten.

Konzipiert ist das Aachener Experiment – nach Angaben der IHK „ohne Vorbild in der Bundesrepublik" – für den klassischen Fall der Wagnisfinanzierung: Die Beteiligungsofferten – Mindesthöhe 0,5 Mill. DM – sollen vermittelt werden an junge wachstumsträchtige Unternehmen aber auch an Existenzgründer mit „viel Elan und wenig Eigenkapital". Dabei ist insbesondere an junge Forscher gedacht, die ein Projekt bis zur Marktreife entwickelt haben, denen aber die Mittel fehlen, es auf den Markt zu bringen.

Doch geht es nicht nur um die finanzielle Unterstützung. Die Kapitalgeber sollen ihren Kooperationspartnern auch darüber hinaus unter die Arme greifen und sie von ihrem Know-how und ihrer Marktkenntnis profitieren lassen.

Basis der Wagniskapitalbörse ist das enge Zusammenwirken von Wirtschaft und Wissenschaft, ein Gebiet, auf dem man in Aachen einige Erfahrung besitzt. Der Träger der neuen Einrichtung ist die Rheinische Gesellschaft e.V., im letzten Jahr zur Förderung des Technologietransfers gegründet, der u.a. die Technische Hochschule und die Fachhochschule Aachen, das Kernforschungszentrum Jülich, Kreditinstitute sowie die IHK und die Handwerkskammer angehören. Diese Kooperation soll es erlauben, vorgesehene Projekte vorab technisch und wirtschaftlich zu prüfen, um den Kapitalanlegern eine größere Sicherheit bieten zu können.

Sparkasse Berlin: Mehr Kredite

tb. Berlin

Ein spürbar anziehendes Kreditgeschäft hat die Sparkasse der Stadt Berlin-West 1983 registriert. Das Kreditvolumen erhöhte sich um 7,4 Prozent auf 9 Mrd. DM, wobei die Realkredite zu den Trägern der Ausweitung gehörten. Im Firmenkreditgeschäft hat sich die Nachfrage, wie Vorstandsvorsitzender Hubertus Moser sagte, erst im Jahresverlauf stark belebt. Gestiegen ist auch die Verschuldungsbereitschaft der privaten Haushalte. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden haben sich 1983 um 3,4 Prozent auf 10,74 Mrd. DM erhöht. Dabei stiegen Spareinlagen nur um 2,1 Prozent auf 6,1 (6,0) Mrd. DM, während es bei Sparbriefen und Schuldverschreibungen ein Plus von 9,5 Prozent auf 2,4 (2,2) Mrd. DM gab.

Die Bilanzsumme nahm 1983 um 7,2 Prozent auf 14,34 (13,38) Mrd. DM zu. Bei einer leicht auf 3,25 Prozent erhöhten Zinsspanne lag der Zinsüberschuß mit 426,4 Mill. DM um 15 Prozent höher als im Vorjahr. Es wird ein Jahresüberschuß von 55 (60) Mill. DM ausgewiesen.

Hanomag: Kein Angebot der Saudis

dpa/VWD, Hannover

Eine Entscheidung über das künftige Schicksal der im Konkurs befindlichen Hanomag GmbH, Hannover, läßt weiter auf sich warten. Die arabische Interessentengruppe, Arabian General Investment Corp., Dubai, hat innerhalb einer Optionsfrist, die am Freitag ablief, kein konkretes Übernahmeangebot gemacht. Wie Hanomag-Geschäftsführer Wolfgang Freimuth auf Anfrage sagte, habe der Vorstand der Interessentengruppe lediglich beschlossen, sich für ein Übernahmeangebot auszusprechen.

Außerdem sei eine weitere Optionsfrist bis zum 13. April gefordert worden. Dieser Wunsch stieß jedoch nach Angaben von Freimuth auf Ablehnung. Jetzt könne nur noch innerhalb weniger Tage ein qualifiziertes Angebot nachgeschoben werden.

Bayerische Börse baut Stellung aus

sz. München

An der guten Aktienentwickung des Jahres 1983 hat die Bayerische Börse in München voll partizipieren können. Wie aus dem Jahresbericht hervorgeht, stieg der Gesamtumsatz der viertgrößten deutschen Börse gegenüber 1982 um 67,9 (34,2) Prozent auf 15,23 Mrd. DM. Davon entfielen 11,95 DM (plus 113,4 Prozent) auf den Aktienhandel, während der Umsatz in Renten auf 3,27 Mrd. DM (minus 5 Prozent) zurückging. Im amtlichen Handel und im geregelten Freiverkehr wurden insgesamt 4238 (4137) Werte gehandelt. Weiter ausgebaut wurde die Stellung als zentraler Umschlagplatz für ausländische Edelmetall- und Rohstoffwerte. Umgesetzt wurden von den 55 zugelassenen Werten 113,21 (19,03) Millionen Stücke im Gesamtwert von 2,03 (0,47) Mrd. DM.

KUNERT-WERKE / Zufrieden mit dem Ertrag

Engpässe werden beseitigt

DANKWARD SEITZ, München

Voll zufrieden sind die Kunert-Werke, Immenstadt/Allgäu, mit dem Geschäftsverlauf 1983. Obwohl der Markt für Beinbekleidung in der Bundesrepublik stagnierte, konnte der Strumpf-Hersteller seinen Umsatz noch um 6,3 Prozent auf 220,9 Mill. DM steigern und einen „zufriedenstellenden Ertrag" erwirtschaften. Daran waren klassische und modische Feinstrumpfhosen nach Angaben der Geschäftsleitung ebenso beteiligt, wie Socken, Kniestrümpfe und Strumpfhosen aus Naturfasern. Nicht unerwartet sei nach dem Boom 1982 der Rückgang im Bereich Strickstrumpfhosen und Damensocken gewesen.

Gut eingeführt hat sich, so Kunert, die 1982 aufgenommene Yves-Saint-Laurent-Kollektion, die maßgeblich zum Exportergebnis in den nicht deutschsprachigen Raum beigetragen habe. Der gesamte Exportumsatz wird mit 36 Mill. DM angegeben. Zu Engpässen in der Formerei habe die starke Nachfrage nach Kunert-Mode geführt, die jedoch noch im Laufe der nächsten Monate beseitigt sein sollen. Positiv auf der Ertragsseite habe sich die Entscheidung niedergeschlagen, lohnintensive Arbeitsgänge ins europanahe Ausland zu verlagern.

Angesichts des Auftragsbestandes für die Sommersaison und des Auftragseingangs für Herbst/Winter 1984/85 erwartet Kunert auch für dieses Jahr „eine kontinuierliche Fortsetzung des Markterfolges". Fast 10 Mill. DM sollen in inländische Maschinentechnik investiert werden.

LANDESBAUSPARKASSE BREMEN / Mehr getilgt

1983 wieder Tritt gefaßt

W. WESSENDORF, Bremen

Nach harten Jahren der Talfahrt hat die Landesbausparkasse Bremen (LBS) , so Vorstandsmitglied Ulrich Nölle wieder Tritt gefaßt. Mit dem guten Ergebnis von 1983 scheine sich ein Aufschwung anzubahnen. Im Berichtsjahr wurden 16 723 (1980: 22 753) neue Verträge über eine Bausparsumme von 411 (451,2) Mill. DM abgeschlossen.

Die durchschnittliche Bausparsumme erhöhte sich von 20 270 auf 24 129 DM, die der öffentlichen Bausparkassen liegt allerdings bei 30 069 DM. Der LBS Bremen, die auch in Bremerhaven tätig ist, gelang es, in ihrem Geschäftsgebiet neue Bausparsummen in Höhe von 591 DM je Einwohner abzuschließen. LBS-Direktor Wilfried Stadtlander: „Damit haben wir bundesweit bei den öffentlichen Bausparkassen den ersten Platz erreicht."

Die Tilgungsrückflüsse haben bei den Bauspardarlehen gegenüber dem Vorjahr um 7,4 Prozent auf 98 (91) Mill. DM zugenommen. Damit nahm der Bestand um 2,5 Prozent auf 338 Mill. DM ab. Horst Hoffmann von der LBS-Geschäftsleitung: „1983 wurde 20 Prozent mehr getilgt als nach den vertraglichen Vereinbarungen gefordert war." Trotz der hohen Arbeitslosigkeit in Bremen (15,6 Prozent) glaubt die Geschäftsleitung, daß sich die Umfeldbedingungen verbessern und positive Auswirkungen auf das Geschäft haben werden.

Bei einem fast gleich gebliebenen Geldeingang von 97,6 (101,5) Mill. DM und Einlagenbestand von 488 Millionen DM (minus 1,6 Prozent) standen Auszahlungen von 259 Mill. DM (plus 28,8 Prozent) gegenüber. Davon waren 338 Mill. DM Darlehen und 98 Mill. DM (plus 66,8 Prozent) Vor- und Zwischenfinanzierungskredite.

Hermes: Bessere Schadenquote

Py. Düsseldorf

Die Hermes Kreditversicherung AG, Hamburg, hat nach dem besonders schlechten Jahr 1982 mit Erfolg die Prämien dem gestiegenen Risiko anpassen und den Schadenanfall eindämmen können. Im eigenen Versicherungsgeschäft stieg die Bruttoprämie von 14,6 (17,2) Prozent auf 273 Mill. DM, von denen etwa zwei Drittel auf das Warenkreditgeschäft entfielen.

Das Neugeschäft war geringer als im allerdings außergewöhnlich lebhaften Jahr 1982. Die Schadenquote des Geschäftsjahres ist unverändert hoch. Abwicklungsüberschüsse aus Vorjahresreserven drückten die Gesamtschadenquote (1982: 101,5 Prozent) jedoch deutlich. Den Schwankungsrückstellungen wurden 18 Mill. DM zugeführt, 1982 wurden 13,2 Mill. DM entnommen. Dem verbliebenen technischen Verlust (1982: 11,2 Mill. DM) stehen leicht verminderte Erträge aus dem allgemeinen Geschäft gegenüber. Der Jahresüberschuß fiel nach 2,7 Mill. DM im Vorjahr für 1983 wieder etwas höher aus. Im letzten Jahr war die Dividende auf 8 Prozent halbiert worden.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Bank-Lexikon, Handbuch für das Bank- und Sparkassenwesen, Gabler Verlag, Wiesbaden 1983, 2476 Textspalten (geb.), 148 Mark.

Das Bank-Lexikon bewährte sich in den vergangenen Jahren als ein kompetentes, umfassendes und zuverlässiges Nachschlagwerk für die Kreditwirtschaft. Grundlegend neu bearbeitet und um über 1000 auf rund 5000 Stichwörter erweitert, bietet die nun vorliegende neunte Auflage wiederum einen aktuellen Informationsspeicher für die gesamte Bankwirtschaft. In Zentralstichwörtern werden Zusammenhänge grundsätzlicher Art dargestellt. Abweichend vom sonst durchgängigen Lexikonstil enthalten diese Artikel auch Meinungsäußerungen der Autoren, die auf Diskussionen, Alternativen und Entwicklungstendenzen eingehen. Neu hinzugekommen ist ein Bankenverzeichnis im Anhang, das die 200 wichtigsten, international tätigen Banken der Welt aufführt.

Clara-Erika Dietl: Wörterbuch für Recht, Wirtschaft und Politik, C. H. Beck Verlag, München 1983, Teil II, Deutsch-Englisch, 782 S. (Ln.), 245 Mark.

Für die Bundesrepublik Deutschland nehmen internationale Handels- und Wirtschaftsbeziehungen einen hohen Stellenwert ein. Dem entsprechen vielfältige Kontakte und Verständigungen im wirtschaftlichen und rechtlichen Bereich, die hauptsächlich in Englisch geführt werden. Deren besondere Terminologie wird zum ersten Mal in dem neuen Wörterbuch für Recht, Wirtschaft und Politik in ihrer Gesamtheit erfaßt.

Der nun vorliegende Deutsch-Englische Teil des Wörterbuches komplettiert das Werk. Die lange Bearbeitungszeit wird im Vorwort durch den großen, fast unerschöpflichen Umfang des Stoffes erklärt, zeichnet sich denn auch die englische Rechts- und Wirtschaftssprache als vokabelmäßig umfangreichste aller Fachsprachen aus.

Die Schwierigkeiten bei der Gegenüberstellung von Begriffen aus ganz verschiedenen Rechtssystemen sind allgemein bekannt. Zahlreiche Rechtsbegriffe gibt es nur in der einen Sprache und in der anderen Sprache nicht oder nicht mit der gleichen Bedeutung. Eine völlige Äquivalenz läßt sich kaum erreichen. Das Wörterbuch bietet hier gelungene Annäherungen, die fast an den ursprünglichen Sinn des Begriffs heranreichen oder zumindest den Inhalt des Begreiffs erklärend umschreiben.

Ein Schwerpunkt liegt auf dem juristischen Gebiet mit besonderer Berücksichtigung des Bürgerlichen Gesetzbuches. Aber auch Begriffe des internationalen Geschäftsverkehrs, diplomatische, parlamentarische und verfassungsrechtliche Fachausdrükke sind mit erläuternden Hinweisen und Kurzkommentaren trefflich aufbereitet worden. So wird das Werk sich nicht nur für den nicht besonders sprachkundigen Juristen oder den nicht besonders rechtskundigen Übersetzer, sondern für alle als unentbehrlich erweisen, die auf den Gebieten des Rechts, der Wirtschaft und der Politik mit der deutschen und englischen Sprache umzugehen haben.

Reithmann/Brych/Manhart: Kauf vom Bauträger und Bauherrenmodelle, Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln 1983, 556 S., 106 Mark.

Bauherren- und Erwerbermodelle haben in den letzten Jahren eine stürmische Entwicklung erlebt. Auf dem Sektor der Kapitalanlagen sind sie nicht mehr wegzudenken. Doch gerade wegen der erheblichen Steuerersparnisse ist die Kenntnis der unterschiedlichen Gestaltungsmöglichkeiten unerläßlich, deren Konzeption für die Besteuerung maßgebend ist. Die Verfasser handeln die Rechte und Pflichten der Beteiligten ab und erläutern damit zusammenhängende Fragen der Beurkundung, Rechnungslegung, Durchgriffshaftung und Rückforderung von Provisionen, um nur einige zu nennen.

8%
Anleihe des Landes Schleswig-Holstein von 1984 (94)

- Wertpapier-Kenn-Nummer 179 019 -

Verkaufsangebot

Das Land Schleswig-Holstein begibt zur Deckung des Kreditbedarfs im Haushaltsjahr 1984 gem. § 2 Abs. 1 des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 1984 vom 6. Febr. 1984 (GVO Bl. Schl.-H. S. 37) eine Wertrechts-Anleihe im Gesamtnennbetrag von

DM 500.000.000,–

(in Worten: Deutsche Mark Fünfhundert Millionen)

Von der Anleihe werden DM 400.000.000,- ab **19. März 1984** von dem unterzeichneten Konsortium zu folgenden Konditionen zum Verkauf gestellt:

Ausgabekurs 100,25%, spesenfrei, börsenumsatzsteuerfrei und unter Verrechnung von 8% Stückzinsen.

Rendite 7,96%

Verzinsung 8%, nachträglich am 21. März eines jeden Jahres zahlbar. Die ersten Zinsen werden am 21. März 1985 fällig. Die Verzinsung endet am 20. März 1994; das gilt auch dann, wenn die Leistung nach § 193 BGB bewirkt wird.

Laufzeit 10 Jahre. Die Anleihe wird in einer Summe am 21. März 1994 zum Nennwert zurückgezahlt.

Unkündbarkeit Während der gesamten Laufzeit ist eine Kündigung seitens des Landes Schleswig-Holstein und der Anleihegläubiger ausgeschlossen.

Nennbeträge DM 100,- oder ein Mehrfaches davon.

Mündelsicherheit und Deckungsstockfähigkeit Die Anleihe ist gemäß § 1807 Abs. 1 Nr. 2 BGB mündelsicher und nach § 54a Abs. 2 Ziff. 4 VAG deckungsstockfähig.

Lombardfähigkeit Die Anleihe ist gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 3d des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank lombardfähig.

Börseneinführung Die Anleihe wird zum Handel und zur amtlichen Notierung an allen deutschen Wertpapierbörsen zugelassen.

Lieferung Die Ausgabe von Schuldverschreibungen ist für die gesamte Laufzeit ausgeschlossen. Für die Käufer ist lediglich die Einlegung in ein Sammeldepot bei einer Wertpapiersammelbank über ein Kreditinstitut (Sammelbestandanteile) möglich, da die Eintragung von Einzelschuldbuchforderungen nicht vorgesehen ist. Vor Verkaufsbeginn wird eine Sammelschuldbuchforderung im Gesamtbetrag der Anleihe für die Norddeutscher Kassenverein AG, Hamburg, in das Schuldbuch des Landes Schleswig-Holstein eingetragen. Sammelbestandanteile werden unverzüglich durch Gutschrift bei dem vom Erwerber benannten Kreditinstitut verschafft.

Zahlung von Zinsen und Kapital Die fälligen Zinsen und Rückzahlungsbeträge werden durch die depotführende Bank gutgeschrieben.

Zeichnungsaufträge werden von allen Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften während der üblichen Geschäftsstunden entgegengenommen. Dabei werden die Aufträge inländischer Privatkunden - insbesondere der Kleinzeichner - bevorzugt zugeteilt.
Im März 1984

Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale

Bank Companie Nord Aktiengesellschaft — Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft — Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co. — Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg - Girozentrale -
Commerzbank Aktiengesellschaft zugleich für Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft — Deutsche Bank Aktiengesellschaft zugleich für Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Deutsche Girozentrale - Deutsche Kommunalbank - — Conrad Hinrich Donner
Dresdner Bank Aktiengesellschaft zugleich für Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft — Hamburgische Landesbank - Girozentrale -
Handelsbank in Lübeck Aktiengesellschaft — Marcard & Co.
Norddeutsche Genossenschaftsbank Aktiengesellschaft — Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft — M.M. Warburg - Brinckmann, Wirtz & Co.

Hotel Landhaus Höpen DAS EXCLUSIVE HEIDE HOTEL

Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten. Verkehrsgünstig im Dreieck Hamburg-Hannover-Bremen (je 45 Min.) Fragen Sie uns, wir informieren Sie gern.

Modernste Konferenzräume mit neuzeitlicher Technik

3043 Schneverdingen (Lüneburger Heide)
Telefon 05193/1031 · Telex 924153

VIELE REDEN VOM FRIEDEN.

WIR ARBEITEN FÜR IHN.

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
Werner-Hilpert-Straße 2
3500 Kassel
Postscheckkonto
Hannover 1033 60 - 301



Veronica Carstens, Ärztin und Frau des Bundespräsidenten, Schirmherrin der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft

„Multiple Sklerose Kranke dürfen nicht länger im Schatten leben"

Multiple Sklerose ist eine Entmarkungs-Krankheit des Zentralnervensystems mit Lähmungserscheinungen unterschiedlichen Schweregrades, sowie Seh- und Hörstörungen.

Die MS-Krankheit kann jeden von uns treffen.

Die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft berät und betreut MS-Patienten und fördert die medizinische Forschung über diese rätselhafte Krankheit.

Ihre Spende hilft uns, den Kranken zu helfen.

Spendenkonto Nr. 313131
PSA Köln/Stadtsparkasse München

Wer Was Wo
» Ein Wegweiser für WELT-Leser «

ADRESSEN
6380 Bad Homburg, RMA Directmarketing, PF 21 44, Tel. 0 61 72 / 2 50 25

AIRTAXI
4000 Düsseldorf 30, EXECUTIVE – CHARTER TRAVEL AIR, Tel. 02 11 / 4 21 66 08 oder 0 40 / 5 00 02 33

AUSTRALIEN-IMMOBILIEN, KAPITALANLAGEN, INFORMATIONSBRIEF, DEPOTVERWALTUNG
Dipl.-Kfm. G. Kempe, Rathenaustr. 20, 8520 Erlangen, Tel. 0 91 31 / 3 10 51, und 136 Plantain Road, Shellar Park Qld. 4128, Australien

AUTOLEASING
2000 Hamburg 60, Hansa-Automobil-Leasing GmbH, Ruhrstr. 63, Tel. 0 40 / 8 53 06 02

AUTO-KOMPLETT-REINIGUNG
CAR-CLEAN-SERVICE, die Gebrauchtwagen-Alternative, Tel. 0 23 65 / 1 79 42

BRIEFMARKEN – ANKAUF – VERKAUF
ANKAUFS-ZENTRALE FABER, 53 Bonn 3, Johannesstr. 35, Tel. 02 28 / 46 77 08

ELEKTRON. LADEN- / WAREN-DIEBSTAHLSCHUTZ
Tilly Alarm- und Sicherheitstechnik, 2 HH 50, Bernstorffstr. 151–153, Tel. 0 40 / 43 70 97, Tx. 2 173 440

EISKREM
CALIFORNIA ICE CREAM, 4712 Werne, Gördelerstr. 3, Tel. 0 23 89 / 80 23

FACHSCHULEN
8262 Altötting/Obb., Postfach 2 28, STAATL. ANERK. HOTELBERUFS-FACHSCHULE, Tel. 0 86 71 / 7 00 10

GESUNDHEIT
GISELA SCHÜTZ, NATURHEILMITTEL, PF 60, 6601 Klarenthal, Tel. 0 68 98 / 3 27 24, Katalog und Informationen gratis.

HAARAUSFALL
4600 Dortmund, HAAR-PRAXIS KLAASSEN, Deutschlands größte Praxis für Haar-Prothetik, Wiss-Str. 20, Tel. 02 31 / 52 74 74

INTERNATSBERATUNG
Information, Beratung u. Broschüre 83/84 (Schutzgebühr DM 20,–) über die besten deutschen und Schweizer Internate erhalten Eltern von der Euro-Internatsberatung, Tel. 0 89 / 4 48 72 82

INTERNATE, GYMNASIEN, PRIVATSCHULEN
3423 Bad Sachsa, Internats-Gymnasium Pädagogium, staatl. anerk. ab Klasse 5, Tel. 0 55 23 / 10 01
Institut Schloß Herdringen, Internat f. Jungen u. Mädchen, 5760 Arnsberg 1-Herdringen, Tel. 0 29 32 / 41 18–9
Internat Fredeburg, Hochsauerl., Jungen u. Mädchen, Gymnasium-Realsch.-Hauptsch., 5948 Schmallenberg 2, Tel. 0 29 74–3 48
4925 Kalletal, Schloß Varenholz, Ganztagsrealsch./Intern., Tel. 0 57 55 / 4 21
CH-9000 St. Gallen, Inst. Rosenberg f. Mädchen u. Jungen, Abitur im Haus
2252 St. Peter, Nordsee-Internat, Gymnasium und Realschule, Tel. 0 48 63 / 4 00
4531 Wersen, Private Schulen Krüger m. Internat, Tel. 0 54 04 / 20 24–25

KRAFTBETÄTIGTE TORANLAGEN/ROLLTORE
5064 Hoffnungsthal, TÜ + W, Grießmann GmbH, Notruf 0 22 05 / 82 26, Tel. 0 22 05 / 8 40 37–38, Telex 8 87 957
Technische Überprüfung und Wartung, sowie Nachrüstung nach UVV und ArbeitsStättenV., Erstabnahme von Toranlagen. „Ihr neutraler Partner"!

LEASING
806 Dachau, Münchner 55, AMSR Leasing-Factoring- u. Kreditvermittlg.
4150 Krefeld, GGA Leasing, Uerdinger Str. 532, Tel. 0 21 51 / 5 80 48–49
4150 Krefeld, DTL Deutsche Tischler-Leasing, Uerdinger Str. 532, Tel. 0 21 51 / 5 80 40

LEBENSMITTEL-NOTVORRAT BIS 15 J. HALTBAR
GRÄF-Handelsvertretung, Körnergenstr., 2870 Delmenhorst, Tel. 0 42 21 / 26 27

MOTORCARAVANS
7102 Weinsberg, Karosseriewerke Weinsberg GmbH, Postf. 11 89, Tel. 0 71 34 - 80 31

NATURGEMÄSSES LEBEN
Naturheilmittel – Ernährung – Biolog. Gartenpflege – Naturkosmetik.
NATÜRLICH LEBEN, Postf., 2112 Jesteburg, Tel. 0 40 / 34 30 02, Katalog gratis

ORIENTTEPPICHE
STAR-ORIENTTEPPICH-LEASING KG, 4300 Essen, Huyssenallee 58–64, Tel. 02 01 / 22 34 44–45

SEEBESTATTUNGEN
2000 Hamburg 1, ERSTE DEUTSCHE REEDEREI, A. d. Alster 11, Tel. 0 40 / 2 80 20 80

SQUASH- UND FREIZEITANLAGENBAU
2100 Hamburg 90, SQUASH COURT SERVICE GMBH, Tel. 0 40 / 77 27 45-46

erscheint wöchentlich

Aufruf zur „Woche der Welthungerhilfe"



„Jedes vierte Kind in den Entwicklungsländern ist unterernährt. Täglich sterben 40.000 Jungen und Mädchen an Nahrungsmangel. Eine halbe Milliarde Mitmenschen haben ständig zu wenig zu essen. Diese Not darf uns nicht gleichgültig lassen. Wir müssen ihr begegnen."

Bundespräsident Karl Carstens
Schirmherr der Deutschen Welthungerhilfe

Deutsche Welthungerhilfe
Bonn, Adenauerallee 134

111 Spendenkonto
Postscheckamt Köln · Sparkasse Bonn
Volksbank Bonn · Commerzbank Bonn
Einzahlungen sind überall möglich.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Gunter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheller (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Kozak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Wenn Baufinanzierung und Beratung Ihr Fach ist oder werden soll, können wir Ihnen eine gute Chance bieten.

Die Übernahme einer

Repräsentanz

im Verbund der HCA-Vertriebsorganisation. Denn mit der HCA arbeiten heißt: mit weniger Aufwand mehr Ertrag erzielen und die Nase am Markt vorn haben.

Die HCA bietet: langjährige praxisbezogene Erfahrung im Bereich der computergestützten Baufinanzierungsberatung – [illegible] Software, überzeugend und erfolgreich – hochwertige Interessenten und Adressen aus dem gesamten Bundesgebiet – sorgfältige Einführung und Schulung – wirksame Verkaufsförderung und professionelle Werbung. SPITZENPROVISIONEN. HCA Pauschalgebühr inkl. Hard- + Software, mtl. DM 275,– + MwSt.

Die HCA erwartet: fundierte fachliche Qualifikation, Erfahrung im Umgang mit Kunden und eine gute Bonität.

Optimieren Sie Ihr Geschäft – werden Sie Mitglied in einer vertriebsstarken Interessen- und „Einkaufsgemeinschaft" – bleiben Sie wettbewerbsfähig.

Ihrer Bewerbung sehen wir mit Interesse entgegen.

Hypotheken Computer Analyse
[illegible]straße 11
6000 Frankfurt/Main
Telefon 06 11 / 43 02 76

Die BAG Hilfe für Behinderte ist die Dachorganisation von 37 Behinderten-Selbsthilfeverbänden mit über 300.000 Mitgliedern. Sie vertritt die Interessen aller behinderten Menschen und arbeitet seit 15 Jahren parteipolitisch, konfessionell und regierungspolitisch unabhängig.

Unser Leitmotiv:

Hilfe durch Selbsthilfe

Unser Ziel:

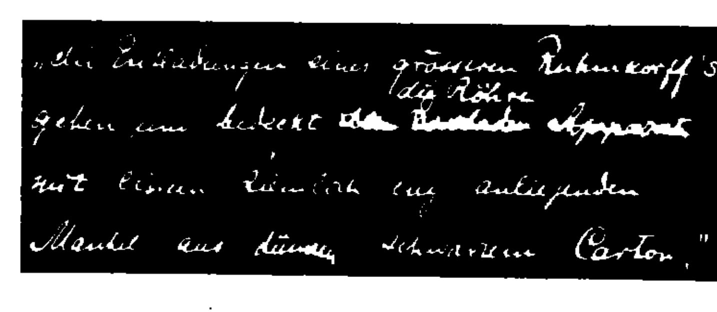
Ein gleichberechtigtes Leben behinderter Menschen in unserer Gesellschaft.

Informationsmaterial erhalten Sie kostenlos:



BAG Bundesarbeitsgemeinschaft
Hilfe für Behinderte
Kirchfeldstr. 149, 4000 Düsseldorf
Telefon: (0211) 340085

Seit dieser Notiz war der Mensch durchschaut.



Sie stammt aus dem Jahre 1895, aufgeschrieben von Wilhelm Conrad Röntgen*) und verkündet eine wissenschaftliche Sensation: die Entdeckung von Strahlen – von Röntgen selbst X-Strahlen genannt – welche die Eigenschaft haben, Körper mit unterschiedlicher Dichte ohne Brechung zu durchleuchten. Im Labor hatte der Physikprofessor dies zunächst an Papier, Hartgummi, Bleiblechen und an der Hand seiner Ehefrau Bertha getestet.

Dann wagte Röntgen die „Premiere": vor einem staunenden Auditorium der Würzburger Universität durchstrahlte er am 23. Januar 1896 die Hand des Anatomen Albert von Köllicker. Ein Jahrhundertereignis der Physik wurde zur Sternstunde der Medizin. Die wissenschaftliche Welt bedankte sich im Jahre 1901 bei Wilhelm Conrad Röntgen mit der Verleihung des ersten Nobelpreises für Physik.

Auch heute – fast ein Jahrhundert nach der Entdeckung der Röntgenstrahlen – bleibt Forschung Wagnis, kaum vorausberechenbar. Heute mehr denn je bedarf es privater Forschungsinitiativen, damit der Mut zum Risiko auch in der Wissenschaft erhalten bleibt.

*) * 27. 3. 1845 in Lennep; † 10. 2. 1923 in München.

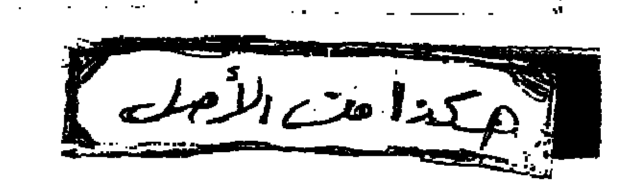
Als Gemeinschaftsaktion der deutschen Wirtschaft für die Wissenschaft fördert der Stifterverband aus Spenden seiner Mitglieder und Förderer und aus den Etats der von ihm betreuten Stiftungen – unabhängig vom Staat – Wissenschaft und Forschung in unserem Land. Auch die medizinische Forschung. Hier sind unsere Schwerpunkte die Krebsforschung – vor allem die Früherkennungsforschung – und die Erforschung der Multiplen Sklerose. Aber auch die Erforschung der körpereigenen Immunabwehr. Bereiche, von denen wir uns immer bessere Heilungschancen versprechen.

Alles, was wir tun, wo immer wir fördern, ob in den Natur- und Geisteswissenschaften oder bei der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit, aber auch bei der Förderung des Dialogs zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit, dient nur einem Ziel: mitzuhelfen, daß unser Land auch künftig zu den führenden Wissenschaftsnationen zählt.

Schreiben Sie uns, wenn Sie gemeinsam mit uns etwas für die geistige Zukunft unseres Landes tun möchten. Wir informieren Sie gern über alle Möglichkeiten, sich an einer der wichtigsten Gemeinschaftsaktionen unserer Zeit zu beteiligen. Damit wissenschaftlicher Fortschritt unsere Wettbewerbschancen auf den Weltmärkten von morgen sichert.



Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.
Die Gemeinschaftsaktion der Wirtschaft
Brucker Holt 56–60 · 4300 Essen 1 · Telefon 0201/71 10 51



Auto-Leasing

Bm. – Autoleasing ist zum Dauerbrenner in der Bundesrepublik geworden – nicht nur beim Gewerbe, wo man entdeckte, daß das Leasen auch kleinerer Flotten betriebswirtschaftliche Vorteile bringt, sondern auch beim Privatmann, der – noch – das Finanzleasing favorisiert, also nicht im Paket Steuern, Versicherungen, Inspektionen oder auch Reifenservice mitleast, wie es im Gewerbe immer häufiger vorkommt.

Überhaupt hat das Leasen von Automobilen einen Wandel der Philosophie durchgemacht. Zuerst stand eindeutig das betriebswirtschaftliche Denken im Vordergrund, der kalkulierende Rechenstift regierte. Dann setzte allmählich ein Wandel der Betrachtungsweise ein, man sah Autoleasing mehr und mehr unter fiskalischen Gesichtspunkten. Doch nun schwenkt das Ruder wieder herum, der betriebswirtschaftliche Aspekt hat wieder Oberhand.

Wo ein Markt ein so überraschendes Wachstum beschert wie 1983 beim Privatleasing, da kommt der Wettbewerb aus dem Trab in den Galopp. Aus dem Markt ist zu hören, daß Leasing-Verträge 13 Prozent unter Listenpreisen abgeschlossen wurden. Wer sich auf diese Weise in den Boom hineinmanipulieren möchte, sollte nie außer acht lassen, daß er keine Kunden erster und zweiter Klasse schaffen darf. Ist der Leasing-Geber beim Leasing kulant, dann muß der Produzent darauf achten, daß der Handel gegen bar oder auf Kredit ebenfalls solche Nachlässe gewährt. Über nichts wird soviel geredet, wie über das Auto. Schnell hat sich herumgesprochen, daß eine Marke zu zweierlei Konditionen am Markt ist – sehr zum Schaden der Marke.

Zum Thema geworden ist auch wieder die Option – aber nur beim Privatleasing. Flotten werden in der Regel geleast ohne Anspruch auf Erwerb nach Ablauf der Leasing-Fristen. Bei den seriösen Leasing-Gesellschaften haben sich die Restwerte nämlich deutlich in die Nähe der Marktwerte bewegt, das heißt, daß die Leasing-Gesellschaften den Restwert bei Vertragsabschluß nicht überhöhen, um dem Kunden möglichst niedrige Monatsraten anbieten zu können. Ein marktgerechter Restwert fördert daher den Wunsch mancher Leasing-Nehmer aus dem Privatbereich, eine Option in den Leasing-Vertrag hineinschreiben zu lassen.

Hier und da wird auch versucht, Gebrauchtwagen zu verleasen, um auch diesem Markt Beine zu machen. Doch hier lauern auch für den Leasing-Geber große Bewertungsprobleme. Praktisch müßte jedes gebrauchte Fahrzeug, bevor es verleast wird, von einem vereidigten Sachverständigen auf Herz und Nieren geprüft und so ein „angemessener" Altwagenpreis ermittelt werden, der dann zur Basis des Leasing-Vertrages gemacht werden könnte. Kein Wunder also, wenn die seriösen Leasing-Geber einen großen Bogen um das Gebrauchtwagen-Leasing machen.

Ganz generell herrscht in weiten Kreisen des Gewerbes und auch bei Privaten noch ein Vorurteil gegen das Leasen von Kraftfahrzeugen. Der Kredit hat eine anerkannte Position, bei Leasing rümpft man noch die Nase. Unverständlich, denn nur der kann leasen, dessen Bonität über jeden Zweifel erhaben ist.

DER MARKT / Die Investitionszulage brachte einen unerwarteten Schub

Ganz groß in Mode gekommen ist das private Leasing von Autos

HANS BAUMANN, Stuttgart

„Tatsache ist, daß sich das Privat-Leasing von Automobilien 1983 geradezu stürmisch entwickelt hat", sagt Gregor van Loock, Geschäftsführer der Mercedes-Leasing-GmbH, Stuttgart. Er ist sicher, daß das Neugeschäft mindestens 100 000 Verträge gebracht hat, fast die Hälfte der neuen Leasingverträge insgesamt, die er mit 230 000 annimmt. Wie stark der Sprung des Privatleasings 1983 gewesen ist, zeigt die Vergleichszahl von „maximal" 15 000 Einheiten, die 1982 zum Bestand neu hinzukamen.

Und wie geht die Entwicklung weiter? 1983 läßt Gregor van Loock nicht als „normalen" Maßstab gelten. „Bei vernünftiger Betrachtungsweise", so meint er, „wird sich die Zahl der Neuzugänge hier wieder zurückordnen auf 10 bis maximal 15 Prozent des Gesamtleasing", sagt van Loock in einem Gespräch mit der WELT.

Während es also beim Privatleasing 1983 einen ausgesprochenen Boom gab, blieb das gewerbliche Leasing im Trend. Insgesamt schätzt Gregor van Loock, daß sich rund 450 000 Leasing-Fahrzeuge auf den Straßen befinden. Da es keine Statistiken darüber gibt, weichen hier auch die Meinungen der einzelnen Gesellschaften voneinander ab. Es gibt auch Schätzungen, die von mindestens 500 000 Leasing-Autos in der Bundesrepublik Deutschland ausgehen. Bleibt man aber bei den 450 000, so sind das, gemessen am Kraftfahrzeugbestand, von insgesamt 25,9 Millionen nur ganze 1,7 Prozent.

Daß Leasing aber aufholt, zeigt der Vergleich der Neuzulassungen im Inland von 2,6 Millionen (gegenüber 2,3 Millionen 1982) zu den 230 000, die über Leasing-Verträge neu auf die Straßen kamen. Das sind immerhin schon 8,8 Prozent der Neuzulassungen im Inland. Von daher betrachtet, ist es nicht unrealistisch, wenn van Loock schätzt, daß das Autoleasing weiter im Aufwärtstrend liegen wird und Ende der achtziger Jahre 10 bis 12 Prozent der jährlichen Neuzulassungen erreichen wird. Für die USA schätzt er den gegenwärtigen Anteil schon auf 15 bis 20 Prozent.

Die Begründung für den Leasing-Boom bei Automobilen ist recht simpel. Wegen der Investitionszulage wurden Anschaffungen, die eigentlich für 1984 geplant waren, auf 1983 vorgezogen. Die Folge wird sein, daß sich die Verhältnisse 1984 wieder normalisieren, oder gar leicht unter 1983 bleiben. Einen starken Schub von der Investitionszulage bekamen die Lkw, die einen Neuzugang von über 10 Prozent erreichten. Bereinigt man die Investitionszulage, schätzt van Loock den Zugang auf etwa 8,5 Prozent.

Gregor van Loock kann sich vorstellen, daß es bei Absatznot zu attraktiveren Leasing-Angeboten für Automobile kommen kann. Leasing ist auch in diesem Punkt nicht anders zu betrachten als der Barkauf. Beide Arten des Automobilgeschäftes müßten in jedem Fall vergleichbar sein, da man den leasenden Kunden nicht diskriminieren könne gegenüber dem Barzahlenden oder auf Kredit Kaufenden.

Aber in solchen „erheblichen Kulanzen" sieht er auch Gefahren, zum Beispiel die, daß ein attraktives Angebot sich aus wirtschaftlichen Gründen nicht wiederholen läßt. „Das wäre ein Flop", meint er, denn der Kunde fühle sich dann gegenüber einem anderen, der in den Genuß der Kulanz gekommen sei, benachteiligt.

Das Problem der Sonderzahlung beim Autoleasing, also sozusagen der Anzahlung auf den Vertrag, um die Leasing-Raten möglichst niedrig zu halten, wird sich nicht so leicht lösen lassen. Meistens stammt diese Sonderzahlung aus dem Erlös des bisher gefahrenen Wagens. Da die Option Seltenheitswert hat und – bei Daimler-Benz – nach Möglichkeit ausgeschlossen wird, fehlt dem Kunden nach Rückgabe des Leasing-Wagens oft der Anzahlungsbetrag auf den nächsten Wagen.

Gregor van Loock hat auch schon davon gehört, daß es einen Leasing-Geber in der Bundesrepublik gibt, der über die Leasing-Raten für den Kunden auf den Neuwagen nach Ablauf der Leasingfrist anspart. Van Loock hält – nicht zuletzt auch aus rechtlichen Gründen – nichts von solcher Art des „Zwangssparens".

Der Frage nach Marktanteilen gehen die Verantwortlichen des Autoleasings gern aus dem Weg. Die WELT schätzt aber, daß V.A.G. mit 32 Prozent weit vorn liegt, es folgt Autoleasing D (früher Dello, bei der sich die Gefa – Tochter der Deutschen Bank – mit 30 Prozent eingekauft hat) mit 10 Prozent. Auf Platz vier folgt Deutsche Autoleasing mit knapp unter 10 Prozent, Platz vier hält BMW mit 6 Prozent und Daimler-Benz bringt es schließlich auf 4 Prozent. „10 Prozent wollen wir gar nicht erreichen", bescheidet sich Gregor van Loock.

Sparsamer, sicherer und sauberer in die Zukunft?

lnw, Düsseldorf

Sparsamer, sauberer, sicherer und dazu noch viel komfortabler könnten schon die Autos der 90er Jahre auf Deutschlands Straßen rollen. Der Wagen der Zukunft braucht 30 Prozent weniger Sprit und bläst 90 Prozent weniger Dreck aus dem Auspuff. Er hat programmierte Getriebe-Automaten, gesteuerte Lenkhilfen und Bremsen sowie dem jeweiligen Ladezustand angepaßte Federn und Dämpfer.

Nach den persönlichen Daten des Fahrers werden Sitze, Spiegel und Pedale eingestellt; zum Fahrtziel „lotst" ihn ein Bordcomputer, der den Stadtplan oder das Fernstraßennetz „im Kopf" hat und der auch Umwege vorschlägt, wenn ihm Staus über Funk signalisiert werden.

Technische Möglichkeiten sind unbegrenzt

Der Einzug der Mikroelektronik in den Fahrzeugbau läßt dies alles als realistisch erscheinen: „Wieviel Mikroelektronik im Fahrzeug und ortsgebunden in der Zukunft realisiert wird, hängt von den wirtschaftlichen Möglichkeiten und dem politischen Willen der Gesellschaft ab; die technischen Möglichkeiten sind praktisch unbegrenzt."

So formulierte es der Elektronik-Experte Karl-Heinz Hover auf einer gemeinsamen Tagung des Rheinisch-Westfälischen TÜV (Essen) und des TÜV Rheinland (Köln) in Düsseldorf. Die Beherrschbarkeit des Fahrzeugs „im technischen Umfeld des Verkehrs" durch den Menschen müsse dabei im Mittelpunkt der Weiterentwicklung stehen, verlangte er mit Nachdruck.

Hover appellierte an die Autobauer, Normung und Standardisierung nicht zu vernachlässigen. Die einheitliche Gestaltung von Informationseinrichtungen und Bedienungselementen stelle nämlich einen wichtigen Sicherheitsaspekt dar. Der Gesichtspunkt der Vereinheitlichung hat nach seinen Worten auch bei der Auslegung der Fahreigenschaften Gültigkeit.

Die Anpassung der Fahreigenschaften „im Wirksystem Mensch-Maschine-Umwelt" an den Fahrer müsse ein Entwicklungsschwerpunkt der kommenden Jahre sein. „Die Mikroelektronik, richtig eingesetzt, wird hierzu entscheidende Beiträge leisten."

Wie schnell Mikroelektronik vordringt, machte Professor Hans Willi Thoenes, deutlich: Weltweit werden zur Zeit 350 Millionen Halbleiterspeicher oder Speicherchips pro Jahr hergestellt. In zwei Jahren, so schätzte er, dürften es 600 bis 700 Millionen Stück sein. Bereits 1987 werde die Milliardengrenze überschritten.

Was einige Autos heute schon haben, elektronische Zündung und elektronisch geregelte Kraftstoff-Zufuhr, wird Allgemeingut werden und noch viel verfeinerter sein.

Der Sauerstoffanteil im Abgas, die Stellung des Gaspedals und auch die Qualität des Kraftstoffes werden beispielsweise berücksichtigt, um den genauen Zündzeitpunkt und die jeweilige Zusammensetzung des Kraftstoff-Luftgemischs zu bestimmen. Dies, der Abgas-Katalysator und bleifreier Sprit werden dafür sorgen – da sind sich die Fachleute sicher –, daß 90 Prozent der heute noch in die Luft geblasenen Schadstoffe verschwinden oder gar nicht erst entstehen. Die genaue Regelung, Gewichtseinsparungen und andere Maßnahmen werden den Kraftstoffbedarf bei gleicher Leistung um 30 Prozent gegenüber heute vermindern.

Bei Getriebeautomaten kann der Fahrer abrufen, ob der programmierte Rechner sportlich flott schalten oder ganz auf Sparsamkeit bedacht sein soll. Im Sperrdifferential sorgt die Elektronik dafür, daß immer die richtige Kraft am Antriebsrad ist, so daß es, auch auf glattem Untergrund, nicht durchdreht. Ob der Wagen schwer oder nur leicht beladen ist, übersetzt der Mikroprozessor in Befehle zur Einstellung der Federwege und Dämpfer.

Besonders der Komfort in leicht gebauten Fahrzeugen hängt davon wesentlich ab, so sagen die Experten. Die elektronisch gesteuerte „Stotterbremse", heute nur mit vierstelligen Aufpreisen zu haben, soll in verfeinerter Form ebenso Standard werden wie eine den jeweiligen Betriebsbedingungen optimal angepaßte Lenkhilfe.

Elektronischer Schnickschnack ist verpönt

Bei der Information für den Fahrer, der mit einer Magnetkarte die Tür geöffnet, Sitze, Spiegel und Pedale auf seine „Idealwerte" eingestellt und den Motor gestartet hat, soll es nach dem Motto gehen: So viel wie nötig, so wenig wie möglich. Elektronischer Schnickschnack ist verpönt. Doch Informationen, die der Sicherheit dienen, werden nachdrücklich, wenn nötig auch „richtig laut", vermittelt. Anderes wird vielleicht nur auf die Windschutzscheibe gespiegelt.

Zum Fahrziel gelangt man durch rechtzeitig optisch gegebene Hinweise. Die Strecken-„Karte" ist im Rechner gespeichert. Wenn irgendwo unterwegs ein Stau entstanden ist, schlägt der Rechner den besten Umweg vor. Vorausgesetzt, er erfährt es über Funk durch an den Autobahnen fest installierte Systeme oder auf andere Weise.

Hierfür und für alles andere gilt: Die wirtschaftlichen Voraussetzungen und der politische Wille müssen vorhanden sein, um das technisch Mögliche Wirklichkeit werden zu lassen.

DAS PORTRÄT: MERCEDES-LEASING /

Nutzfahrzeuge und Pkw halten sich die Waage

Bm. Stuttgart

Bei einer Gesamtleistung der Daimler-Benz AG von fast 40 Milliarden Mark im letzten Geschäftsjahr fällt der Umsatz der Leasing-GmbH des Hauses von 320 Millionen Mark nicht sonderlich ins Gewicht. Aber es wäre falsch, bei einem Autoleasing-Haus den Umsatz allein als Maßstab für seine Bedeutung anzulegen. Denn der Umsatz findet beim Leasing im Gegensatz zum Barverkauf erst im Laufe der Leasing-Laufzeit statt – genaugenommen „auf Raten". Dennoch ist der Umsatz von 320 Millionen Mark in 1983 beachtlich, weil er um 34 Prozent über dem des Jahres 1982 lag.

Hier läßt sich nicht etwa Expansion in diesem Maße ablesen. Der Sprung nach vorn stammt vom Ungleichgewicht des Omnibusgeschäftes. In 1979 kam es nämlich zu beachtlichen 250 Neuverträgen, deren Laufzeit Ende 1983 endete und die Umsatzwelle ins Haus spülte. Für 1984 wird der Umsatz insgesamt auf 350 bis 380 Millionen Mark geschätzt. Daimler-Benz-Leasing ist also auf dem Weg zu rund 10 Prozent des Konzern-Umsatzes – eine nicht mehr wegzudenkende Größe. 1983 kam es dann zum Revolving für 180 neue Busse. Sie haben eine durchschnittliche Laufzeit von vier bis viereinhalb Jahren. Die großen Gelenkbusse werden oft auch für sieben Jahre unter Vertrag genommen. Der Anteil der Vertragsverlängerungen auf einmal geleaste Busse ist verschwindend gering.

Will man das Wachstum von Daimler-Benz-Leasing griffig machen, dann bietet sich die Zahl der Neuverträge eher an als der Umsatz. Mitte der siebziger Jahre wurden pro Jahr rund 2000 Einheiten verleast. 1983 kam man mit exakt 9276 nahe an die 10 000er Grenze heran. Von den 9276 Fahrzeugen waren 4396 Nutzfahrzeuge, zu denen man 109 hinzurechnen muß, die im Mietkaufverfahren erworben wurden, ein Markt, der aber in dieser Größenordnung stagniert. Der Mietkauf wird im wesentlichen gewählt, weil Lkw für den Fernverkehr laut Gesetz und Lkw für den Werkverkehr ab 4 Tonnen Nutzlast nicht geleast werden dürfen. Der Mietkauf hat daher viel Ähnlichkeit mit dem Kreditkauf.

Die Addition auf 9276 Fahrzeuge ergibt, daß 1983 insgesamt 4771 Pkw verleast wurden, daß sich also praktisch Pkw und Lkw die Waage halten. Da man den Boom um das Investitionshilfegesetz bereinigen muß, rechnet man bei Daimler-Benz-Leasing für 1984 mit Verträgen in der Größenordnung von 8000 bis 8500.

Seit 1966 ist Gregor van Loock bei Daimler, seit 1967 praktiziert er in kleinen Schritten das Leasing für die Marke mit dem Stern. 1970 schließlich – nach behutsamer Beobachtung des Marktes – wird die GmbH gegründet, und seit Mitte der siebziger Jahre ist auch bei den vorsichtigen Untertürkheimern das Auto-Leasing zu einem festen Bestandteil der Verkaufsförderung geworden.

Bei Daimler-Benz besorgen das Leasing-Geschäft sieben Regionalbüros, deren Zahl auch bei wachsendem Markt nicht erhöht, deren Sozialkapazität aber bei Bedarf verstärkt werden soll. Die Untertürkheimer vertreiben ihre Produkte über 40 eigene Niederlassungen und über drei Großvertretungen.

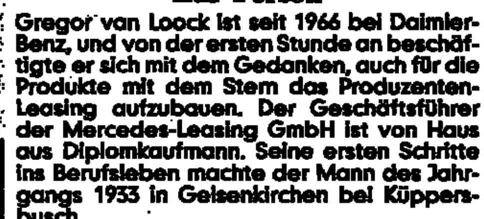
Das Verkaufspersonal in diesen Niederlassungen wird regelmäßig punktuell geschult, um den Kunden auch die Möglichkeit des Leasens eines Automobils bis ins Detail erklären zu können. Auf die Frage, ob mit dieser Schulung schon das Optimum erreicht worden sei, antwortet Gregor van Loock: „Man wünscht sich immer mehr, als man bekommt."

Es liegt eigentlich auf der Hand, aber der Ordnung halber soll es erwähnt werden: Auch bei Daimler-Benz werden als Flotten in der Regel kleinere Fahrzeuge geleast. Einzelverträge beziehen sich fast generell auf die Produkte der S-Klasse. Auch das Privatleasing bevorzugt eindeutig die kleineren Fahrzeuge.

Dann ist da noch das Problem mit den Restwerten, die von manchem Leasinggeber bei Vertragsabschluß zu hoch angesetzt wurden, um dem Leasing-Nehmer möglichst kleine Monatsraten zu präsentieren. So schieben denn manche Leasing-Gesellschaften Restwert-Berge in ihren Bilanzen vor sich her, die immer wieder durch Neugeschäfte kaschiert werden müssen. Eine Stagnation des Geschäftes würde den Pleitegeier kreisen lassen – wie auch schon geschehen. Und die vorsichtigen Untertürkheimer? Gregor van Loock: „Wir haben keine Restwertprobleme, schon gar nicht bei Personenwagen." Auch hier macht sich die Wertbeständigkeit des Produktes mit dem Stern deutlich bezahlt, für beide Vertragspartner.

Das Leasing-Beispiel

Daimler-Benz 190 E.
Listenpreis: 29 377,80 DM.
Sonderzahlung bei Vertragsabschluß: (20 Prozent) = 5875 DM. Monatsrate beim Zweijahresvertrag = 30 000 km Fahrleistung: 485 DM, Rate beim Dreijahresvertrag = 45 000 km: 535 DM. In dem Vertrag ist ein Restwert einkalkuliert, den Daimler-Benz bei Vertragsende realisiert.



Zur Person

Gregor van Loock ist seit 1966 bei Daimler-Benz, und von der ersten Stunde an beschäftigte er sich mit dem Gedanken, auch für die Produkte mit dem Stern das Produzenten-Leasing aufzubauen. Der Geschäftsführer der Mercedes-Leasing GmbH ist von Haus aus Diplomkaufmann. Seine ersten Schritte ins Berufsleben machte der Mann des Jahrgangs 1933 in Gelsenkirchen bei Küppersbusch.

GROSSBRITANNIEN / Die Branche erwartet 1984 erneut eine Absatzsteigerung

Müssen in England künftig die Leasing-Nehmer aktivieren?

DW. Essen

Es gibt keinen Zweifel daran, daß sich der englische Markt für Automobil-Leasing in einer Aufschwungphase befindet. Nach einem erfolgreichen Geschäftsjahr 1983 erwartet die Branche in diesem Jahr eine erneute Absatzsteigerung.

Der Trend geht hin zu Full-Service-Verträgen, die umfassende Dienstleistungen enthalten. Dennoch kann sich das reine Finanzleasing weiterhin behaupten.

Das anhaltende Wachstum des Leasings wertet Len Clayton, Verkaufsdirektor bei Swan National Leasing, als Indikator für die sich stabilisierende Wirtschaftslage. Für 1984 sagt er aufgrund des ständig wachsenden Auftragsvolumens ein neues Rekordjahr voraus.

Graham Darley, Direktor bei Godfrey Davis, sieht die Gründe für die starke Nachfrage vor allem darin, daß viele Unternehmen mit Fuhrpark die ideale Kombination von Finanzierungsvorteilen verbunden mit minimalen Rest-Risiken im Leasing-Geschäft erkannt haben.

Die Zahl der verkauften Neuwagen erreichte 1983 mit 1,79 Millionen einen neuen Höchststand. Das entspricht einer Steigerung um 4,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Experten sagen für 1984 einen anhaltenden Kampf der Automobilhersteller voraus, wovon man positive Auswirkungen auf den Leasing-Markt erhofft.

Im britischen Markt stehen sich zwei unterschiedliche Leasing-Formen gegenüber. Zunächst das reine Finanzleasing, meist Maschinenpachtverträge ohne Wartung, das, so Gerry Robinson, Manager bei Fleet Sales and Leasing, immer noch aktuell und weit davon entfernt ist, vom Markt verdrängt zu werden. Für 1984 erwartet er ebenfalls eine weitere Expansion.

Das Auftragsvolumen des Automobil-Leasings der ELA (Equipment Leasing Association), deren Mitglieder hauptsächlich Finanzleasing betreiben, stieg 1982 um 15 Prozent auf 256 Millionen Pfund Sterling (rund eine Milliarde Mark). Zahlen für 1983 liegen noch nicht vor. Der Geschäftsentwicklung nach zu urteilen, sieht es jedoch positiv aus.

Neue Vertragsformen

Roy Foster, geschäftsführendes Vorstandsmitglied bei Gelco International, ist ebenfalls der Ansicht, daß das Finanzierungsleasing noch expansionsfähig ist. Er schätzt das Wachstum für das vergangene Jahr auf rund zehn Prozent und stellt fest, daß diejenigen Kunden, die bisher das Finanzleasing bevorzugten, dies meistens auch beibehalten.

Auf der anderen Seite stehen neuartige Vertragsformen, wie zum Beispiel sogenannte Paketverträge oder Full-Service-Verträge. In diesen Verträgen sind die Bereitstellung von Fahrzeugen, meist Nutzfahrzeugen, bei geringer Kapitalbindung des Leasingnehmers, mit umfassenden Serviceleistungen verbunden.

Wichtigster Gesichtspunkt für den Leasingnehmer dürfte hierbei sein, daß ihm die Aufgaben und Probleme, die normalerweise mit dem Besitz und Betrieb eines Fuhrparkes verbunden sind, abgenommen werden. Es beginnt mit der Entbindung von aufwendigen Verwaltungsarbeiten, wie zum Beispiel die Versicherung von Fahrzeugen, Neuversicherung oder die Durchsetzung von Versicherungsansprüchen.

Individuelle Abschlüsse

Die monatliche Leasingrate kann jedoch noch wesentlich mehr enthalten. Die Palette reicht von den Treibstoffkosten und allen übrigen Aufwendungen, wie Kosten für Reparaturen und Inspektionen über die Bereitstellung von Ersatzfahrzeugen im Schadensfall oder Sonderfahrzeugen für Stoßzeiten bis hin zur Ausarbeitung von Zeitplänen (Logistik) oder der Übernahme des gesamten Fuhrparkmanagments durch die Leasinggesellschaft.

Somit kann jeder aufgrund des hohen Entwicklungsstandes im Leasinggeschäft mit einer Leasinggesellschaft ganz individuelle Paketverträge abschließen bei geringer Kapitalbindung und einer sicheren Kalkulationsgrundlage für die laufenden Kosten: die monatliche Leasing-Rate.

Was das Finanzleasing betrifft, so wird zur Zeit über die Auswirkungen neuer Bilanzierungsrichtlinien diskutiert. Gerry Robinson ist der Meinung, daß sich die Bilanzierungsvorschrift ED 29, so wie sie gegenwärtig anvisiert wird, negativ auf den Finanzleasingmarkt auswirken wird. Diese Richtlinie sieht für das Finanzleasing eine Aktivierung der Leasinggüter beim Leasing-Nehmer vor. Viele Unternehmen werden daher versuchen, ihre Finanzleasing-Verträge in andere Vertragsformen umzuwandeln.

Was die Frage des Restwertes betrifft, so kann man sagen, daß die Branche das Schlimmste überstanden hat, was jedoch nicht heißt, daß der Markt vor weiteren Tiefs sicher ist. Die Unsicherheiten, die im Restwert liegen, werden sicher nicht geringer, und es wird immer eine wichtige Aufgabe für die Leasing-Gesellschaften bleiben, einen möglichst günstigen Restwert zu kalkulieren.

Was die Realisierung des Restwerts bei Vertragsende angeht, so hat sich als beliebteste Methode der Verkauf von Fahrzeugen auf Auktionen bewährt. Tabellen für Restwerte, herausgegeben von BCA (British Car Auctions), können zur Einschätzung des zu erwartenden Erlöses beitragen. Starke Preisnachlässe und plötzliche Aufwertung bestimmter Automobile durch verbesserte Ausstattungen werden in der Leasing-Branche nur ungern gesehen. Sie stellen die bisherigen Kalkulationen in Frage.

Da der Restwert eine entscheidende Größe innerhalb eines Leasing-Vertrages darstellt, besteht ein direkter Zusammenhang zwischen kalkuliertem Restwert und monatlicher Leasing-Rate. Bei einem Fahrzeug mit hohem Wertverlust muß dieser mit der Leasing-Rate aufgefangen werden. Bei zwei Fahrzeugen zum gleichen Anschaffungspreis ist auch in Großbritannien die Leasing-Rate für das wertbeständigere Fahrzeug niedriger.

Eine interessante Entwicklung, die von einigen Unternehmen festgestellt wird, stellt die durchschnittlich gefahrene Kilometerzahl pro Jahr dar. Sie stieg von rund 38 000 Kilometer vor einigen Jahren auf 42 000 Kilometer heute.

Mörderischer Wettbewerb

Len Clayton von Swan National führt diese Entwicklung auf zwei Gründe zurück: Zunächst auf die Rezession, in der durch Verringerung der Vertreterstäbe und des Verkaufspersonals weniger Fahrer die gleichen Strecken zurücklegen müssen. Außerdem konnten durch ständig verbesserte Straßenverhältnisse mehr Kilometer in der gleichen Zeit gefahren werden.

Kommt das Gespräch auf den Preiskampf, so werden in Großbritannien Stimmen laut, die sich gegen einen geradezu mörderischen Wettbewerb mit Dumpingpreisen wenden, wie er von einigen Leasing-Gesellschaften immer wieder betrieben wird.

Als großes Problem für die Leasing-Nehmer sieht Peter Jacobs, Marketing-Chef bei Hertz Car Leasing, das Sprachgewirr an, das auf dem Leasing-Markt herrscht. Er ist der Meinung, daß man zu einer einheitlichen Terminologie mit exakt bestimmten Begriffsinhalten gelangen sollte, um so den Markt verständlicher und transparenter zu machen.

Aus „Leasing-Digest" No. 87. Übersetzung: Claus Baumann.

Die Leasing-Töchter der deutschen Automobil-Bauer werden flügge

DW. Essen

Die Automobilindustrie ist nicht nur bestrebt, ihre Produktpalette den Wünschen der Kundschaft entsprechend zu gestalten und technisch ständig weiterzuentwickeln, sondern auch die Beschaffung der Fahrzeuge so leicht wie möglich zu machen. Dazu gehört neben dem klassischen Finanzierungsangebot in immer stärkerem Maße das Leasing.

Aus der Sicht der Industrie ist Leasing also ein wichtiges Instrument der Absatzförderung. Dieses Instrument ist von der Automobilindustrie erst verhältnismäßig spät eingesetzt worden. Während die Bell Telephone Company bereits im Jahre 1877 Telefonanlagen ausschließlich im Wege des Leasing anbot und damit dieser neuen Kommunikationstechnik zum Durchbruch verhalf, wurden die ersten Kraftfahrzeuge in den USA erst in den dreißiger Jahren verleast. Leasing hat sich breiter durchgesetzt, als in den USA eigenständige Leasing-Gesellschaften gegründet wurden, die das „Leasing an sich" auf ihre Fahne schrieben.

Die erste dieser Gesellschaften war die United States Leasing Corporation, die 1952 in San Francisco gegründet wurde. Die gute Entwicklung dort wurde natürlich auch in Deutschland sorgfältig beobachtet, beispielsweise vom Volkswagenwerk, das schon recht früh erkannte, welche Bedeutung das Automobil-Leasing in der Bundesrepublik einmal haben würde. Im Jahre 1966 wurde die Volkswagen Leasing GmbH gegründet, die heute unter dem Namen V.A.G. Leasing GmbH agiert.

Es ist interessant, einmal die Entwicklung dieser Gesellschaft darzustellen, weil hier die Rasanz des Automobil-Leasing deutlich wird: 1966 20 Fahrzeuge, 1970 8000 Fahrzeuge, 1975 29 000 Fahrzeuge, 1980 76 000 Fahrzeuge und 1983 125 000 Fahrzeuge.

Diese Entwicklung konnte aber nur stattfinden, weil das Automobil-Leasing auch den Bedürfnissen der Kunden entgegenkommt, also mehr als nur ein Absatzförderungsinstrument für die Industrie ist. Die Kunden haben erkannt, daß mit Hilfe des Leasing Fahrzeuge leichter zu beschaffen sind: Es muß nicht der volle Kaufpreis gezahlt werden, sondern nur der Wertverlust plus Zinsen.

Der Ersatz älterer Fahrzeuge, die den heutigen Ansprüchen in bezug auf Verbrauch, Service-Freundlichkeit und Sicherheit nicht mehr genügen, kann also erfolgen, ohne das Investitionsbudget wesentlich zu belasten. Die modernen Fahrzeuge tragen außerdem aufgrund ihrer geringeren Betriebskosten und ihrer geringeren Ausfallzeiten zu einer echten Kostenentlastung im Unternehmen bei. Die schnellere Durchsetzung von Innovationen im Markt ist typisch für das Leasing.

Inzwischen haben fast alle Hersteller von Automobilen in der Bundesrepublik Deutschland eigene Leasing-Gesellschaften gegründet; die BMW-Leasing GmbH, die Mercedes-Leasing GmbH (siehe auch Beitrag am Fuß dieser Seite), die V.A.G Leasing GmbH. Ford und Opel betreiben das Leasing-Geschäft im Rahmen ihrer Kreditbanken, der Ford Credit Bank AG und der Opel Kredit Bank GmbH. Porsche arbeitet mit der V.A.G Leasing GmbH zusammen.

Risiken bei Gebrauchtwagen

Viele dieser Gesellschaften sind inzwischen zu beachtlicher Größe herangewachsen und betreiben das Leasing als eigenständiges Geschäft, ohne dabei allerdings ihre primäre Absatzförderungsfunktion für die Produkte des mit ihnen verbundenen Herstellerwerkes aus den Augen zu verlieren.

Das weitere Wachstum des Automobil-Leasing ist nur gewährleistet, wenn dem Kunden mehr als eine Finanzierungsform für die Anschaffung von Fahrzeugen angeboten wird, nämlich die wirtschaftliche Nutzung der Fahrzeuge durch Abnahme von Kostenrisiken. Diese Risiken entstehen bei der Auswahl des Fahrzeuges, seiner Benutzung und seiner Verwertung als Gebrauchtwagen.

Das wesentliche Risiko, der Wertverlust des Fahrzeuges während der Nutzungsdauer, muß bereits bei der Auswahl des Fahrzeugmodells einschließlich seiner Mehrausstattungen richtig eingeschätzt werden. Das erfordert ein umfangreiches Wissen um die Aufnahmefähigkeit des Gebrauchtwagenmarktes. Nicht nur das betriebswirtschaftlich rechnende Unternehmen, sondern auch der private Leasing-Kunde setzt voraus, daß seine Auto-Leasing-Gesellschaft dafür Sorge trägt, daß das zurückgegebene Fahrzeug nach Vertragsablauf zu den vorher festgelegten und bei Vertragsabschluß realistisch kalkulierten Konditionen als Gebrauchtwagen auf dem Markt untergebracht werden kann. Das ist nur möglich durch die Zusammenarbeit mit einer breiten Absatzorganisation.

Die Risiken, die aus dem Betrieb des Fahrzeuges resultieren, wie etwa das Reparaturkosten- und Unfall-Risiko, verlangen nach kompletten Systemlösungen, wie sie bereits jetzt den gewerblichen Kunden angeboten werden. Diese Dienstleistungen können ebenfalls nur in Zusammenarbeit mit einer breiten Service-Organisation realisiert werden, die dem Kunden nicht nur in Deutschland, sondern für den grenzüberschreitenden Verkehr auch in anderen europäischen Ländern zur Verfügung stehen muß. (Die V.A.G Leasing GmbH hat dieses Ziel durch den Ausbau des V.A.G Leasing Europa Service bereits weitgehend realisiert.)

Mit der Betriebskosten-Abrechnung und -Analyse, einer Service-Variante, wird dem Kunden die Abrechnung der Kraftstoff- und Nebenkosten mit seinen Mitarbeitern abgenommen, wodurch er sich einen erheblichen Verwaltungsaufwand erspart. Durch umfangreiche Analysen erhält er klare Informationen über den wirtschaftlichen Betrieb jedes einzelnen Fahrzeuges.

Mit diesem umfangreichen Angebot sind dem rationell denkenden Kunden Instrumente an die Hand gegeben, um die Kosten des Fuhrparks in den Griff zu bekommen. Dazu hat der Fuhrparkleiter die Möglichkeit, sich auf seine eigentliche Aufgabe, nämlich Steuerung und wirtschaftlichen Einsatz der Fahrzeuge, zu konzentrieren. Das kann in vielen Fällen auch bedeuten, daß er administrative Aufgaben abgibt, die bisher einen wesentlichen Bestandteil seiner Arbeit ausmachen.

Privatleute bestimmen die weitere Entwicklung

Die weitere Entwicklung des Automobil-Leasing in der Bundesrepublik wird maßgeblich von Privatleuten bestimmt sein. Zukünftig wird es auch für den Privatmann interessant, wenn er die Risiken „rund um das Auto" in einem Umfang abwälzen kann, wie es heute nur der gewerbliche Leasing-Nehmer kennt. Es ist jedoch noch viel Aufklärungsarbeit erforderlich, um die Diskussion über das Privatauto-Leasing mit dem spitzen Bleistift und „rationalen" Argumenten zu führen und damit die Auseinandersetzung über dieses Thema auch auf eine sachliche und faire Basis zu stellen.

Im privaten Bereich spielt die oft zitierte, von Land zu Land offenbar unterschiedliche „Eigentumsmentalität" eine große Rolle. Das muß mit bedacht werden, wenn man bei Prognosen über die weitere Entwicklung auf die USA verweist. Die Automobil-Leasing-Gesellschaften unternehmen alle Anstrengungen, dieses Geschäft weiter voranzubringen. Das erfordert natürlich, daß das Produkt „Auto-Leasing" genauso intensiv weiterentwickelt wird wie das Automobil selbst.

Arbeitsvertrag auf britisch

HELMUT RÄTHER, London

In britischen Stellenangeboten wird fast immer das Jahresgehalt präzise angegeben, und wer einen Posten mit überdurchschnittlichen Anforderungen an den Bewerber zu vergeben hat, schreibt in aller Regel hinter die Summe: „+ Auto." Schon kleine Angestellte fahren auf der Insel Firmenwagen, und nach den meisten Schätzungen werden 70 Prozent aller verkauften Neuwagen in die „Flotten" der unterschiedlichsten Unternehmen eingeordnet. Diese Praxis unterscheidet den britischen Automarkt erheblich von dem anderer Länder.

Fords bislang unumstrittene Marktführer-Position mit einem Anteil von rund 30 Prozent ist beispielsweise vor allem damit erreicht worden, daß der Mittelklassewagen „Cortina" jahrelang fast konkurrenzlos für mittlere Angestellte gekauft wurde. Als der Konzern im Frühjahr vergangenen Jahres das Nachfolgemodell „Sierra" herausbrachte, gelang es nur mit Mühe und – wie es in der Branche heißt – mit großen Preisnachlässen, den mächtig gewordenen Konkurrenten „Cavalier" aus dem Hause GM-Vauxhall-Opel wieder abzuhängen.

Die Mittelklasse ist dabei der entscheidende Sektor beim Firmenwagenverkauf. Deshalb auch setzt der marode britische Staatskonzern BL (British Leyland) alle Hoffnungen auf seinen neuen Mittelklassewagen „LM11", der im April herauskommen soll: Dann kann endlich wieder mit Großaufträgen Geld verdient werden.

Denn BL hat nicht die Probleme, vor denen die ausländischen Konkurrenten von Ford und Vauxhall stehen, die zumindest einen großen Teil ihrer Wagen auf der Insel produzieren. Viele Unternehmen räumen ihren Angestellten inzwischen zwar das Recht ein, sich in einem bestimmten Preisrahmen für ein Auto ihrer Wahl zu entscheiden, schließen aber oft importierte Wagen aus. Das macht den Konkurrenzkampf für kontinentaleuropäische Anbieter auf dem wichtigsten Marktsektor fast aussichtslos.

Im obersten Marktsektor, für Vorstandsvorsitzende und Generaldirektoren, verzichten nach zwei kürzlich erschienenen Studien viele Unternehmen auf jede Beschränkung: Wer ganz oben angekommen ist, kann sich sein Statussymbol frei wählen. Trotzdem zeigen Englands Spitzenmanager erstaunliche Konformität: Die weitaus meisten entscheiden sich für den 4,2 Liter starken „Jaguar-Souvereign". Entscheidender Gesichtspunkt dabei ist offenbar, daß alle Nachbarn auf die Position schließen können, wenn ein solches Fahrzeug in der Auffahrt steht.

Nur in der Sowjetunion, schrieb die „Financial Times" ironisch, könne man aus der Wagenmarke so präzise auf die Position des Fahrers schließen wie in Großbritannien. Vorstandsmitglieder fahren fast durchweg einen „Rover 3500", Senior-Manager einen „Granada 2,8". Die Gehälter können unterschiedlich sein, der Status in der Firma aber ist fast immer gleich.

Im teuren Auto-Land Großbritannien ist der Firmenwagen besonders in der oberen Management-Klasse eine beträchtliche Steuerersparnis: Um einen Wagen für 20 000 Pfund (80 000 DM) selbst zu kaufen und zu unterhalten, müßte das Gehalt vor Steuerabzug nach einer Faustregel um die dreifache Summe pro Jahr erhöht werden. Die Firmen spielen unter diesen Umständen gerne mit, und die Regierung hat die steuerlich wirksamen Beträge für die Eigennutzung stets sehr gnädig bemessen.

LKW-ABSATZ / Export bleibt schwach

Nutzfahrzeug-Geschäft mit Licht und Schatten

dpa, Hamburg

Die Nutzfahrzeughersteller in der Bundesrepublik rechnen in diesem Jahr insgesamt gesehen nicht mit einer Trendwende. Zwar dürfte das Inlandsgeschäft besser ausfallen als im Vorjahr, aber der Export bleibt voraussichtlich angesichts des Devisenmangels und der hohen Verschuldung wichtiger Auslandsmärkte weiterhin schwach.

Das Klima am deutschen Nutzfahrzeugmarkt hatte sich bereits im Verlaufe des vergangenen Jahres deutlich aufgehellt, obwohl die Produktions-Marke von 300 000 Neufahrzeugen aus deutschen Fabriken erstmals seit Jahren mit 292 000 (Vorjahr 301 000) leicht verfehlt wurde. Branchenexperten weisen darauf hin, daß das Ergebnis noch ungünstiger aussähe, wenn man die auf Pkw-Basis gebauten Lieferwagen in der Kategorie bis 2000 Kilogramm Gesamtgewicht herausrechnet. Diese Fahrzeugklasse hatte 1983 einen beträchtlichen Zuwachs gegenüber 1982 zu verzeichnen und kletterten von 12 574 Einheiten auf 31 159 Fahrzeuge. Das entspricht einer prozentualen Steigerung von 147,8 Prozent. Besonders betroffen von den Produktionseinbußen waren dagegen schwere Lkw mit 16 und mehr Tonnen Gesamtgewicht sowie Straßenzugmaschinen.

Der deutsche Lkw-Markt ab neun Tonnen Gesamtgewicht wuchs um 34,7 Prozent – allerdings auf der niedrigen Vorjahresbasis von nur 22 000 Neuzulassungen. Insgesamt wurden 1983 rund 29 000 Lkw mit einem Gesamtgewicht von neun Tonnen und mehr neu zugelassen. Gewinner waren dabei Daimler-Benz und ganz besonders M.A.N. Alle anderen Anbieter blieben unter dem durchschnittlichen Zuwachs oder verloren sogar. So mußte zum Beispiel Magirus-Iveco (Fiat-Gruppe) Federn lassen. Die ausländischen Anbieter von DAF bis Volvo verkauften in der schweren Klasse 3080 Lkw und halten damit in der Bundesrepublik einen Marktanteil von 10,4 Prozent – ein Prozentpunkt weniger als 1982.

Im Bereich der Fahrzeuge von sechs bis neun Tonnen zeichnete sich 1983 gegenüber dem Vorjahr ein Wachstum um 13,2 Prozent auf 18 430 Einheiten ab. Marktführer ist in dieser Klasse mit klarem Abstand Daimler-Benz (67 Prozent) vor Magirus-Iveco (11,3 Prozent). Die Gemeinschaftsreihe M.A.N.-VW hat sich inzwischen in dieser Kategorie fest etabliert und hält einen Marktanteil von exakt zehn Prozent. Auf den nächsten Rängen folgen hier Fiat sowie Ford.

An Transportern und Großtransportern bis sechs Tonnen Gesamtgewicht wurden 1983 gut 79 200 Fahrzeuge neu in den Verkehr gebracht. Das entspricht gegenüber 1982 einer Steigerung von 16,3 Prozent. Marktführer in dieser Kategorie sind Daimler-Benz und Volkswagen vor Ford. Die Aktivitäten der Hersteller aus Fernost konzentrieren sich auf leichte Transporter.

AUTOINDUSTRIE / Anschaffungen zurückgestellt

Streit um Abgasschäden verunsichert die Käufer

dpa, Bonn

Die kontroverse Diskussion über die Autoabgase verunsichert nach Auffassung des Verbandes der Automobilindustrie die Bundesbürger, die einen neuen Wagen kaufen wollen und deshalb ihre Kaufentscheidung aufschieben. Verbandsgeschäftsführer Achim Diekmann: „Die Folge ist, daß alte Fahrzeuge länger gefahren werden."

Wenn sie aber durch sparsame und umweltfreundliche Automodelle, die die Hersteller heute anböten, ausgewechselt würden, könnten fünf bis zehn Prozent weniger Schadstoffe von Autos abgegeben werden. „Der schnellste und wirksamste Beitrag zur Verringerung der Emissionen des Kraftverkehrs ist die Erneuerung des Bestandes", betont Diekmann.

Der Verband wandte sich ähnlich wie kürzlich in der Anhörung des Innenausschusses des Bundestages zu diesem Thema gegen ein Tempolimit, das nach Auffassung von SPD und Grünen die Schadstoffbelastung vor allem durch die aus den Auspufftöpfen geblasenen Stickoxide beträchtlich verringern würde.

Diekmann nannte es richtig, daß die Abgabe von Stickoxiden bei Tempo 100 auf Autobahnen und 80 Stundenkilometer auf Landstraßen zurückgehen werde. Dem stünde jedoch eine Verschlechterung der Gesamtemission gegenüber, da der Ausstoß von Kohlenwasserstoffen und Kohlenmonoxid zunehme. Außerdem seien Stickoxide nicht der einzige Schadstoff, der mit Waldschäden in Zusammenhang gebracht werde. Im sauren Regen sei besonders viel Schwefeldioxid, an dem das Auto so gut wie gar nicht beteiligt sei. Zugleich verwies Diekmann darauf, daß die deutsche Autoindustrie mit ihren neuen Modellen die Abgasgrenzwerte des Modelljahrgangs 1969/70 bereits erheblich unterschritten habe. Bei Stickoxiden sei seit 1977 eine Verminderung von etwa 35 Prozent erreicht, so daß die erst von 1986 an geltenden EG-Grenzwerte bereits jetzt aufgrund freiwilliger Zusagen erfüllt würden.

Der Verband sicherte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) noch einmal die Mitwirkung bei der für 1986 geplanten Einführung der strengen US-Abgasgrenzwerte zu. Mehrere Hersteller würden bereits Fahrzeuge mit den dafür notwendigen Katalysatoren anbieten. „Bei dieser Vorleistung gehen wir allerdings davon aus, daß die Bundesregierung zu dieser Frage eine einvernehmliche Lösung innerhalb der EG herbeiführt", unterstrich Diekmann. Ein deutscher Alleingang sei keine Alternative – weder rechtlich noch praktisch. Zu den geplanten steuerlichen Hilfen beim Kauf umweltfreundlicher Autos meinte Diekmann: „Wir haben den Eindruck, daß die Regierung hierbei Schwierigkeiten hat." Er fügte hinzu: „Ein Rezept können wir nicht anbieten."

LKW-VERKEHR / „Paragraph 12, eine Diskriminierung"

Hoher Leasinganteil bei leichten Nutzfahrzeugen

P. SCHNEIDER, Braunschweig

Eine der Ursachen für das kontinuierliche Wachstum im gewerblichen Autoleasing-Geschäft liegt darin, daß vor allem mittlere und kleine Firmen bei einer seit Jahren sinkenden Eigenkapitaldecke ein wachsames Auge auf ihre liquiden Mittel haben. Heute wird bereits jedes fünfte Nutzfahrzeug über Leasing abgesetzt.

Die Leasing-Gesellschaften weisen aber nachdrücklich daraufhin, daß Autoleasing keine Finanzierungsform für Firmen ist, die sich in Liquiditätsschwierigkeiten befinden. Die Bonität eines Leasinginteressenten wird vom Leasinggeber überprüft und im Zweifelsfall zu einer Ablehnung des Leasing-Antrages führen.

Großunternehmen wie Kleinbetriebe bevorzugen das Autoleasing auch aufgrund der zusätzlichen Dienstleistungsangebote der Leasing-Gesellschaften. So können die Leasingverträge die Kosten für Wartung und Verschleißreparaturen, Unfallschaden-Abwicklung, Kfz-Steuer und Versicherung bis hin zur kompletten Betriebskosten-Abrechnung und -Analyse beinhalten. Der Leasingnehmer erhält damit einen individuellen, auf seine Bedürfnisse zugeschnittenen Vertrag. Die monatlichen Leasingraten, die als ein Bestandteil den Wertverlust während der Nutzungsdauer enthalten, sind für die Vertragsdauer gleichbleibend und bilden so einen fest kalkulierbaren Kostenfaktor für den Fuhrpark.

Der Entscheidungsprozeß für oder gegen das Autoleasing muß sich neben dem reinen Zahlenvergleich aber auch an der Frage orientieren, welche Bedeutung für den Betrieb die Freisetzung von Kapital oder die Erhaltung des Liquiditätsspielraumes durch das Autoleasing hat. An dieser Frage sind unternehmensspezifische Belange zu messen, ob andere betriebliche Investitionen eine höhere Priorität haben als die Kapitalbindung im Fuhrpark. Neben der Rechnung mit dem spitzen Bleistift sind diese Argumente gegeneinander abzuwägen.

Die Möglichkeiten des Autoleasing sind durch Angebote von umfangreichen Dienstleistungspaketen bis zur Erstellung von Betriebskosten-Abrechnungen und -Analysen so vielfältig, daß sich der Interessent an eine Leasing-Gesellschaft wenden sollte, die eine individuelle, fundierte Beratung gewährleistet und über ein flächendeckendes Servicenetz verfügt. Für einen betrieblich optimalen Leasing-Vertrag ist neben diesen Leistungen die Einschätzung der Leasing-Gesellschaft des Gebrauchtwagenmarktes von morgen für eine reelle und realistische Restwert-Kalkulation Voraussetzung.

Vom Vermieter wird in Abhängigkeit von der Gesamtfahrleistung eine Vertragsdauer zwischen einem Jahr und 42 Monaten angeboten. Bei einer Vertragsform mit Gebrauchtwagen-Abrechnung trägt der Kunde das Risiko der Autoverwertung nach Vertragsbeendigung. Von diesem Risiko befreit sich der Leasingnehmer bei einem Vertrag ohne Gebrauchtwagen-Abrechnung, bei dem das Fahrzeug anschließend zurückgegeben wird, allerdings die gefahrenen Mehr- oder Minderkilometer bei Abweichungen von der vereinbarten Fahrleistung abzurechnen sind.

Einen Wermutstropfen in das expansive Autoleasing-Geschäft hat allerdings der Gesetzgeber gekippt: Nach dem Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG) dürfen nur Nutzfahrzeuge geleast werden, die im Güternahverkehr oder im Werkverkehr bis zu einer Nutzlast von maximal 4 Tonnen eingesetzt sind.

Der durch die Entwicklung des Autoleasingmarktes in Deutschland längst überholte Paragraph 12, Abs. 1, Nr. 1 sagt über den Einsatz von Lastkraftwagen im Güterfernverkehr: „Das Kraftfahrzeug muß auf den Namen des Unternehmens zugelassen sein und ihm gehören oder von ihm auf Abzahlung gekauft sein." – Obwohl die Leasing-Gesellschaften seit Jahren gegen diese Diskriminierung des Lkw-Leasing Sturm laufen und diese Regelung in anderen EG-Staaten längst überholt ist, sieht der Bundesverband des Deutschen Fernverkehrs (BDF) keine Notwendigkeit, im gewerblichen Güterkraftverkehr das Anmieten oder Leasen zu erleichtern. Bei heute mehr als 500 000 geleasten Personenwagen und Nutzfahrzeugen (bis 4 Tonnen Nutzlast) auf deutschen Straßen und hohen Wachstumsraten im Autoleasing sicherlich eine marktwirtschaftlich fragwürdige Regelung.

Sensation in Halle 54: Roboter für Golf und Jetta

HORST SIEBERT, Wolfsburg

Auf dem riesigen Gelände des Volkswagenwerks in Wolfsburg verbirgt sich hinter den glatten Wänden einer nüchternen neuen Fabrikationshalle eine technische Sensation des internationalen Automobilbaus: In der Halle 54 – einer Art internationalem Mekka für die Hersteller von Personenwagen – wird auf einer Fläche mit den Abmessungen von acht Fußballplätzen das neue „Golf"-Modell und auch der „Jetta" zu einem bedeutenden Teil vollautomatisch produziert. „In der Automation", so das VW-Vorstandsmitglied Günter Hartwich, „hat Volkswagen eine weltweit führende Position. In unseren Konzernfabriken sind gegenwärtig rund 1200 Roboter im Einsatz, und wir brauchen hier keinen Vergleich mit den Japanern zu fürchten."

Auch der Laie sieht, daß er hier mit der technischen Welt des Automobilbaus von morgen konfrontiert wird. Ein erstes Stück des Volkswagen-Plans „Fabrik 2000" ist in der Halle 54 verwirklicht worden. Da arbeiten Roboter an den auf Fließbändern rollenden Wagenrohlingen des „Golf", bauen Motoren ein, stellen die Autobatterie an den richtigen Platz, ziehen Schrauben an, befestigen Treibstofftanks und Benzinleitungen, setzen das Armaturenbrett ein und befestigen Bremsen und Räder so exakt, daß eine Spurkontrolle überflüssig wird. Die von Volkswagen entwickelten Roboter besitzen zum Teil – so scheint es – menschliche Sinnesorgane. Sie können hören, fühlen und sehen. Zielsicher erkennen sie nach „Beschnüffeln" eines Motors, ob er, dem Kundenwunsch entsprechend, von Benzin- oder Dieselkraftstoff angetrieben werden soll, und „ertasten" Fettflecke auf Bremsen.

Dennoch ist die Halle 54 nicht Schrittmacher für eine zusätzliche Welle von Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik. Der Besucher sieht, daß auch hier viele Menschen arbeiten. Dennoch können die Roboter nicht alles, und sie werden es nach Meinung der Volkswageningenieure auch nicht können. Die Halle 54 zeigt, daß die Arbeit hier humaner geworden ist. „Über-Kopf-Arbeiten" gibt es nicht mehr. Noch ist hier der Mensch Herrscher über den Roboter – nicht umgekehrt. Allerdings muß gefragt werden, wie das in kommenden Jahrzehnten aussehen wird.

Die Verantwortlichen von Volkswagen vertreten die Ansicht, daß nur die Industrienationen und Unternehmen auch in Zukunft konkurrenzfähig bleiben werden, die sich der modernsten Produktionstechnik bedienen. „Jede neue Technologie hat Menschen, die in alter Technologie tätig waren, freigesetzt", betonte VW-Vorstandsmitglied Günter Hartwich. „Aber ohne neue Technologie, das zeigt die Geschichte, gibt es keinen Fortschritt. Zwar sind in der Halle 54 rund 1000 Mitarbeiter der Produktion des alten „Golf" eingespart worden. Sie arbeiten heute an anderen Plätzen des Werkes. Dennoch liegt die Zahl der Beschäftigten bei VW gegenwärtig um drei Prozent höher als 1968. Und außerdem kann das Unternehmen durch den Einsatz neuer Technologien billigere Autos anbieten."

Angesichts der harten Konkurrenz auf dem weltweiten Automobilmarkt bleibt auch Volkswagen nichts anderes übrig, als jede sich aus neuen Techniken bietende Möglichkeit zur geldsparenden Produktion zu nutzen. Schon allein die in der deutschen Automobilindustrie weltweit höchsten Lohnkosten zwingen dazu. Die bundesdeutschen Autobauer sind gegenwärtig der größte deutsche Exporteur. Nach Angaben von Hartwich erwirtschaftete sie im weltweiten Handel 1983 rund 75 Milliarden Mark. Um ihre Konkurrenzfähigkeit erhalten zu können, investierte sie in neue Produkte und Fabrikeinrichtungen im vergangenen Jahr zehn Milliarden Mark. Für Forschung und Entwicklung gab sie 2,5 Milliarden Mark aus.

1973 hielten die deutschen Automobile auf dem für alle Produzenten wichtigen USA-Markt noch einen Marktanteil von sieben Prozent. 1982 war er auf drei Prozent zurückgefallen, während der Anteil der japanischen Konkurrenten in der Vergleichszeit von sechs auf 26 Prozent stieg. Hier kann Volkswagen, so Hartwich, nur neuen Boden gewinnen, wenn es neben Menschen auch Roboter arbeiten läßt.

Volkswagen hat diese Zeichen der Zeit bereits in den 60er Jahren erkannt. Damals war das Unternehmen das erste Automobilwerk in der Welt, das den Zusammenbau der Auto-Karosserie automatisierte. Von 1972 an entwickelte der Konzern seine ersten Roboter. In der Halle 54 bauen sie, unterstützt von Arbeitern, pro Tag gegenwärtig 2200 „Golf". Die Produktion für den „Bestseller" von VW soll weiter gesteigert werden. Beim alten „Golf" betrug der Mechanisierungsgrad beim Zusammenbau rund fünf Prozent. In Halle 54 erhöhte sich dieser Anteil beim neuen „Golf" auf 25 Prozent. 1990 glaubt das Unternehmen, diesen Prozentsatz auf 33 Prozent heraufsetzen zu können. (dpa)

FULL-SERVICE / Neue Abrechnungs-Systeme entlasten Unternehmen

Und wer kontrolliert die Kosten?

U. P. München

Von Kundenseite mehr und mehr gefragt sind Dienstleistungen, die über die reine Fuhrparkfinanzierung hinausgehen. Wenn man den Prognosen Glauben schenken darf, liegt die Zukunft des Autoleasings in der Lieferung umfänglicher Service-Pakete. Nur einige wenige Anbieter können sich in diesem kapitalintensiven Marktsegment behaupten. Sie allerdings erreichen beachtliche Zuwächse.

Branchenüblich sind zwei Abrechnungsmodi: Das Finanzierungsleasing erfaßt, neben der Kfz-Finanzierung, nur die voraussichtliche Entwertung durch die Nutzung des Fahrzeuges. Und nur diese wird bezahlt. Als Alternative existiert das sogenannte Full-Service-Leasing: Über die Nutzung des Fahrzeuges hinaus übernimmt der Leasing-Geber Reparaturkosten, Reifenersatz, Steuern und Versicherungen. Er trägt auch das Risiko des Kfz-Restwertes.

Die Idee der transparenten Kostenkontrolle führt den Gedankenansatz des Full-Service-Leasing weiter. Denn eine echte Entlastung des Unternehmens kann nur dann greifen, wenn alle Verwaltungsarbeiten, die den Fuhrpark betreffen, aus dem Betrieb ausgegliedert werden.

Das funktioniert so: Alle direkten und indirekten Fahrzeugkosten werden vorkalkuliert, erfaßt, aufbereitet, verglichen und abgerechnet. In praxi bedeutet das: Auflisten der Daten unter den Stichpunkten: Kauf von Neufahrzeugen und/oder Übernahme vorhandener Fahrzeuge, Zulassung und Auslieferung, Überwachung der Reparaturkosten, Kraftstoffkosten- und Kraftstoff-Verbrauchskontrolle, Steuerzahlungen, Versicherungen/Unfallschadenabwicklung, Rechtsschutz- und Insassen-Unfallversicherung, Radiogebühren, Leihwagenbenutzung, Wagenwäsche, Parkgebühren, Abrechnung von privat gefahrenen Kilometern, Fahrzeugfinanzierung, Gebrauchtwagen-Verwertung.

Alle zur Verfügung stehenden Informationen werden gespeichert, aktualisiert und laufend mit den vorkalkulierten Daten in Beziehung gesetzt. In der Konsequenz läßt sich die Entwicklung der Soll-Kosten zum Ist-Verlauf genau beobachten, darstellen und vergleichen. Interessant wird es, wenn es um „große Brocken" wie Kraftstoff-Verbrauch oder Reparaturen geht.

Für die Kraftstoff-Verbrauchskontrolle gelten als „Meßlatte" branchenübliche Verbrauchszahlen. Daraus errechnet sich der vermutliche „Durst" des einzelnen Fahrzeuges während einer bestimmten Zeitdauer.

Was den Kunden dabei nicht bedrückt, sind Prüfen, Erfassen, Buchen und Bezahlen der Kraftstoffrechnungen seiner Mitarbeiter. Regelmäßig vorgelegte EDV-Auszüge erlauben ihm die Endkontrolle auf Heller und Pfennig. In der detaillierten Endabrechnung zeigen sich weitere Stärken der transparenten Kostenkontrolle: Der Kunde hat keine Probleme mit der Kostenstellen-Verteilung und zahlt letztlich nur belegte Kosten. Und: zu den periodischen – meist jährlichen – Abrechnungsterminen ergibt sich in der Regel ein Saldo zugunsten des Leasing-Nehmers.

ERGEBNISSE

Frankfurt – Braunschweig	1:2	(0:1)
Dortmund – Düsseldorf	6:0	(0:0)
Köln – M'gladbach	1:2	(1:0)
Nürnberg – Mannheim	0:0	
Hamburg – Bremen	4:0	(2:0)
München – Bochum	5:1	(4:0)
Stuttgart – Leverkusen	2:2	(1:0)
K'lautern – Offenbach	1:1	(0:0)
Uerdingen – Bielefeld	1:3	(0:1)

DIE SPIELE

Hamburg – Bremen 4:0 (2:0)
Hamburg: Stein – Hieronymus (42. Schröder) – Jakobs, Wehmeyer – Kaltz, Hartwig, Groh, Rolff, Magath – Wuttke, Milewski. – **Bremen:** Burdenski – Pezzey – Siegmann, Otten – Schaaf (46. Reinders), Sidka, Möhlmann, Okudera, Meier (53. Kamp) – Neubarth, Völler. – **Schiedsrichter:** Roth (Salzgitter). – **Tore:** 1:0 Wuttke (10.), 2:0 Rolff (15.), 3:0 Hartwig (54.), 4:0 Magath (90.). – **Zuschauer:** 48 000. – **Gelbe Karten:** Hieronymus (4/1), Völler (3).

Nürnberg – Mannheim 0:0
Nürnberg: Kargus – Eder – Brunner, Reinhardt, Grahammer – Weyerich, Täuber (62. Hintermaier), Burgsmüller, Giske – Heck (77. Abramczik), Trunk. – **Mannheim:** Zimmermann – Sebert – Tsionanis (26. Knapp), Schlindwein, Dickgießer – Scholz, Hein, Schön – Buhrer, Walter (65. Linz), Olaidotter. – **Schiedsrichter:** Risse (Hattingen). – **Zuschauer:** 15 000. – **Gelbe Karten:** Brunner (2), Hintermaier (3), Dickgießer (4/2.).

München – Bochum 5:1 (4:0)
München: Pfaff – Augenthaler – Nachtweih, Beierlorzer, Dürnberger – Kraus (56. Martin), Lerby, Pflügler – K.-H. Rummenigge, Hoeneß, M. Rummenigge (75. Mathy). – **Bochum:** Zumdick – Lameck – Zagorny, Woelk, Knüwe – Zugcic, Bönighausen, Oswald, Schulz – Benatelli (46. Pater), Schreier. – **Schiedsrichter:** Gabor (Berlin). – **Tore:** 1:0 M. Rummenigge (7.), 2:0 Pflügler (9.), 3:0 Hoeneß (14.), 4:0 K.-H. Rummenigge (44.), 5:0 Hoeneß (73.), 5:1 Schreier (89.) – **Zuschauer:** 15 000.

Dortmund – Düsseldorf 6:0 (0:0)
Dortmund: Immel – Zorc – Storck, Rüßmann – Koch, Konopka, Keser (66. Dreßel), Bittcher (75. Loose), Raducanu – Klotz, Wegmann. – **Düsseldorf:** Kleff – Zewe – Kuczinski, Theis – Bockenfeld, Bommer, Wenzel, Fach, Dusend – Edvaldsson, Thiele. – **Schiedsrichter:** Wippker (Roetgen). – **Tore:** 1:0 Klotz (48.), 2:0 Zorc (66.), 3:0 Wegmann (70.), 4:0 Zorc (73., Handelfmeter), 5:0 Raducanu (82.), 6:0 Klotz (87.). – **Zuschauer:** 20 000. – **Gelbe Karten:** Keser (4/2), Kuczinski (4/1), Bockenfeld (2).

Frankfurt – Braunschweig 1:2 (0:1)
Frankfurt: Pahl – Fruck – Körbel, Kraaz – Berthold (71. Müller), Borchers, Kroth, Falkenmayer, Trieb – Svensson, Tobollik (46. Mattern). – **Braunschweig:** Franke – Hollmann – Bruns, Pahl – Geiger, Ellmerich, Kindermann, Tripbacher, Lux (61. Studzizba) – Zavisic, Worm. – **Schiedsrichter:** Eschweiler (Euskirchen). – **Tore:** 0:1 Lux (26.), 1:1 Trieb (58.), 1:2 Hollmann (67.). – **Zuschauer:** 17 000. – **Gelbe Karten:** Pahl (4/1), Mattern.

Köln – Gladbach 1:2 (1:0)
Köln: Schumacher – Lefkes – Prestin, Steiner – Mennie, Engels, Gielchen, Willmer – Littbarski, Fischer, Allofs. – **Gladbach:** Sude – Bruns – Krauss, Herlovsen, Frontzeck – Borowka, Matthäus, Rahn, Schäfer – Herbst (69. Criens), Lienen. – **Schiedsrichter:** Huster (Lahnstein). – **Tore:** 1:0 Allofs (8.), 1:1 Matthäus (51.), 1:2 Rahn (84.). – **Zuschauer:** 41 000. – **Gelbe Karte:** Herbst.

K'lautern – Offenbach: 1:1 (0:0)
K'lautern: Hellström – Dusek – Wolf (77. Loechelt), Briegel, Brehme – Melzer, Geye, Allofs, Ellenfeldt – Nilsson, Hübner. – **Offenbach:** Reck – Trapp – Demuth, Kutzop, Sandner – Thiel, Grünewald, Franusch, Bein – Krause (62. Höfer), Hofeditz. – **Schiedsrichter:** Horeis (Buchholz). – **Tore:** 1:0 Briegel (69.), 1:1 Hofeditz (73.). – **Zuschauer:** 19 281. – **Gelbe Karten:** Briegel (4), Grünewald (3), Sandner (2), Hofeditz.

Stuttgart – Leverkusen 2:2 (1:0)
Stuttgart: Roleder – Makan – Müller, B. Förster – Kelsch (73. Zietsch), Ohlicher, Allgöwer, Buchwald (73. K.-H. Förster), Sigurvinsson – Reichert, Corneliusson. – **Leverkusen:** Vollborn – Bast – Posner, Gelsdorf – Hörster, Winklhofer, Röber, Wojtowicz, Bittorf – Zechel (76. Geschlecht), Tscha. – **Schiedsrichter:** Umbach (Rottorf). – **Tore:** 1:0 Reichert (18.), 1:1 Zechel (53.), 2:1 Allgöwer (66.), 2:2 Bast (70.). – **Zuschauer:** 18 200. – **Gelbe Karte:** Zechel.

Uerdingen – Bielefeld 1:3 (0:1)
Uerdingen: Vollack – Jusufi – Buttgereit, van de Loo (15. Schwarz, 46. Gulich) – Klinger, Funkel, Thomas, Feilzer, Raschid – Sackewitz, Loontiens. – **Bielefeld:** Kneib – Wohlers – Dronia, Hupe – Geils, Rautiainen (34. Pagelsdorf), Büscher, Schnier, Pohl – Grillemeier, Ozaki (88. Kühlhorn). – **Schiedsrichter:** Retzmann (Hamburg). – **Tore:** 0:1 Dronia (31.), 0:2 Büscher (69.), 1:2 Gulich (85.), 1:3 Grillemeier (90.). – **Zuschauer:** 8000. – **Gelbe Karten:** Büscher (4/1), Grillemeier (4), Geils (4).

VORSCHAU

Nachholspiel (Dienstag)

Stuttgart – Uerdingen	(2:3)

Freitag, 23. März, 20.00 Uhr

Bremen – K'lautern	(3:3)
Offenbach – Dortmund	(1:4)
Düsseldorf – Uerdingen	(3:1)

Samstag, 24. März, 15.30 Uhr

Braunschweig – Hamburg	(0:3)
Mannheim – Frankfurt	(3:1)
Bochum – Nürnberg	(1:3)
M'gladbach – München	(0:4)
Bielefeld – Leverkusen	(0:0)
Köln – Stuttgart	(2:3)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

FUSSBALL / Hamburg gegen München, der alte Zweikampf lebt wieder auf – Fortuna Düsseldorfs tiefer Sturz

Immer neuer Ärger: Rummenigge auf Distanz zu Derwall

Von ULRICH DOST

War es tatsächlich fahrlässig, schlichtweg Gedankenlosigkeit und mangelnde Fähigkeit, Reaktionen vorausahnen zu können, die den Bundestrainer **Jupp Derwall** (57) bewogen haben, in der Öffentlichkeit ein Thema anzupacken, dessen Inhalt im Grunde genommen vollkommen nebensächlich ist? Es geht um Derwalls Aussage, daß **Karl-Heinz Rummenigge** (28) nicht mehr Kapitän der Nationalmannschaft sein kann, wenn er in der nächsten Saison in Italien bei Inter Mailand spielt.

Zugegeben, auf diesen Gedanken kann man kommen. Hätte Derwall mit seinem Kapitän auch nur eine Minute über dieses Thema gesprochen, die Sache wäre schnell bereinigt gewesen. Derwall aber startete einen Alleingang, getreu dem Motto: Ich bin der Bundestrainer, ich habe das Sagen. Rummenigge mußte sich zu Recht brüskiert fühlen, als er Derwalls Meinung unvorbereitet aus der Zeitung erfahren mußte. „So etwas wäre dem Helmut Schön nicht passiert", glaubt Jürgen Grabowski (38), Mitglied der Weltmeister-Mannschaft von 1974, der sich bestimmt nicht zu den Freunden des Derwall-Vorgängers zählt.

Rummenigge hat dann auch heftig reagiert. Die „Welt am Sonntag" zitierte ihn sogar drastisch: „Wenn Derwall mir die Kapitänsbinde abnehmen will, ist Schluß mit der Nationalelf." Im „Aktuellen Sportstudio" des ZDF hat er sich dann von dieser Formulierung distanziert: Er spiele weiter für Deutschland und mache auch kein Theater, wenn Derwall einen anderen Kapitän bestimme.

Der Zwist ist trotzdem da. Gerade Rummenigge, der selbst die sonderbarsten Entscheidungen des Bundestrainers stets gedeckt hat, muß sich wie vor den Kopf gestoßen fühlen. Und er macht auch keinen Hehl daraus: „Die Siege bei starken Gegnern wie Bulgarien und Belgien sollten eigentlich dafür sorgen, daß endlich Ruhe einkehrt. Doch irgendwie sorgt der DFB immer wieder für unnötigen Wirbel. Zunächst war es das unmögliche Trainingslager in Varna, dann in Brüssel das Richtlinien-Papier und jetzt die Geschichte um meine Person. Am Ende heißt es wieder, es sei alles die Schuld der Presse, aber das stimmt nun einmal nicht." Herzlichen Dank, Karl-Heinz Rummenigge. Aber auch da wird Jupp Derwall – soll er doch – ganz anderer Meinung sein.

Auch das ist bezeichnend für das Verhältnis Derwall – Rummenigge. Auf die Frage der Mailänder Zeitung „Gazetta dello Sport:": „Wer ist der Fußball-König der Welt?" antwortete Derwall: „Michel Platini ist der Größte unter den fünf. Bestnote gebe ich nur ihm." Zur Auswahl standen: **Michel Platini** (27), **Paolo Rossi** (26), **Diego Maradona** (21), **Zico** (30) und **Karl-Heinz Rummenigge. Enzo Bearzot** (55,), der Italien als Trainer zur Weltmeisterschaft führte, gab seine Stimme Karl-Heinz Rummenigge: „Er ist für mich der vollständigste Fußballspieler, ich gratuliere Inter."

Wie nennt man so etwas? Fingerspitzengefühl, diplomatisches Geschick? Der eine hat's, der andere nicht.

Fußball-Kulisse



Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga

Mit seinem strammen Bäuchlein hätte **Manfred Lefkes** (24) eher in eine Hobby- oder Thekenmannschaft gepaßt. Doch der junge Mann spielte für den 1. FC Köln gegen Mönchengladbach zum ersten Mal in der Bundesliga und gleich auf dem wichtigen Libero-Posten. Wie tief sind doch die Ansprüche gesunken. Was nichts gegen den Amateurspieler sagen soll, sondern eher gegen die durchtrainierten Profis, die mit ansehen müssen, daß so ein übergewichtiger Spieler (mindestens fünf Kilo) ganz gut bei ihnen mithalten kann. An Lefkes lag es nicht, daß der 1. FC Köln 1:2 verlor. „Wenn er jetzt endlich hart trainiert und sich durchbeißt", sagt Kölns Trainer **Hannes Löhr** (39), „dann bekommt er in der nächsten Saison einen Vertrag".

Mit Verträgen für neue Spieler haben die Kölner derzeit ihre Sorgen. Löhr: „Ich brauche mindestens noch zwei gute Spieler im Mittelfeld." Präsident **Peter Weiand** (63) sagt: „Sagen Sie mir, wo er wohnt und wie er heißt: Wir kaufen ihn sofort. Aber es gibt ihn nicht." Das klingt nach Resignation, entspricht aber der Wirklichkeit. Schatzmeister **Karl-Heinz Thielen** (43) muß auf Zeit spielen: „Jetzt können wir noch nichts sagen, wir brauchen noch drei bis vier Wochen."

Wenn es in dieser Saison einer Mannschaft zugetraut wurde, in den Zweikampf Hamburg/München eingreifen zu können, dann war das Fortuna Düsseldorf. Mit herrlichem Offensiv-Fußball (4:1-Siege über Mönchengladbach und Bayern München) sorgten die Düsseldorfer für frischen Wind in der Liga. Inzwischen ist davon jedoch nur noch ein laues Lüftchen übrig geblieben. 0:10-Punkte aus den letzten fünf Spielen (vier auswärts, ein Heimspiel) warfen die Düsseldorfer ins Mittelmaß zurück. Am Samstag gab es eine 0:6-Niederlage in Dortmund. Die WELT sprach mit Trainer **Willibert Kremer** (44) über die Ursachen des Leistungstiefs.

WELT: Von der Mannschaft der Stunde bis zum großen Verlierer war es für die Düsseldorfer nur ein kurzer Schritt. Wie läßt sich so etwas erklären?

Kremer: Gottlob ganz einfach. Ich habe tatsächlich keinen Spieler in der Mannschaft, der gesund ist. Alle sind irgendwie grippekrank: hohes Fieber, Magen- und Darminfektionen, am schlimmsten ist aber der Husten. In Dortmund konnte ich zur Pause in der Kabine nichts sagen, weil jeder Spieler ununterbrochen hustete. 60 Minuten haben sie in einem, wie ich meine, guten Spiel sehr gut mitgehalten. Doch dann fehlte einfach die Kraft.

WELT: Wer so krank ist, gehört nicht auf den Sportplatz, sondern ins Bett.

Kremer: Das ist richtig: Jeder Angestellte würde sich mit dieser Grippe 14 Tage ins Bett legen – zu Recht auch. Ich habe mit unserem Arzt gesprochen und der meinte, wenn sich jezt einer hinlegt, dann kriegen wir den so schnell nicht mehr hoch. Da müssen wir durch. Meine Spieler sind mit Spritzen und Tabletten nur so vollgestopft.

WELT: Über Karneval waren Sie mit der Mannschaft zu zwei Spielen in Südkorea. Ist diese Grippe ein unangenehmes Andenken an diese Reise?

Kremer: Das kann man so nicht sagen. Ich glaube vielmehr, daß sich ein Spieler hier den Virus eingefangen hat und die ganze Mannschaft ansteckte.

WELT: Überraschend ist es schon, daß Ihre Spieler so leicht ansteckungsanfällig sind. Körperlich ausgelaugten Spielern sagt man nach, daß sie wenig Widerstandskräfte besitzen. Haben Sie mit Ihrer Mannschaft doch zu hart trainiert? Zahlt sie jetzt den Preis für die kräftezehrenden Spiele?

Kremer: Wir haben immer dosiert trainiert. Die Spieler haben mein Training stets gelobt, keiner hat sich beschwert. Und im Spiel müssen sie sich ja nach allen Kräften austoben.

WELT: Bayern-Manager Uli Hoeness (32) zählte stets zu den Kritikern des Düsseldorfer Höhenfluges. Er glaubte, daß Ihre Mannschaft dieses Tempo über die ganze Saison nicht durchhalten könne.

Kremer: Das hat der Bayern-Manager nicht exclusiv für sich. Gerd Zewe und ich haben schon in der Hinrunde gesagt, daß die meisten Spieler an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit spielen. Wir haben immer davor gewarnt, uns in den Himmel zu heben. Daß wir jedoch durch die Grippe so zurückgeworfen werden, hätten wir uns nicht träumen lassen.

WELT: Nach solchen Negativ-Serien wird immer schnell der Kopf des Trainers gefordert, ist schnell von Krise die Rede. Hat sich der Präsident schon zu hart gemeldet?

Kremer: Eine Krise gibt es bei uns nicht, und der Präsident Bruno Recht hat sich auch nicht zu Wort gemeldet. Wenn zu lesen war, Recht habe gefordert, daß ich mit meiner Kumpelart aufhören soll, dann ist das Unfug. Erstens bin ich gar nicht so kumpelhaft im Umgang mit den Spielern und zweitens gibt es Erklärungen, die akzeptabel sind. Die Mannschaft läßt sich durch die Niederlagen nicht beunruhigen. Sie wollen alle wieder schnell gesund werden. Bei Krisen treten immer die gleichen Symptome auf: Spieler kommen zu spät zum Training, reden nicht miteinander, spinnen Intrigen und ziehen einfach nicht mit. Das ist bei uns gottlob nicht zu beobachten. Sie sitzen auch nach dem Training zusammen und diskutieren. Wer uns nicht mehr auf der Rechnung hat im Kampf um einen UEFA-Pokal-Platz, der begeht einen großen Fehler.

HAMBURG / Bremen lief in die Falle

Mit Milewski kehrte der alte Schwung zurück

ULRICH SCHMIDLA, **Hamburg**

Nein, hinten reinstellen wollten sich die Bremer im Volksparkstadion nicht. „Wer das macht", hatte Otto Rehhagel vor dem Spiel gesagt, „der hat beim HSV schon verloren." Also probierte es der Bremer Trainer vor 46 000 Zuschauern im 100. Nordderby mit der Offensive. Erfolg war ihm dabei nur teilweise beschieden. Seine Mannschaft hatte lediglich beim Ekkenverhältnis ein 9:0 herausgeholt. Die Tore aber, also das, was die Punkte einbringt, erzielten nur die Hamburger.

„Wir haben die Bremer kalt abgeschossen", kommentierte Ernst Happel kurz. Der HSV-Trainer umschrieb mit diesem Satz die wiedererwachte Cleverneß seines Teams, das sich in einer ungewohnten Rolle glänzend zurechtfand. Durch den Bremer Sturmlauf waren die Hamburger vor eigenem Publikum zum Kontern gezwungen. Zweimal kamen sie in der ersten Viertelstunde vor das Tor von Dieter Burdenski. Wolfram Wuttke und Wolfgang Rolff machten daraus zwei Tore.

Selbst nach der Pause, als die Hamburger immer noch mit 2:0 führten, gab Rehhagel seine Taktik nicht auf. Für Verteidiger Thomas Schaaf brachte er mit Uwe Reinders einen weiteren Stürmer. Tore fielen aber nur für den HSV. Jimmy Hartwig (54. Minute) und Felix Magath (90.) schlossen jeweils schöne Kombinationen mit sehenswerten Treffern ab.

Bremens Trainer hatte an diesem Tag offensichtlich nicht gemerkt, in welch guter Verfassung sich der Meister befindet. Die Krise des Winters, als der Europapokalsieger in der Tabelle auf den für ihn ungewohnten fünften Platz abgerutscht war, ist vorbei. „Man merkt, daß sich die Mannschaft etwas vorgenommen hat", sagte Manager Günter Netzer zu den 8:0 Punkten aus den letzten vier Bundesliga-Spielen. Hinzu kommen ein vollständig gesunder Kader und die aufsteigende Tendenz bei Jürgen Milewski. Nach seiner siebenmonatigen Verletzungspause sorgt der 1,68 m große Stürmer für die lange vermißte Bewegung im Spiel. Im Mittelfeld arbeitet er genauso wie in der Spitze, rechts wie links verwirrt er die Verteidiger. Gleichzeitig steckt er durch sein quirliges Spiel den sonst etwas trägen Wolfram Wuttke an.

Während der Abwesenheit von Milewski hatte Wuttke oft schlechte Kritiken bekommen. Doch jetzt ergänzen sich beide zu einem gefährlichen Sturm. In den letzten drei Spielen – seit Wuttke und Milewski gemeinsam auf Torjagd gehen – haben die Hamburger insgesamt 13 Tore geschossen. Und das, obwohl der Torschützenkönig des Teams, Dieter Schatzschneider, auf der Reservebank sitzt. „Wenn ich die gesamte Mannschaft schon im Winter gesund gehabt hätte, wäre er viel früher dort gelandet", sagt Ernst Happel.

Für Günter Netzer, der den 25 Jahre alten Schatzschneider zu Saisonbeginn als Nachfolger für Horst Hrubesch nach Hamburg geholt hatte, ist das kein Unglück. Im Gegenteil: Gerade weil der HSV eine so starke Ersatzbank habe, so Netzer, sei er wieder im Kommen: „Ich habe immer gesagt, wenn wir alle Spieler zur Verfügung haben, sind wir nur sehr schwer zu schlagen." Uwe Seeler stößt ins gleiche Horn: „Der Sieg geht in Ordnung, wenn auch nicht in der Höhe, denn die Bremer hatten ebenfalls gute Chancen. Aber wenn beim HSV alle dabei sind, habe ich überhaupt keine Bedenken."

Der Gegner zollte den Hamburgern gleichfalls großes Lob. Otto Rehhagel sagte nach dem Spiel: „Wir haben es versucht, aber wir haben kein Glück gehabt. Der HSV ist uns doch weit voraus." Für Rudi Völler, der sich durch ein vorgetäuschtes Foul unnötigerweise eine gelbe Karte einhandelte, ist die Titelvergabe bereits entschieden: „Der HSV wird Meister."

Von solchem Ansinnen zehn Spieltage vor Saisonende zu sprechen hält Netzer für verfrüht: „Die Entscheidung über die Meisterschaft fällt erst an den letzten drei Spieltagen, wenn nicht gar am letzten." Ob die Hamburger dann ein Wörtchen mitreden werden, macht er in hanseatischer Untertreibung vom Verletzungspech abhängig: „Wenn alle gesund bleiben, haben wir natürlich eine Chance."

Mit dem Aufwind beim HSV drängt sich wieder die Frage nach Hamburger Spielern auf, die für die Nationalmannschaft geeignet sind. Für die Europameisterschaft hat Bundestrainer Jupp Derwall bisher nur Wolfgang Rolff im Auge. Sein Assistent Horst Köppel, der als Beobachter auf der Tribüne saß, räumt Jürgen Milewski noch eine Chance ein. „Bis zur EM ist noch genügend Zeit. Er kann sich noch in den Kader spielen", sagte Köppel nach dem Spiel.



Dreimal stille Freude . . .

Die Freude über einen Sieg hat viele Gesichter – auch im Fußball, wo oft der Lärm regiert und die Jubelsprünge des Torschützen für die Fotografen wiederholt werden. Hier sind drei Beispiele: In Köln schenkt Mönchengladbachs Torschütze Uwe Rahn einem Schwerbehinderten sein Trikot (Foto oben). Und den beiden Trainern Aleksandar Ristic und Hermann Nuber sieht man den lauten Jubel über unverhoffte Punktgewinne auch nicht an. Ristic (unten links) fällt beim Schlußpfiff in Frankfurt vor Erleichterung über das 2:1 seiner Braunschweiger Mannschaft fast von der Bank. In Nubers Augen blitzt fast Unglaube über das 1:1 der Offenbacher in Kaiserslautern auf. Metzgermeister Nuber hatte erst am Spieltag selbst (Freitag) die Betreuung der Mannschaft für den beurlaubten Lothar Buchmann übernommen.

FOTOS: RZEPKA, WEREK, HARTUNG

DORTMUND / Erfolg zwiespältig aufgenommen

Trainer Franz, der Retter, trotzdem muß er gehen

BERND WEBER, **Dortmund**

Die jugendlichen Fans auf der Südtribüne des Dortmunder Westfalenstadions standen förmlich Kopf vor Begeisterung. Mit dem 6:0 über Fortuna Düsseldorf hatte ihnen ihre Borussia, nach so vielen Enttäuschungen in dieser Saison, endlich einmal wieder ein hochkalibriges Erfolgserlebnis vermittelt. Es mag kurios klingen, aber zweifelsfrei ist es so, daß der Dortmunder Vorstand, und speziell Manager Dieter Tippenhauer, den Triumph mit durchaus zwiespältigen Gefühlen in sich aufgenommen haben. Denn ganz sicher macht ihnen zu schaffen, daß nun von allen Seiten ein Mann als Vater des Erfolgs gefeiert wird, der zum Saisonende wieder gehen muß: Trainer Horst Franz nämlich.

Im November 1983 hatte Horst Franz den glücklosen Uli Maslo abgelöst. Franz hat es nach einigen Anfangsschwierigkeiten verstanden, die bis dahin total desolate Dortmunder Mannschaft wieder zu einer echten Einheit zu formen. Die 11:1-Punkte und 15:1-Tore-Heimbilanz seit seinem Amtsantritt sind ein eindeutiger Hinweis für seine Qualitäten. Der Dortmunder Vorstand wird jetzt in zunehmendem Maße mit der Frage konfrontiert, warum er es unterlassen hat, auch nur ein einziges Gespräch mit dem Trainer wegen einer möglichen Zusammenarbeit über das Saisonende hinaus zu führen.

Zum Beginn der neuen Meisterschaftsserie wird Timo Konietzka in Dortmund erwartet. Tippenhauer hat die Drähte für diese Verpflichtung gezogen – da war alte Uerdinger Kumpanei im Spiel. Denn als Tippenhauer im Oktober 1983 von der Bayer-Werksmannschaft in den Borussen-Managerstuhl wechselte, da ließ er sich, wie vor kurzem bekannt wurde, eine Absichtserklärung in den Vertrag einbauen, die Konietzkas Nachkommen für einen möglichst frühen Zeitpunkt vorsah. Was zur Folge hatte, daß sich Franz von Anfang an mit dem übergroßen Schatten des in Uerdingen zunächst ungeheuerlich erfolgreichen Konietzka herumschlagen mußte. Inzwischen freilich hat der Name von Konietzka etliches an Glanz verloren. Als seine Mannschaft am Freitagabend zu Hause gegen Arminia Bielefeld mit 1:3 unterlag, hat der Trainer es auf geradezu brutale Art zu spüren bekommen. Die Zuschauer brüllten „Timo raus" und „Hau ab nach Dortmund". Der Kölner Express fragte in seiner Sonntagsausgabe in dicker Schlagzeile: „Muß Konietzka in Uerdingen vorzeitig die Koffer packen?" Und in der Tat, das wird von vielen nicht mehr ausgeschlossen.

Horst Franz mag sich an den Diskussionen über die neue Lage nicht beteiligen. Er sagte zur WELT: „Ich habe das Thema Dortmund gedanklich abgehakt. Ich werde mich natürlich dennoch mit aller Kraft und bis zum letzten Tag in die Aufgabe dort hineinknien, um meine Position auf dem Trainermarkt zu stärken. Denn wenn ich mit den Borussen länger anhaltenden Erfolg haben sollte, dann brauche ich mir über einen neuen Arbeitsplatz in der Bundesliga wohl keine allzu großen Sorgen zu machen."

Daß er mit dem Dortmunder Vorstand und besonders mit Tippenhauer trotz des „gedanklichen und wirklich emotionsfreien Abhakens" nicht mehr im allerbesten Einvernehmen lebt, kann Franz gleichwohl nicht verhehlen. „Ich habe denen unmißverständlich an den Kopf geworfen, daß sie mich getäuscht haben!", meint der Trainer. Und er erläutert warum: „Ende Januar noch hat Präsident Frank Rohring bei einer Sitzung eine Ehrenerklärung für mich abgegeben, und er hat ganz eindeutig angekündigt, daß ich der erste Trainer sein werde, mit dem man über einen neuen Vertrag verhandeln werde. Ich hätte es besser und auch wesentlich mannhafter gefunden, wenn man mir diese Lüge erspart hätte. Und eins kann ich auf jeden Fall versichern, ich hätte in Dortmund genauso engagiert gearbeitet, wenn die Herren den Mut gehabt hätten, mir in Sachen Konietzka von Anfang an reinen Wein einzuschenken."

Konietzka selbst weiß sicherlich, daß seine Arbeit bei der Borussia durch die veränderten Vorzeichen sehr viel schwieriger sind, als er es sich vorgestellt hat. Am Samstag erlebte er das 6:0 seiner neuen Mannschaft von der Tribüne aus mit. Nach außen hin gab er sich später ausgesprochen selbstbewußt. „Ich habe schon heißere Eisen angepackt und bin durchgekommen", meinte er. Dennoch, in Dortmund werden alle Verantwortlichen zumindest vorläufig mit der Vorstellung leben müssen, daß sie sich ganz kräftig sogar die Finger verbrennen können . . .

24. Spieltag in der Statistik: Endlich wieder einmal über 200 000

							Heim		Auswärts	
1. München	24	15	5	4	59:22	35:13	42:6	22:2	17:16	13:11
2. Hamburg	24	15	4	5	56:26	34:14	43:13	22:4	13:13	12:10
3. Gladbach	24	14	5	5	54:34	33:15	37:12	23:1	17:22	10:14
4. Stuttgart	23	12	7	4	48:24	31:15	31:8	19:3	17:16	12:12
5. Bremen	24	12	5	7	50:30	29:19	36:7	21:3	14:23	8:16
6. Leverkusen	24	10	6	8	42:40	26:22	27:13	19:5	15:27	7:17
7. Düsseldorf	24	10	5	9	51:43	25:23	37:14	18:6	14:29	7:17
8. Köln	24	11	3	10	43:36	25:23	26:14	16:8	17:22	9:15
9. Bielefeld	24	8	7	9	30:39	23:25	17:15	14:10	13:24	9:15
10. Uerdingen	23	8	6	9	41:47	22:24	22:19	15:9	19:28	7:15
11. K'lautern	24	9	4	11	52:48	22:26	30:17	16:10	22:31	6:16
12. Braunschw.	24	10	2	12	39:56	22:26	27:15	17:5	12:41	5:21
13. Dortmund	24	8	5	11	36:45	21:27	24:11	18:8	12:34	3:19
14. Mannheim	24	5	10	9	26:40	20:28	17:15	12:10	9:25	8:18
15. Bochum	24	6	6	12	42:58	18:30	25:19	14:8	17:39	4:22
16. Frankfurt	24	3	10	11	30:47	16:52	17:16	12:14	13:31	4:18
17. Nürnberg	24	6	2	16	29:49	14:34	25:18	14:10	4:31	0:24
18. Offenbach	24	5	4	15	31:75	14:34	21:23	12:10	10:52	2:24

● Zum zweiten Mal in der Rückrunde der Fußball-Bundesliga wurde in den neun Stadien die Grenze von 200 000 Zuschauern überschritten. 202 281 Besucher sorgten für eine zufriedenstellende Gesamtzahl. Selbstverständlich, daß die beiden regionalen Derbys den meisten Besuch hatten. Das Spiel Hamburg gegen Bremen sahen 46 000, die Begegnung Köln – Mönchengladbach 41 000. Die Gesamtzahl der Zuschauer erhöhte sich auf 4,32 Millionen, im Vergleich zum Vorjahr fehlen aber noch immer rund 200 000. Bayern München besitzt die meisten Fans (29 708 im Schnitt).

● Karl-Heinz Rummenigge setzt sich in der Torschützenliste immer weiter ab. Der Torschützenkönig von 1980 (26 Tore) und 1981 (29) hat bereits 19 mal getroffen und führt mit fünf Treffern Vorsprung vor dem Bochumer Christian Schreier. Dennoch: Zum zweiten Mal innerhalb von drei Wochen war Rummenigge als Elfmeter-Schütze erfolglos. Am Samstag scheiterte er an Ralf Zumdick (Bochum), zuvor war der Braunschweiger Bernd Franke stärker. Rummenigge will jetzt vorläufig keine Strafstöße mehr schießen, auch nicht in der Nationalmannschaft.

● Werder Bremen beklagt mit 0:6 Punkten die schlechteste Serie seit dem Wiederaufstieg von 1981. Außerdem gab es beim 0:4 in Hamburg die höchste Niederlage seit dem 15. Mai 1982. Damals gab es ein 0:5 – ebenfalls in Hamburg. Noch schlimmer ist die Talfahrt von Fortuna Düsseldorf, das die fünfte Niederlage in Folge erlitt. 0:10 Punkte hatte es für die Düsseldorfer zuletzt beim Saisonstart 1976 unter Trainer Dietrich Weise gegeben. Der Hamburger SV ist nach München (1324), Köln (1382) und Gladbach (1324) der vierte Klub mit 1300 Treffern.

● Drei Spieler wurden zum vierten Mal verwarnt und sind für den nächsten Samstag automatisch gesperrt: Hans-Peter Briegel (Kaiserslautern), Karl-Heinz Geils und Gregor Grillemeier (beide Arminia Bielefeld). Für 40 Spieler bedeutet die nächste gelbe Verwarnung ebenfalls eine Sperre. Insgesamt 552 gelbe und 17 rote Karten stehen in dieser Saison als Signal für das schärfere Vorgehen der Schiedsrichter. Härter gespielt werde nicht, darüber sind sich alle Bundesliga-Trainer einig. Die Schiedsrichter sind in eine Offensive der Vernunft gegangen.

2. Liga

Trauriger Rekord Drei Aachener flogen vom Platz

sid, **Darmstadt**

Der Münchner Schiedsrichter Hans Scheuerer, hauptberuflich Geschäftsführer des Süddeutschen Fußballverbandes, wird demnächst zu einer Sportgerichts-Verhandlung an seinen früheren Arbeitsplatz in der Frankfurter DFB-Zentrale zurückkehren müssen. Denn ein Nachspiel der Vorkommnisse im Zweitliga-Spiel zwischen Darmstadt 98 und Alemannia Aachen (3:1) vom Samstag ist nicht zu vermeiden.

Mit den Feldverweisen für Torwart Jupp Koitka, Spielertrainer Rolf Grünther und Verteidiger Jo Montanes stellte Alemannia Aachen einen traurigen Rekord auf.

● 41. Minute Rote Karte für Montanes. „Der Aachener hat mich nach einer Strafstoß-Entscheidung zunächst angerempelt und ist von mir dafür verwarnt worden", sagt der 34 Jahre alte Scheuerer. „Darauf reagierte er mit Abwinken und ich mußte einen Feldverweis gegen ihn aussprechen."

● 82. Minute: Rote Karte für Koitka. Der Aachener Torwart war für ein Foul an Kuhl bereits verwarnt worden (37.) und beging außerhalb des Strafraums ein Handspiel.

● 84. Minute: Rote Karte für Grünther. Scheuerer: „Er hat mir mit der Äußerung gedroht: ‚Dir haue ich gleich in die Fresse.' Das werde ich so auch im Spielbericht zum Ausdruck bringen."

Grünther gab nach der Begegnung zu: „Ich habe protestiert und gesagt, das sei Betrug. Es kann auch sein, daß die Äußerung fiel, man müsse dem Schiedsrichter für diese Entscheidungen an den Kragen gehen. Einzelheiten weiß ich aber nicht mehr, ich war zu erregt."

DIE ERGEBNISSE

Spiel	Ergebnis	Halbzeit
Darmstadt – Aachen	3:1	(1:0)
Duisburg – Stuttgart	1:1	(0:0)
Hertha BSC – Oberhausen	3:2	(1:1)
Freiburg – SCC Berlin	2:2	(0:1)
Solingen – Kassel	0:2	(0:0)
Karlsruhe – Essen	3:0	(1:0)
Osnabrück – Saarbrücken	4:0	(0:0)
Hannover – Lüttringh.	4:1	(1:0)
Wattenscheid – Köln	4:2	(2:1)
Ulm – Schalke	1:0	(0:0)

DIE TABELLE

1. Schalke	27	17	7	3	68:27	41:13
2. Karlsruhe	27	17	5	5	63:35	39:15
3. Kassel	26	15	5	6	55:28	35:17
4. Duisburg	27	12	10	5	45:25	34:20
5. Aachen	26	13	7	6	36:26	33:19
6. Solingen	27	11	8	8	47:37	30:24
7. Köln	27	11	8	8	52:47	30:24
8. Freiburg	27	9	12	6	36:39	30:24
9. Hertha	27	9	9	9	50:44	27:27
10. Ulm	27	8	9	10	48:44	25:29
11. Saarbr.	27	9	7	11	43:48	25:29
12. Darmstadt	27	9	7	10	35:56	25:29
13. Wattensch.	26	9	6	11	41:50	24:28
14. Hannover	25	7	9	9	34:42	23:27
15. Stuttgart	26	7	8	11	35:39	22:30
16. SCC Berlin	27	7	8	12	30:46	22:32
17. Essen	27	6	8	13	36:47	20:34
18. Osnabr.	27	7	5	15	32:49	19:35
19. Oberhaus.	27	4	8	15	30:50	16:38
20. Lüttringh.	27	5	4	18	23:60	14:40

DIE VORSCHAU

Freitag, 23. März, 20.00 Uhr: Schalke – Solingen; **Samstag, 24. März, 15.30 Uhr:** Ulm – Darmstadt, Kassel – Osnabrück, Oberhausen – Hannover, Saarbrücken – Hertha BSC, SCC Berlin – Karlsruhe, Lüttringhausen – Duisburg; **Sonntag, 25. März, 15.00 Uhr:** Köln – Aachen, Stuttgart – Freiburg, Essen – Wattenscheid.

SKIFLIEGEN / Den Weltrekord jetzt sogar auf 185 Meter gesteigert

Wortkarg spielt Matti Nykänen mit der Thermik: „Angst habe ich nicht"

sid/dpa, **Oberstdorf**

Der neue Skiflug-Weltrekordler Matti Nykänen fliegt der gesamten Ski-Welt geradezu auf und davon. Haushoch überlegen mit 59,9 Punkten Vorsprung gewann der 20jährige Olympiasieger auf der Großschanze und Weltmeister von 1982 mit zwei Tagessiegen und der Gesamtnote 783,5 auf der Heini-Klopfer-Skiflugschanze im Oberstdorfer Birgsautal die 14. Weltcup-Skiflugwoche. Höhepunkt der von insgesamt 80 000 Zuschauern besuchten dreitägigen Veranstaltung war die zweimalige Verbesserung des Weltrekords durch Nykänen auf zunächst 182 Meter am Freitag im Training und dann auf 185 Meter am ersten Wettkampftag am Samstag.

Matty Nykänen führt vor dem letzten Weltcup-Skispringen am Sonntag in Planica (Jugoslawien) mit 217 Punkten vor Jens Weißflog mit 210 Punkten.

Der finnische Skisprung-Olympiasieger Matti Nykänen hielt sein Wort: Fast genau 24 Stunden, nachdem er in Oberstdorf zweimal hintereinander auf die neue Weltrekordmarke von 182 Metern geflogen war, schraubte der 20jährige Sportplatzangestellte am Samstag beim Weltcup-Skifliegen auf der Heini-Klopfer-Flugschanze vor 30 000 Zuschauern die Bestmarke auf 185 Meter – genau die Weite, die er tags zuvor vorausgesagt hatte.

Der Finne blieb auch nach seiner einmaligen Rekordserie wortkarg. „190 Meter sind möglich." Mehr war dem 20 Jahre alten städtischen Angestellten der 60 000-Einwohner-Gemeinde Jyväskylä in Mittelfinnland auch nach seiner einmaligen Serie in Oberstdorf kaum zu entlocken.

Zweimal 182 Meter im Training am Freitag, 185 Meter beim ersten Wertungsfliegen am Samstag: Der Sohn eines Taxifahrers und einer Verkäuferin verbesserte den offiziellen Weltrekord von Pavel Ploc (181 m) aus der CSSR aus dem Vorjahr in Harrachov gleich um vier Meter. Ein Ende der verwegenen Rekordjagd ist noch nicht in Sicht.

Wie kein anderer Skiflieger vor ihm nutzt der kleine Finne die Thermik, um an neue Grenzen vorzustoßen.



Die Konkurrenz war für ihn nur Staffage: Matti Nykänen.
FOTO: BONGARTS

„Angst kenne ich nicht", sagt jener Skispringer, der fast alles erreicht hat, was ein Skispringer erreichen kann: Junioren-Weltmeister, Weltmeister, Olympiasieger auf der Großschanze, Weltcup-Sieger, Weltrekord! Im nächsten Jahr will Matti Nykänen nun auch in Planica Skiflug-Weltmeister werden.

Für Finnlands Chefcoach Nilo Halonen, der am Ende dieses Winters in die Industrie abwandert, ist Matti Nykänen ein Ausnahmetalent: „Was ihn auszeichnet, ist seine Gründlichkeit. Wenn er das Trainingsprogramm akzeptiert hat, ist es für ihn heilig. Er kann sich konzentrieren, wie kaum ein anderer."

Auch der Mißerfolg bringt Matti Nykänen nicht aus der Bahn. Bei den traditionsreichen Holmenkollen-Spielen in Oslo verwehte ihn kürzlich der Wind. Der sieggewohnte Finne fand sich auf dem letzten Platz der Ergebnisliste wieder. In Oberstdorf war er schon wieder der strahlende Sieger. Und bis zu den Olympischen Winterspielen 1988 in Calgary will er weitermachen.

Für die Zukunft ist gesorgt. Die Heimatgemeinde hat ihrem großen Sohn nach dem Olympiasieg ein Grundstück zur Verfügung gestellt. Vermutlich mit dem dazugehörigen Häuschen. Und eines Tages wird man Matti Nykänen sicher sogar ein Denkmal als Weitenjäger setzen.

Bei der Mannschafts-Weltmeisterschaft in der Nordischen Kombination in Rovaniemi (Finnland) gewann Norwegen in der 3 x 10-km-Staffel auf den letzten Metern den Titel vor Finnland und dem nach dem Springen noch in Führung liegenden UdSSR-Team. Die „DDR" als Titelverteidiger ging als Vierter ebenso leer aus wie das Team des Deutschen Ski-Verbandes (DSV), das nach dem enttäuschenden siebenten Platz im Springen mit über sechs Minuten Rückstand in die Spur ging, sich dort aber auf Rang fünf verbesserte.

Mehr war trotz der überragenden Laufleistung von Thomas Müller (Oberstdorf) bei idealen Bedingungen – Sonnenschein, Windstille, zehn Grad minus – nicht drin. Müller ging nach seiner deprimierenden Sprungleistung hochmotiviert ins Rennen und erzielte die zweitbeste Laufzeit hinter dem Norweger Sandberg.

SPORT-NACHRICHTEN

14. Titel für Budapest

Budapest (sid) – Die Damen von Statisztika Budapest gewannen durch einen 5:0-Finalsieg über Vörös Lobogo Tolna zum 14. Mal und zum neunten Mal in Folge den Tischtennis-Europapokal der Landesmeister.

WM nach Kiel vergeben

Hamburg (dpa) – Die Weltmeisterschaft der 470er-Segler findet 1987 im Anschluß an die Kieler Woche vor Kiel statt. Kiel wurde deshalb als Austragungsort für 1987 gewählt, weil der Kieler Yacht Club in drei Jahren seinen 100jährigen Geburtstag feiert.

Fünfter Titel für Claßen

Pirmasens (sid) – Weltmeisterin Barbara Claßen (Grenzach-Wyhlen) benötigte im Finale der zehnten Judo-Europameisterschaften der Damen in Primasens nicht einmal eine Minute, um zum fünften Male den Titel zu gewinnen. In der Klasse bis 72 kg besiegte die 26jährige Kindergärtnerin die sechs Jahre jüngere Französin Christine Cicot mit einer Beinsichel und einem Haltegriff.

Niederlage für Gertel

Venedig (dpa) – Der deutsche Weltergewichts-Vizemeister Helmut Gertel (22) von der TG Worms belegte beim Italia-Turnier in Mestre bei Venedig den zweiten Platz. Im Finale unterlag er Weltcup-Sieger Luciano Bruno (Italien) mit 0:5-Punktrichterstimmen.

Landerechte garantiert

Los Angeles (dpa) – Zehn Tage nach dem Disput um die Akkreditierung eines sowjetischen Olympia-Attachés in Los Angeles ist die amerikanische Regierung in einem anderen bisher umstrittenen Punkt der Sowjetunion entgegengekommen. Die Vereinigten Staaten gewähren der sowjetischen Luftfahrtgesellschaft Aeroflot sowie dem Passagierschiff „Gruzia" im kommenden Juli und August volle Lande- beziehungsweise Anlegerechte.

Mass in Deutschland

Düsseldorf (sid) – Der frühere Formel-1-Fahrer Jochen Mass wird auf einem Porsche 956 an allen sieben Läufen zur deutschen Automobil-Rennsportmeisterschaft teilnehmen. Der in Monaco lebende Bad Dürkheimer wurde vom Joest-Team verpflichtet.

Titel verteidigt

San Juan (UPI) – Nur eine Minute und 57 Sekunden benötigte Leichtgewichts-Boxweltmeister Edwin Rosario (WBC-Version) aus Puerto Rico, um seinen Titel gegen den Texaner Roberto Elizondo erfolgreich zu verteidigen. Von seinen 28 Profikämpfen gewann Rosario bisher alle, 26 davon durch K. o.

PLO nicht nach Los Angeles

Los Angeles (sid) – Die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO wird nicht an den Olympischen Sommerspielen 1984 in Los Angeles teilnehmen. Dies erklärte der Präsident des Organisations-Komitees, Peter Ueberroth, in Los Angeles.

Demuth vor Weber

Kaiserslautern (dpa) – Der Münchner Harald Demuth gewann mit seinem belgischen Beifahrer Willy Lux auf Audi Quattro die Rallye Trifels, den zweiten Lauf zur deutschen Rallye-Meisterschaft. Zweite wurden das Opel-Team Erwin Weber/Gunter Wanger (Neufarn/Darmstadt).

Langer auf Platz sechs

Orlando (sid) – Bernhard Langer liegt nach der dritten Runde des mit 400 000 Dollar dotierten Golf-Turniers mit 207 Schlägen auf Rang sechs. Es führt der Amerikaner Hal Sutton mit 203 Schlägen.

Im Spurt gewonnen

Frechen (sid) – Der Berliner Jörg Echtermann gewann das 163 Kilometer lange Amateur-Straßenrennen Köln–Frechen. Er besiegte im Spurt Peter Hilse aus Freiburg.

SCHACH

Smyslow gab auf Kasparow führt nun schon 3:1

DW. **Bonn**

Garri Kasparow gewann seine zweite Partie im Schachkandidatenfinale gegen Wassili Smyslow und führt jetzt 3:1. Wer als erster 8,5 Punkte erreicht hat, ist Herausforderer von Weltmeister Karpow. Großmeister Ludek Pachman kommentiert für die WELT die vierte Partie:

Weiß Smyslow (Damengambit):
1.d4 d5, 2.Sf3 Sf6, 3.c4 e6, 4.Sc3 Le7, 5.Lf4 0–0, 6.e3 c5, 7.dxc5 Lxc5, 8.Le2…

Bedeutet praktisch den Verzicht auf jeden Eröffnungsvorteil. Die üblichen Fortsetzungen sind 8.Dd2 oder cxd5.

8.… dxc4, 9.Lxc4 a6, 10.De2 b5, 11.Ld3 Lb7, 12.0–0 Sbd7, 13.e4 Sh5!, 14.Ld2…

Besser wäre sofort 14.Le3.

14.… Dc7!, 15.g3 Tad8, 16.Le3 Lxe3, 17.Dxe3 Dc5!.

Einfach und stark. Nach 18.Dxc5? Sxc5, 19.Lc2 b4 würde Weiß den Bauern e4 verlieren.

18.Tfe1 Shf6, 19.a3 Sg4!, 20.Dxc5 Sxc5, 21.Lc2 f5!, 22.Sg5 f4!.

Ein ausgezeichneter taktischer Schlag. Falls 23.b4, so folgt fxg3, 24.fxg3 Td2!.

23.Tad1 Txd1, 24.Lxd1?…

Verliert praktisch forciert, besser wäre 24.Txd1 fxg3, 25.fxg3 Se3, 26.Tc1…

24.…Se5!, 25.gxf4 Sed3, 26.b4 h6!.

Vielleicht hat Smyslow nur mit Sxe1, 27.bxc5 nebst 28.Sxe6 gerechnet.

27.bxc5 hxg5, 28.Te3 Sxf4, 29.a4?…

Smyslow war in Zeitnot, aber auch nach 29.Se2 Tc8, 30.Tc3 Lxe4 würde er verlieren.

29.…b4, 30.Se2 Tc8, 31.Lb3 Txc5, 32.Sxf4 gxf4, 33.Lxe6+ Kf8, 34.Te1 Te5, 35.Lb3 Txe4, 36.Ta1 Ke7, 37.Kf1 a5, 38.Tc1 Kf6, 39.h3 g5, 40.Tc7 Te7, 41.Tc5 Te5.

SKI ALPIN / Ingemar Stenmark vergab seine letzte Chance

Zurbriggen holte sich den Weltcup

dpa/sid, **Are**

Neuer Gewinner des alpinen Ski-Weltcups wurde in Are (Schweden) der Schweizer Pirmin Zurbriggen, da sein stärkster Rivale Ingemar Stenmark (Schweden) im Slalom nicht auf den ersten Rang kam. Nur ein Sieg Stenmarks aber hätte den Erfolg von Zurbriggen noch gefährden können. Sieger des Weltcup-Slaloms von Are wurde der für Luxemburg startende Österreicher Marc Girardelli vor dem Österreicher Franz Gruber und dem Schweden Lars-Göran Halvarsson.

Der 21jährige Koch Pirmin Zurbriggen aus Saas Almagell machte mit dem Gewinn des Gesamt-Weltcups seinem Kantons-Verband daheim in Wallis zum 50jährigen Jubiläum das wohl schönste Geschenk. Den bisher einzigen Schweizer Sieg im Gesamt-Weltcup verbuchte vor dem Erfolg Pirmin Zurbriggens im Jahre 1979 Peter Lüscher. Über Ingemar Stenmark sagte Pirmin Zurbriggen: „Er ist einer der größten Ski-Rennläufer aller Zeiten, und er hat schon namhafte Rennen gewonnen, als ich den Weltcup nur aus dem Fernsehen kannte."

Die Entscheidung über den Ausgang des Skiweltcups der Damen ist hingegen weiterhin vertagt worden, da die Schweizerin Erika Hess nach ihrem Sieg im Riesentorlauf 24 Stunden später im Slalom im tschechoslowakischen Jasna bereits im ersten Durchgang zu den prominenten Ausfällen zählte (wie auch Maria Epple aus Seeg). Dafür zeigte die 20 Jahre alte Österreicherin Roswitha Steiner im Sturzslalom von Jasna echtes Stehvermögen. Nach Bestzeit im ersten Lauf gewann sie vor Frankreichs Olympia-Zweiter Perrine Pelen, die im zweiten Durchgang Bestzeit gelaufen war. Dritte wurde Italiens Goldmedaillengewinnerin Paoletta Magoni.

Heidi Wiesler aus Staufen kam als beste Deutsche auf den 13. Rang. Von 60 Starterinnen blieben nur 36 in der Wertung. Zu den gestürzten Mädchen zählte auch die amerikanische Olympiasiegerin im Riesenslalom Debbie Armstrong, die Olympia-Dritte Ursula Konzett (Liechtenstein) und die Schweizerin Maria Walliser.

Im Riesenslalom an gleicher Stelle gewann Erika Hess nicht nur die Konkurrenz, sie sicherte sich gleichzeitig auch den kleinen Pokal für diese Disziplin. Michela Figini, Abfahrts-Olympiasiegerin, vervollständigte den Schweizer Triumph des Tages als Zweite des Riesenslaloms. Maria Epple wurde Vierte, Marina Kiehl (München) Sechste.

Mit 247 Punkten hat die dreimalige Weltmeisterin Erika Hess die besten Chancen, den Gesamt-Weltcup zu gewinnen, zumal Hanni Wenzel (Liechtenstein) im Riesentorlauf nur auf den zwölften Rang gekommen war und im Slalom sich nur als Fünfte placieren konnte. Erika Hess weist nun vor den nächsten Rennen in Zwiesel (20./21. März, Slalom und Riesentorlauf) gegenüber Hanni Wenzel einen Vorsprung von 27 Punkten auf. An dritter Stelle ist im Augenblick immer noch die in den USA am Knie operierte Irene Epple (Seeg) mit 178 Punkten. Dann aber folgen bereits die jetzt beim Jasna-Slalom ausgefallenen Amerikanerinnen Tamara McKinney (167) und Christin Cooper (164).

EISKUNSTLAUF / Heute beginnt die Weltmeisterschaft in Ottawa

Schramms Frieden mit den Funktionären

sid, **Ottawa**

Der „American way of life", Sammelbegriff für alles, was der Europäer für typisch amerikanisch hält, hat bei Norbert Schramm binnen kurzer Zeit Spuren hinterlassen. Ein Sticker von Marilyn Monroe auf dem Trainingsanzug soll da wohl nicht nur äußeres Zeichen wiedergewonnener Lockerheit sein: „Ich habe die Zeit in Colorado Springs auch genutzt, um wieder zu mir zu finden."

Als die traurige Geschichte über die olympische Demontage eines Eiskunstlauf-Harlekins in Deutschlands Wohnstuben noch ein Thema war, wechselte der Neunte der Olympischen Spiele von Sarajevo am 1. März in die Rocky Mountains, wo er sich unerkannt, da unbekannt, für seine Abschiedskür als Amateur bei den heute beginnenden Weltmeisterschaften im kanadischen Ottawa einlaufen konnte.

15 Dollar beträgt der Preis, den der seit der Trennung von Bundestrainer Erich Zeller im Januar mit der Schramm-Betreuung beauftragte Carlo Fassi für die 20minütige Lektion verlangt. Es macht da keinen Unterschied, ob der Italo-Amerikaner das Eiskunstlauf-Abc erklärt oder mit einem Vize-Weltmeister Pflichtfiguren übt. Rund 8000 Mark verschlang der Aufenthalt im mit Eishalle versehenen Broadmoor-Motel-Komplex. Über die Verteilung der Summe auf die Deutsche Eislauf-Union (DEU), Sporthilfe und die Privatkasse des 23 Jahre alten Oberstdorfers wird erst gesprochen, wenn nach Ottawa Bilanz gezogen ist.

Obwohl mit Einwärtswende, Doppeldreierparagraph und Schlangenbogenschlinge für die Pflicht am Dienstag ausgerechnet die drei Figuren ausgelost wurden, die Norbert Schramm schon bei der Europameisterschaft in Budapest (Pflichtrang sechs) und in Sarajevo (Rang neun) sein charakteristisches Lachen aus dem Gesicht trieben, erscheint die Situation diesmal günstiger. Einerseits hat sich in Gesprächen vor Ort der Clinch zwischen Schramm und der Funktionärsriege gelockert, andererseits verfügt er in der Hauptstadt Kanadas über einen Bonus beim Publikum.

„Ich habe Fehler gemacht", gesteht Schramm ein, „hier wird es von meiner Seite keinen Anlaß zur Unruhe geben." Also Waffenstillstand in Ottawa? „In der Vergangenheit sind Kleinigkeiten von mir und Funktionärsseite wohl zu oft hochgespielt worden. Als Sportler bin ich nun mal eine kleine Nummer und auf diese Leute angewiesen." Gerade im von Sympathie und Antipathie beeinflußten Eiskunstlauf ist es erfolgsentscheidend, wie stark die Verbandslobby hinter den Kulissen mitläuft. Die Frage ist allerdings, ob in Ottawa bestätigt wird, daß der extravagante Schramm-Stil seit Sarajevo keine Fürsprecher mehr hat. Als Handicap auf dem Weg zu einem guten Abtritt kommt hinzu, daß Rudi Cerne als Europameisterschafts-Zweiter und Olympia-Vierter Schramm in diesem Winter intern den Rang abgelaufen hat.

Gewiß ist Schramm allein die Sympathie des Publikums: „Die mögen meine Art zu laufen hier." Schon im Training wird jeder Sprung und jede seiner eigenwilligen Pirouetten mit Beifall honoriert. 1981 gewann Schramm vor Lokalmatador Brian Orser das Turnier „Skate Canada" in Ottawa und damit seinen ersten großen Wettbewerb.

SPORT-NACHRICHTEN

FUSSBALL

Erste Englische Division, 31. Spieltag: Aston – Nottingham 1:0, Everton – Ipswich 1:0, Leicester – West Ham 4:1, Manchester United – Arsenal 4:0, Norwich – Luton 0:0, Notts – Coventry 2:1, Southampton – Liverpool 2:0, Stoke – Birmingham 2:1, Tottenham – Bromwich 0:1, Watford – Queens Park 1:0, Wolverhampton – Sunderland 0:0. – Tabellenspitze: 1. Manchester United 63:61 Tore/64 Punkte aus 32 Spielen, 2. Liverpool 51:24/63/32, 3. Nottingham 55:35/56/32, 4. Southampton 39:25/55/30.

„DDR"-Oberliga, 18. Spieltag: Erfurt – Riesa 3:1, Rostock – Chemie Leipzig 4:1, Aue – Karl-Marx-Stadt 2:0, Lok Leipzig – Jena 6:1, Halle – Magdeburg 2:2, Dresden – Union Berlin 2:0, Dynamo Berlin – Frankfurt 1:2. – Tabellenspitze: 1. Dresden 39:16/26:10, 2. Dynamo Berlin 45:23/26:10, 3. Lok Leipzig 37:21/24:12, 4. Magdeburg 39:25/22:14.

BASKETBALL

Play-Off-Runde der Herren, 2. Spieltag: Charlottenburg – Göttingen 89:78, Leverkusen – Köln 73:72. – Meisterrunde der Damen, 6. Spieltag: Köln – Düsseldorf 66:85, München – Marburg 80:59. – Abstiegsrunde: Leverkusen – Leimen 56:60.

EISHOCKEY

Bundesliga-Qualifikation, 5. Spieltag, Gruppe A: Düsseldorf – Mannheim 6:5, Schwenningen – Landshut 6:2. – Gruppe B: Freiburg – Köln 8:6, Kaufbeuren – Rosenheim 7:3. – Aufstiegsrunde: 5. Spieltag: Bayreuth – Preußen Berlin 6:5, Essen-West – Iserlohn 3:3, Duisburg – Rießersee 2:4.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 20. Spieltag: Lemgo – Nürnberg 21:20, Günzburg – Gummersbach 16:16, Reinickendorf Berlin – Schwabing 20:20, Hofweier – Dankersen 18:13, Großwallstadt – Göppingen 24:20, Hüttenberg – Essen 18:17. – Bundesliga, Damen, 16. Spieltag, Gruppe Nord: Jarplund-Weding – Eilbeck 19:18, Minden – Stemmer 14:12, Herzhorn – Kiel 10:12. – Gruppe Süd: Kleenheim – Frankfurt 10:10.

JUDO

Bundesliga, 1. Wettkampftag, Gruppe Nord: Remscheid – Hamburg-Eilbeck 16:2, Wolfsburg – Düsseldorf 19:1, Bremen – Berlin 11:8. – Gruppe Süd: Wiesbaden – Nürnberg 8:11, Abensberg – Malstatt-Saarbrücken 14:2, München-Großhadern – Freiburg 18:0.

10. Europameisterschaft der Damen in Pirmasens, 1. Tag: bis 61 kg: 1. Rottier (Frankreich), 2. Wahnsiedler (Deutschland), 3. di Toma (Italien) und Hughes (England). – Bis 66 kg: 1. Deydler (Frankreich), 2. Hartl (Österreich), 3. de Kok (Holland) und Lieckens (Belgien). – Bis 72 kg: 1. Claßen (Deutschland), 2. Cicot (Frankreich), 3. Haydon (England) und Antoine (Belgien). – Über 72 kg: 1. van Ulen (Holland), 2. Lupino (Frankreich), 3. Arsenovic (Jugoslawien) und Motta (Italien).

VOLLEYBALL

Endrunde, Herren, 4. Spieltag: Hamburg – Paderborn 2:3, München – Gießen 0:3. – Bundesliga, Damen, 17. Spieltag: Lohhof – Oythe 3:2, Stuttgart – Feuerbach 0:3, Berlin – Münster 0:3, Augsburg – Darmstadt 3:2.

WASSERBALL

Bundesliga, 5. Spieltag: Spandau – Offenbach 14:2, Würzburg – Duisburg 98 10:10, Braunschweig – Hamm 4:10, Fulda – Düsseldorf 12:8, Esslingen – Hannover-Linden 13:13, Cannstatt – ASC Duisburg 13:9.

SKI ALPIN

Weltcup-Riesenslalom, Damen in Jasna/CSSR: 1. E. Hess (Schweiz) 2:17,08 Min., 2. Figini (Schweiz) 2:17,89, 3. Cooper (USA) 2:17,96, 4. M. Epple (Deutschland) 2:19,42, 5. McKinney (USA) 2:19,43, 6. Kiehl (Deutschland) 2:19,68, 7. M. Hess (Schweiz) 2:20,32, 8. Haas (Schweiz) 2:20,37, 9. Charvatova (CSSR) 2:20,56, 10. Gerg (Deutschland) 2:20,60. – Stand im Gesamt-Weltcup: 1. E. Hess 247 Punkte, 2. Wenzel 217, 3. I. Epple 178, 4. McKinney 168, 5. Figini 164, 6. Cooper 161, 7. Charvatova 153, 8. Walliser 131, 9. Kiehl 124, 10. Kronbichler 122. –

Weltcup-Riesenslalom der Herren in Aare/Schweden: 1. Enn (Österreich) 2:25,27, 2. Strolz (Österreich) 2:25,43, 3. Stenmark (Schweden) 2:25,50, 4. Girardelli (Luxemburg) 2:25,59, 5. Gaspoz (Schweiz) 2:26,08, 6. Zurbriggen (Schweiz) 2:26,43, 7. Strel (Jugoslawien) 2:26,59, 8. Giorgi (Italien) 2:26,78 und Krizaj (Jugoslawien) 2:26,78, 10. Erlacher (Italien) 2:26,90 ... 13. Hirt (Deutschland) 2:27,78. –

SKIFLIEGEN

Skiflug-Woche in Oberstdorf, erstes Wertungsfliegen (Weltcup-Konkurrenz): 1. Nykäjnen (Finnland) 185+173, 2. Ploc (CSSR) 181+166, 3. Weißflog („DDR") 164+176, 4. Ostwald („DDR") 171+166, 5. Felder (Österreich) 161+164, 6. Parma 164+155, 7. Dluhos 150+169, 8. Podzimek (alle CSSR) 165+151, 9. Findeisen („DDR") 161+150, 10. Opaas (Norwegen) 146+148 ... 20. Bauer 148+134 ... 22. Klauser 142+143 ... 33. Wegschneider 132+124 ... 37. Ihle 129+106 ... 46. Haßlberger 122+103 ... 44. Steiert (alle Deutschland) 105+122.

SKI NORDISCH

Weltcup-Rennen in Skrbske Pleso/CSSR, Damen über 5 km: 1. Jeriova (CSSR) 14:59,00 Min., 2. Boe 15:03,10, 3. Nybraaten 15:03,20, 4. Nykkelmo 15:10,00, 5. Jahren (alle Norwegen) 15:18,50, 6. Kratzer (Schweiz) 15:24,10, 30. Wilke (Deutschland) 16:33,90.

15-km-Weltcup-Rennen in Fairbanks/USA, Herren: 1. Swan (Schweden) 38:17,9 Min., 2. Grünenfelder (Schweiz) 39:34,3, 3. Braa (Norwegen) 39:54,2, 4. Ottosson (Schweden) 39:54,3, 5. Guidon (Schweiz) 40:05,9, 6. Holte (Norwegen) 40:06,6 ... 21. Schöbel (Sindelsdorf) 42:20,9.

RADSPORT

Mailand – San Remo über 294 km: 1. Moser (Italien) 7:22:25 Std., 2. Kelly (Irland) 20 Sek. zur., 3. van der Aerden (Belgien), 4. Rosola (Italien), 5. Caroli (Italien), 6. Hoste (Belgien) alle gleiche Zeit.

SCHWIMMEN

Drei-Länder-Kampf Deutschland-Holland-CSSR in Karlsruhe (50-m-Bahn), zweiter Tag: Damen: 200 m Freistil: 1. Verstappen (H) 2:01,89, 2. van Bentum (H) 2:04,00, 3. Beyermann (D) 2:04,36. – 200 m Brust: 1. van Staberen (H) 2:40,22, 2. Willemse (H) 2:40,39, 3. Janssen (D) 2:44,52. – 100 m Rücken: 1. de Rover (H) 1:04,68, 2. Schlicht (D) 1:04,95, 3. Lohnicka (CSSR) 1:06,58. – 400 m Lagen: 1. Pielke 4:59,48, 2. Zindler (beide D) 5:01,25, 3. Muis (H) 5:04,98. – 4 x 200 m Freistil: 1. Holland 8:18,54, 2. Deutschland 8:23,70, 3. CSSR 8:48,38. – Herren, 200 m Freistil: 1. Fahrner (D) 1:52,11, 2. Gery (CSSR) 1:52,75, 3. Schowtka (D) 1:52,83. – 200 m Brust: 1. Kleinert 2:24,05, 2. Mörken (beide D) 2:24,12, 3. Mily (CSSR) 2:24,48. – 200 m Schmetterling: 1. Gery (CSSR) 2:05,00, 2. de Kort (H) 2:06,07, 3. Buchholz (D) 2:06,20. – 400 m Lagen: 1. Klapkarek (D) 4:29,54, 2. Hladky (CSSR) 4:31,35, 3. Bermel (D) 4:35,22. – 4x200 m Freistil: 1. (D) 7:33,51, 2. CSSR 7:47,38, 3. (Holland) 7:49,45.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 17. Spieltag: Grenzau – Heusenstamm 9:3, Jülich – Bremen 4:9, Reutlingen – Saarbrücken 8:8, Düsseldorf – Bad Hamm 9:6, Altena – Hernbornseelbach 9:5. – Bundesliga, Damen, 16. Spieltag: Kaiserberg – Kiel 9:4, Frankfurt – Kleve 8:8.

RINGEN

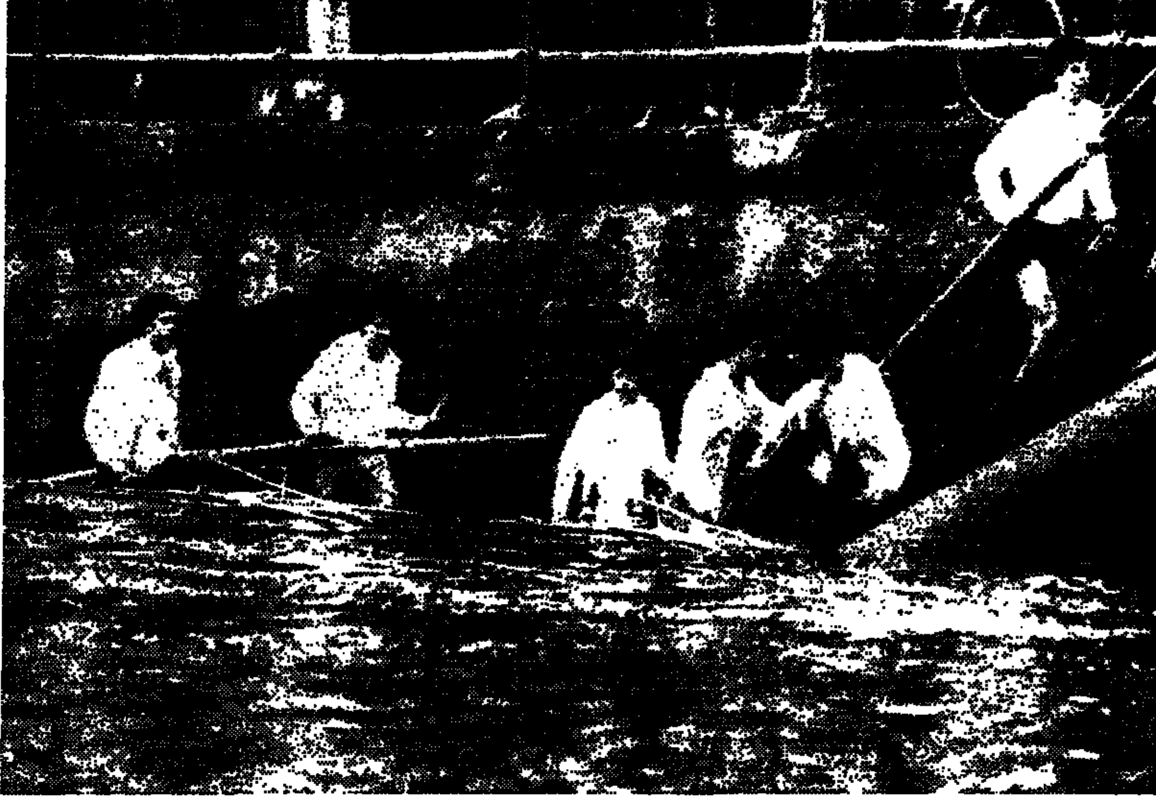
72. Deutsche Meisterschaften im griechisch-römischen Stil in Tuttlingen: 48 kg: 1. B. Scherer (Wiesbaden). – 52 kg: 1. M. Scherer (Schifferstadt). – 57 kg: 1. P. Passarelli (Nürnberg). – 62 kg: 1. Gabriel (Schwarzenholz/Schwalbach). – 68 kg: 1. C. Passarelli (Ludwigshafen). – 74 kg: 1. Hellwig (Witten). – 82 kg: 1. Ruch (Aldenhoven). – 90 kg: 1. Sachs (Freiburg/Haßlach). – 100 kg: 1. Gerdsmeier (Aschaffenburg). – + 100 kg: 1. Kies (Pirmasens).

AMATEURBOXEN

Großer Preis von Italien, Finale: Halbfliegen: Mustafov (Bulgarien) PS – Dak (Türkei). – Fliegen: Varabi (Ungarn) K. o.-Sieger 1. Rd. – Lauretta (Italien). – Bantam: Kolev (Bulgarien) PS – Slatchev (Bulgarien). – Feder: Novak (Polen) PS – Kosedoxski (Polen) – Leicht: Koch („DDR") PS – Gastillo (Kuba). – Halbwelter: Aguero (Kuba) PS – Bacskai (Ungarn). – Welter: Bruno (Italien) PS – Gertel (Deutschland). – Halbmittel: Tiozzo (Frankreich) PS – Ayed (Schweden). – Mittel: Raamsdonk (Holland) PS – Petrich (Polen). – Halbschwer: Manfredini (Italien) PS – Corpi (Schweden).

Lotto: 6, 22, 24, 32, 45, 47, Zusatzzahl: 4. – Spiel 77: 6 1 8 2 2 3 9. – Toto: Elferwette: 2, 1, 2, 1, 0, 1, 2, 1, 1, 0, 1.

(Ohne Gewähr)



Das Ende der traditionellen Bootsfahrt Oxford gegen Cambridge schon vor Beginn des Rennens: Das 28 000 Mark teure Boot „Made in Germany" versinkt nach einer Kollision mit einer Stahltrosse. FOTO: SUNDAY TIMES/SAD

Steuermann versenkte Boot und die Tradition – Oxford ruderte Rekord

SAD, **London**

Ein 21jähriger Student hat eine geheiligte britische Tradition versenkt – im wahrsten Sinne des Wortes. Die berühmte Ruderregatta zwischen den Universitäts-Achtern aus Oxford und Cambridge mußte zum ersten Mal in ihrer 155 Jahre alten Geschichte von einem Samstag auf einen Sonntag verschoben werden. Cambridges Steuermann Peter Hobson hatte einen Kurs eingeschlagen, der auf den Grund der Themse führte.

„Rudert an!" hatte Hobson kommandiert. Die acht stämmigen Studenten an den Riemen des schnittigen, knallgelben Kunststoffbootes sollten sich schon mal aufwärmen, bevor sie auf den klassischen vier Meilen und 374 Yards (6778 Metern) zwischen Putney Bridge und Chiswick Bridge gegen die mit 7:2 favorisierten Rivalen antraten. Die Cambridge-Jungs schafften genau zwölf Schläge, bevor es krachte und mächtig naß wurde: Der Achter (Made in Germany, Kostenpunkt 28 000 Mark) hatte die Stahltrosse eines im Strom verankerten Schiedsrichter-Leichters gerammt.

Die glücklose Crew schaffte es noch, unter gotteslästerlichen Flüchen das seichte Ufergewässer zu erreichen, bevor der wie eine „Concorde"-Nase zum Londoner Himmel weisende Bug endgültig abknickte. Mit dem Boot und der in monatelangem Training gewachsenen Hoffnung, nach acht aufeinanderfolgenden Niederlagen Oxfords Siegesserie endlich zu brechen, ging auch die Tradition auf Grund. Denn Über-Schiedsrichter Mike Sweeney beschloß: So schnell sei kein Ersatz-Achter heranzuschaffen – deshalb werde die hundertdreißigste Uni-Regatta einen Tag später gestartet.

Das hat's noch nie gegeben in all den Jahren, in denen sich Oxford 60mal und Cambridge 68mal den feuchten Lorbeer holte (ein Rennen Anno 1912 mußte ergebnislos abgebrochen werden, nachdem beide Mannschaften ruhmlos abgesoffen waren). So dürfte Unglücks-Steuermann Hobson wohl einige unfreundliche Bemerkungen eingesteckt haben, als er mit seinen Schiffbrüchigen die steile Ufermauer an der Putney-Brücke emporkrabbelte – obwohl ihn seine naßgewordenen Mannen offiziell damit verteidigen, daß „er ja schließlich nur ein Kerlchen von einsachtundsechzig ist", acht weit größere Muskelmänner vor sich hatte und drum „überhaupt nicht sehen konnte, wo er eigentlich hinsteuerte".

Gestern durfte das Kerlchen es also noch einmal versuchen, seine Riesen im Boot zum Sieg zu steuern. Doch die Studenten aus Cambridge hatten offensichtlich den Schock des Vortages noch nicht überwunden. Dem Untergang ihres Bootes folgte ein Rekord des Seriensiegers Oxford. Mit 16:45 Minuten wurde die bisher schnellste Zeit für die 6778 m lange Strecke gerudert. Cambridge folgte mit seinem Ersatzboot drei Längen zurück.

Größten Anteil am Sieg der Crew von Oxford haben Ausländer. Mit Schlagmann Kike Evans und seinem Zwillingsbruder Mark (auf Platz fünf) sitzen zwei Kanadier im Boot. Und Steuermann ist ein Amerikaner – Seth Lesser. Die beiden Kanadier hoffen jetzt, daß sie ins Olympiateam ihres Landes berufen werden.

VOLLEYBALL

Dritter Titel in Folge für USC Gießen

sid, **München**

Es knallten keine Sektkorken, getrunken wurde Selters, und gefeiert wurde schon gar nicht. Beim USC Gießen ist es zwar noch nicht zur Gewohnheit geworden, deutscher Meister im Volleyball zu werden, doch nach dem 3:0 beim TSV 1860 München war die überraschende 2:3-Niederlage von Verfolger Hamburger SV gegen den VBC Paderborn noch nicht bekannt. Wie schon im Vorjahr erfuhren die Hessen auf der Rückfahrt, daß sie zum dritten Mal in Folge den Titel errungen hatten.

Vom Meisterstück sprachen die Gießener nach dem deutlichen Sieg in München nicht. „Wir sind erst dann ein würdiger und verdienter Meister, wenn wir den HSV noch schlagen", sagte Burkhard Sude. Kurz vor dem Erfolg stehen auch die Damen des SV Lohhof, die dann ebenfalls ihren dritten Titel in Folge erobert hätten. Doch beim 3:2 gegen den VfL Oythe stand das mit neun Nationalspielerinnen besetzte Team von Bundestrainer Andrzej Niemcyk am Rande einer Niederlage. Der 40 Jahre alte Pole gewann der Zitterpartie dennoch eine gute Seite ab: „Dieser Sieg bringt uns vielleicht weiter, als wenn wir glatt mit 3:0 gewonnen hätten. Endlich haben sich die Mädchen in einer kritischen Phase einmal durchgebissen."

Zufrieden war man auch im Lager des VfL Oythe, der durch den von Niemcyk provozierten Spielabbruch im Hinspiel dem SV Lohhof die einzige Niederlage beigefügt hatte. Den Vorschlag zur gütlichen Einigung mit einem Wiederholungsspiel lehnt Oythe ab. Bislang wurde das Hinspiel mit 3:0 für Oythe gewertet, Lohhof legte dagegen Protest ein.

Doch zurück zum Spiel am Samstag. „So nah waren wir noch nie dran", ärgerte sich Stellspielerin Inge Böske. Dabei hatte Oythe das Handicap, daß Marina Staden, die Spielführerin der Nationalmannschaft, wegen einer Muskelverletzung an der Wade nicht hundertprozentig fit war. Doch Junioren-Nationalspielerin Ute Hankers schlüpfte mit viel Erfolg in die dadurch verwaiste Rolle der Hauptangreiferin. Die 18jährige wird von Lohhof umworben.

TENNIS

Bombenalarm Endspiel abgebrochen

sid, **Rotterdam**

Eine Bombendrohung stoppte den Tschechoslowaken Ivan Lendl auf seinem Weg zum ersten Sieg bei den mit 250 000 Dollar dotierten Internationalen Hallentennis-Meisterschaften der Niederlande in Rotterdam. Das nach einem anonymen Anruf unterbrochene Einzelfinale gegen den Amerikaner Jimmy Connors wurde schließlich abgesetzt, nachdem die beiden Finalisten die Halle verlassen hatten und ins Hotel gefahren waren.

„Hier sieht mich heute niemand mehr", sagte Connors, der allerdings mit einer Verlegung auf den Montag einverstanden war. Lendl bat sich wegen seiner zahlreichen Terminverpflichtungen Bedenkzeit aus. Nach dem anonymen Anruf, der eine Explosion für 14.00 Uhr ankündigte, entschied sich die Polizei, die 8000 Zuschauer zum Verlassen der Halle aufzufordern. Beim Stande von 6:0 und 1:0 für Lendl erschien auf der Anzeigetafel anstelle des Spielstandes die Aufforderung: „Keine Panik. Verlassen sie in Ruhe die Halle. Die Polizei."

Die Ordnungskräfte nahmen mit Unterstützung von niederländischen Soldaten und Turnieroffiziellen umgehend die Suche auf. Oberschiedsrichter Eric Savalle erklärte, der Telefonanruf sei durch einen englischsprechenden Mann erfolgt, der vorgegeben habe, eine „antikapitalistische Gruppe" zu repräsentieren.

In der Vorschlußrunde hatte der Weltranglistenerste Ivan Lendl gegen den an Nummer 80 geführten Schweden Stefan Edberg am Rande einer Niederlage gestanden. Der 18jährige Blondschopf hatte im Schlußsatz des hochklassigen Matchs bei einer 4:3-Führung gleich dreimal die Chance zum Aufschlagdurchbruch. Doch der 24jährige Ostrauer meisterte die gefährliche Situation vor allem dank seines starken Aufschlags und verwandelte nach etwas mehr als zwei Stunden gleich den ersten Matchball mit seinem siebten As zum 3:6, 6:2, 7:6.

Der 31jährige Linkshänder Jimmy Connors, der das Turnier bereits 1978 und 1981 gewonnen hatte, benötigte im Halbfinale nur zwei Sätze zum sicheren 6:4, 6:4 gegen den neun Jahre jüngeren Schweden Jarryd.

RADSPORT / Start in die klassische Straßensaison mit einem italienischen Sieg beim Rennen Mailand–San Remo

Als der 33 Jahre alte Moser antrat, konnte niemand mehr folgen

sid, **San Remo**

Mit fast 33 Jahren, einem Alter also, in dem auch Radprofis mit dem Aufhören liebäugeln, avanciert Francesco Moser zum Superstar. Acht Wochen nach seinen Stunden-Weltrekorden in Mexiko (50,808 und 51,151 km binnen vier Tagen) gewann Francesco Moser das 294 km lange Straßenrennen Mailand–San Remo, mit dem alljährlich die klassische Saison eröffnet wird und das er insgesamt zwölfmal seit 1973 bestritten hat.

Ein zweiter Rang 1975 hinter Eddy Merckx war bisher das beste Resultat für Moser, der immerhin dreimal hintereinander Paris–Roubaix gewann und zweimal in der Lombardei-Rundfahrt siegte. Diesmal blieb Moser unter dem Jubelsturm seiner begeisterten Anhänger auf der Via Roma in San Remo mit knapp 20 Sekunden Vorsprung vor dem Iren Sean Kelly (Sieger von Paris–Nizza) und Belgiens Jung-Star Eric Vanderaerden erfolgreich. Die Entscheidung brachte wieder einmal die letzte Steigung des Poggio, sechs Kilometer vor dem Ziel.

Hier setzte Francesco Moser alles auf eine Karte – und gewann. Dort wurden die mit kleinem Vorsprung führenden Franzosen Marc Madiot und René Bittinger sowie der Ire Stephen Roche und der Holländer Paul Haghedooren eingeholt. Wie entfesselt stürmte nun Francesco Moser los, fuhr waghalsig mit über 80 Kilometern in der Stunde die Kurven des Poggio hinunter, die er aus vielen Rennen wie seine Westentasche kennt, und wurde nichtmehr eingeholt. Den Massenspurt der Verfolger entschied Sean Kelly für sich, dem Mosers Attacke mit Sicherheit den Sieg gekostet hat.

128 Kilometer lang lag der Australier Phil Anderson alleine vorne, wurde aber eingeholt, als zum Schluß die vier Steigungen kamen, die fast alljährlich erst dieses superlange Rennen entscheiden.

Vorher gab es auf der regennassen Abfahrt vom Tuchino-Paß ans Meer hinunter einen Massensturz. Dabei mußten Frankreichs Star Bernard Hinault und der vorjährige Tour-Sieger Laurent Fignon aufgeben. Francesco Moser, 1979 in Venezuela Profi-Weltmeister der Straßenfahrer (knapp im Spurt vor Dietrich Thurau), stand in den letzten Jahren in Italien stets im Schatten seines jüngeren Landsmannes Giuseppe Saronni. Dieser hatte vor zwei Jahren den klassischen Saison-Auftakt von Mailand nach San Remo gewonnen. Seit dem Sieg von Loretto Petrucci 1952 und 1953 war es damit das erste Mal seit 31 Jahren, daß Mailand–San Remo zwei Jahre hintereinander von einem Italiener gewonnen wurde.

Pankraz, Alte Kämpfer und Heilige Dreiecke

Gut zehn Tage haben die im gewerkschaftlichen VS organisierten Schriftsteller noch Zeit, sich auf jenen außerordentlichen Verbandstag vorzubereiten, der einen neuen Vorstand und einen neuen Vorsitzenden wählen soll. Der alte Vorstand samt seinem Vorsitzenden Bernt Engelmann war – wie der Leser sich erinnern wird – nach horrenden inneren Querelen zurückgetreten, obwohl er gerade erst installiert worden war. Nun ist man gespannt, ob die in Saarbrücken heranreifende Wahl etwas wirklich Neues bringen wird oder nur alte Hüte in mehr oder weniger neuer Verpackung.

Das Interesse hält sich freilich in Grenzen. Für die Literatur in Deutschland hat das Ereignis kaum Bedeutung, denn der VS operierte in den letzten Jahren sichtlich außerhalb dessen, was für Literaten belangvoll oder auch nur notierenswert ist. Die aus der „DDR" stammenden Autoren, von Reiner Kunze bis Uwe Johnson, waren – bis auf ein, zwei Ausnahmen – längst ausgetreten, neue, außergewerkschaftliche Schriftsteller-Vereinigungen haben sich gebildet, und im VS selbst regiert eine trübselige kommunistische Mafia, die so unattraktiv ist wie nur möglich. Hätte es während der letzten Monate keine lautstarke Opposition der Berliner Landesgruppe gegen den zentralen Verbandskurs gegeben, wäre der VS vielleicht schon weitgehend vergessen.

Motor und Protektor der Berliner war Günter Grass, und nicht zuletzt dieser Umstand hat das Interesse an der Saarbrücker Wahl wiederbelebt. Man realisierte, daß das einflußreiche „Heilige Dreieck" des deutschen Literaturbetriebs, nämlich Heinrich Böll, Günter Grass und Siegfried Lenz, ja nach wie vor Mitglied des VS war, wenn es sich in den letzten Jahren auch sehr zurückgehalten und kein Wort gegen die DKP-Aktivitäten des Vorstands gesagt hatte. Das Auftauchen von Grass an der Spitze der Berliner Fronde signalisierte nun, daß es mit dieser stillschweigenden Duldung vorbei ist, daß das Heilige Dreieck eine deutliche Kurskorrektur wünscht. Und die in Saarbrücken anstehende Entscheidung wird die außerordentlich pikante Frage beantworten: Wer ist stärker, die von Engelmann geformten DKP-Kader oder das Heilige Dreieck Böll-Grass-Lenz?

Auf den ersten Blick scheinen die Aussichten des letzteren hoffnungslos. Der Delegiertenschlüssel der Wahlmänner wird der gleiche sein wie in Mainz, wo Engelmann und die Kader zuletzt noch einen gloriosen (Pyrrhus-)Sieg errangen. Außer Berlin sind alle ausschlaggebenden Landesverbände, allen voran Bayern, Hamburg und Nordrhein-Westfalen, fest in der Hand der DKP, und sie werden von schlauen, rücksichtslosen Parteimännern à la Friedrich Hitzer und Erasmus Schöfer dominiert, die schon so manche Delegiertenversammlung erfolgreich ausgesessen haben. Heinrich Böll dagegen ist ein beklagenswert kranker Mann, Siegfried Lenz auf geradezu provozierende Weise uninteressiert, und Grass hat sich im Kampfgetümmel der letzten Zeit so manche schwere Blöße gegeben.

Dennoch: Das Heilige Dreieck verfügt über eine furchtbare Waffe, deren Einsatz verheerende Folgen hätte. Es handelt sich um den „Aufstand der Karteileichen". Das einzige wirkliche Prä, das der VS noch vorweisen kann, ist die Tatsache, daß in seinen Mitgliederlisten ziemlich viele Karteileichen ruhen, die von einiger Prominenz sind. Diese Karteileichen haben bisher schon oft an der VS-Politik Anstoß genommen, sich dann aber immer wieder gesagt: „Solange Böll, Grass und Lenz noch drin sind, bleibe ich auch drin." Träte das Heilige Dreieck jetzt aus, gäbe es auch bei den Karteileichen kein Halten mehr. Sie würden sich sofort in die Büsche schlagen und den VS damit bis zur Kenntlichkeit verändern.

Gegen die Drohung mit dem Aufstand der Karteileichen ist fast kein Kraut gewachsen. Alles kommt deshalb für die DKP-Kader darauf an, das Heilige Dreieck schon im Vorfeld ruhigzustellen. Sie haben für Saarbrücken ein Szenario entworfen, das in dieser Hinsicht auch einigen Erfolg verspricht. Man will diverse verbale Kröten schlucken, z. B. auf die Grass'sche Forderung eingehen, noch einmal, und diesmal unmißverständlich, gegen die Auflösung des alten polnischen Schriftstellerverbandes zu protestieren, und will dann sogenannte „Kompromißkandidaten" offerieren, die in Wirklichkeit „Alte Kämpfer" sind, nämlich bereits jahrelang mit Engelmann an einem Strick gezogen haben. Im Gespräch sind Ingeborg Drewitz und Peter O. Chotjewitz.

Das Heilige Dreieck seinerseits hat in den letzten Monaten keine erkennbare eigene Strategie entwickelt. Der aus Berlin kommende Vorschlag, Erich Loest nicht etwa für den Vorsitz, sondern lediglich für einen Sitz im Vorstand kandidieren zu lassen, trägt alle Merkmale des Kleinmuts. Ein von Drewitz und Chotjewitz flankierter, von Hitzer und Schöfer zernierter Loest würde überhaupt nichts bewirken, wäre nur ein Feigenblatt, eine Art Renommier-Goi, mit dem ungebrochen kommunistische Kaderpolitik abgedeckt werden könnte.

Wahrscheinlich ist man sich in Berlin und anderswo immer noch nicht darüber im klaren, wo der VS wirklich gelandet ist. Dabei würde ein Blick in die „UZ" und die übrige DKP-Presse genügen, um einem die Augen zu öffnen. Dort wird der Verband ohne weiteres als fester Besitz der Partei gehandelt, und man zeigt sich entschlossen, ihn mit Klauen und Zähnen zu verteidigen. Wer das ändern will, der kann sich nicht mit Schönheitsoperationen begnügen, er muß das volle Blatt ausspielen – oder er sollte gar nicht erst zum Turnier antreten. Man kann Karteileichen auch schlafen lassen. „The Big Sleep" ist ein schöner literarischer Titel.

Pankraz

Die Warschauer Oper gastiert in Ludwigshafen

Unter Denkmalschutz

Mit mehr als drei Hundertschaften ging die Warschauer Staatsoper, im gigantischen Teatr Wielki zu Hause, auf große Fahrt gen Westen. Robert Satanowski, Chefdirigent und Generalintendant in Personalunion, führte sie an. Man spielte Modest Mussorgskijs „Boris Godunow", das „Gespensterschloß" von Stanislas Moniusko und schließlich die „Marionetten". Zbigniew Rudzinskis Flirt mit dem absurden Musiktheater. In Ludwigshafen präsentierte sich Polens Renommieroper als Bühne, an der die Stilmetamorphosen der letzten Jahrzehnte spurlos vorbeigewuchert sind. Für Werke der Vergangenheit scheint generell Denkmalschutz verordnet. Bei zeitgenössischen Stücken wird das Gebot wohl von Fall zu Fall gelockert.

Beim „Boris Godunow", von Marek Grzesinski szenisch verantwortet, waren dann auch keine außergewöhnlichen Dimensionen zu erkennen. Was sich im Laufe der neun Bilder des musikalischen Volksdramas begab, sah oft aus, als wär's ein Stück des leichteren Genres. Dabei ging es erschreckend vorgestrig zu, selbst in den Massenszenen unangefochten von allen bohrenden Fragen, die hier doch gestellt werden müßten.

„Das Gespensterschloß" offeriert Grzesinski dann ganz einfach als Komödie, die bringt, was jeder will: ein gutes Ende. Es gibt dabei eine ganze Menge inspirierter Musik, aber originell ist Moniuskos Musik nur dann, wenn zu Mazurka, Polka oder Krakowiak aufgespielt wird.

Robert Satanowski dirigierte beide Stücke. Im „Gespensterschloß" arrangierte er im Verein mit Teresa Kujawas agilem Corps de ballet ein deftiges Folklorefest. Beim „Boris" bekannte sich Satanowski zwar zum dekorativen Reiz der Rimskij-Korssakow-Bearbeitung, legte das Stück symphonisch-konstruktiv an.

Die interessanteste Aufführung fand im kleineren Rahmen statt. Auf skurriler Guckkastenbühne, von altmodischen Rampenlichtern flankiert, spielte die anrührende Geschichte von den „Marionetten". Zbigniew Rudzinski hat sie nach einer Erzählung von Bruno Schulz komponiert. In genialischen Arbeitsgängen der Resteverwertung gelingen dem Frackschneider Jakub Marionetten, die immer mehr menschliche Züge annehmen, am Ende sogar ein dämonischer Sado-Vamp. Doch Jakubs Panoptikum versinkt just in dem Moment in Chaos, wo er sich am Ziel seiner Wünsche glaubt.

Der Komponist Zbigniew Rudzinski, Jahrgang 1935, repetiert zwar in dem gerade zwei Jahre alten Stück längst vergangene Avantgarde-Schlachten, steht aber insgesamt mit der konventionellen Harmonik im Bunde, versteht sich aufs Zitieren, Collagieren und Strukturieren, auf empfindsame Dissonanzen und die Bravour der italienischen Oper. Aber: Die Mischung der Tonsprachen überzeugt, weil sie in zwingendem Zusammenhang zum Bühnengeschehen steht. Jerzy Artysz als Jakub beherrscht die Szene, auf der Marek Grzesinski diesmal seinen Spielraum voll nutzt und den Feinschliff der Partitur adäquat umsetzt. Gewiß, die acht Instrumentalisten, die Agnieska Kreiner dirigiert, produzieren mitunter viel Phon und auch recht stämmigen Sound, aber die entkrampfte, in jedem Takt kultivierte Musizierweise der Polen, man hört sie mit Vergnügen, weil sie selbst in ihrer Wehleidigkeit noch echt bleibt.

HEINZ LUDWIG

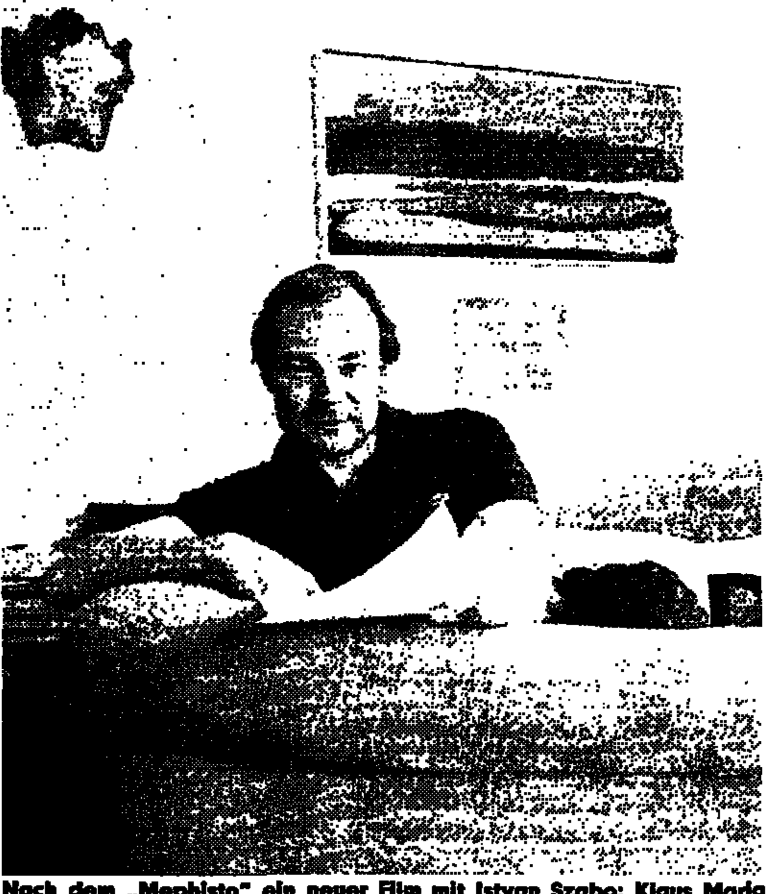
Ein Schauspieler nur vor Publikum und Kamera: WELT-Gespräch mit Klaus Maria Brandauer

Ich bin das Instrument, das ich spiele

Alles hatte so gut begonnen. Fröhlich klang die Stimme von Klaus Maria Brandauer am Telefon, als wir uns verabredeten. Doch dann lief alles so anders, blieb nur ein karges Interview, kam kein wirkliches Gespräch zustande.

Auf dem Weg zu dem Münchener Hotel, wo das Interview stattfinden sollte, zweifelte ich an Brandauers Talent zur Selbstdarstellung nicht im mindesten. Im Kreise von jüngeren Freunden saß der Schauspieler auf dem berühmten Kortner-Sessel im Foyer der „Vier Jahreszeiten". Sein Gesicht war mir mäßig vertraut, vor allem durch Auftritte in den Kammerspielen. Er hat viele Gesichter: als Georg Büchner im Fernsehen, als jugendlicher Schiller-Held auf der Bühne und natürlich als Kino-„Mephisto", für den er den Oscar gewann, zuletzt dann als Gegenspieler von Sean Connery im James-Bond-Film.

Nun also: Brandauer vis à vis. Ein mittelgroßer, 39jähriger Mann, mit leichtem Bauchansatz und schütter werdendem Haar. Heimlich fragt man sich, was denn eigentlich die Faszination dieses Schauspielers ausmacht. Einen Oberlippenbart hat er sich für seine neue Rolle als Oberst Redl zugelegt. Eine Verfilmung nach Osbornes „A Patriot for Me", die derzeit unter der Regie von Istvan Szabo gedreht wird. Was reizte ihn an diesem Filmstoff, nachdem Brandauer seit seinem spektakulären Hollywood-Erfolg mit Drehbüchern geradezu überschüttet wird.



Nach dem „Mephisto" ein neuer Film mit Istvan Szabo: Klaus Maria Brandauer in seiner Wiener Wohnung FOTO: DPA

Brandauer antwortet lässig: „Ich bin Österreicher, Szabo ist Ungar. Ich glaube, wir haben zu diesem Thema eine Menge Neues zu sagen." Nur was, das sagt er nicht. Redselig ist Brandauer nicht. Nichts erzählt er, was sein Leben ausmachen könnte. Man wartet auf Worte. „Jeder Mensch", so weiß der Autor Max Frisch, „erfindet sich früher oder später eine Geschichte, die er für sein Leben hält." Doch Brandauer gibt nichts preis.

Man muß in den Archiven nachlesen, daß er 1944 als Sohn eines deutschen Zollbeamten und einer Österreicherin in Bad Aussee (Steiermark) geboren wurde. Daß er in Stuttgart an der Hochschule seine Bühnenreife erlangte. Stationen seiner Theaterlaufbahn waren Tübingen, Salzburg, Düsseldorf und München, bis er dann 1972 zum Ensemble des Wiener Burgtheaters stieß. „Die Burg bleibt nach wie vor mein Stammhaus. Hier spiele ich 1985 den Hamlet." Er sagt es lässig, mit sanfter Stimme. Der Klang verleugnet nicht seine österreichische Heimat, Brandauer liebkost geradezu die Konsonanten. Dabei weiß man nur zu gut, daß diese Rolle, die man Brandauer angeblich vor zehn Jahren zugesichert hat, längst für ihn wie für die Burg zur Obsession geworden ist. Sie fehlt ihm unter seinen Erfolgen wie ein Edelstein in einer Krone. Doch nun wischt er dieses Datum weg, als bedeute es gar nichts.

Wie empfand er dieses „Wunder" seines plötzlichen Erfolges, diesen jähen Aufstieg, die Oscar-Verleihung, bei der man ihn auf der Bühne vor Freude herumspringen sah? Jetzt plötzlich beharrt Brandauer auf seinem Easy-Rider-Image, meint zur Hollywood-Auszeichnung nur: „Wir sind nicht im Sport. Hier spielten tausend Zufälle mit. Nur im Sport entscheidet die Uhr." Und dann philosophiert er weiter: „Ich bin nun 39 Jahre alt, Mozart wurde 35, Büchner 24 Jahre, so bin ich nicht besonders stolz auf diesen Erfolg."

Was mag in diesem Manne vorgehen, dessen Wunschträume so blitzartig in Erfüllung gegangen sind, der aber nun nur in gelangweilten Posen redet, der um jeden Preis einschüchternd und selbstgefällig erscheinen will? Er hat keine Vorbilder, wie er bestätigt. „Ich nehme an, was gut ist." – „Ich habe auch keine bevorzugten Rollen, alle sind Lieblingskinder von mir." – „Auch privat bin ich immer an meinen Beruf gefesselt. Zum Beispiel", sagt er, „liebe ich Hotelhallen", dabei beugt er sich ruckartig vor, fährt mit der Hand über seinen Kopf. „Wenn ich die Menschen ein- und ausgehen sehe, kann ich Geschichten nachträumen."

Minutenlang ist Klaus Maria Brandauer nun ein Schauspieler, ein Darsteller, doch dann merkt er, daß das Publikum fehlt, und fällt in seine gelangweilte Pose zurück. Denn Brandauers „Einzigartigkeit" ist die, daß er nur glänzt und schauspielert, wenn die Scheinwerfer auf ihn gerichtet sind. Nur dann ist er in seinem Element. Vor einer Journalistin, vor einem Stenoblock, da macht er keine Männchen, bleibt nur ein nörgelnder, uninteressanter Typ.

Laut werden nur fiktive Dialoge mit dem eigenen Ich. So macht ihm, Brandauer, der Wechsel zwischen Bühne und Kamera gar nichts aus. „Ich kapriziere mich auf alles, was man mir bietet zum Spielen. Auch der Mann hinter der Kamera ist mein Publikum." Doch dann eine winzige Bresche in dieses beschwichtigende Gerede, wo jeder sein Tages-Motto finden kann. Der Schauspieler bekennt: „Das Theaterpublikum ist unwiederbringlich. Ich brauche das Summen im abgedunkelten Raum." Will er später auch einmal selber Regie führen? „Sicher – ich habe ja schon mit 19 Jahren Regie geführt." Nein, Wünsche für die Zukunft hat er nicht. Brandauer räkelt sich im Sofa, meint unbefangen: „Ich selber bin das Instrument – von meinen schütter werdenden Haaren bis zu den Zehen – das setze ich voll ein. Ich hoffe, daß noch ein paar Entwicklungen mich weiterbringen."

Dann aber wird sein immenses Selbstbewußtsein doch noch ein wenig erschüttert. „Angst", meint Klaus Maria Brandauer, „habe ich nur vor meiner Unzulänglichkeit. Natürlich werden auch im Alter meine Zweifel größer." Doch in der nächsten Minute verwischt er geschickt diesen Einwurf. „Nur mein Talent hat mich zu diesem Beruf gebracht. Ich bin Künstler und muß meine Ängste überwinden."

Zum Schluß befiehlt er: „Schreiben Sie noch, daß ich in Rom und Florenz 'Medea' inszenieren werde. Übrigens, der römische 'Jedermann' war eine tolle Sache." Beim Fortgehen lese ich in dicken Lettern auf einer Boulevardzeitung: „Gudrun Landgrebe bekennt: 'Brandauer ist der ideale Partner!'"

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Roger Loewig in der Berliner Matthäus-Kirche

Auf den letzten Feldern

In die Bildwelt des Dichters, Malers, Zeichners Roger Loewig einzudringen, bedeutet ein kräftiges Stück Trauerarbeit. Loewig steigert Leiden, Angst, Hoffnungslosigkeit, Schuld und Duldsamkeit des Menschen in eine ganz eigene quälende Surrealität. Aber er verschweigt nie, daß seine Bild-Metaphern der täglichen politischen und menschlichen Wirklichkeit entstammen, daß er sie unmittelbar an eigenem Leibe, an eigener Seele erfahren hat.

Aus der schlesischen Heimat wurde er ausgewiesen. Er war Lehrer in Ost-Berlin. Dort zeichnete er insgeheim. Der Staatssicherheitsdienst verhaftete ihn 1963 wegen angeblicher „staatsgefährdender Hetze". Das Gefängnis in Pankow, die Totenkammer eines Krankenhauses, in dem er sozusagen zeichnend dem Leben auf den Grund ging – diese Erfahrungen hinterließen Spuren für immer.

„Ich habe im Ostteil der Stadt gewohnt und es gelang mir später nicht mehr, den Westteil zu betreten; ich wohne jetzt im Westteil der Stadt und es gelingt mir nicht mehr, den Ostteil zu betreten." 1972 ist Loewig zunächst nach Westdeutschland, dann nach West-Berlin übergesiedelt. Sein Schaffen hat sich inzwischen tief eingeprägt. Seine Metaphern haben nichts von ihrer Eindringlichkeit verloren. Ihre künstlerische Kraft hat eher noch an Spannung gewonnen. Eine gemeinsame Ausstellung des Neuen Berliner Kunstvereins mit der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg und der Kirchengemeinde St. Matthäus in dem nüchtern schönen Stüler-Bau nahe der Neuen Nationalgalerie drängt Loewigs Obsessionen tief ins Bewußtsein.

„Wo ist Licht – wir sind des Todes überdrüssig" – dieses Motiv zieht sich durch alle Arbeiten. Das Gedenken an die Opfer der Terror-Zeit, die Bedrängungen des Individuums – Loewig zwingt sie in visionäre, allgemeinere Szenerien. Er lagert Landschaften und geologische Schichten aus Einsamen. Der Vogel Hoffnung fängt sich im Stacheldraht. Die Menschen, die Opfer der Geschichte finden sich als Müll auf der „Schutthalde". Es ist „unwirtlich und kalt" in diesen symbolisch gemeinten Zonen. Die Menschen selbst werden Natur: Adam und Eva formen mit ihren Leibern die „Furchen in den Spätäckern unserer Zeit".

Und da sind die Bedrohungen, Beängstigungen der technisierten Neuzeit: als Flotte dringen die Hochhäuser auf den letzten Feldern voran – das Individuum flieht. Loewig, muß man wissen, ist ein Bewohner des Märkischen Viertels. Surreale Atomkriegsvisionen hat er schon lange vor seinem Weggang aus der „DDR" gezeichnet. Im vergangenen Jahr entstand ein zeichnerisches Triptychon – es zeigt die letzte Erschießung, den letzten sterbenden Baum, den letzten Exodus.

Roger Loewigs eigentliches Metier ist die Zeichnung. Mit der Feder findet er nervöse kleinteilige Struktur, der Stift erlaubt ihm malerische Wirkungen. Wenn auch gröber, haben dennoch einzelne Gemälde in dieser Ausstellung abgehobene suggestive Kraft. Ein blindes Paar, ausgestoßen, alleingelassen. Ein Kniender im Hemd vor einem Brandmauerhaus. Ein Vater irrt mit seinem Kind am S-Bahngleis.

In Loewigs Bildern fehlt Hoffnung. In der Stille des Kirchenraums lassen sie intensiv teilhaben an den Bedrängungen eines Einzelnen. Sie sind zu lesen als Mahntafeln depremierender Aktualität. (Bis 15.4., Katalog 12 DM)

PETER HANS GÖPFERT



„Gehen werde ich, wenn einmal alles schläft" – Federzeichnung von Roger Loewig aus der Berliner Ausstellung FOTO: KATALOG

Köln: Steve Reichs „Desert Music" uraufgeführt

Wundöl für die Ohren

„It is a principle of music, ot repeat the theme. Repeat and repeat again . . .", heißt es in William Carlos Williams' Gedicht „The Orchestra". Niemand sollte es wundern, daß gerade Steve Reich diesen und andere Verse seines Landsmannes, der mit seiner scheinbar unpoetischen Sprache einmal die Beat-Generation bis hin zu Ginsberg beeinflußte, vertonte. Wiederholung war schließlich der Wegweiser in eine der schönsten Einbahnstraßen der Weltmusik, und Reich einer der Päpste dieser Minimal Music: Amerikas Wunderöl für die vom Serialismus wunden europäischen Ohren.

„The Desert Music" ist der Titel von Williams' Gedichtsammlung und zugleich von Reichs jüngstem Opus, das jetzt als Auftragswerk des WDR und der Brooklyn Academy of Music im Kölner Sendesaal uraufgeführt wurde, bei generalstabsmäßiger Planung der Folgeaufführung in New York, London, Paris, Brüssel. Ein musikalisches Großereignis, und für das erwies sich der Große Sendesaal einmal mehr als zu klein. Schlangen vor der geschlossenen Kasse.

Auch das brauchte nach „Tehillim" von 1981, Reichs erster Textvertonung, keinen zu überraschen: Es gibt da offenbar Fluchtwege aus der Einbahnstraße. Das Komponieren von Texten bringt einen Anspruch auf Linie mit sich, der die ursprüngliche „Kurzatmigkeit" der repetierten Floskeln aufhebt in längeren Atembewegungen. Das Minimal-Konzept verliert seine durchgehende Gültigkeit. „The Desert Music" ist die faszinierende Konsequenz.

Es ist ein veritables Sinfonieorchester, das Reich mit Minimal-Music-Modellen satt füttert. Changierende Klänge, rhythmische Phasenverschiebungen, die typischen Repetitionen, deren minimale Veränderungen Wachstumsprozesse bewirken – alles ist da, was diese amerikanische Neue-Musik-Spielart so verführerisch macht, und wurde von Peter Eötvös am Pult des WDR-Sinfonieorchesters auch überaus proper realisiert. Zugleich aber gewinnt Reich seinen Modellen eine zyklische Großform von Fünfsätzigkeit und quasi-tonaler Zentrierung ab, in der der Kölner Rundfunkchor seinen differenzierten, Melodien zur Minimal-Motorik stellenden Part souverän besorgte.

Das alles ist sehr farbig instrumentiert: Neben einem großen Bläserapparat tauchen die obligaten Impulsgeber wie Glockenspiel, Xylophon, Marimbaphon, Vibraphon gleich in doppelter Ausführung auf. An den zwei Klavieren sitzen vier Spieler, aber am Klangregiepult der Meister selbst, der den Nachweis nicht schuldig blieb nach 46 Minuten: Diese Minimal Music ist auch für Größeres gut.

DIETER SCHÜREN

Verleugnetes Monstrum: Wuppertal gräbt Friedrich Wolfs „Koritke" aus

Eine zweite Lulu aus dem Souterrain

Wer im Dunkel wohnt, im Souterrain „unter dem Asphalt", wie der einstige Ringer Koritke, den der Industrielle Lomm als Portier angestellt hat und der nachts als Kellner arbeitet, der träumt von Licht und Glanz. Wie seine Frau, die derweil an der Nähmaschine schuftet – dies alles nur, damit Tochter Mia die Handelsschule besuchen kann. Mia aber hat nur Tanzen im Kopf, Tanz als Kunst, und ersehnt ganz anderes denn eine Karriere als Tippmamsell.

Friedrich Wolf, der spätere Renommier-Dramatiker der „DDR", erzählt diese Geschichte in seinem 1927 – ein Jahr, bevor er der KPD beitrat – entstandenen Stück „Koritke", das Wuppertals neuer Schauspielchef Dieter Reible jetzt inszeniert hat. In einem wüsten Stück Kolportage, wenn man's genau betrachtet. Denn Lomm, erzählt Wolf weiter, ist Mias wirklicher Vater – nach einem Verhältnis mit Koritkes verstorbener erster Frau. Darum sperrt sich Lomm gegen Mias Karriere bei Film und Tingeltangel – und gerät so in unlösbaren Konflikt mit den Träumenden. Während Mia ihren Weg macht – Wolf beutet dazu Wedekinds „Lulu"-Dramen mehr als einmal schamlos aus –, wird Lomm erst bestohlen, dann erpreßt, schließlich beinahe ermordet. Am Ende allerdings wird Koritke von einer Polizeikugel getötet, und Mia bekennt sich pathetisch zu ihm als ihrem „wahren Vater".

Wolf, der später „Kunst als Waffe" nützen wollte, gar als „Geschütz", um „die Stellung des Klassenfeindes sturmreif zu schießen", hat dieses Monstrum, später, wohl zu Recht verleugnet und nie erwähnt. In Wuppertal meint man indes, das Werk enthalte nicht wenig von den Hoffnungen, Ängsten und irrationalen Bodenlosigkeiten der „Roaring Twenties", in denen Hitlers Kolonnen sich formierten. Darin irrt man sicher nicht. Nur gehört zu solcher Einsicht eine genaue Kenntnis des Klimas jener Jahre. Und wo solches Wissen, wie heute, nicht mehr vorauszusetzen ist, brauchte man vielleicht – wie einst bei Tankred Dorsts „Toller" – eine zwischen Dokumentation und Totaltheater angesiedelte Inszenierung.

Der mit expressionistischen Kürzeln und neu-sachlichen Dialekt-Einschüssen gleichermaßen hantierende Text gäbe das her. Aber Reible wählt dieses Verfahren nicht. Statt dessen mischt er Naturalismus und vergilbtes Brecht-Theater, absichtlich aufgesetzte Kitschelemente und mit aufwendigen Garderoben zitierte Glamour-Welt zu einem Stilcocktail, der allenfalls seine komödiantischen Reize hat.

Damit wird man der Sache aber nicht gerecht und verfehlt den Beweis, daß dieses Stück zu Unrecht vergessen sei. Reible führt ein sichtlich spielfreudiges Ensemble vor, in dem, neben Noemi Steuer (Mia) und Andrea Witt (Mutter), Gerd Mayen (Lomm) und vor allem Norbert Kentrup (Koritke) auffallen. Seine Regiepranke – und die wird ihm niemand absprechen – hat Reible in Wuppertal aber noch nicht gezeigt.

KATHRIN BERGMANN

JOURNAL

Berliner Kunstpreis an Olivier Messiaen

dpa, Berlin

Der „Große Kunstpreis" der Stadt Berlin geht in diesem Jahr an den 75jährigen französischen Komponisten Olivier Messiaen. Der Preis ist mit 30 000 Mark dotiert. In der Begründung der Jury heißt es, keiner der lebenden Komponisten habe wohl „einen solchen Einfluß ausgeübt auf die jüngere und mittlere Komponistengeneration wie Olivier Messiaen". Förderpreis in Höhe von jeweils 10 000 Mark werden vergeben an den Maler Rolf Eisenberg und den Environment-Künstler Raffael Rheinsberg, an den Architekten Uwe Kiessler, an den Geiger Kolja Blacher, den Schriftsteller Guntram Vesper, die Schauspieler Benedict Freitag und Ernst Stötzner sowie die Filmemacherin Ilse Hofmann.

Große Schenkung für das New Yorker Moma

dpa, New York

Dem New Yorker Museum für Moderne Kunst sind von privater Seite 249 abstrakte Kunstwerke aller Stilarten vermacht worden. Die Schenkung umfaßt Gemälde, Skulpturen und Zeichnungen von Künstlern des 20. Jahrhunderts wie Josef Albers, Robert Delaunay und Wassily Kandinsky. Die Kollektion entstammt den tausend Objekten der Privatsammlung der McCrory Corporation, zu der eine Kette von Kaufhäusern gehört.

Cellisten-Treffen bei der Musica Bayreuth

DW. Bayreuth

Zwei große alte Herren des Cellos, Ludwig Hoelscher und Pierre Fournier, sind Solisten bei der diesjährigen, der 23. „Musica Bayreuth", deren Konzerte vom 10. bis 20. Mai in den historischen Räumen des Markgräflichen Opernhauses, der Stadtkirche und des Neuen Schlosses stattfinden. Weiterhin wirken bei diesem Musikfest die Organistin Marie-Claire Alain, die Bamberger Sinfoniker, die New Swingle Singers und „Les Menestrels" mit.

Sommer-Akademie des Tanzes 1984

Reg. Köln

Die Internationale Sommer-Akademie des Tanzes, die vom 1. bis zum 15. Juli in Köln veranstaltet wird, geht in ihr 28. Jahr. Parallel findet zum 15. Mal ein choreographischer Wettbewerb statt. Zu den 29 Dozenten gehören u. a. Peter Appel, Ursula Borrmann, Susanna und Alvin McDuffie. Erstmals ist auch die Stuttgarter Ballerina Birgit Keil dabei, die zusammen mit Petr Vondruska aus Düsseldorf innerhalb der Sparte „Klassischer Tanz" Pas-de-deux-Lektionen geben wird. Gigi-Gheorghe Caciuleanu, Hans van Manen, Twyla Tharp sowie Eiko & Koma bestreiten das Fach „Tanz-Komposition". Für den Step-Tanz wurde außer Carnell Lyons diesmal Laura Santiso Gil gewonnen. Agnes Robos unterrichtet internationale Kindertänze.

Joseph-Conrad-Chronik in England erschienen

J.J.G. München

Die Cambridge University Press hat jetzt eine umfangreiche englischsprachige „Joseph Conrad-Chronicle" veröffentlicht. Autor ist der bekannte polnische Literaturkritiker Zdzislaw Najder, heute Direktor der polnischen Sektion des Münchener US-Senders Radio Free Europe. Es handelt sich dabei um eine ergänzte Übersetzung des bereits 1980 in Warschau erschienenen zweibändigen Werkes „Das Leben von Conrad-Korzeniowski. Die Übersetzung nahm Najders britische Gattin, H. Caroll-Najder, vor.

Richter wollen RAI-Bilanz sehen

KLAUS RÜHLE, Rom

Italiens staatliches Fernsehen gerät immer mehr unter Druck. Der Zehn-Millionen-Vertrag, mit dem das Pop-Sternchen Raffaela Carra für drei Jahre eingekauft wurde (Siehe WELT vom 3. 3. 84), hat einen Stein ins Rollen gebracht. Nach den empörten Beschwerden vieler Fernsehzuschauer hat nun die römische Justiz das Geschäftsgebaren der RAI unter die Lupe genommen. Sie stützt sich dabei auf den jüngsten Bericht des Obersten Rechnungshofes, der von einer „zunehmenden Unsicherheit als Folge der Kostenzunahme" spricht und die roten Zahlen der RAI-Bilanz darauf zurückführt, daß die effektiven Ausgaben weit über den Kostenvoranschlägen liegen.

Privates Fernsehen bei bester Gesundheit

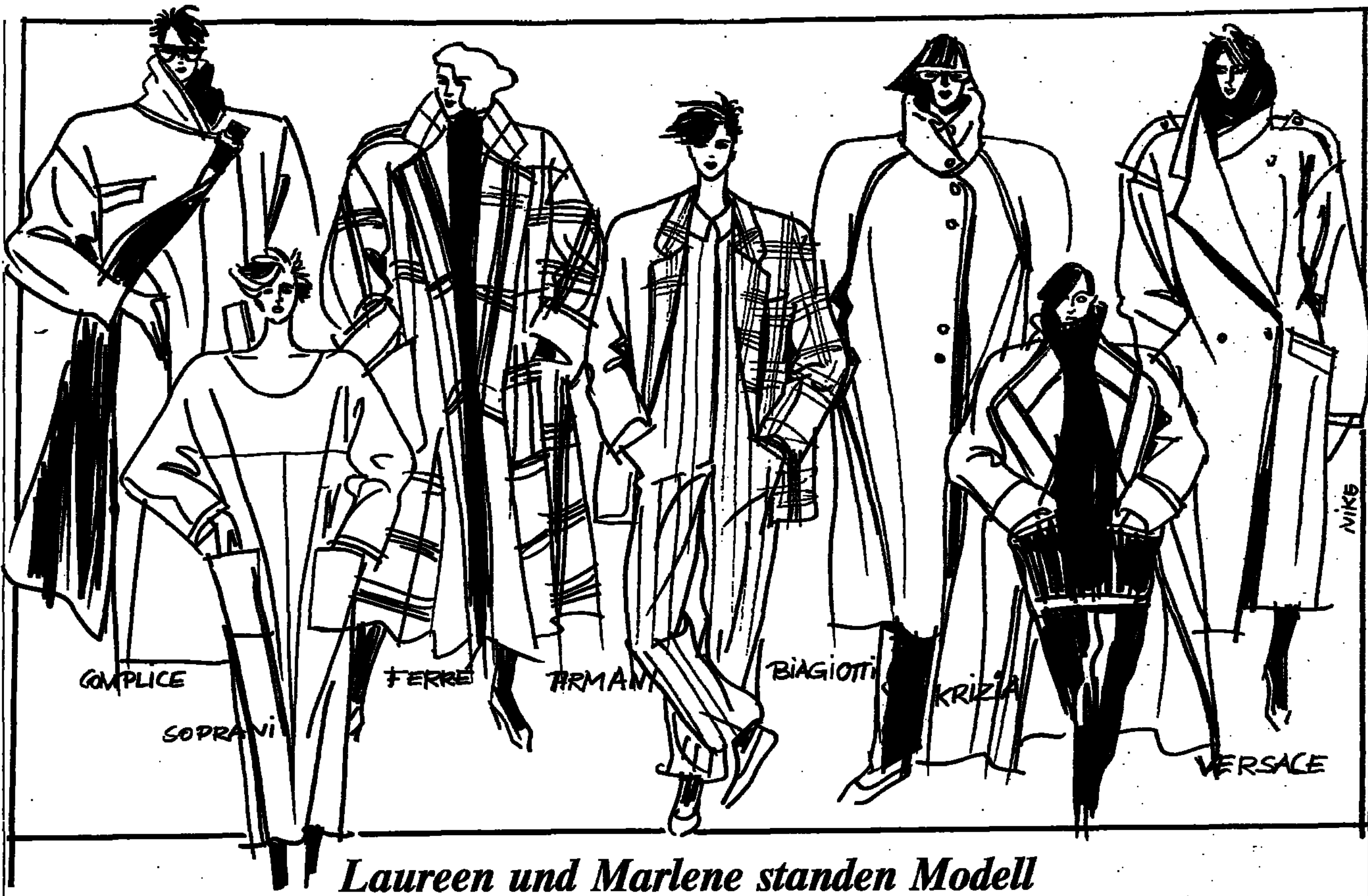
Der Rechnungshof prognostiziert bei dieser Sachlage für das laufende Jahr einen Verlust in Höhe von einer halben Milliarde Mark und bei Fortdauer der bisherigen Strategie eine Verdoppelung des Defizits im Verlauf der kommenden zwei Jahre. RAI-Präsident Sergio Zavoli, Exponent der Sozialistischen Partei, mit dessen Abhalfterung allgemein gerechnet wird, soll nun auch dem Untersuchungsrichter die Bilanzen vorlegen.

Im Gegensatz zur staatlich kontrollierten Fernsehanstalt erfreut sich Italiens größtes privates Fernsehnetz, bestehend aus den Sendern „Kanal 5" und „Italia 1" bester Gesundheit. Silvio Berlusconi, der Chef des Unternehmens, erklärt dazu: „Bei uns geht die Rechnung immer auf. Denn wir geben nie mehr aus, als wir verkraften können." Dabei kommen seine Einnahmen nur aus der Werbung, während die RAI von zwei Seiten finanziert wird – dem zahlenden Fernsehpublikum und den Werbespots. Den Vorwurf unlauterer Konkurrenz weist Berlusconi entschieden zurück. Er meint, die RAI müsse sich endlich daran gewöhnen, daß es mit ihrer 25 Jahre währenden Monopolstellung vorbei ist. Er stellt fest: „Wenn wir keine roten Zahlen kennen, dann beweist das nur, daß wir leistungsfähiger sind."

Gut gerüstet in Sachen Unterhaltung

Das erbitterte Duell zwischen der RAI und Berlusconi zeigt auf wirtschaftlicher Ebene den Erfolg der Privatinitiative gegenüber einem unrationellen und stark überbesetzten Staatsbetrieb. Freilich muß das staatliche Fernsehen Italiens kulturelle Belange und Anliegen berücksichtigen, die bei den privaten Networks keine Rolle spielen. Auf dem Unterhaltungssektor dagegen sind „Kanal 5" und „Italia 1" gut gerüstet. Berlusconi hat zwar auf Raffaela Carra verzichtet („Sie war zu teuer. Es lohnte sich nicht"), konnte sich dafür jedoch Stars wie Amanda Lear, Barbara Bouchet, Edwige Fenech und Carmen Russo sichern.

Dem staatlichen Fernsehen sind in einer ansonsten ziemlich albernen Unterhaltungssendung Alice und Ellen Kessler geblieben. Fragt sich nur, wie lange noch ... Auch beim Einkauf amerikanischer Serien haben die privaten Fernsehnetze Italiens die RAI ins Hintertreffen gebracht. Sie schöpften bei CBS und ABC den Rahm ab und überließen der staatlichen Konkurrenz den Restbestand von NBC. Und wie zum Hohn erwarb Berlusconi für seinen römischen Verwaltungsapparat ein Gebäude, das genau gegenüber dem RAI-Palast liegt.



Laureen und Marlene standen Modell

Während sich in unseren Breiten die kalte Jahreszeit noch weigert zu weichen, wurde in Mailand in den vergangenen Tagen - zumindest modisch - schon der nächste Winter eingeläutet. Nach dem, was bei der „Milano Collezioni" über den Laufsteg wandelte, kommt die Wintersaison 84/85 vorwiegend klassisch. Lauren Bacall, Marlene Dietrich und Katherine Hepburn waren die Musen der neuen Linie. Mäntel, Kostüme und Hosenanzüge sind breit, rund und gepolstert in den Schultern. Nach unten werden sie schmal, wie ein langezogenes V. Weite Röcke, kurze Jacken und weite glockige Mäntel mit Gürteln, wirken wie ein X. Alles erscheint wie eine Nummer zu groß und macht einen ungeheuer lässigen Eindruck.

Die Stoffe wirken eher maskulin, viel irische und schottische Tweeds in Wolle, Alpaca und Kashmere. Neben Grau, Braun, Schwarz und Weiß bringen Lachsrot, Kornblumenblau, Gelb und Smaragdgrün wenigstens etwas Farbe ins winterliche Einerlei. Die Meister im einzelnen:

Armani: Stoffe, die etwas an die Herrenmode erinnern, werden ungewöhnlich kombiniert. Mäntel und Jackenrevers sind lang und werden oft doppelreihig geknöpft. Die Hosen fallen weit auf die flachen Schuhe. Neu ist sein Overall mit Beinabschluß wie bei Trainingshosen. Laura Biagiotti ist in dieser Saison weniger verspielt. Sie zeigt gerade, fast klassische Mäntel mit Raglanärmel, klassische Kostüme mit Schößchenjacken, Glockenröcke und Shiftkleider mit Fledermausärmeln. Weite Mäntel mit neuartigen Schalkragen, neue Ideen für Kleider und viele andere außergewöhnliche Details sah man bei Luciano Soprani, der auch für Basile arbeitet. Ferre stellt komfortable Mäntel, Pilotenjacken und großzügige Pullover vor. Alles wirkt weiblich und nicht konstruiert. Complice bekennt sich zu einem neuen, weicheren Stil - lässig und bequem. Füllige Oberteile reichen bis zur Taille und Mariucia Mandelli, die für Krizia schon einen ganzen Zoo auf Pullover gestrickt, gestickt oder gedruckt hat, machte diesmal einen Falken zum Leitmotiv. Gedruckt auf Leder- und Pelzmäntel mußte jedoch ein Tiger herhalten. Und ansonsten geht die Frau wieder mal ohne Hut.

Nach mehr als 2000 Jahren plant Peking „das Gleiche in Grün"

Ein 7000 Kilometer langer Waldgürtel soll die Gewalt der Sandstürme brechen

JOHNNY ERLING, BONN

So wie vor mehr als 2000 Jahren auf Befehl des Ersten Großen Jin-Kaisers Hunderttausende antraten, um mit der Arbeit eines monumentalen Grenzwalls zu beginnen, so gigantisch mutet das Projekt an, mit dem Peking heute mehrere hundert Millionen Chinesen mobilisieren möchte. Ein mehr als 7000 Kilometer langer Waldgürtel soll die jährlich von Norden einbrechenden Sandstürme entschärfen, die im Frühling selbst den Himmel über Peking verdunkeln.

Der geplante Grünstreifen, der sich von der Mandschurei im Nordosten Chinas quer durch die Steppe der Inneren Mongolei bis nach Sinkiang im Nordwesten hinziehen soll, wird sich in Wüstengebieten verbreitern, mal aus Baumreihen bestehen, mal – vor allem im Mündungsgebiet von Flüssen – aus Flechtwerk. Seit 1978 wurden – die erste Stufe des Plans – bereits sieben Millionen Hektar bepflanzt.

Die „grüne Mauer", die zu den größten Aufforstungsprojekten der Welt gehört, ist wie ihr steinerner Namensvetter für die Ewigkeit gedacht. „Von unserer Arbeit werden erst künftige Generationen profitieren", mahnte jüngst Chinas führender Politiker Deng Xiaoping seine Landsleute. Jeder Chinese im arbeitsfähigen Alter ist seit 1983 verpflichtet, mindestens drei Bäume im Jahr zu pflanzen.

Denn Peking hat sich neben der grünen Mauer auch ein grünes Chinas auf seine Fahnen geschrieben. Um dieses Ziel zu erreichen, läuft in diesem Frühjahr wieder in allen chinesischen Großstädten die Planung auf Hochtouren. Den Anfang machten die Behörden. Ganze Arbeitstage fallen aus, wenn die Belegschaften, auf Lastwagen oder in Omnibussen gedrängt, ausrücken, „ihren Baum" zu pflanzen. Die politischen Führer waren zuvor im Blitzlichtgewitter der Fotografen mit gutem Beispiel vorangegangen.

Während noch vor wenigen Jahren ganze Landstriche verwüstet wurden, um der politischen Monokultur Getreide Platz zu schaffen, in den Städten alles erreichbare Gras ausgerissen wurde, um den Moskitos den Garaus zu machen, ist nun genau das Gegenteil Mode. 63 Millionen gepflanzte Bäume meldeten allein Peking und seine Vorstädte für die letzten drei Jahre. Chinesische Metropolen überbieten sich in grünen Superlativen. „Laßt uns (die Hafen-und Industriestadt) Schanghai in einen großen orientalischen Garten verwandeln", rief vergangene Woche euphorisch die „Schanghaier Befreiungszeitung", während man in Peking nicht müde wird zu versichern, daß bis 1988 mindestens eine halbe Million neuer Blumenbeete angelegt sein werden.

Die neuentflammte Liebe zur Kulturlandschaft enspricht dabei nicht nur alter chinesischer Tradition, sondern hat durchaus handfeste Gründe. Nur 12,9 Prozent der Gesamtfläche Chinas ist bewaldet. Raubbau, Bodenerosion und Versteppung brachten besonders in Südchina das ökologische Gleichgewicht ins Kippen. Das zerstörerische Ausmaß der Flutkatastrophen in den vergangenen Jahren wird auf ihr Konto gerechnet.

Bevölkerungsexplosion, Industrialisierung und Zersiedlung bescherten Chinas Großstädten eine Umweltverschmutzung, höher noch als in den westeuropäischen Industriezentren. Zudem muß China derzeit jährlich vier Millionen Kubikmeter Nutzholz für wertvolle Devisen importieren.

Die nach alter politischer Tradition in Szene gesetzten Kampagnen werden daran wenig ändern. Nur jeder zweite Baum geht an, und abgeholzt wird unter dem Strich oft genau so viel wie angepflanzt wurde. Doch selbst wenn jeder Chinese erfolgreich seine drei Bäume pro Jahr pflanzt, so fand ein eifriger Rechner heraus, würde sich der Waldbestand in 50 Jahren gerade um ein Prozent erhöhen.

Das Planziel ist siebenmal höher. Bis zum Jahre 2000 will China seine bewaldete Fläche auf 20 Prozent steigern. Neben der Armee, die in der „friedlichen Waldschlacht" anrücken muß , sollen vor allem die entscheidenden 80 Prozent der Bevölkerung, die Bauern, in die Bresche springen. Die chinesische Bauernzeitung meldete sich im März zu Wort: „Überlaßt die Nutzung von allem Ödland den Bauern, schließt langfristige Verträge mit Gewinnbeteiligung an der Holzwirtschaft, und es werden genügend Bauern Bäume pflanzen."

LEUTE HEUTE

Namensstreit

Erica Jongs Buch „Molly's Book of divorce", das die Problematik von Scheidungen aus Kindersicht analysiert, kann nicht, wie geplant, in den nächsten Wochen erscheinen. Erica Jongs Ex-Mann, der Schriftsteller **Jonathan Fast**, hat rechtliche Schritte angekündigt, wenn der Titel nicht geändert wird. Sein Vorbehalt: **Molly** ist der Name der gemeinsamen fünf Jahre alten Tochter des geschiedenen Paares. Erica Jong hatte 1973 den Welt-Bestseller „Angst vorm Fliegen" geschrieben.

Tinas vierter Versuch

Vor einem Standesbeamten im Pariser 7. Arondissement hat die Tochter des verstorbenen griechischen Großreeders Aristoteles Onassis, **Christina Onassis**, am Wochenende



den französischen Geschäftsmann **Thierry Roussel** geheiratet. Für die33jährige Millionenerbin, die als eine der reichsten Frauen der Welt gilt, ist es die vierte Ehe, während der 31jährige Thierry, Enkel des Gründers des französischen Pharmaziekonzerns Roussel-Uclaf, zum ersten Mal antrat. Zu der Zeremonie auf dem Bürgermeisteramt kamen nur 20 Gäste, aber rund 50 Fotografen.

Garage weg, Auto da

Unbekannte haben dem Londoner Geschäftsmann **Frederich Knock** die ganze Garage geklaut – aber den mehr als hunderttausend Mark teuren Rolls-Royce stehen lassen. Mutmaßte ein Polizeisprecher: „Die Täter wissen wohl, daß sich ein Fertigteilschuppen unverdächtiger zu Geld machen läßt als eine Luxuslimousine."

Neues von Linda

Ihrem Ruf, einen regen Verschleiß an Männern zu haben, bleibt die US-Rocksängerin Linda Ronstadt (38), die mit ihren 18 Langspielplatten schätzungsweise 40 Millionen Dollar „gemacht" hat, vorerst treu. Die frühere Freundin des kalifornischen Gouverneurs **Jerry Brown** ist jetzt mit **George Lucas** (39), „Macher" und „Erfinder" der erfolgreichen Filmtrilogie „Krieg der Sterne" zusammen.

Polizeiaufsicht

Robert Kennedy jr., Sohn des 1968 ermordeten Senators, ist von einem Gericht in Rapid City (US-Bundesstaat South-Dakota) zwei Jahre unter Polizeiaufsicht gestellt worden. Der 30jährige war auf einem Inlandflug mit 0,2 Gramm Heroin erwischt worden. Er muß nun zwei Jahre lang im US-Bundesstaat New York leben und darf diesen nur mit behördlicher Genehmigung verlassen.

Frühling: Die Ablösung kommt pünktlich

AP, Frankfurt

Sonnig, aber kalt hat sich das Wochenende vor Frühlingsbeginn in fast allen Teilen der Bundesrepublik präsentiert. Wie die Meteorologen vom Deutschen Wetterdienst in Offenbach gestern ermittelten, geht aber die seit Wochen anhaltende Hochdruckwetterlage mit der Zufuhr kalter Festlandluft vom Osten langsam zu Ende, und zum kalendarischen Frühlingsbeginn am Mittwoch soll es tagsüber bis zu 14/15 Grad warm werden. Auch mit dem Nachtfrost soll es dann – zumindest vorerst – vorbei sein.

Einen kleinen Vorgeschmack darauf gab es allerdings gestern nur im Mannheimer und Heidelberger Raum, wo das Thermometer bis zu zehn Grad plus anzeigte. In Norddeutschland hingegen bewegten sich die Temperaturen nur zwischen vier und fünf Grad. In der Nacht zum Sonntag wurden in Berlin noch minus drei Grad, in Hamburg minus ein, in Kassel minus zwei und in München sogar minus vier Grad gemessen. Die ab Wochenmitte erwarteten wärmeren Luftmassen werden nach Auskunft des Meteorologen aber zusätzlich durch die Sonne aufgeheizt, so daß die Temperaturen im Rhein-Main-Gebiet und im Südwesten bis auf 14/15 Grad ansteigen werden. Im äußersten Norden und im Alpengebiet würden diese Werte noch nicht ganz erreicht, hieß es beim Wetteramt Offenbach.

Pech nach Ausbruch

dpa, Den Haag

Aus dem Gefängnis Den Haag-Scheveningen sind gestern vormittag 15 Häftlinge ausgebrochen. Drei konnten wieder dingfest gemacht werden, unter ihnen der mutmaßliche Rädelsführer des Ausbruchs. Die drei wären mit einem Fluchtwagen bis Rotterdam gelangt, wo sie mit einem Polizeiwagen zusammenstießen.

Aufruhr nach Freispruch

dpa, New York

Der Freispruch eines Polizisten, der vor 15 Monaten in Miami den Schwarzen Nevell Johnson in Notwehr erschossen hat, löste Freitag in Miamis Schwarzenviertel Overtown schwere Unruhen aus. 16 Menschen wurden verletzt, 300 verhaftet.

Autobombe explodiert

AFP, Marseille

Bei der Explosion einer Autobombe im Zentrum der südfranzösischen Hafenstadt Marseille sind am Samstag nachmittag zwei Passanten verletzt worden. Der Sprengsatz war in einem Fahrzeug vor dem Eingang eines Kulturzentrums für armenische Jugendliche versteckt worden.

Katzenjagd

AFP, Algier

Am Wochenende begann in der algerischen Hauptstadt der Kampf gegen streunende Katzen und Hunde. Auf amtliche Anordnung sind bis zum Ende des Monats alle Katzen und Hunde zwischen Mitternacht und vier Uhr in den Straßen der Stadt zum Abschuß freigegeben. Mit dieser „Ausgangssperre" für Hunde und Katzen will die Stadtverwaltung der streunenden Tiere Herr werden.

Polizist erschossen

dpa, Dinant

Der 26jährige mutmaßliche Bankräuber Ulrich-Ernst Treppe, der auf seiner Flucht vor der Polizei Samstag früh an der belgisch-französischen Grenze einen belgischen Gendarm erschossen und einen zweiten schwer verletzt hat, hat gestern ein Teilgeständnis abgelegt. Treppe, der aus der Nähe von Karlsruhe stammt und einer rechtsextremen militanten Gruppe angehören soll, wird verdächtigt, bei einem Bankraub in Maulbronn (Enzkreis) 39 000 Mark erbeutet zu haben.

„Pulverfaß"

dpa, Berlin

Zwei im Rohbau fertige Wohnhäuser einer Neubausiedlung im Berliner Stadtteil Rudow sind möglicherweise auf einem „Pulverfaß" gebaut worden. Unter den Häusern verläuft ein Panzergraben aus dem Zweiten Weltkrieg. Hier wird Kriegsmunition wie Granaten und Panzerfäuste vermutet. Bausenator Klaus Franke (CDU) stoppte vorerst den Weiterbau der beiden Häuser. Er bedauerte, daß den Hinweisen von Anwohnern nicht konsequent nachgegangen worden sei.

VW verurteilt

SAD, Cambridge

Zur Zahlung eines Schadenersatzes in Höhe von drei Millionen Dollar plus 12 Prozent Zinsen seit März 1980 wurde im US-Bundesstaat Massachussetts „Volkswagen of America Inc" verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß Konstruktionsfehler eines VW-Busses zum Tode eines 15jährigen Mädchens führten.

WETTER: Kalt und trocken

Wetterlage: An der Südflanke einer Hochdruckzone über Skandinavien fließt trocken-kalte Festlandsluft nach Deutschland.

Vorhersage für Montag:
Gesamtes Bundesgebiet mit Berlin: Nur gebietsweise stärker wolkig, meist jedoch heiter und durchweg niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen bei 5 Grad, im Westen und Südwesten 6 bis 9 Grad. Nachts vielfach klar und Frost zwischen minus 1 und minus 5 Grad, in Bayern noch etwas darunter. Schwacher bis mäßiger, tagsüber leicht böiger Wind aus östlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:
Von Südwesten her allmählich milder, weiterhin niederschlagsarm.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	3°	Kairo	21°
Bonn	8°	Kopenh.	1°
Dresden	2°	Las Palmas	18°
Essen	4°	London	4°
Frankfurt	6°	Madrid	6°
Hamburg	3°	Mailand	11°
List/Sylt	2°	Mallorca	12°
München	5°	Moskau	–6°
Stuttgart	7°	Nizza	13°
Algier	12°	Oslo	–1°
Amsterdam	4°	Paris	5°
Athen	13°	Prag	2°
Barcelona	12°	Rom	7°
Brüssel	3°	Stockholm	–4°
Budapest	8°	Tel Aviv	19°
Bukarest	7°	Tunis	11°
Helsinki	–6°	Wien	5°
Istanbul	9°	Zürich	7°

* Sonnenaufgang am Dienstag: 6.25 Uhr, Untergang 18.35 Uhr; Mondaufgang: 22.58 Uhr, Untergang: 7.58 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel



Schlußverkauf auf russisch - Geschäft ohne Rummel

FRIED. H. NEUMANN, Moskau

Moskau und einige andere Städte der Sowjetunion erleben zur Zeit eine Premiere: Mehrere große Kaufhäuser luden ihre Kunden erstmals zu einem Winterschlußverkauf. Mit dieser bislang als kapitalistisch verpönten Methode des Geldmachens hoffen die Verantwortlichen, ihre unabhängig vom Bedarf produzierte Winterkleidung doch noch gewinnbringend zu veräußern.

Georgij Fokin, Direktor des Zentralkaufhauses ZUM am Bolschoi-Theater, rechnet mit einem Umsatz von zwei Millionen Rubeln. Auch wenn er auf der anderen Seite durch Preissenkungen bis zu 40 Prozent eine Million Rubel einbüßt, erscheint es ihm inzwischen als vernünftiges Geschäft. Denn er weiß: „Der Käufergeschmack ändert sich, und wenn man nach ein, zwei Jahren die heutige Mode endgültig für veraltet hält, ist damit überhaupt kein Geschäft mehr zu machen."

Was sich freilich wie ein respektable Reform im Geschäftsleben ausnimmt, bleibt in der Praxis nur ein äußerst bescheidener Versuch. Außer dem ZUM – nicht zu verwechseln mit dem älteren, wenn auch bekannteren Warenhaus GUM am Roten Platz – sind in der Neun-Millionen-Metropole Moskau lediglich ein weiteres Warenhaus und ein Geschäft für Damenmode am Winterschlußverkauf, der noch bis Mai läuft, beteiligt. Das ist schon alles. Und von seinen vier Verkaufsetagen hat das ZUM, ein großflächig verglaster „Neubau" aus den sechziger Jahren, nur einen kleinen Teil, etwa 500 Quadratmeter im ersten Stock, für den Schlußverkauf abgezweigt. Vier „Sektionen" – Pelzmützen, Wintermäntel, Stiefel und Strickwaren – teilen sich den engen Platz. Das alles sind aber keineswegs Kassenschlager, geschweige denn Importware besserer Qualität, wie die Zeitungen groß angekündigt hatten.

Die Schlangen der Interessenten, die geduldig auf Einlaß warten, bestehen denn vornehmlich auch aus ländlichem Publikum. Für die weniger betuchten Menschen aus der Provinz schlägt das Argument, daß die Preissenkungen das Familienbudget entlasten, alle modischen Bedenken, wie sie die Moskowiter angesichts dieser Ladenhüter plagen, obwohl auch die Hauptstädter auf ihre Finanzen achten müssen. Aber was der Moskauer schon während der Saison verschmäht hat, läßt er sich auch verbilligt nicht mehr andrehen. So wartet er lieber vor den Abteilungen, die zum vollen Preis neue Saisonwaren bereithalten – Übergangsmäntel beispielsweise.

Den Hauptstädtern genügt übrigens ein rascher Blick, um den Sinn der neuen Verkaufsmethode zu erkennen: Die Schlußverkäufe sollen den „falschen Überfluß" abbauen, für den eine von Marktgesetzen unbehelligte Planung munter sorgt. Die sozialistischen Kaufhausmanager wissen im übrigen, was ihren Umsatzplänen gut tut: erstklassige Winterware, die auch im kommenden Jahr noch gefragt ist. Sie gehört denn auch nicht zum Schlußverkaufsangebot. Begehrte Kunstpelze für 375 Rubel, das doppelte eines durchschnittlichen Monatsgehalts, fehlen und werden erst in der nächsten Saison wieder hervorgeholt.

Für diesen ersten Schlußverkauf, dem im Herbst der nächste mit Sommersachen folgen soll, hat das Personal des ZUM ungewohnte Anstrengungen auf sich genommen: spezielle Dekorationen in den Vitrinen, Plakate mit Werbeslogans, neue Preisschilder. Nur die Verkäuferinnen blieben, was sie immer waren – mürrische Wesen, denen jeder Kunde eine Zumutung zu sein scheint.

Im Erdgeschoß des ZUM, wo zwei Teppichberge trotz einer kräftigen Preissenkung (schon vor dem Schlußverkauf) vergeblich auf Käufer warten, herrschte eine Verkäuferin eine unschlüssige Frau an: „Jetzt haben Sie so lange gesucht und alles in Unordnung gebracht, entscheiden Sie sich endlich. Wenn Sie nichts kaufen wollen, brauchen Sie hier erst gar nicht herzukommen."

Beim Schlußverkauf seien solche Töne undenkbar, hieß es übereinstimmend in Zeitungsberichten. Für den Schlußverkauf sei „erfahrenes Personal" aufgeboten worden, „das die Käufer berät". Wenn man nur wüßte, wo es gerade anzutreffen ist.

Doch all diese Verkaufsanreize scheinen den sozialistischen Kaufhausmanagern immer noch nicht auszureichen. Schon haben sie, um den Umsatz weiter zu beleben, auf ein anderes kapitalistisches Instrument zurückgegriffen. „Kundenkredit" heißt der neueste Schlager zum Abbau der Überproduktion. So macht nicht nur Not, sondern auch Überangebot erfinderisch.

ZU GUTER LETZT

„Pumuckl ist als männlicher Vorname nicht eintragungsfähig." Entscheidung des Landgerichts Koblenz, AZ: 4 T 219/83.